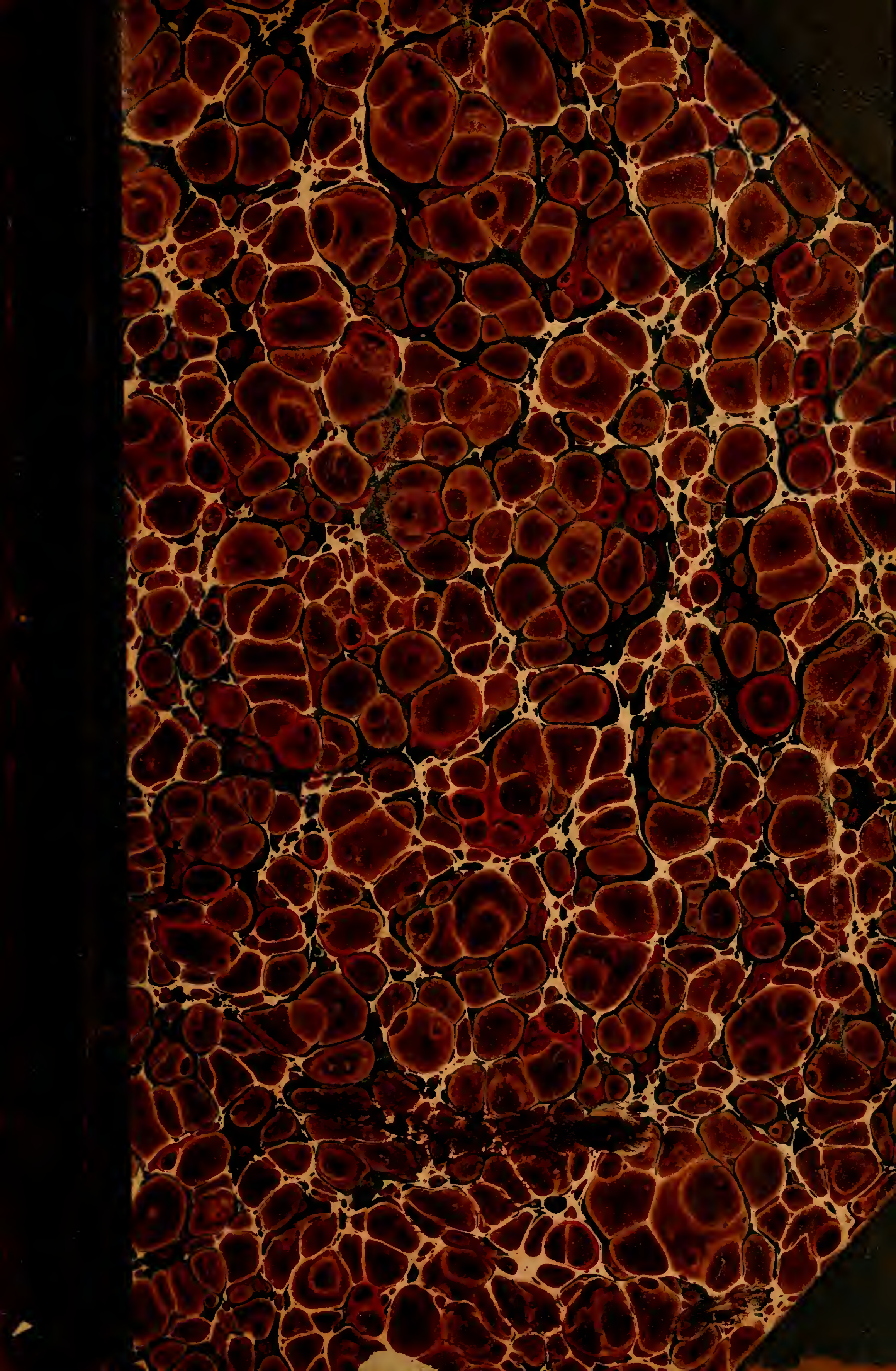



University of Florida
1853



DAS STAATSARCHIV.

SAMMLUNG

DER

OFFIZIELLEN AKTENSTÜCKE

ZUR GESCHICHTE DER GEGENWART.

BEGRÜNDET

VON

AEGIDI UND KLAUHOLD.

IN FORTLAUFENDEN HEFTEN

HERAUSGEGEBEN

VON

GUSTAV ROLOFF.

BAND LXXXV.

ERSTES BIS DRITTES HEFT.



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT.

MÜNCHEN UND LEIPZIG 1915.

Preis des Heftes 1 Mark 40 Pf. — Sechs Hefte bilden einen Band.

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der offiziellen Aktenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Gustav Roloff.

Fünfundachtzigster Band.



München und Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1916.

Inhaltsverzeichnis.

Bündnisse, Verträge, Konventionen usw.

Zur Entstehung des Weltkrieges i. J. 1914.

I. Deutsches Weißbuch.

IV. Russisches Orangebuch.

(Fortsetzung im folgenden Bande).

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

Zur Entstehung des Weltkrieges i. J. 1914.

Nr. 14505.* **DEUTSCHES REICH.** Denkschrift des Reichskanzlers an den Reichstag. Schildert die Vorgeschichte des Krieges. — Anlagen: Notenwechsel zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, zwischen Deutschland und Rußland, Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren.

Berlin, 3. August 1914.

Am 28. Juni d. J. ist der österreichisch-ungarische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin, die Herzogin von Hohenberg durch Revolverschüsse des Mitglieds einer serbischen Verschwörerbande niedergestreckt worden. Die Untersuchung des Verbrechens durch die österreichisch-ungarischen Behörden hat ergeben, daß das Komplott gegen das Leben des Erzherzogs-Thronfolgers in Belgrad unter Mitwirkung amtlicher serbischer Personen vorbereitet und gefördert, mit Waffen aus den staatlichen serbischen Depots ausgeführt wurde. Dies Verbrechen mußte der ganzen zivilisierten Welt die Augen öffnen, nicht nur über die gegen den Bestand und die Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie gerichteten Ziele der serbischen Politik, sondern auch über die verbrecherischen Mittel, die die großserbische Propaganda in Serbien zur Erreichung dieser Ziele anzuwenden sich nicht scheute. Das Endziel dieser Politik war die allmähliche Revolutionierung und schließliche Lostrennung der südöstlichen Gebietsteile der österreichisch-ungarischen Monarchie und ihre Vereinigung mit Serbien. An dieser Richtung der serbischen Politik haben die wiederholten und feierlichen Erklärungen, in denen Serbien Österreich-Ungarn gegenüber die Abkehr von dieser Politik und die Pflege guter nachbarlicher Beziehungen gelobt hat, nicht das geringste geändert. Zum dritten Male im Laufe der letzten sechs Jahre führt Serbien auf diese Weise Europa an den Rand eines Weltkrieges. Es konnte dies nur tun, weil es sich bei seinen Bestrebungen durch Rußland gestützt glaubte. Die russische Politik war

*) Nr. 14505 entstammt dem Deutschen Weißbuch 1914.

bald nach den durch die türkische Revolution herbeigeführten Ereignissen des Jahres 1908 daran gegangen, einen gegen den Bestand der Türkei gerichteten Bund der Balkanstaaten unter seinem Protektorat zu begründen. Dieser Balkanbund, dem es im Jahre 1911 gelang, die Türkei siegreich aus dem größten Teil ihrer europäischen Besitzungen zu verdrängen, brach über der Frage der Beuteverteilung in sich zusammen. Die russische Politik ließ sich durch diesen Mißerfolg nicht abschrecken. Nach der Idee der russischen Staatsmänner sollte ein neuer Balkanbund unter russischem Patronat entstehen, dessen Spitze sich nicht mehr gegen die aus dem Balkan verdrängte Türkei, sondern gegen den Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie richtete. Die Idee war, daß Serbien gegen die auf Kosten der Donaumonarchie gehende Einverleibung Bosniens und der Herzegowina die im letzten Balkankrieg erworbenen Teile Mazedoniens an Bulgarien abtreten sollte. Zu diesem Behufe sollte Bulgarien durch Isolierung mürbe gemacht, Rumänien durch eine mit Hilfe Frankreichs unternommene Propaganda an Rußland gekettet, Serbien auf Bosnien und die Herzegowina gewiesen werden. || Unter diesen Umständen mußte Österreich sich sagen, daß es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der Monarchie vereinbar wäre, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen. Die k. und k. Regierung benachrichtigte uns von dieser Auffassung und erbat unsere Ansicht. Aus vollem Herzen konnten wir unserem Bundesgenossen unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, daß eine Aktion, die er für notwendig hielte, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, unsere Billigung finden würde. Wir waren uns hierbei wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg verwickeln könnte. Wir konnten aber in der Erkenntnis der vitalen Interessen Österreich-Ungarns, die auf dem Spiele standen, unserem Bundesgenossen weder zu einer mit seiner Würde nicht vereinbarenden Nachgiebigkeit raten noch auch ihm unseren Beistand in diesem schweren Moment versagen. Wir konnten dies um so weniger, als auch unsere Interessen durch die andauernde serbische Wühlarbeit auf das empfindlichste bedroht waren. Wenn es den Serben mit Rußlands und Frankreichs Hilfe noch länger gestattet geblieben wäre, den Bestand der Nachbarmonarchie zu gefährden, so würde dies den allmählichen Zusammenbruch Österreichs und eine Unterwerfung des gesamten Slawentums unter russischem Szepter zur Folge haben, wodurch die Stellung der germanischen Rasse in Mitteleuropa unhaltbar würde. Ein moralisch geschwächtes, durch das Vordringen des russischen Panslawismus zusammen-

brechendes Österreich wäre für uns kein Bundesgenosse mehr, mit dem wir rechnen könnten, und auf den wir uns verlassen könnten, wie wir es angesichts der immer drohender werdenden Haltung unserer östlichen und westlichen Nachbarn müssen. Wir ließen daher Österreich völlig freie Hand in seiner Aktion gegen Serbien. Wir haben an den Vorbereitungen dazu nicht teilgenommen.

Österreich wählte den Weg, in einer Note der serbischen Regierung ausführlich den durch die Untersuchung des Mordes von Sarajewo festgestellten unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Morde und der von der serbischen Regierung nicht nur geduldeten, sondern unterstützten großserbischen Bewegung darzulegen und von ihr eine vollständige Abstellung dieses Treibens sowie Bestrafung der Schuldigen zu fordern. Gleichzeitig verlangte Österreich-Ungarn als Garantie für die Durchführung des Verfahrens Teilnahme seiner Organe an der Untersuchung auf serbischem Gebiet und definitive Auflösung der gegen Österreich-Ungarn wühlenden großserbischen Vereine. Die k. und k. Regierung stellte eine Frist von 48 Stunden zur bedingungslosen Annahme ihrer Forderungen. Die serbische Regierung hat einen Tag nach Überreichung der österreichisch-ungarischen Note die Mobilisation begonnen. Als nach Ablauf der Frist die serbische Regierung eine Antwort erteilte, die zwar in einigen Punkten die Wünsche Österreich-Ungarns erfüllte, im wesentlichen aber deutlich das Bestreben erkennen ließ, durch Verschleppung und neue Verhandlungen sich den gerechten Forderungen der Monarchie zu entziehen, brach diese die diplomatischen Beziehungen zu Serbien ab, ohne sich auf weitere Verhandlungen einzulassen oder sich von serbischen Versicherungen hinhalten zu lassen, deren Wert es genugsam — zu seinem Schaden — kennt. || Von diesem Augenblick an befand sich Österreich tatsächlich im Kriegszustande mit Serbien, den es dann noch durch die offizielle Kriegserklärung vom 28. d. Mts. öffentlich proklamierte.

Vom ersten Anfang des Konflikts an haben wir auf dem Standpunkt gestanden, daß es sich hierbei um eine Angelegenheit Österreichs handele, die es allein mit Serbien zum Austrag zu bringen haben würde. Wir haben daher unser ganzes Bestreben darauf gerichtet, den Krieg zu lokalisieren und die anderen Mächte davon zu überzeugen, daß Österreich-Ungarn in berechtigter Notwehr und durch die Verhältnisse gezwungen sich zum Appell an die Waffen habe entschließen müssen. Wir haben nachdrücklich den Standpunkt vertreten, daß kein Kulturstaat das Recht habe, in diesem Kampf gegen Unkultur und politische Verbrechermoral Österreich in den Arm zu fallen und die Serben ihrer gerechten Strafe zu entziehen. In diesem Sinne haben wir unsere Vertreter im Ausland instruiert. || Gleich-

zeitig teilte die Österreichisch-Ungarische Regierung der Russischen mit, daß der von ihr bei Serbien unternommene Schritt lediglich eine defensive Maßregel gegenüber den serbischen Wühlereien zum Ziele habe, daß aber Österreich-Ungarn notgedrungen Garantien für ein weiteres freundschaftliches Verhalten Serbiens der Monarchie gegenüber verlange. Es liege Österreich-Ungarn gänzlich fern, etwa eine Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Balkan herbeizuführen. Auf unsere Erklärung, daß die Deutsche Regierung die Lokalisierung des Konflikts wünsche und erstrebe, wurde sowohl von der Französischen als der Englischen Regierung eine Wirkung in dem gleichen Sinne zugesagt. Diesen Bestrebungen gelang es indessen nicht, eine Einmischung Rußlands in die österreichisch-serbische Auseinandersetzung zu verhindern. || Die Russische Regierung erließ am 24. Juli ein amtliches Kommuniqué, wonach Rußland unmöglich in dem serbisch-österreichischen Konflikt indifferent bleiben könnte. Das gleiche erklärte der russische Minister des Auswärtigen, Herr Sassonow, dem Kaiserlichen Botschafter Grafen Pourtalès. Am Nachmittag des 26. Juli ließ die k. u. k. Regierung abermals durch ihren Botschafter in St. Petersburg erklären, daß Österreich-Ungarn keinerlei Eroberungspläne habe und nur endlich an seinen Grenzen Ruhe haben wolle. Im Laufe des gleichen Tages gelangten indes bereits die ersten Meldungen über russische Mobilmachungen nach Berlin. Noch am 26. abends wurden die Kaiserlichen Botschafter in London, Paris und Petersburg angewiesen, bei den Regierungen Englands, Frankreichs und Rußlands energisch auf die Gefahr dieser russischen Mobilisierungen hinzuweisen. Nachdem Österreich-Ungarn Rußland offiziel erklärt habe, daß es keinen territorialen Gewinn in Serbien anstrebe, liege die Entscheidung über den Weltfrieden ausschließlich in Petersburg. Noch am gleichen Tage wurde der Kaiserliche Botschafter in St. Petersburg angewiesen, der Russischen Regierung zu erklären:

> Vorbereitende militärische Maßnahmen Rußlands werden uns zu Gegenmaßregeln zwingen, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müssen. Die Mobilisierung aber bedeutet den Krieg. Da uns Frankreichs Verpflichtungen gegenüber Rußland bekannt sind, würde diese Mobilisierung gegen Rußland und Frankreich zugleich gerichtet sein. Wir können nicht annehmen, daß Rußland einen solchen europäischen Krieg entfesseln will. Da Österreich-Ungarn den Bestand des serbischen Königreichs nicht antasten will, sind wir der Ansicht, daß Rußland eine abwartende Stellung einnehmen kann. Den Wunsch Rußlands, den Bestand des serbischen Königreichs nicht in Frage stellen zu lassen, werden wir um so eher unterstützen können, als Österreich-Ungarn

diesen Bestand gar nicht in Frage stellt. Es wird leicht sein, im weiteren Verlauf der Angelegenheit die Basis einer Verständigung zu finden. Am 27. Juli erklärte der russische Kriegsminister Ssuchomlinow dem deutschen Militärattaché ehrenwörtlich, daß noch keine Mobilmachungsorder ergangen sei. Es würden lediglich Vorbereitungsmaßregeln getroffen, kein Pferd ausgehoben, kein Reservist eingezogen. Wenn Österreich-Ungarn die serbische Grenze überschreite, würden die auf Österreich gerichteten Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau, Kasan mobilisiert. Unter keinen Umständen die an der deutschen Front liegenden: Petersburg, Wilna und Warschau. Auf die Frage des Militärattachés, zu welchem Zwecke die Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn erfolge, antwortete der russische Kriegsminister mit Achselzucken und dem Hinweis auf die Diplomaten. Der Militärattaché bezeichnete darauf die Mobilmachungsmaßnahmen gegen Österreich-Ungarn als auch für Deutschland höchst bedrohlich. In den darauf folgenden Tagen folgten sich die Nachrichten über russische Mobilisierungen in schnellem Tempo. Unter diesen waren auch Nachrichten über Vorbereitungen an der deutschen Grenze, so die Verhängung des Kriegszustandes über Kowno und der Abmarsch der Warschauer Garnison, Verstärkung der Garnison Alexandrowo. Am 27. Juli trafen die ersten Meldungen über vorbereitende Maßnahmen auch Frankreichs ein. Das 14. Korps brach die Manöver ab und kehrte in die Garnison zurück. || Inzwischen sind wir bemüht geblieben, durch nachdrücklichste Einwirkung auf die Kabinette eine Lokalisierung des Konflikts durchzusetzen. || Am 26. hatte Sir Edward Grey den Vorschlag gemacht, die Differenzen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien einer unter seinem Vorsitz tagenden Konferenz der Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Italiens zu unterbreiten. Zu diesem Vorschlag haben wir erklärt, wir könnten uns, so sehr wir seine Tendenz billigten, an einer derartigen Konferenz nicht beteiligen, da wir Österreich in seiner Auseinandersetzung mit Serbien nicht vor ein europäisches Gericht zitieren könnten. || Frankreich hat dem Vorschlag Sir Edward Greys zugestimmt, er ist jedoch schließlich daran gescheitert, daß Österreich sich ihm gegenüber, wie vorauszusehen, ablehnend verhielt. || Getreu unserem Grundsatz, daß eine Vermittelungsaktion sich nicht auf den lediglich eine österreichisch-ungarische Angelegenheit darstellenden österreichisch-serbischen Konflikt, sondern nur auf das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Rußland beziehen könnte, haben wir unsere Bemühungen fortgesetzt, eine Verständigung zwischen diesen beiden Mächten herbeizuführen. Wir haben uns aber auch bereitgefunden, nach Ablehnung der Konferenzidee einen weiteren Vorschlag Sir Edward Greys nach Wien zu übermitteln, in dem er anregt, Österreich-

Ungarn möchte sich entschließen, entweder die serbische Antwort als genügend zu betrachten oder aber als Grundlage für weitere Besprechungen. Die Österreichisch-Ungarische Regierung hat unter voller Würdigung unserer vermittelnden Tätigkeit zu diesem Vorschlag bemerkt, daß er nach Eröffnung der Feindseligkeiten zu spät komme. || Trotzdem haben wir unsere Vermittelungsversuche bis zum äußersten fortgesetzt und haben in Wien geraten, jedes mit der Würde der Monarchie vereinbare Entgegenkommen zu zeigen. Leider sind alle diese Vermittelungsaktionen von den militärischen Vorbereitungen Rußlands und Frankreichs überholt worden. Am 29. Juli hat die Russische Regierung in Berlin amtlich mitgeteilt, daß sie vier Armeebezirke mobilisiert habe. Gleichzeitig trafen weitere Meldungen über schnell fortschreitende Vorbereitungen Frankreichs zu Wasser und zu Lande ein. An demselben Tage hatte der Kaiserliche Botschafter in Petersburg eine Unterredung mit dem russischen Minister des Auswärtigen, über die er telegraphisch das Folgende berichtete:

„Der Minister versuchte mich zu überreden, daß ich bei meiner Regierung die Teilnahme an einer Konversation zu vieren befürworten sollte, um Mittel ausfindig zu machen, auf freundschaftlichem Wege Österreich-Ungarn zu bewegen, diejenigen Forderungen aufzugeben, die die Souveränität Serbiens antasten. Ich habe, indem ich lediglich die Wiedergabe der Unterredung zusagte, mich auf den Standpunkt gestellt, daß mir, nachdem Rußland sich zu dem verhängnisvollen Schritte der Mobilmachung entschlossen habe, jeder Gedankenaustausch hierüber sehr schwierig, wenn nicht unmöglich erscheine. Was Rußland jetzt von uns Österreich-Ungarn gegenüber verlange, sei dasselbe, was Österreich-Ungarn Serbien gegenüber vorgeworfen werde: einen Eingriff in Souveränitätsrechte. Österreich-Ungarn habe versprochen, durch Erklärung seines territorialen Desinteressements Rücksicht auf russische Interessen zu nehmen, ein großes Zugeständnis seitens eines kriegführenden Staates. Man sollte deshalb die Doppelmonarchie ihre Angelegenheit mit Serbien allein regeln lassen. Es werde beim Friedensschluß immer noch Zeit sein, auf Schonung der serbischen Souveränität zurückzukommen. || Sehr ernst habe ich hinzugefügt, daß augenblicklich die ganze austroserbische Angelegenheit der Gefahr einer europäischen Konflagration gegenüber in den Hintergrund trete, und habe mir alle Mühe gegeben, dem Minister die Größe dieser Gefahr vor Augen zu führen. || Es war nicht möglich, Sassonow von dem Gedanken abzubringen, daß Serbien von Rußland jetzt nicht im Stich gelassen werden dürfe."

Ebenfalls am 29. berichtete der Militärattaché in Petersburg telegraphisch über eine Unterredung mit dem Generalstabschef der russischen Armee:

„Der Generalstabschef hat mich zu sich bitten lassen und mir eröffnet, daß er soeben von Seiner Majestät komme. Er sei vom Kriegsminister beauftragt worden, mir nochmals zu bestätigen, es sei alles so geblieben, wie es mir vor zwei Tagen der Minister mitgeteilt habe. Er bot mir schriftliche Bestätigung an und gab mir sein Ehrenwort in feierlichster Form, daß nirgends eine Mobilmachung, d. h. Einziehung eines einzigen Mannes oder Pferdes bis zur Stunde, 3 Uhr nachmittags, erfolgt sei. Er könne sich dafür für die Zukunft nicht verbürgen, aber wohl nachdrücklichst bestätigen, daß in den Fronten, die auf unsere Grenzen gerichtet seien, von Seiner Majestät keine Mobilisierung gewünscht würde. Es sind aber hier über erfolgte Einziehung von Reservisten in verschiedenen Teilen des Reichs, auch in Warschau und in Wilna, vielfache Nachrichten eingegangen. Ich habe deshalb dem General vorgehalten, daß ich durch die mir von ihm gemachten Eröffnungen vor ein Rätsel gestellt sei. Auf Offiziersparole erwiderte er mir jedoch, daß solche Nachrichten unrichtig seien, es möge hie und da allenfalls ein falscher Alarm vorliegen. || Ich muß das Gespräch in Anbetracht der positiven, zahlreichen, über erfolgte Einziehungen vorliegenden Nachrichten als einen Versuch betrachten, uns über den Umfang der bisherigen Maßnahmen irrezuführen.“

Da die Russische Regierung auf die verschiedenen Anfragen über die Gründe ihrer drohenden Haltung des öfteren darauf hinwies, daß Österreich-Ungarn noch keine Konversation in Petersburg begonnen habe, erhielt der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg am 29. Juli auf unsere Anregung die Weisung, mit Herrn Sassonow die Konversation zu beginnen. Graf Szapary ist ermächtigt worden, die durch den Beginn des Kriegszustandes allerdings überholte Note an Serbien dem russischen Minister gegenüber zu erläutern und jede Anregung entgegenzunehmen, die von russischer Seite aus noch weiter erfolgen sollte, sowie mit Sassonow alle direkt die österreichisch-ungarischen Beziehungen tangierenden Fragen zu besprechen. || Schulter an Schulter mit England haben wir unausgesetzt an der Vermittelungsaktion fortgearbeitet und jeden Vorschlag in Wien unterstützt, von dem wir die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Konfliktes erhoffen zu können glaubten. Wir haben noch am 30. einen englischen Vorschlag nach Wien weitergegeben, der als Basis der Verhandlungen aufstellte, Österreich-Ungarn solle nach erfolgtem Einmarsch in Serbien dort seine Bedingungen diktieren. Wir mußten annehmen, daß Rußland diese Basis akzeptieren würde. || Während in der Zeit vom 29. bis 31. Juli diese unsere Bemühungen um Vermittelung, von der englischen Diplomatie unterstützt, mit steigender Dringlichkeit fortgeführt wurden, kamen immer erneute und sich häufende Meldungen über russische Mobilisierungsmaß-

nahmen. Truppensammlungen an der ostpreußischen Grenze, die Verhängung des Kriegszustandes über sämtliche wichtigen Plätze der russischen Westgrenze ließen keinen Zweifel mehr daran, daß die russische Mobilisierung auch gegen uns in vollem Gange war, während gleichzeitig unserem Vertreter in Petersburg alle derartigen Maßregeln erneut ehrenwörtlich abgeleugnet wurden. Noch ehe die Wiener Antwort auf den letzten englisch-deutschen Vermittelungsvorschlag, dessen Tendenz und Grundlage in Petersburg bekannt gewesen sein mußte, in Berlin eintreffen konnte, ordnete Rußland die allgemeine Mobilmachung an. In den gleichen Tagen fand zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und König und dem Zaren Nikolaus ein Telegrammwechsel statt, in dem Seine Majestät den Zaren auf den drohenden Charakter der russischen Mobilmachung und die Fortdauer seiner eigenen vermittelnden Tätigkeit aufmerksam machte. || Am 31. Juli richtete der Zar an Seine Majestät den Kaiser folgendes Telegramm:

„Ich danke Dir von Herzen für Deine Vermittelung, die eine Hoffnung aufleuchten läßt, daß doch noch alles friedlich enden könnte. Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Österreichs Mobilisierung notwendig geworden sind. Wir sind weit davon entfernt, einen Krieg zu wünschen. Solange wie die Verhandlungen mit Österreich über Serbien andauern, werden meine Truppen keine herausfordernde Aktion unternehmen. Ich gebe Dir mein feierliches Wort darauf. Ich vertraue mit aller Kraft auf Gottes Gnade und hoffe auf den Erfolg Deiner Vermittelung in Wien für die Wohlfahrt unserer Länder und den Frieden Europas.

Dein Dir herzlich ergebener
Nicolaus."

Mit diesem Telegramm des Zaren kreuzte sich folgendes ebenfalls am 31. Juli um 2 Uhr p. m. abgesandtes Telegramm Seiner Majestät des Kaisers:

„Auf Deinen Appell an Meine Freundschaft und Deine Bitte um Meine Hilfe habe ich eine Vermittelungsaktion zwischen Deiner und der Österreichisch-Ungarischen Regierung aufgenommen. Während diese Aktion im Gange war, sind Deine Truppen gegen das mir verbündete Österreich-Ungarn mobilisiert worden, wodurch, wie Ich Dir schon mitgeteilt habe, Meine Vermittelung beinahe illusorisch gemacht worden ist. Trotzdem habe Ich sie fortgesetzt. Nunmehr erhalte Ich zuverlässige Nachrichten über ernste Kriegsvorbereitungen auch an Meiner östlichen Grenze. Die Verantwortung für die Sicherheit Meines Reiches zwingt Mich zu defensiven Gegenmaßregeln. Ich bin mit Meinen Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. Nicht Ich trage die Verantwortung für das Unheil, das jetzt der ganzen zivilisierten

Welt droht. Noch in diesem Augenblicke liegt es in Deiner Hand, es abzuwenden. Niemand bedroht die Ehre und Macht Rußlands, das wohl auf den Erfolg Meiner Vermittelung hätte warten können. Die Mir von Meinem Großvater auf dem Totenbette überkommene Freundschaft für Dich und Dein Reich ist Mir immer heilig gewesen, und Ich habe treu zu Rußland gestanden, wenn es in schwerer Bedrängnis war, besonders in seinem letzten Kriege. Der Friede Europas kann von Dir noch jetzt erhalten werden, wenn Rußland sich entschließt, die militärischen Maßnahmen einzustellen, die Deutschland und Österreich-Ungarn bedrohen."

Noch ehe dies Telegramm seine Bestimmung erreichte, war die bereits am Vormittag desselben Tages angeordnete, offensichtlich gegen uns gerichtete, Mobilisierung der gesamten russischen Streitkräfte in vollem Gange. Das Telegramm des Zaren aber war um 2 Uhr nachmittags aufgegeben. || Nach Bekanntwerden der russischen Gesamtmobilisation in Berlin erhielt am Nachmittag des 31. Juli der Kaiserliche Botschafter in Petersburg den Befehl, der Russischen Regierung zu eröffnen, Deutschland habe als Gegenmaßregel gegen die allgemeine Mobilisierung der russischen Armee und Flotte den Kriegszustand verkündet, dem die Mobilisation folgen müsse, wenn Rußland nicht binnen 12 Stunden seine militärischen Maßnahmen gegen Deutschland und Österreich-Ungarn einstelle und Deutschland davon in Kenntnis setze. || Gleichzeitig wurde der Kaiserliche Botschafter in Paris angewiesen, von der Französischen Regierung binnen 18 Stunden eine Erklärung zu verlangen, ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben wolle. || Die Russische Regierung hat durch ihre die Sicherheit des Reiches gefährdende Mobilmachung die mühsame Vermittelungsarbeit der europäischen Staatskanzleien kurz vor dem Erfolge zerschlagen. Die Mobilmachungsmaßregeln, über deren Ernst der Russischen Regierung von Anfang an keine Zweifel gelassen wurden, in Verbindung mit ihrer fortgesetzten Ableugnung zeigen klar, daß Rußland den Krieg wollte. || Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg hat die ihm aufgetragene Mitteilung an Herrn Sassonow am 31. Juli um 12 Uhr nachts gemacht. Eine Antwort der Russischen Regierung hierauf hat uns nie erreicht. || Zwei Stunden nach Ablauf der in dieser Mitteilung gestellten Frist hat der Zar an Seine Majestät den Kaiser telegraphiert:

„Ich habe Dein Telegramm erhalten, ich verstehe, daß Du gezwungen bist, mobil zu machen, aber ich möchte von Dir dieselbe Garantie haben, die ich Dir gegeben habe, nämlich, daß diese Maßnahmen nicht Krieg bedeuten und daß wir fortfahren werden, zu verhandeln, zum Heile unserer beiden Länder und des allgemeinen Friedens, der unseren Herzen so teuer ist. Unserer langbewährten Freundschaft muß es mit Gottes Hilfe gelingen,

Blutvergießen zu verhindern. Dringend erwarte ich voll Vertrauen Deine Antwort.“

Hierauf hat Seine Majestät der Kaiser geantwortet:

„Ich danke Dir für Dein Telegramm, ich habe Deiner Regierung gestern den Weg angegeben, durch den allein noch der Krieg vermieden werden kann. Obwohl ich um eine Antwort für heute mittag ersucht hatte, hat mich bis jetzt noch kein Telegramm Meines Botschafters mit einer Antwort Deiner Regierung erreicht. Ich bin daher gezwungen worden, meine Armee zu mobilisieren. Eine sofortige klare und unmißverständliche Antwort Deiner Regierung ist der einzige Weg, um endloses Elend zu vermeiden. Bis ich diese Antwort erhalten habe, bin ich zu meiner Betrübnis nicht in der Lage, auf den Gegenstand Deines Telegramms einzugehen. Ich muß auf das ernsteste von Dir verlangen, daß Du unverzüglich Deinen Truppen den Befehl gibst, unter keinen Umständen auch nur die leiseste Verletzung unserer Grenzen zu begehen.“

Da die Rußland gestellte Frist verstrichen war, ohne daß eine Antwort auf unsere Anfrage eingegangen wäre, hat Seine Majestät der Kaiser und König am 1. August um 5 Uhr p. m. die Mobilmachung des gesamten deutschen Heeres und der Kaiserlichen Marine befohlen. Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg hatte inzwischen den Auftrag erhalten, falls die Russische Regierung innerhalb der ihr gestellten Frist keine befriedigende Antwort erteilen würde, ihr zu erklären, daß wir nach Ablehnung unserer Forderung uns als im Kriegszustand befindlich betrachten. Ehe jedoch eine Meldung über die Ausführung dieses Auftrages einlief, überschritten russische Truppen, und zwar schon am Nachmittag des 1. August, also desselben Nachmittags, an dem das eben erwähnte Telegramm des Zaren abgesandt war, unsere Grenze und rückten auf deutschem Gebiete vor. || Hiermit hat Rußland den Krieg gegen uns begonnen. || Inzwischen hatte der Kaiserliche Botschafter in Paris die ihm befohlene Anfrage an das französische Kabinett am 31. Juli um 7 Uhr nachmittags gestellt. || Der französische Ministerpräsident hat darauf am 1. August um 1 Uhr nachmittags eine zweideutige und unbefriedigende Antwort erteilt, die über die Stellungnahme Frankreichs kein klares Bild gibt, da er sich darauf beschränkte, zu erklären, Frankreich würde das tun, was seine Interessen ihm geböten. Wenige Stunden darauf, um 5 Uhr nachmittags, wurde die Mobilisierung der gesamten französischen Armee und Flotte angeordnet. Am Morgen des nächsten Tages eröffnete Frankreich die Feindseligkeiten.

Abgeschlossen am 2. August mittags.

Anlage 1a.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

25. Juli 1914.

Die Note Österreich-Ungarns an Serbien.

Berlin, den 24. Juli.

Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad überreichte gestern abend 6 Uhr der serbischen Regierung eine Verbalnote mit den Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung. In der Note wird die Antwort bis Sonnabend, den 25. Juli, 6 Uhr abends, verlangt. — Sie hat folgenden Wortlaut:

Am 31. März 1909 hat der Königlich Serbische Gesandte am Wiener Hofe im Auftrage seiner Regierung der Kaiserlichen und Königlichen Regierung folgende Erklärung abgegeben: „Serbien anerkennt, daß es durch die in Bosnien geschaffene Tatsache in seinen Rechten nicht berührt wurde, und daß es sich demgemäß den Entschließungen anpassen wird, welche die Mächte in bezug auf Artikel 25 des Berliner Vertrages treffen werden. Indem Serbien den Ratschlägen der Großmächte Folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protestes und des Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit vergangenem Oktober eingenommen hat, aufzugeben, und verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Österreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fuße freundnachbarlicher Beziehungen zu leben."

Die Geschichte der letzten Jahre nun, und insbesondere der schmerzlichen Ereignisse des 28. Juni, haben das Vorhandensein einer subversiven Bewegung in Serbien erwiesen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie gewisse Teile ihres Gebietes loszutrennen. Diese Bewegung, die unter den Augen der serbischen Regierung entstand, hat in der Folge jenseits des Gebiets des Königreichs durch Akte des Terrorismus, durch eine Reihe von Attentaten und durch Morde Ausdruck gefunden. || Weit entfernt, die in der Erklärung vom 31. März 1909 enthaltenen formellen Verpflichtungen zu erfüllen, hat die Königlich Serbische Regierung nichts getan, um diese Bewegung zu unterdrücken. Sie duldete das verbrecherische Treiben der verschiedenen gegen die Monarchie gerichteten Vereine und Vereinigungen, die zügellose Sprache der Presse, die Verherrlichung der Urheber von Attentaten, die Teilnahme von Offizieren und Beamten an subversiven Umtrieben, sie duldete eine ungesunde Propaganda im öffentlichen Unterricht und duldete schließlich alle Manifestationen, welche die serbische Bevölkerung zum Hasse gegen die Monarchie und zur Verachtung ihrer Einrichtungen verleiten konnten. || Diese Duldung, der sich die König-

lich Serbische Regierung schuldig machte, hat noch in jenem Moment angedauert, in dem die Ereignisse des 28. Juni der ganzen Welt die grauenhaften Folgen solcher Duldung zeigten. || Es erhellt aus den Aussagen und Geständnissen der verbrecherischen Urheber des Attentats vom 28. Juni, daß der Mord von Serajewo in Belgrad ausgeheckt wurde, daß die Mörder die Waffen und Bomben, mit denen sie ausgestattet waren, von serbischen Offizieren und Beamten erhielten, die der Narodna Odbrana angehörten, und daß schließlich die Beförderung der Verbrecher und deren Waffen nach Bosnien von leitenden serbischen Grenzorganen veranstaltet und durchgeführt wurde. || Die angeführten Ergebnisse der Untersuchung gestatten es der k. und k. Regierung nicht, noch länger die Haltung zuwartender Langmut zu beobachten, die sie durch Jahre jenen Treibereien gegenüber eingenommen hatte, die ihren Mittelpunkt in Belgrad haben und von da auf die Gebiete der Monarchie übertragen werden. Diese Ereignisse legen der k. und k. Regierung vielmehr die Pflicht auf, Umtrieben ein Ende zu bereiten, die eine beständige Bedrohung für die Ruhe der Monarchie bilden. || Um diesen Zweck zu erreichen, sieht sich die k. und k. Regierung gezwungen, von der serbischen Regierung eine *offizielle Versicherung zu verlangen, daß sie die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda verurteilt*, das heißt die Gesamtheit der Bestrebungen, deren Endziel es ist, von der Monarchie Gebiete loszulösen, die ihr angehören, und daß sie sich *verpflichtet, diese verbrecherische und terroristische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken.* || Um diesen Verpflichtungen einen feierlichen Charakter zu geben, wird die Königlich Serbische Regierung auf der ersten Seite ihres offiziellen Organs vom 26. 13. Juli nachfolgende Erklärung veröffentlichen:

„Die Königlich Serbische Regierung verurteilt die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda, das heißt die Gesamtheit jener Bestrebungen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie Gebiete loszutrennen, die ihr angehören, und sie bedauert aufrichtigst die grauenhaften Folgen dieser verbrecherischen Handlungen. || Die Königlich Serbische Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Beamte an der vorgenannten Propaganda teilgenommen und damit die freundnachbarlichen Beziehungen gefährdet haben, die zu pflegen sich die Königliche Regierung durch ihre Erklärung vom 31. März 1909 feierlichst verpflichtet hatte. || Die Königliche Regierung, die jeden Gedanken oder jeden Versuch einer Einmischung in die Geschicke der Bewohner was immer eines Teiles Österreich-Ungarns mißbilligt und zurückweist, erachtet es für ihre Pflicht, die Offiziere und Beamten und die gesamte Bevölkerung des Königreichs ganz ausdrücklich aufmerksam zu machen, daß sie künftighin mit äußerster Strenge

gegen jene Personen vorgehen wird, die sich derartiger Handlungen schuldig machen sollten, Handlungen, denen vorzubeugen und die zu unterdrücken sie alle Anstrengungen machen wird. || Diese Erklärung wird gleichzeitig zur Kenntnis der Königlichen Armee durch einen Tagesbefehl Seiner Majestät des Königs gebracht und in dem offiziellen Organ der Armee veröffentlicht werden. || Die Königlich Serbische Regierung verpflichtet sich überdies, || 1. jede Publikation zu unterdrücken, die zum Haß und zur Verachtung der Monarchie aufreizt und deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der letzteren gerichtet ist, || 2. sofort mit der Auflösung des Vereins „Narodna Odbrana" vorzugehen, dessen gesamte Propagandamittel zu konfiszieren und in derselben Weise gegen die anderen Vereine und Vereinigungen in Serbien einzuschreiten, die sich mit der Propaganda gegen Österreich-Ungarn beschäftigen. Die Königliche Regierung wird die nötigen Maßregeln treffen, damit die aufgelösten Vereine nicht etwa ihre Tätigkeit unter anderem Namen oder in anderer Form fortsetzen, || 3. ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien, sowohl was den Lehrkörper als auch die Lehrmittel betrifft, alles zu beseitigen, was dazu dient oder dienen könnte, die Propaganda gegen Österreich-Ungarn zu nähren, || 4. aus dem Militärdienst und der Verwaltung im allgemeinen alle Offiziere und Beamte zu entfernen, die der Propaganda gegen Österreich-Ungarn schuldig sind, und deren Namen unter Mitteilung des gegen sie vorliegenden Materials der Königlichen Regierung bekanntzugeben, sich die k. und k. Regierung vorbehält, || 5. einzuwilligen, daß in Serbien Organe der k. und k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken, || 6. eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden. || Von der k. und k. Regierung hierzu deligierte Organe werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen, || 7. mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Majors Voja Tankkosic und eines gewissen Milan Ciganovic, serbischen Staatsbeamten, vorzunehmen, welche durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert sind, || 8. durch wirksame Maßnahmen die Teilnahme der serbischen Behörden an dem Einschmuggeln von Waffen und Explosivkörpern über die Grenze zu verhindern, || jene Organe des Grenzdienstes von Schabatz und Loznica, die den Urhebern des Verbrechens von Serajewo bei dem Übertritt über die Grenze behilflich waren, aus dem Dienste zu entlassen und strenge zu bestrafen, || 9. der k. und k. Regierung Aufklärungen zu geben über die nicht zu rechtfertigenden Äußerungen hoher serbischer Funktionäre in Serbien und dem Auslande, die ihrer offiziellen Stellung ungeachtet nicht gezögert haben, sich nach dem Attentat vom 28. Juni in

Interviews in feindlicher Weise gegen Österreich-Ungarn auszusprechen, || 10. die k. und k. Regierung ohne Verzug von der Durchführung der in den vorigen Punkten zusammengefaßten Maßnahmen zu verständigen. || Die k. und k. Regierung erwartet die Antwort der Königlichen Regierung spätestens bis Sonnabend, den 25. d. Mts., um 6 Uhr nachmittags."

Ein Memoire über die Ergebnisse der Untersuchung von Serajewo, soweit sie sich auf die Punkt 7 und 8 genannten Funktionäre beziehen, ist dieser Note beigeschlossen.

Beilage. Die bei dem Gericht in Serajewo gegen den Gabrilo Princip und Genossen wegen des am 28. Juni d. J. begangenen Meuchelmordes beziehungsweise wegen Mitschuld hieran anhängige Strafuntersuchung hat bisher zu folgenden Feststellungen geführt:

1. Der Plan, den Erzherzog Franz Ferdinand während seines Aufenthaltes in Serajewo zu ermorden, wurde in Belgrad von Gabrilo Princip, Nedeljko Gabrinovic, einem gewissen Milan Ciganovic und Trifko Grabez unter Beihilfe des Majors Voja Tankkosic ausgeheckt. || 2. Die sechs Bomben und vier Browningpistolen, deren sich die Verbrecher als Werkzeuge bedienten, wurden dem Princip, Gabrinovic und Grabez in Belgrad von einem gewissen Milan Ciganovic und dem Major Voja Tankkosic verschafft und übergeben. || 3. Die Bomben sind Handgranaten, die dem Waffendepot der serbischen Armee in Kragujevac entstammen. || 4. Um das Gelingen des Attentats zu sichern, unterwies Milan Ciganovic den Princip, den Gabrinovic und Grabez in der Handhabung der Granaten und gab in einem Walde neben dem Schießfelde von Topschider dem Princip und Grabez Unterricht im Schießen mit Browningpistolen. || 5. Um dem Princip, Gabrinovic und Gabrez den Übergang über die bosnisch-herzegowinische Grenze und die Einschmuggelung ihrer Waffen zu ermöglichen, wurde ein ganzes geheimes Transportsystem durch Ciganovic organisiert. Der Eintritt der Verbrecher samt ihren Waffen nach Bosnien und der Herzegowina wurde von den Zollorganen Rudivoj Grbic von Loznica mit Beihilfe mehrerer anderer Personen durchgeführt.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

29. Juli 1914.

Österreich-Ungarn und die serbische Note.

Wien, 27. Juli. Die Note der Königlich Serbischen Regierung vom 12./25. Juli 1914 lautet in deutscher Übersetzung wie folgt:

Die Königliche Regierung hat die Mitteilung der k. und k. Regierung vom 10. d. M. erhalten und ist überzeugt, daß ihre Antwort jedes Mißverständnis zerstreuen wird, das die freundnachbarlichen Beziehungen zwischen

der österreichischen Monarchie und dem Königreich Serbien zu stören droht. || Die Königliche Regierung ist sich bewußt, daß der großen Nachbarmonarchie gegenüber bei keinem Anlaß jene Proteste erneuert wurden, die seinerzeit sowohl in der Skupschina als auch in Erklärungen und Handlungen der verantwortlichen Vertreter des Staates zum Ausdruck gebracht wurden und die durch die Erklärung der serbischen Regierung vom 18. März 1909 ihren Abschluß gefunden haben, sowie weiter, daß seit jener Zeit weder von den verschiedenen einander folgenden Regierungen des Königreichs noch von deren Organen der Versuch unternommen wurde, den in Bosnien und der Herzegowina geschaffenen politischen und rechtlichen Zustand zu ändern. Die Königliche Regierung stellt fest, daß die k. und k. Regierung in dieser Richtung keinerlei Vorstellung erhoben hat, abgesehen von dem Falle eines Lehrbuches, hinsichtlich dessen die k. und k. Regierung eine vollkommen befriedigende Aufklärung erhalten hat. Serbien hat während der Dauer der Balkankrise in zahlreichen Fällen Beweise für seine pazifistische und gemäßigte Politik geliefert, und es ist nur Serbien und den Opfern, die es ausschließlich im Interesse des europäischen Friedens gebracht hat, zu danken, wenn dieser Friede erhalten geblieben ist.

Dazu bemerkt die Österreichisch-Ungarische Regierung:

Die Königlich Serbische Regierung beschränkt sich darauf, festzustellen, daß seit Abgabe der Erklärung vom 18. März 1909 von seiten der Serbischen Regierung und ihrer Organe kein Versuch zur Änderung der Stellung Bosniens und der Herzegowina unternommen wurde. || Damit verschiebt sie in bewußt willkürlicher Weise die Grundlagen unserer Demarche, da wir nicht die Behauptung aufgestellt haben, daß sie und ihre Organe in dieser Richtung offiziell irgend etwas unternommen hätten. || Unser Gravamen geht vielmehr dahin, daß sie es trotz der in der zitierten Note übernommenen Verpflichtungen unterlassen hat, die gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtete Bewegung zu unterdrücken. || Ihre Verpflichtung bestand also darin, die ganze Richtung ihrer Politik zu ändern und zur österreichisch-ungarischen Monarchie in ein freundnachbarliches Verhältnis zu treten, nicht bloß die Zugehörigkeit Bosniens zur Monarchie offiziell nicht anzutasten.

Die Note Serbiens fährt dann fort:

Die Königliche Regierung kann nicht für Äußerungen privaten Charakters verantwortlich gemacht werden, wie es Zeitungsartikel und die friedliche Arbeit von Gesellschaften sind, Äußerungen, die fast in allen Ländern ganz gewöhnliche Erscheinungen sind, und die sich im allgemeinen der staatlichen Kontrolle entziehen. Dies um so weniger, als die Königliche Regie-

rung bei der Lösung einer ganzen Reihe von Fragen, die zwischen Serbien und Österreich-Ungarn aufgetaucht waren, großes Entgegenkommen bewiesen hat, wodurch ihr es gelungen ist, deren größeren Teil zugunsten des Fortschritts der beiden Nachbarländer zu lösen.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Die Behauptung der Königlich Serbischen Regierung, daß die Äußerungen der Presse und die Tätigkeit von Vereinen privaten Charakter haben und sich der staatlichen Kontrolle entziehen, steht in vollem Widerspruche zu den Einrichtungen moderner Staaten, selbst der freiheitlichsten Richtung auf dem Gebiete des Preß- und Vereinsrechts, das einen öffentlichrechtlichen Charakter hat und Presse sowie Vereine der staatlichen Aufsicht unterstellt. Übrigens sehen auch die serbischen Einrichtungen eine solche Aufsicht vor. Der gegen die Serbische Regierung erhobene Vorwurf geht eben dahin, daß sie es gänzlich unterlassen hat, ihre Presse und ihre Vereine zu beaufsichtigen, deren Wirkung im monarchiefeindlichen Sinne sie kannte.

Die Note Serbiens fährt fort:

Die Königliche Regierung war deshalb durch die Behauptungen, daß Angehörige Serbiens an der Vorbereitung des in Serajewo verübten Attentats teilgenommen hätten, schmerzlich überrascht. Sie hatte erwartet, zur Mitwirkung bei den Nachforschungen über dieses Verbrechen eingeladen zu werden, und war bereit, um ihre vollkommene Korrektheit durch Taten zu beweisen, gegen alle Personen vorzugehen, hinsichtlich welcher ihr Mitteilungen zugekommen wären.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Diese Behauptung ist unrichtig. Die Serbische Regierung war über den gegen ganz bestimmte Personen bestehenden Verdacht genau unterrichtet und nicht nur in der Lage, sondern auch nach ihren internen Gesetzen verpflichtet, ganz spontan Erhebungen einzuleiten. Sie hat in dieser Richtung gar nichts unternommen.

Note Serbiens:

Den Wünschen der k. und k. Regierung entsprechend ist die Königliche Regierung bereit, dem Gericht ohne Rücksicht auf Stellung und Rang jeden serbischen Staatsangehörigen zu übergeben, für dessen Teilnahme an dem Serajewoer Verbrechen ihr Beweise geliefert werden sollten. Sie verpflichtet sich insbesondere auf der ersten Seite des Amtsblattes vom 13./26. Juli folgende Enuntiation zu veröffentlichen: Die Königlich Ser-

bische Regierung verurteilt jede Propaganda, die gegen Österreich-Ungarn gerichtet sein sollte, d. h. die Gesamtheit der Bestrebungen, die in letzter Linie auf die Losreißung einzelner Gebiete von der österreichisch-ungarischen Monarchie abzielen, und sie bedauert aufrichtig, die traurigen Folgen dieser verbrecherischen Machenschaften.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Unsere Forderung lautete: „Die Königlich Serbische Regierung verurteilt die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda . . .“

Die von der Königlich Serbischen Regierung vorgenommene Änderung der von uns geforderten Erklärung will sagen, daß eine solche gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda nicht besteht, oder daß eine solche nicht bekannt ist. Diese Formel ist unaufrichtig und hinterhältig, da sich die Serbische Regierung damit für später die Ausflucht reserviert, sie hätte die derzeit bestehende Propaganda durch diese Erklärung nicht desavouiert und nicht als monarchiefeindlich anerkannt, woraus sie weiter ableiten könnte, daß sie zur Unterdrückung einer der jetzigen Propaganda gleichen nicht verpflichtet sei.

Note Serbiens:

Die Königliche Regierung bedauert, daß laut der Mitteilung der k. und k. Regierung gewisse serbische Offiziere und Funktionäre an der eben genannten Propaganda mitgewirkt, und daß diese damit die freundnachbarlichen Beziehungen gefährdet hätten, zu deren Beobachtung sich die Königliche Regierung durch die Erklärung vom 31. März 1909 feierlich verpflichtet hatte.

Die Regierung . . . .“ gleichlautend mit dem geforderten Texte.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Die von uns geforderte Formulierung lautete: „Die Königliche Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Funktionäre . . . . mitgewirkt haben . . .“

Auch mit dieser Formulierung und dem weiteren Beisatz „laut der Mitteilung der k. und k. Regierung“ verfolgt die Serbische Regierung den bereits oben angedeuteten Zweck, sich für die Zukunft freie Hand zu wahren.

Note Serbiens:

Die Königliche Regierung verpflichtet sich weiter

1. Anläßlich des nächsten ordnungsmäßigen Zusammentritts der Skupschtina in das Preßgesetz eine Bestimmung einzuschalten, wonach die Aufreizung zum Hasse und zur Verachtung gegen die Monarchie sowie

jede Publikation strengstens bestraft würde, deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität Österreich-Ungarns gerichtet ist.

Sie verpflichtet sich, anläßlich der demnächst erfolgenden Revision der Verfassung in den Artikel XXII des Verfassungsgesetzes einen Zusatz aufzunehmen, der die Konfiskation derartiger Publikationen gestattet, was nach den klaren Bestimmungen des Artikels XXII der Konstitution derzeit unmöglich ist.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Wir hatten gefordert:

„1. Jede Publikation zu unterdrücken, die zum Hasse und zur Verachtung der Monarchie aufreizt und deren Tendenz gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtet ist.“

Wir wollten also die Verpflichtung Serbiens herbeiführen, dafür zu sorgen, daß derartige Preßangriffe in Hinkunft unterbleiben; wir wünschten also einen bestimmten Erfolg auf diesem Gebiete sichergestellt zu wissen.

Statt dessen bietet uns Serbien die Erlassung gewisser Gesetze an, welche als Mittel zu diesem Erfolge dienen sollen, und zwar:

a) Ein Gesetz, womit die fraglichen monarchiefeindlichen Preßäußerungen subjektiv bestraft werden sollen, was uns ganz gleichgültig ist, um so mehr, als bekanntermaßen die subjektive Verfolgung von Preßdelikten äußerst selten möglich ist, und bei einer entsprechend laxen Behandlung eines solchen Gesetzes auch die wenigen Fälle dieser Art nicht zur Bestrafung kommen würden; also ein Vorschlag, der unserer Forderung in keiner Weise entgegenkommt, daher uns nicht die geringste Garantie für den von uns gewünschten Erfolg bietet;

b) ein Nachtragsgesetz zu Artikel XXII der Konstitution, daß die Konfiskation gestattet würde — ein Vorschlag, der uns gleichfalls nicht befriedigen kann, da der Bestand eines solchen Gesetzes in Serbien uns nichts nützt, sondern nur die Verpflichtung der Regierung, es auch anzuwenden, was uns aber nicht versprochen wird.

Diese Vorschläge sind also vollkommen unbefriedigend — dies um so mehr, als sie auch in der Richtung evasiv sind, daß uns nicht gesagt wird, innerhalb welcher Frist diese Gesetze erlassen würden, und daß im Falle der Ablehnung der Gesetzesvorlagen durch die Skupschina — von der eventuellen Demission der Regierung abgesehen — alles beim alten bliebe.

Note Serbiens:

2. Die Regierung besitzt keinerlei Beweise dafür und auch die Note der k. und k. Regierung liefert ihr keine solchen, daß der Verein „Narodna Odbrana“ und andere ähnliche Gesellschaften bis zum heutigen Tage durch

eines ihrer Mitglieder irgendwelche verbrecherische Handlungen dieser Art begangen hätten. Nichtsdestoweniger wird die Königliche Regierung die Forderung der k. und k. Regierung annehmen und die Gesellschaft „Narodna Odbrana" sowie jede Gesellschaft, die gegen Österreich-Ungarn wirken sollte, auflösen.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Die monarchiefeindliche Propaganda der „Narodna Odbrana" und der ihr affilierten Vereine erfüllt in Serbien das ganze öffentliche Leben; es ist daher eine ganz unzulässige Reserve, wenn die serbische Regierung behauptet, daß ihr darüber nichts bekannt ist.

Ganz abgesehen davon ist die von uns aufgestellte Forderung nicht zur Gänze erfüllt, da wir überdies verlangt haben:

die Propagandamittel dieser Gesellschaften zu konfiszieren;

die Neubildung der aufgelösten Gesellschaften unter anderem Namen und in anderer Gestalt zu verhindern.

In diesen beiden Richtungen schweigt das Belgrader Kabinett vollkommen, so daß uns auch durch die gegebene halbe Zusage keine Garantie dafür geboten ist, daß dem Treiben der monarchiefeindlichen Assoziationen, insbesondere der „Narodna Odbrana", durch deren Auflösung definitiv ein Ende bereitet wäre.

Note Serbiens:

3. Die Königlich Serbische Regierung verpflichtet sich, ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien alles auszuscheiden, was die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda fördern könnte, falls ihr die k. und k. Regierung tatsächliche Beweise für diese Propaganda liefert.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Auch in diesem Falle verlangt die serbische Regierung erst Beweise dafür, daß im öffentlichen Unterrichte Serbiens eine monarchiefeindliche Propaganda getrieben wird, während sie doch wissen muß, daß die bei den serbischen Schulen eingeführten Lehrbücher in dieser Richtung zu beanstandenden Stoff enthalten, und daß ein großer Teil der serbischen Lehrer im Lager der „Narodna Odbrana" und der ihr affilierten Vereine steht.

Übrigens hat die Serbische Regierung auch hier einen Teil unserer Forderungen nicht so erfüllt, wie wir es verlangt haben, indem sie in ihrem Texte den von uns gewünschten Beisatz, „sowohl was den Lehrkörper, als auch was die Lehrmittel anbelangt", wegließ — ein Beisatz, welcher ganz klar zeigt, wo die monarchiefeindliche Propaganda in der serbischen Schule zu suchen ist.

Note Serbiens:

4. Die Königliche Regierung ist auch bereit, jene Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst zu entlassen, hinsichtlich welcher durch gerichtliche Untersuchung festgestellt wird, daß sie sich Handlungen gegen die territoriale Integrität der Monarchie haben zuschulden kommen lassen; sie erwartet, daß ihr die k. und k. Regierung zwecks Einleitung des Verfahrens die Namen dieser Offiziere und Beamten und die Tatsachen mitteilt, welche denselben zur Last gelegt werden.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Indem die Königlich Serbische Regierung die Zusage der Entlassung der fraglichen Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst an den Umstand knüpft, daß diese Personen durch ein Gerichtsverfahren schuldig befunden werden, schränkt sie ihre Zusage auf jene Fälle ein, in denen diesen Personen ein strafgesetzlich zu ahndendes Delikt zur Last liegt. Da wir aber die Entfernung jener Offiziere und Beamten verlangen, die monarchiefeindliche Propaganda betreiben, was ja im allgemeinen in Serbien kein gerichtlich strafbarer Tatbestand ist, erscheinen unsere Forderungen auch in diesem Punkte nicht erfüllt.

Note der Königlich Serbischen Regierung:

5. Die Königliche Regierung muß bekennen, daß sie sich über den Sinn und die Tragweite jenes Begehrens der k. und k. Regierung nicht volle Rechenschaft geben kann, welches dahin geht, daß die Königlich Serbische Regierung sich verpflichten soll, auf ihren Gebieten die Mitwirkung von Organen der k. und k. Regierung zuzulassen, doch erklärt sie, daß sie jede Mitwirkung anzunehmen bereit wäre, welche den Grundsätzen des Völkerrechts und des Strafprozesses sowie den freundnachbarlichen Beziehungen entsprechen würde.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Mit dieser Frage hat das allgemeine Völkerrecht ebensowenig zu tun wie das Strafprozeßrecht: Es handelt sich um eine Angelegenheit rein staatspolizeilicher Natur, die im Wege einer besonderen Vereinbarung zu lösen ist. Die Reserve Serbiens ist daher verständlich und wäre bei ihrer vagen allgemeinen Form geeignet, zu unüberbrückbaren Schwierigkeiten bei Abschluß des zu treffenden Abkommens zu führen.

Note der Königlich Serbischen Regierung:

6. Die Königliche Regierung hält es selbstverständlich für ihre Pflicht, gegen alle jene Personen eine Untersuchung einzuleiten, die an dem Komplott

vom 15./28. Juni beteiligt waren oder beteiligt gewesen sein sollen und die sich auf ihrem Gebiete befinden. Was die Mitwirkung von hierzu speziell delegierten Organen der k. und k. Regierung an dieser Untersuchung anbelangt, so kann sie eine solche nicht annehmen, da dies eine Verletzung der Verfassung und des Strafprozeßgesetzes wäre. Doch könnte den österreichisch-ungarischen Organen in einzelnen Fällen Mitteilung von den Ergebnissen der Untersuchung gemacht werden.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Unser Verlangen war ganz klar und nicht mißzudeuten. Wir begehrten 1. Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die Teilnehmer des Komplotts, 2. Teilnahme von k. und k. Organen an den hierauf bezüglichen Erhebungen (Recherche im Gegensatz zu enquête judiciaire), 3. es ist uns nicht beigefallen, k. und k. Organe an dem serbischen Gerichtsverfahren teilnehmen zu lassen: Sie sollten nur an den polizeilichen Vorerhebungen mitwirken, welche das Material für die Untersuchung herbeizuschaffen und sicherzustellen hatten.

Wenn die Serbische Regierung uns hier mißversteht, so tut sie dies bewußt, denn der Unterschied zwischen enquête judiciaire und den einfachen Recherchen muß ihr geläufig sein.

Da sie sich jeder Kontrolle des einzuleitenden Verfahrens zu entziehen wünschte, das bei korrekter Durchführung höchst unerwünschte Ergebnisse für sie liefern würde, und da sie keine Handhabe besitzt, in plausibler Weise die Mitwirkung unserer Organe an dem polizeilichen Verfahren abzulehnen (Analogien für solche polizeilichen Interventionen bestehen in großer Menge), hat sie sich auf einen Standpunkt begeben, der ihrer Ablehnung den Schein der Berechtigung geben und unserem Verlangen den Stempel der Unerfüllbarkeit aufdrücken soll.

Note der Serbischen Regierung:

7. Die Königliche Regierung hat noch am Abend des Tages, an dem ihr die Note zukam, die Verhaftung des Majors Voislar Tankosic verfügt. Was aber den Milan Ciganovic anbelangt, der ein Angehöriger der österreichisch-ungarischen Monarchie ist, und der bis zum 15. Juni (als Aspirant) bei der Eisenbahndirektion bedienstet war, so konnte dieser bisher nicht ausgeforscht werden, weshalb ein Steckbrief gegen ihn erlassen wurde.

Die k. und k. Regierung wird gebeten, zwecks Durchführung der Untersuchung sobald als möglich die bestehenden Verdachtsgründe und die bei der Untersuchung in Serajewo gesammelten Schuldbeweise in der bezeichneten Form bekanntzugeben.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Diese Antwort ist hinterhältig. Ciganovic ging laut der von uns veranlaßten Nachforschung drei Tage nach dem Attentat, als bekannt wurde, daß Ciganovic an dem Komplotte beteiligt war, auf Urlaub und begab sich im Auftrag der Polizeipräfektur in Belgrad nach Ribari. Es ist also zunächst unrichtig, daß Ciganovic schon am 15./28. Juni aus dem serbischen Staatsdienst schied. Hierzu kommt, daß der Polizeipräfekt von Belgrad, der die Abreise des Ciganovic selbst veranlaßt hat und der wußte, wo dieser sich aufhielt, in einem Interview erklärte, ein Mann namens Milan Ciganovic existiere in Belgrad nicht.

Note der Serbischen Regierung:

8. Die Serbische Regierung wird die bestehenden Maßnahmen gegen die Unterdrückung des Schmuggelns von Waffen und Explosivstoffen verschärfen und erweitern.

Es ist selbstverständlich, daß sie sofort eine Untersuchung einleiten und jene Beamten des Grenzdienstes in der Linie Sabae—Loznica streng bestrafen wird, die ihre Pflicht verletzt und die Urheber des Verbrechens die Grenze haben überschreiten lassen.

9. Die Königliche Regierung ist gern bereit, Erklärungen über die Äußerungen zu geben, welche ihre Beamten in Serbien und im Ausland nach dem Attentat in Interviews gemacht haben und die nach der Behauptung der k. und k. Regierung der Monarchie feindselig waren, sobald die k. und k. Regierung die Stellen dieser Ausführungen bezeichnet und bewiesen haben wird, daß diese Äußerungen von den betreffenden Funktionären tatsächlich gemacht worden sind. Die Königliche Regierung wird selbst Sorge tragen, die nötigen Beweise und Überführungsmittel hierfür zu sammeln.

Anmerkung der k. und k. Regierung:

Der Königlich Serbischen Regierung müssen die bezüglichen Interviews ganz genau bekannt sein. Wenn sie von der k. und k. Regierung verlangt, daß diese ihr allerlei Details über diese Interviews liefere und sich eine förmliche Untersuchung hierüber vorbehält, zeigt sie, daß sie auch die Forderung nicht ernstlich erfüllen will.

Note der Serbischen Regierung:

10. Die Königliche Regierung wird, sofern dies nicht schon in dieser Note geschehen ist, die k. und k. Regierung von der Durchführung der in den vorstehenden Punkten enthaltenen Maßnahmen in Kenntnis setzen, sobald eine dieser Maßregeln angeordnet und durchgeführt wird.

Die Königlich Serbische Regierung glaubt, daß es im gemeinsamen Interesse liegt, die Lösung dieser Angelegenheit nicht zu überstürzen und ist daher, falls sich die k. und k. Regierung durch diese Antwort nicht für befriedigt erachten sollte, wie immer bereit, eine friedliche Lösung anzunehmen, sei es durch Übertragung der Entscheidung dieser Frage an das Internationale Gericht im Haag, sei es durch Überlassung der Entscheidung an die Großmächte, welche an der Ausarbeitung der von der Serbischen Regierung am 18./31. März 1909 abgegebenen Erklärung mitgewirkt haben. — Schluß der Note.

Aus dem österreichisch-ungarischen Material.

Wien, 27. Juli. Das in der österreichisch-ungarischen Zirkularnote an die auswärtigen Botschaften in Angelegenheit des serbischen Konflikts erwähnte Dossier wird heute veröffentlicht. || In diesem Memoire wird darauf hingewiesen, daß die von Serbien ausgegangene Bewegung, die sich zum Ziele gesetzt hat, die südlichen Teile Österreich-Ungarns von der Monarchie loszureißen, um sie mit Serbien zu einer staatlichen Einheit zu verbinden, weit zurückgreift. Diese in ihren Endzielen stets gleichbleibende und nur in ihren Mitteln und an Intensität wechselnde Propaganda erreichte zur Zeit der Annexionskrise ihren Höhepunkt und trat damals offen mit ihren Tendenzen hervor. Während einerseits die gesamte serbische Presse zum Kampfe gegen die Monarchie aufrief, bildeten sich — von anderen Propagandamitteln abgesehen — Assoziationen, die diese Kämpfe vorbereiteten, unter denen die Narodna Odbrana an Bedeutung hervorragte. Aus einem revolutionären Komitee hervorgegangen, konstituierte sich diese vom Belgrader Auswärtigen Amte völlig abhängige Organisation unter Leitung von Staatsmännern und Offizieren, darunter dem General Jankovic und dem ehemaligen Minister Ivanovic. Auch Major Oja Tankovic und Milan Pribicevic gehören zu diesen Gründern. Dieser Verein hatte sich die Bildung und Ausrüstung von Freischaren für den bevorstehenden Krieg gegen die österreichisch-ungarische Monarchie zum Ziele gesetzt. In einer dem Memoire angefügten Anlage wird ein Auszug aus dem vom Zentralausschusse der Narodna Odbrana herausgegebenen Vereinsorgane gleichen Namens veröffentlicht, worin in mehreren Artikeln die Tätigkeit und Ziele dieses Vereins ausführlich dargelegt werden. Es heißt darin, daß zu der Hauptaufgabe der Narodna Odbrana die Verbindung mit ihren nahen und ferneren Brüdern jenseits der Grenze und unseren übrigen Freunden in der Welt gehören. || Österreich ist als erster und größter Feind bezeichnet. Wie die Narodna Odbrana die Notwendigkeit des Kampfes mit

Österreich predigt, predigt sie eine heilige Wahrheit unserer nationalen Lage. Das Schlußkapitel enthält einen Appell an die Regierung und das Volk Serbiens, sich mit allen Mitteln für den Kampf vorzubereiten, den die Annexion vorangezeigt hat. || Das Memoire schildert nach einer Aussage eines von der Narodna Odbrana angeworbenen Komitatschis die damalige Tätigkeit der Narodna Odbrana, die eine von zwei Hauptleuten, darunter Tankovic, geleitete Schule zur Ausbildung von Banden unterhielt, Schulen, welche von General Jankovic und von Hauptmann Milan Pribicevic regelmäßig inspiziert wurden. Weiter wurden die Komitatschis im Schießen und Bombenwerfen, im Minenlegen, Sprengen von Eisenbahnbrücken usw. unterrichtet. Nach der feierlichen Erklärung der Serbischen Regierung vom Jahre 1909 schien auch das Ende dieser Organisation gekommen zu sein. Diese Erwartungen haben sich aber nicht nur nicht erfüllt, sondern die Propaganda wurde durch die serbische Presse fortgesetzt. Das Memoire führt als Beispiel die Art und Weise an, wie das Attentat gegen den bosnischen Landeschef Varesanin publizistisch verwertet wurde, indem der Attentäter als serbischer Nationalheld gefeiert und seine Tat verherrlicht wurde. Diese Blätter wurden nicht nur in Serbien verbreitet, sondern auch auf wohlorganisierten Schleichwegen in die Monarchie hineingeschmuggelt. || Unter der gleichen Leitung wie bei ihrer Gründung wurde die Narodna Odbrana neuerlich der Zentralpunkt einer Agitation, welcher der Schützenbund mit 762 Vereinen, ein Sokolbund mit 3500 Mitgliedern und verschiedene andere Vereine angehörten. || Im Kleide eines Kulturvereins auftretend, dem nur die geistige und die körperliche Entwickelung der Bevölkerung Serbiens sowie deren materielle Kräftigung am Herzen liegt, enthüllt die Narodna Odbrana ihr wahres reorganisiertes Programm in vorzitiertem Auszug aus ihrem Vereinsorgan, in welchem „die heilige Wahrheit“ gepredigt wird, daß es eine unerläßliche Notwendigkeit ist, gegen Österreich, seinen ersten größten Feind, diesen Ausrottungskampf mit Gewehr und Kanone zu führen, und das Volk mit allen Mitteln auf den Kampf vorzubereiten, zur Befreiung der unterworfenen Gebiete, in denen viele Millionen unterjochter Brüder schmachten. Die in dem Memoire zitierten Aufrufe und Reden ähnlichen Charakters beleuchten die vielseitige auswärtige Tätigkeit der Narodna Odbrana und ihrer affilierten Vereine, die in Vortragsreisen, in der Teilnahme an Festen von bosnischen Vereinen, bei denen offen Mitglieder für die erwähnte serbische Vereinigung geworben wurden, besteht. Gegenwärtig ist noch die Untersuchung darüber im Zuge, daß die Sokolvereine Serbiens analoge Vereinigungen der Monarchie bestimmten, sich mit ihnen in einem bisher geheim gehaltenen Verbande zu vereinigen. Durch Vertrauens-

männer und Missionäre wurde die Aufwiegelung in die Kreise Erwachsener und der urteilslosen Jugend gebracht. So wurden von Milan Pribicewitsch ehemalige Honvedoffiziere und ein Gendarmerieleutnant zum Verlassen des Heeresdienstes in der Monarchie unter bedenklichen Umständen verleitet. In den Schulen der Lehrerbildungsanstalten wurde eine weitgehende Agitation entwickelt. Der gewünschte Krieg gegen die Monarchie wurde militärisch auch insofern vorbereitet, als serbische Emissäre im Falle des Ausbruchs der Feindseligkeiten mit der Zerstörung von Transportmitteln usw., der Anfachung von Revolten und Paniken betraut wurden. Alles dies wird in einer besonderen Beilage belegt. || Das Memoire schildert ferner den Zusammenhang zwischen dieser Tätigkeit der Narodna Odbrana und den affilierten Organisationen mit den Attentaten gegen den Königlichen Kommissär in Agram Cuvaj im Juli 1912, dem Attentat von Dojcic in Agram 1913 gegen Skerlecz und dem mißglückten Attentat Schäfers am 20. Mai im Aramer Theater. Es verbreitet sich hierauf über den Zusammenhang des Attentats auf den Thronfolger und dessen Gemahlin, über die Art, wie sich die Jungen schon in der Schule an dem Gedanken der Narodna Odbrana vergifteten und wie sich die Attentäter mit Hilfe von Pribicewic und Dacic die Werkzeuge zu dem Attentat verschafften, wobei insbesondere die Rolle des Majors Tankosic dargelegt wird, der die Mordwaffen lieferte, wie auch die Rolle eines gewissen Ciganovic, eines gewesenen Komitatschi und jetzigen Beamten der serbischen Eisenbahndirektion Belgrad, der schon 1909 als Zögling der Bandenschule der damaligen Narodna Odbrana auftauchte. Ferner wird die Art dargelegt, wie Bomben und Waffen unbemerkt nach Bosnien eingeschmuggelt wurden, die keinen Zweifel darüber läßt, daß dies ein wohl vorbereiteter und für die geheimnisvollen Zwecke der Narodna oft begangener Schleichweg war. || Eine Beilage enthält einen Auszug aus den Akten des Kreisgerichts in Serajewo über die Untersuchung des Attentats gegen den Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Gemahlin. Danach sind Princip, Cabrinovic, Grabez, Crupilovic und Papovic geständig, in Gemeinschaft mit dem flüchtigen Mehmedbasic ein Komplott zur Ermordung des Erzherzogs gebildet und ihn zu diesem Zweck aufgelauert zu haben. Cabrinovic ist geständig, die Bombe geworfen und Gabrilo Princip das Attentat mit der Browningpistole ausgeführt zu haben. Beide Täter gaben zu, bei der Verübung der Tat die Absicht des Mordes gehabt zu haben. Die weiteren Teile der Anlage enthalten weitere Angaben der Beschuldigten vor dem Untersuchungsrichter über Entstehung des Komplotts, Herkunft der Bomben, welche fabrikmäßig hergestellt wurden, für militärische Zwecke bestimmt waren und ihrer Originalpackung nach aus dem serbischen Waffenlager aus Kragujevac stammten.

Endlich gibt die Beilage Auskunft über den Transport der drei Attentäter und der Waffen von Serbien nach Bosnien. Aus dem weiteren Zeugenprotokoll ergibt sich, daß ein Angehöriger der Monarchie einige Tage vor dem Attentat dem österreichisch-ungarischen Konsulat in Belgrad Meldung von der Vermutung erstatten wollte, daß ein Plan zur Verübung des Attentats gegen den Erzherzog während dessen Anwesenheit in Bosnien bestehe. Dieser Mann soll nun durch Belgrader Polizeiorgane, welche ihn unmittelbar vor Betreten des Konsulats aus nichtigen Gründen verhafteten, an der Erstattung der Meldung verhindert worden sein. Weiter gehe aus dem Zeugenprotokoll hervor, daß die betreffenden Polizeiorgane von dem geplanten Attentat Kenntnis gehabt hätten. Da diese Angaben noch nicht nachgeprüft sind, kann über deren Stichhaltigkeit vorläufig noch kein Urteil gefällt werden. In der Beilage zum Memoire heißt es: Vor dem Empfangssaal des serbischen Kriegsministeriums befinden sich an der Wand vier allegorische Bilder, von denen drei Darstellungen serbischer Kriegserfolge sind, während das vierte die Verwirklichung der monarchiefeindlichen Tendenzen Serbiens versinnbildlicht. Über einer Landschaft, die teils Gebirge (Bosnien), teils Ebene (Südungarn) darstellt, geht die Zora, die Morgenröte der serbischen Hoffnungen, auf. Im Vordergrunde steht eine bewaffnete Frauengestalt, auf deren Schilde die Namen aller „noch zu befreienden Provinzen“: Bosnien, Herzegowina, Wojwodina, Syrmien, Dalmatien usw. stehen.

Anlage 1 b.

Der Reichskanzler an die Kaiserlichen Botschafter in Paris, London, St. Petersburg vom 23. Juli 1914:

Die Veröffentlichungen der Österreichisch-Ungarischen Regierung über die Umstände, unter denen das Attentat auf den österreichischen Thronfolger und seine Gemahlin stattgefunden hat, enthüllen offen die Ziele, die sich die großserbische Propaganda gesetzt hat, und die Mittel, deren sie sich zur Verwirklichung derselben bedient. Auch müssen durch die bekannt gegebenen Tatsachen die letzten Zweifel darüber schwinden, daß das Aktionszentrum der Bestrebungen, die auf Loslösung der südslawischen Provinzen von der österreichisch-ungarischen Monarchie und deren Vereinigung mit dem serbischen Königreich hinauslaufen, in Belgrad zu suchen ist, und dort zum mindesten mit der Konnivenz von Angehörigen der Regierung und Armee seine Tätigkeit entfaltet. || Die serbischen Treibereien gehen auf eine lange Reihe von Jahren zurück. In besonders markanter Form trat der großserbische Chauvinismus während der bosnischen Krisis in die Erscheinung. Nur der weitgehenden Selbstbeherrschung und Mäßigung der Öster-

reichisch-Ungarischen Regierung und dem energischen Einschreiten der Großmächte war es zuzuschreiben, wenn die Provokationen, welchen Österreich-Ungarn in dieser Zeit von seiten Serbiens ausgesetzt war, nicht zum Konflikte führten. Die Zusicherung künftigen Wohlverhaltens, die die Serbische Regierung damals gegeben hat, hat sie nicht eingehalten. Unter den Augen, zum mindesten unter stillschweigender Duldung des amtlichen Serbiens, hat die großserbische Propaganda inzwischen fortgesetzt an Ausdehnung und Intensität zugenommen; auf ihr Konto ist das jüngste Verbrechen zu setzen, dessen Fäden nach Belgrad führen. Es hat sich in unzweideutiger Weise kundgetan, daß es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie vereinbar sein würde, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen, durch das die Sicherheit und die Integrität ihrer Gebiete dauernd bedroht wird. Bei dieser Sachlage können das Vorgehen sowie die Forderungen der Österreichisch-Ungarischen Regierung nur als gerechtfertigt angesehen werden. Trotzdem schließt die Haltung, die die öffentliche Meinung sowohl als auch die Regierung in Serbien in letzter Zeit eingenommen hat, die Befürchtung nicht aus, daß die Serbische Regierung es ablehnen wird, diesen Forderungen zu entsprechen, und daß sie sich zu einer provokatorischen Haltung Österreich-Ungarn gegenüber hinreißen läßt. Es würde der Österreichisch-Ungarischen Regierung, will sie nicht auf ihre Stellung als Großmacht endgültig Verzicht leisten, nichts anderes übrig bleiben, als ihre Forderungen bei der Serbischen Regierung durch einen starken Druck und nötigenfalls unter der Ergreifung militärischer Maßnahmen durchzusetzen, wobei ihr die Wahl der Mittel überlassen bleiben muß. || Ew. usw. beehre ich mich zu ersuchen, sich in vorstehendem Sinne (dem derzeitigen Vertreter des Herrn Viviani) (Sir Edward Grey) (Herrn Sassonow) gegenüber auszusprechen und dabei insbesondere der Anschauung nachdrücklich Ausdruck zu verleihen, daß es sich in der vorliegenden Frage um eine lediglich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zum Austrag zu bringende Angelegenheit handele, die auf die beiden direkt Beteiligten zu beschränken das ernste Bestreben der Mächte sein müsse. Wir wünschen dringend die Lokalisierung des Konflikts, weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde. || Einem gefälligen telegraphischen Bericht über den Verlauf Ihrer Unterredung werde ich mit Interesse entgegensehen.

Anlage 2.

Der Reichskanzler an die Bundesregierungen.

Vertraulich! Berlin, den 28. Juli 1914.

Euer pp. wollen der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, folgende Mitteilung machen:

Angesichts der Tatsachen, die die Österreichisch-Ungarische Regierung in ihrer Note an die Serbische Regierung bekanntgegeben hat, müssen die letzten Zweifel darüber schwinden, daß das Attentat, dem der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Gemahlin zum Opfer gefallen sind, in Serbien zum mindesten mit der Konnivenz von Angehörigen der Serbischen Regierung und Armee vorbereitet worden ist. Es ist ein Produkt der großserbischen Bestrebungen, die seit einer Reihe von Jahren eine Quelle dauernder Beunruhigungen für die Österreichisch-Ungarische Monarchie und für ganz Europa geworden sind. || In besonders markanter Form trat der großserbische Chauvinismus während der bosnischen Krisis in die Erscheinung. Nur der weitgehenden Selbstbeherrschung und Mäßigung der Österreichisch-Ungarischen Regierung und dem energischen Einschreiten der Großmächte ist es zuzuschreiben, wenn die Provokationen, welchen Österreich-Ungarn in dieser Zeit von seiten Serbien ausgesetzt war, nicht zum Konflikte führten. Die Zusicherung künftigen Wohlverhaltens, die die Serbische Regierung damals gegeben hat, hat sie nicht eingehalten. Unter den Augen, zum mindesten unter stillschweigender Duldung des amtlichen Serbiens, hat die großserbische Propaganda inzwischen fortgesetzt an Ausdehnung und Intensität zugenommen. Es würde weder mit der Würde noch mit ihrem Recht auf Selbsterhaltung vereinbar sein, wollte die Österreichisch-Ungarische Regierung dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zusehen, durch das die Sicherheit und die Integrität ihrer Gebiete dauernd bedroht wird. Bei dieser Sachlage müssen das Vorgehen sowie die Forderungen der Österreichisch-Ungarischen Regierung als gerechtfertigt angesehen werden. || Die Antwort der Serbischen Regierung auf die Forderungen, welche die Österreichisch-Ungarische Regierung am 23. d. Mts. durch ihren Vertreter in Belgrad hat stellen lassen, läßt indessen erkennen, daß die maßgebenden Faktoren in Serbien nicht gesonnen sind, ihre bisherige Politik und agitatorische Tätigkeit aufzugeben. Der Österreichisch-Ungarischen Regierung wird demnach, will sie nicht auf ihre Stellung als Großmacht endgültig Verzicht leisten, nichts anderes übrig bleiben, als ihre Forderungen durch einen starken Druck und nötigenfalls unter der Ergreifung militärischer Maßnahmen durchzusetzen. || Einzelne

russische Stimmen betrachten es als selbstverständliches Recht und als die Aufgabe Rußlands, in dem Konflikte zwischen Österreich-Ungarn und Serbien aktiv für Serbien Partei zu ergreifen. Für die aus einem solchen Schritte Rußlands resultierende europäische Konflagration glaubt die Nowoje Wremja sogar Deutschland verantwortlich machen zu dürfen, sofern es nicht Österreich-Ungarn zum Nachgeben veranlaßt. Die russische Presse stellt hiermit die Verhältnisse auf den Kopf. Nicht Österreich-Ungarn hat den Konflikt mit Serbien hervorgerufen, sondern Serbien ist es gewesen, das durch eine skrupellose Begünstigung großserbischer Aspirationen auch in Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie diese selbst in ihrer Existenz gefährdet und Zustände geschaffen hat, die schließlich in der frevelhaften Tat von Serajewo ihren Ausdruck gefunden haben. Wenn Rußland in diesem Konflikte für Serbien eintreten zu müssen glaubt, so ist das an sich gewiß ein gutes Recht. Es muß sich aber darüber klar sein, daß es damit die serbischen Bestrebungen auf Unterhöhlung der Existenzbedingungen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu den seinigen macht, und daß es allein die Verantwortung dafür trägt, wenn aus dem österreichisch-serbischen Handel, den alle übrigen Großmächte zu lokalisieren wünschen, ein europäischer Krieg entsteht. Diese Verantwortung Rußlands liegt klar zutage und wiegt um so schwerer, als Graf Berchtold Rußland offiziell erklärt hat, es beabsichtige weder serbische Gebietsteile zu erwerben noch den Bestand des serbischen Königreichs anzutasten, sondern wolle lediglich Ruhe vor den seine Existenz gefährdenden serbischen Umtrieben haben. || Die Haltung der Kaiserlichen Regierung in dieser Frage ist deutlich vorgezeichnet. Die von den Panslawisten gegen Österreich-Ungarn betriebene Agitation erstrebt in ihrem Endziel, mittels der Zertrümmerung der Donaumonarchie die Sprengung oder Schwächung des Dreibundes und in ihrer Folgewirkung eine völlige Isolierung des Deutschen Reichs. Unser eigenstes Interesse ruft uns demnach an die Seite Österreich-Ungarns. Die Pflicht, Europa wenn irgend möglich vor einem allgemeinen Kriege zu bewahren, weist uns gleichzeitig darauf hin, diejenigen Bestrebungen zu unterstützen, die auf die Lokalisierung des Konflikts hinzielen, getreu den Richtlinien derjenigen Politik, die wir seit nunmehr 44 Jahren im Interesse der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens mit Erfolg durchgeführt haben. Sollte indes wider Erhoffen durch ein Eingreifen Rußlands der Brandherd eine Erweiterung erfahren, so würden wir getreu unserer Bundespflicht mit der ganzen Macht des Reichs die Nachbarmonarchie zu unterstützen haben. Nur gezwungen werden wir zum Schwerte greifen, dann aber in dem ruhigen Bewußtsein, daß wir an dem Unheil keine Schuld tragen, das ein Krieg über Europas Völker bringen müßte.

Anlage 3.

Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in Wien an den Reichskanzler vom 24. Juli 1914.

Graf Berchtold hat heute den Russischen Geschäftsträger zu sich gebeten, um ihm eingehend und freundschaftlich den Standpunkt Österreich-Ungarns Serbien gegenüber auseinanderzusetzen. Nach Rekapitulierung der historischen Entwickelung der letzten Jahre betonte er, daß die Monarchie nicht daran denke, Serbien gegenüber erobernd aufzutreten. Österreich-Ungarn werde kein serbisches Territorium beanspruchen. Es halte strikt daran fest, daß der Schritt nur eine definitive Maßregel gegenüber den serbischen Wühlereien zum Ziele habe. Notgedrungen müsse Österreich-Ungarn Garantien für ein weiteres freundschaftliches Verhalten Serbiens der Monarchie gegenüber verlangen. Es liege ihm fern, eine Verschiebung der Machtverhältnisse im Balkan herbeiführen zu wollen. Der Geschäftsträger, der noch keine Weisungen aus Petersburg hatte, hat die Ausführungen des Ministers ad referendum genommen mit der Zusage, sie sofort Sassonow zu unterbreiten.

Anlage 4.

Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in Petersburg an den Reichskanzler vom 24. Juli 1914.

Den Inhalt des Erlasses 592 habe ich soeben in einer langen Unterredung mit Sassonow eingehend verwertet. Der Minister erging sich gegen Österreich-Ungarn in maßlosen Anklagen und war sehr erregt. Auf das bestimmteste erklärte er: daß die serbisch-österreichische Differenz zwischen den Beteiligten allein ausgetragen werde, könne Rußland unmöglich zulassen.

Anlage 5.

Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg an den Reichskanzler.

Telegramm vom 26. Juli 1914.

Der Österreichisch-Ungarische Botschafter hatte heute nachmittag eine längere Unterredung mit Sassonow. Beide Beteiligte hatten, wie sie mir nachher sagten, einen befriedigenden Eindruck. Die Versicherung des Botschafters, daß Österreich-Ungarn keine Eroberungspläne habe und nur endlich an seinen Grenzen Ruhe halten wolle, hat den Minister sichtlich beruhigt.

Anlage 6.

Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in Petersburg an den Reichskanzler vom 25. Juli 1914.

Meldung für S. M. von General von Chelius. Im Krasnoelager wurden heute die Truppenübungen plötzlich abgebrochen, und die Regimenter kehren in ihre Garnisonen sofort zurück. Die Manöver sind abgesagt worden. Die Kriegsschüler wurden heute statt im Herbst zu Offizieren befördert. Über das Vorgehen Österreichs herrscht im Hauptquartier große Aufregung. Ich habe den Eindruck, daß alle Vorbereitungen für die Mobilmachung gegen Österreich getroffen werden.

Anlage 7.

Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in Petersburg an den Reichskanzler vom 26. Juli 1914.

Der Militärattaché bittet um Übermittelung nachstehender Meldung an den Generalstab:

Ich halte es für sicher, daß für Kiew und Odessa die Mobilmachung befohlen worden ist. Bei Warschau und Moskau ist dies fraglich und bei den anderen wohl noch nicht der Fall.

Anlage 8.

Telegramm des Kaiserlichen Konsulatsverwesers in Kowno an den Reichskanzler vom 27. Juli 1914.

In Kowno Kriegszustand erklärt.

Anlage 9.

Telegramm des Kaiserlichen Gesandten in Bern an den Reichskanzler vom 27. Juli 1914.

Erfahre zuverlässig, daß französisches XIV. Korps Manöver abbrach.

Anlage 10.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in London.

Dringend. 26. Juli 1914.

Österreich-Ungarn hat in Petersburg offiziell und feierlich erklärt, daß es keinen territorialen Gewinn in Serbien beabsichtigt, den Bestand des Königreichs nicht antasten, sondern nur Ruhe schaffen wolle. Nach hier

eingegangenen Nachrichten steht in Rußland Einberufung mehrerer Reservisten-Jahrgänge unmittelbar bevor, was einer Mobilisierung auch gegen uns gleichkommen würde. Wenn sich diese Nachrichten bewahrheiten, so werden wir gegen unsern Wunsch zu Gegenmaßregeln gezwungen. Auch heute noch geht unser Streben dahin, den Konflikt zu lokalisieren und den europäischen Frieden zu erhalten. Wir bitten daher in diesem Sinne in Petersburg mit allem Nachdruck zu wirken.

Anlage 10a.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Paris vom 26. Juli 1914.

Nachdem Österreich-Ungarn Rußland offiziell erklärt hat, daß es keinen territorialen Gewinn beabsichtige, den Bestand des Königreichs nicht antasten wolle, liegt die Entscheidung, ob ein europäischer Krieg entstehen soll, nur bei Rußland, das die gesamte Verantwortung zu tragen hat. Wir vertrauen auf Frankreich, mit dem wir uns in dem Wunsche um die Erhaltung des europäischen Friedens eins wissen, daß es in Petersburg seinen Einfluß in beruhigendem Sinne geltend machen wird.

Anlage 10b.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Petersburg vom 26. Juli 1914.

Nachdem Österreich sein territoriales Desinteressement feierlich erklärt hat, ruht die Verantwortung für eine eventuelle Störung des europäischen Friedens durch eine russische Intervention allein auf Rußland. Wir vertrauen immer noch darauf, daß Rußland keine Schritte unternehmen wird, die den europäischen Frieden ernstlich gefährden würden.

Anlage 11.

Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in Petersburg an den Reichskanzler vom 27. Juli 1914.

Militärattaché meldet über Gespräch mit Kriegsminister:

Sassonow habe diesen letzteren gebeten, mich über die Lage aufzuklären. Der Kriegsminister hat mir sein Ehrenwort darauf gegeben, daß noch keine Mobilmachungsorder ergangen sei. Es würden lediglich vorläufig Vorbereitungsmaßnahmen getroffen, aber es sei kein Reservist eingezogen und kein Pferd ausgehoben. Wenn Österreich die serbische Grenze überschreiten werde, so werden diejenigen Militärbezirke, die auf Österreich

gerichtet sind, Kiew, Odessa, Moskau, Kasan, mobilisiert werden. Diejenigen an der deutschen Front, Warschau, Wilna, Petersburg unter keinen Umständen. Man wünsche den Frieden mit Deutschland dringend. Auf meine Frage nach dem Zwecke der Mobilmachung gegen Österreich erfolgte Achselzucken, und es wurde auf die Diplomatie hingewiesen. Ich sagte dem Minister, daß man die freundschaftlichen Absichten bei uns würdige, aber auch die allein gegen Österreich gerichtete Mobilmachung als sehr bedrohlich ansehen werde.

Anlage 12.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in London vom 27. Juli 1914.

Von einem Vorschlag Sir Edward Greys, eine Konferenz in London zu vieren abzuhalten, ist hier bisher nichts bekannt. Es ist für uns unmöglich, unseren Bundesgenossen in seiner Auseinandersetzung mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen. Unsere Vermittelungstätigkeit muß sich auf die Gefahr eines österreichisch-russischen Konfliktes beschränken.

Anlage 13.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in London vom 25. Juli 1914.

Die von Sir Edward Grey zwischen österreichisch-serbischem und österreichisch-russischem Konflikte gemachte Unterscheidung trifft vollkommen zu. Wir wollen ebensowenig wie England uns in ersteren einmischen, und nach wie vor vertreten wir den Standpunkt, daß diese Frage dadurch lokalisiert bleiben muß, daß alle Mächte sich der Einmischung enthalten. Es ist deshalb unsere dringende Hoffnung, daß Rußland sich eines jeden aktiven Eingriffs enthalten wird, im Bewußtsein seiner Verantwortung und des Ernstes der Situation. Wir sind, falls ein österreichisch-russischer Streit entstehen sollte, bereit, vorbehaltlich unserer bekannten Bündnispflichten, zwischen Rußland und Österreich mit den anderen Großmächten zusammen eine Vermittlung eintreten zu lassen.

Anlage 14.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Petersburg vom 28. Juli 1914.

Wir bemühen uns unausgesetzt, Wien zu veranlassen, in Petersburg Zweck und Umfang des österreichischen Vorgehens in Serbien in einer unanfechtbaren und hoffentlich Rußland befriedigenden Weise klarzulegen. Hieran ändert auch die inzwischen erfolgte Kriegserklärung nichts.

Anlage 15.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in London vom 27. Juli 1914.

Wir haben die Vermittelungsaktion in Wien in dem von Sir Edward Grey gewünschten Sinne sofort eingeleitet. Überdies haben wir Graf Berchtold auch den Wunsch des Herrn Sassonow auf direkte Aussprache mit Wien mitgeteilt.

Anlage 16.

Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in Wien an den Reichskanzler vom 28. Juli 1914.

Graf Berchtold bittet mich, Euerer Exzellenz seinen verbindlichen Dank für Mitteilung des englischen Vermittelungsvorschlages zu sagen. Er bemerkt jedoch dazu, daß nach Eröffnung der Feindseligkeiten seitens Serbiens und nach der inzwischen erfolgten Kriegserklärung, er den Schritt Englands als verspätet ansehen müsse.

Anlage 17.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Paris vom 29. Juli 1914.

Die uns über französische Kriegsvorbereitungen zugehenden Nachrichten mehren sich von Stunde zu Stunde. Ich bitte dies bei der Französischen Regierung zur Sprache zu bringen und sie eindringlichst darauf hinzuweisen, daß uns derartige Maßnahmen zu Schutzmaßregeln zwingen würden. Wir würden Kriegsgefahr proklamieren müssen, und wenn dies auch noch keine Einberufungen und noch nicht Mobilisierung bedeute, so würde dadurch immerhin die Spannung erhöht werden. Wir hofften fortgesetzt noch auf Erhaltung des Friedens.

Anlage 18.

Telegramm des Militärbevollmächtigten in St. Petersburg an S. M. den Kaiser vom 30. Juli 1914.

Gestern sagte mir Fürst Troubetzki, nachdem er veranlaßt hatte, daß Euer Majestät Telegramm an Kaiser Nikolaus sofort übermittelt wurde: Gottlob, daß ein Telegramm Ihres Kaisers gekommen ist. Er sagte mir nun soeben, das Telegramm hätte auf den Kaiser tiefen Eindruck gemacht, aber da die Mobilisierung gegen Österreich bereits befohlen gewesen und Sassonow Seine Majestät wohl davon überzeugt hätte, daß es nicht mehr möglich sei,

zurückzuweichen, so könne Seine Majestät leider nichts mehr ändern. Ich sagte ihm darauf, die Schuld an den unabsehbaren Folgen trage die frühzeitige Mobilisierung gegen das doch nur in einen lokalen Krieg mit Serbien verwickelte Österreich-Ungarn, denn Deutschlands Antwort darauf sei wohl klar und die Verantwortung fiele auf Rußland, welches Österreich-Ungarns Zusicherung, daß es territoriale Erwerbungen in Serbien in keiner Weise beabsichtige, ignoriert habe. Österreich-Ungarn habe gegen Serbien und nicht gegen Rußland mobilisiert, und zum sofortigen Eingreifen sei kein Grund für Rußland. Ich fügte des weiteren hinzu, daß man in Deutschland die Redensart Rußlands „wir können unsere Brüder in Serbien nicht im Stich lassen“ nach dem furchtbaren Verbrechen von Serajewo nicht mehr verstehe. Ich sagte ihm schließlich, er möge, wenn Deutschlands Streitmacht mobilisiert werde, sich nicht wundern.

Anlage 19.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Rom vom 31. Juli 1914.

Fortgesetzt ist von uns zwischen Rußland und Österreich-Ungarn sowohl durch direkten Depeschenwechsel Seiner Majestät des Kaisers mit Seiner Majestät dem Zaren als auch im Benehmen mit Sir Edward Grey vermittelt worden. Durch die Mobilisierung Rußlands sind jedoch alle unsere Bemühungen sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Trotz beruhigender Versicherungen trifft Rußland allen uns zugegangenen Nachrichten zufolge so weitgehende Maßnahmen auch gegen uns, daß die Lage immer bedrohlicher wird.

Anlage 20.

I. Seine Majestät an den Zaren.

28. Juli 10.45 p. m.

Mit der größten Beunruhigung höre ich von dem Eindruck, den Österreich-Ungarns Vorgehen gegen Serbien in Deinem Reiche hervorruft. Die skrupellose Agitation, die seit Jahren in Serbien getrieben worden ist, hat zu dem empörenden Verbrechen geführt, dessen Opfer Erzherzog Franz Ferdinand geworden ist. Der Geist, der die Serben ihren eigenen König und seine Gemahlin morden ließ, herrscht heute noch in jenem Lande. Zweifellos wirst Du mit mir darin übereinstimmen, daß wir beide, Du und ich sowohl, als alle Souveräne ein gemeinsames Interesse daran haben, darauf zu bestehen, daß alle diejenigen, die für den scheußlichen Mord moralisch verantwortlich sind, ihre verdiente Strafe erleiden. || Andererseits übersehe ich keineswegs, wie schwierig es für Dich und Deine Regierung ist, den Strömungen der öffentlichen Meinung entgegenzutreten.

Eingedenk der herzlichen Freundschaft, die uns beide seit langer Zeit mit festem Band verbindet, setze ich daher meinen ganzen Einfluß ein, um Österreich-Ungarn dazu zu bestimmen, eine offene und befriedigende Verständigung mit Rußland anzustreben. Ich hoffe zuversichtlich, daß Du mich in meinen Bemühungen, alle Schwierigkeiten, die noch entstehen können, zu beseitigen, unterstützen wirst. || Dein sehr aufrichtiger und ergebener Freund und Vetter gez. Wilhelm.

Anlage 21.

II. Der Zar an Seine Majestät.

Peterhof, Palais, 29. Juli 1 p. m.

Ich bin erfreut, daß Du zurück in Deutschland bist. In diesem so ernsten Augenblick bitte ich Dich inständig, mir zu helfen. Ein schmählicher Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden, die Entrüstung hierüber, die ich völlig teile, ist in Rußland ungeheuer. Ich sehe voraus, daß ich sehr bald dem Druck, der auf mich ausgeübt wird, nicht mehr werde widerstehen können und gezwungen sein werde, Maßregeln zu ergreifen, die zum Kriege führen werden. Um einem Unglück, wie es ein europäischer Krieg sein würde, vorzubeugen, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir mögliche zu tun, um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen. gez. Nikolaus.

Anlage 22.

III. Seine Majestät an den Zaren.

29. Juli 6.30 p. m.

Ich habe Dein Telegramm erhalten und teile Deinen Wunsch nach Erhaltung des Friedens. Jedoch kann ich — wie ich Dir in meinem ersten Telegramm sagte — Österreich-Ungarns Vorgehen nicht als „schmählichen Krieg“ betrachten. Österreich-Ungarn weiß aus Erfahrung, daß Serbiens Versprechungen, wenn sie nur auf dem Papier stehen, gänzlich unzuverlässig sind. Meiner Ansicht nach ist Österreich-Ungarns Vorgehen als ein Versuch zu betrachten, volle Garantie dafür zu erhalten, daß Serbiens Versprechungen auch wirklich in die Tat umgesetzt werden. In dieser Ansicht werde ich bestärkt durch die Erklärung des österreichischen Kabinetts, daß Österreich-Ungarn keine territorialen Eroberungen auf Kosten Serbiens beabsichtigt. Ich meine daher, daß es für Rußland durchaus möglich ist, dem österreichisch-serbischen Krieg gegenüber in der Rolle des Zuschauers zu verharren, ohne Europa in den schrecklichsten Krieg hineinzuziehen, den es jemals erlebt hat. Ich glaube, daß eine direkte Verständigung zwischen

Deiner Regierung und Wien möglich und wünschenswert ist, eine Verständigung, die — wie ich Dir schon telegraphierte — meine Regierung mit allen Kräften zu fördern bemüht ist. Natürlich würden militärische Maßnahmen Rußlands, welche Österreich-Ungarn als Drohung auffassen könnte, ein Unglück beschleunigen, das wir beide zu vermeiden wünschen, und würden auch meine Stellung als Vermittler, die ich — auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Hilfe — bereitwillig angenommen habe, untergraben.

gez. Wilhelm.

Anlage 23.

IV. Seine Majestät an den Zaren.

30. Juli 1 a. m.

Mein Botschafter ist angewiesen, Deine Regierung auf die Gefahren und schweren Konsequenzen einer Mobilisation hinzuweisen; das gleiche habe ich Dir in meinem letzten Telegramm gesagt. Österreich-Ungarn hat nur gegen Serbien mobilisiert, und zwar nur einen Teil seiner Armee. Wenn Rußland, wie es jetzt nach Deiner und Meiner Regierung Mitteilung der Fall ist, gegen Österreich-Ungarn mobil macht, so wird die Vermittlerrolle, mit der Du mich in freundschaftlicher Weise betrautest und die ich auf Deine ausdrückliche Bitte angenommen habe, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Die ganze Schwere der Entscheidung ruht jetzt auf Deinen Schultern, sie haben die Verantwortung für Krieg oder Frieden zu tragen.

gez. Wilhelm.

Anlage 23a.

V. Der Zar an Seine Majestät.

Peterhof, den 30. Juli 1914, 1 h. 20 p. m.

Ich danke Dir von Herzen für Deine rasche Antwort. Ich entsende heute Abend Tatisheff mit Instruktion. Die jetzt in Kraft tretenden militärischen Maßnahmen sind schon vor 5 Tagen beschlossen worden, und zwar aus Gründen der Verteidigung gegen die Vorbereitungen Österreichs. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß diese Maßnahmen in keiner Weise Deine Stellung als Vermittler beeinflussen werden, die Ich sehr hoch anschlage. Wir brauchen Deinen starken Druck auf Österreich, damit es zu einer Verständigung mit uns kommt.

Nikolaus.

Anlage 24.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Petersburg vom 31. Juli 1914. Dringend.

Trotz noch schwebender Vermittelungsverhandlungen und obwohl wir selbst bis zur Stunde keinerlei Mobilmachungsmaßnahmen getroffen haben,

hat Rußland ganze Armee und Flotte, also auch gegen uns, mobilisiert. Durch diese russischen Maßnahmen sind wir gezwungen worden, zur Sicherung des Reiches die drohende Kriegsgefahr auszusprechen, die noch nicht Mobilisierung bedeutet. Die Mobilisierung muß aber folgen, falls nicht Rußland binnen zwölf Stunden jede Kriegsmaßnahme gegen uns und Österreich-Ungarn einstellt und uns hierüber bestimmte Erklärung abgibt. Bitte dies sofort Herrn Sassonow mitteilen und Stunde der Mitteilung drahten.

Anlage 25.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Paris vom 31. Juli 1914. Dringend.

Rußland hat trotz unserer noch schwebenden Vermittelungsaktion und obwohl wir selbst keinerlei Mobilmachungsmaßnahmen getroffen haben, Mobilmachung seiner gesamten Armee und Flotte, also auch gegen uns, verfügt. Wir haben darauf drohenden Kriegszustand erklärt, dem Mobilmachung folgen muß, falls nicht Rußland binnen 12 Stunden alle Kriegsmaßnahmen gegen uns und Österreich einstelle. Die Mobilmachung bedeutet unvermeidlich Krieg. Bitte französische Regierung fragen, ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben will. Antwort muß binnen 18 Stunden erfolgen. Sofort Stunde der gestellten Anfrage drahten. Größte Eile geboten.

Anlage 26.

Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Petersburg vom 1. August 12.52 p. m. Dringend.

Falls die Russische Regierung keine befriedigende Antwort auf unsere Forderung erteilt, so wollen Euere Exzellenz ihr heute nachmittag 5 Uhr (mitteleuropäische Zeit) folgende Erklärung überreichen:

Le Gouvernement Impérial s'est efforcé dès les débuts de la crise de la mener à une solution pacifique. Se rendant à un désir que lui en avait été exprimé par Sa Majesté l'Empereur de Russie, Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne d'accord avec l'Angleterre était appliqué à accomplir un rôle médiateur auprès des Cabinets de Vienne et de St. Pétersbourg, lorsque la Russie, sans en attendre le résultat, procéda à la mobilisation de la totalité de ses forces de terre et de mer.

A la suite de cette mesure menaçante motivée par aucun préparatif militaire de la part de l'Allemagne, l'Empire Allemand se trouva vis-à-vis d'un danger grave et imminent. Si le Gouvernement Impérial eût manqué

de parer à ce péril il aurait compromis la securité et l'existence même de l'Allemagne. Par conséquent le Gouvernement Allemand se vit forcé de s'adresser au Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies en sistant sur la cessation des dits actes militaires. La Russie ayant refusé de faire droit à cette demande et ayant manifesté par ce refus, que son action était dirigée contre l'Allemagne, j'ai l'honneur d'ordre de mon Gouvernement de faire savoir à Votre Excellence ce qui suit:

Sa Majesté l'Empereur, mon auguste Souverain, au nom de l'Empire, relève le défi et Se considère en état de guerre avec la Russie.

Bitte Eingang und Zeitpunkt der Ausführung dieser Instruktion nach russischer Zeit dringend drahten.

Bitte Ihre Pässe fordern und Schutz und Geschäfte Amerikanischer Botschaft übergeben.

Anlage 27.

Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in Paris an den Reichskanzler vom 1. August 1 Uhr 5 Min. nm.

Auf meine wiederholte bestimmte Frage, ob Frankreich im Falle eines russisch-deutschen Krieges neutral bleibe, erklärte der Ministerpräsident mir, daß Frankreich das tun werde, was seine Interessen ihm geböten.

Introductory Narrative of Events.

Nr. 14506.*) **GROSZBRITANNIEN.** Serbisches Attentat. Haltung Österreich-Ungarns und Rußlands. Verantwortlichkeit Deutschlands.

(1.)

On the 23rd June, 1914, the Archduke Francis Ferdinand, nephew of the Emperor of Austria, Heir to the Throne, and Commander-in-Chief of the Army, left Vienna to attend army manœuvres in the Province of Bosnia. On Sunday, the 28th, he visited Sarajevo, the capital of the province, and made a progress through the town accompanied by his wife, the Duchess of Hohenberg. While passing through the streets their automobile was

*) Nr. 14506 bis Nr. 14670 entstammen dem Engl. Blaubuch; Great Britain and the European Crisis. 1914.

fired on by an assassin. Both the Archduke and Duchess were killed. || No crime has ever aroused deeper or more general horror throughout Europe; none has ever been less justified. Sympathy for Austria was universal. Both the Governments and the public opinion of Europe were ready to support her in any measures, however severe, which she might think it necessary to take for the punishment of the murderer and his accomplices. || It immediately appeared, from the reports of our representatives abroad, that the press and public opinion of Austria-Hungary attributed much of the responsibility for the crime to the Servian Government, which was said to have encouraged a revolutionary movement amongst the Serb populations of Bosnia and Herzegovina. || That there had for many years been a strong Serb nationalist movement in these two provinces there is no doubt. This movement in an earlier form had swept the provinces, then part of the Turkish Empire, into the insurrection against the Turkish Government in the seventies of last century, culminating in the war of 1877-8 between Russia and Turkey. It had continued when Austria took over the administration of the provinces under the Treaty of Berlin in 1878. Austria then pledged her word to Turkey that her occupation should not „detract from the rights of sovereignty of His Majesty the Sultan over these provinces". Thirty years later, however, in 1908, she suddenly proclaimed their annexation to her Empire. On the 7th October of that year, the annexation was celebrated in Serajevo by the firing of salutes and ringing of cathedral bells, amid scenes of official rejoicing and popular apathy. Servian nationalist feeling immediately asserted itself, and the Servian Government protested to the Powers against the annexation as a „deep injury done to the feelings, interests, and rights of the Servian people". Servia's attitude, coupled with the resentment felt by Russia and certain other Great Powers, nearly brought about a European war: but after six months of extreme tension she was induced to make a declaration abandoning her protest and promising to live on good terms with Austria. Her nationalist aspirations still continued, however, and were strengthened by her successes in the Balkan wars of 1912-13 — successes which were compromised by Austria's opposition to her territorial expansion. As Servia grew, Austrian suspicion of her designs deepened.

(2.)

In the light of this history the storm of anti-Servian feeling which swept Austria-Hungary after the Sarajevo murders is easily understood. It was a feeling based on patriotism and loyalty. Europe was disposed to

excuse its exaggerations and to sympathise with its motives.|| But the dangers to European peace which it involved were immediately evident from the reports which reached the Government in London. Anti-Serb riots took place at Sarajevo and Agram. The members of the Serb party in the Provincial Council of Croatia were assailed by their colleagues with cries of „Servian assassins". Mobs in Vienna threatened the Servian Legation. The Austrian press, almost without exception, used the most unbridled language, and called for the condign punishment of Servia. There were signs that the popular resentment was shared, and perhaps encouraged, by the Austrian Government. Both the British and also the German Government knew that the peace might be disturbed.|| In view of these reports, it naturally became incumbent on disinterested Powers to exercise what influence they possessed in a direction which would reconcile justice with peace. Unfortunately, though the attitude of public opinion in Austria, and, to a less degree, also in Germany, was plain, the intentions of the Austrian Government remained almost equally obscure. The Austrian Foreign-Office maintained an attitude of reticence towards the British and Russian Ambassadors. On the 7th July the Government were careful to make a public announcement that a joint meeting of the Cabinets of Austria and Hungary, which had just taken place, was only concerned with the question of domestic measures to repress the Pan-Serb propaganda in Bosnia. On the 8th July the Minister-President of Hungary made, on the whole, a pacific speech in the Hungarian Parliament, defending the loyalty of the majority of the Serb subjects of the Empire. On the 11th July the Servian Minister at Vienna had no reason to anticipate a threatening communication from the Austrian Government, and as late as the 22nd July, the day before the Austrian ultimatum was delivered at Belgrade, the Minister-President of Hungary stated in Parliament that the situation did not warrant the opinion that a serious turn of events was necessary or even probable.|| His Majesty's Government had therefore largely to fall back on conjecture. It was known that the situation might become serious, but it was also known that Servia had made professions of readiness to accept any demands compatible with the sovereignty of an independent State. It was known that the opinion of the Russian and French — and also of the German — Governments was that the Servian Government was not itself to blame for the crime, but that Servia must be ready to investigate and put an end to the propaganda which had apparently led to it, and which was said to have originated in part on Servian soil. Sir E. Grey advised Servia to show herself moderate and conciliatory. He promised the German Ambassador to use his influence with the Russian Government in the same

direction. More could not be done, for no actual evidence had yet been furnished that Servian territory had in fact been made the base for revolutionary operations. It was only known that a court-martial had been set up at Sarajevo, the proceedings before which were secret. The Servian Government stated that they were only waiting for the Austrian Government to communicate the evidence thus collected before setting their own investigations on foot. The Servian Government also stated that both the assassins implicated were Austrian subjects, and that on a previous occasion the Austrian Government had informed the Servian Government, in reply to enquiries, that one of these men was harmless and was under their protection. It was remembered that Austria had tried on previous occasions to fasten guilt on the Servian Government by means of police evidence brought forward in Austrian courts, and had failed. It was therefore assumed on all sides that, before Austria took any action, she would disclose to the public her case against Servia. When Sir E. Grey said this to the German Ambassador on the 20th July, the latter replied that he certainly assumed that Austria would act upon some case that would be known: but, as a matter of fact, His Majesty's Government did not receive any statement of the evidence on which Austria had founded her ultimatum till the 7th August.|| It was, therefore, necessary to wait. The situation was as clear as it could be made till Austria would consent to throw of her reticence. There was nothing doubtful in the general international situation, no incalculable element which Austria could not take into full consideration. Whatever she did, she would know accurately the consequences of her action. The Triple Alliance and the Triple *Entente* remained as they had always been. We had been quite recently assured that no new secret element had been introduced into the former, and Sir E. Grey had stated emphatically in Parliament on the 11th June that the latter had remained unchanged so far as we were concerned. Russia's interest in the Balkans was well known. As late as the 23rd May the Russian Minister for Foreign Affairs had reaffirmed in the Duma the policy of the „Balkans for the Balkans", and it was known that any attack on a Balkan State by any great European Power would be regarded as a menace to that policy. If Servia was, as the Austrian Ambassador said to Sir E. Grey on the 29th July, „regarded as being in the Austrian sphere of influence"; if Servia was to be humiliated; then assuredly Russia could not remain indifferent. It was not a question of the policy of Russian statesmen at St. Petersburgh, but of the deep hereditary feeling for the Balkan populations bred in the Russian people by more than two centuries of development. These things had been, as Sir E. Grey said to Parliament in March, 1913, in discussing

the Balkan war, „a commonplace in European diplomacy in the past". They were the facts of the European situation, the products of years of development, tested and retested during the last decade. Patient work might change them, but the product of years could not be pushed aside in a day.

(3.)

Yet two days were as much as Austria decided to allow for the task. On the 23rd July she showed her hand. She delivered an ultimatum at Belgrade and required an answer in forty-eight hours. She made ten demands, directed towards the elimination from Servian national life of everything which was hostile to Austria. These demands involved the suppression of newspapers and literature, the suppression of nationalist societies, a reorganisation of the Government schools, the dismissal of officers from the army, the participation of Austrian officials in judicial proceedings in Servia, the arrest of two specified men, the prevention of all traffic in arms across the frontier, a full explanation of anti-Austrian utterances, and immediate notification of the enforcement of these measures. In addition, the Servian Government was to publish on the front page of the „Official Journal" a prescribed statement, which amounted to a full recantation of her alleged errors, and a promise of amendment. A very brief summary was annexed to the ultimatum, giving the bare findings of the secret trial at Sarajevo, with no corroborative evidence. No independent nation had ever been called on to accept a greater humiliation. || Between the delivery of this ultimatum and the declaration of war between Great Britain and Germany there was an interval of only twelve days. In the whirl of negotiations which now followed, there was no time to draw breath and ponder. At the outset, therefore, it may be well to explain definitely the British attitude towards the Austrian ultimatum. || Austria was under provocation. She had to complain of a dangerous popular movement against her government. What evidence she might have against the Servian Government no one in Europe then knew. Great Britain had no interest in the Balkans, except one. She desired the consolidation and progressive government of the Balkan States; she desired, in the words recently used by the Russian Minister for Foreign Affairs before the Duma, that „the Balkan Governments should recognise that, in the matter of strengthening a State, the acquisition of territory is insufficient; the devotion and confidence of the new citizens must be enlisted". The dispute between Austria and Servia did not necessarily affect that interest; it was a dispute between two Governments with which Great Britain had nothing to do. Sir E. Grey, therefore, consistently stated that he had no concern in that dispute; that he had no title to intervene between

Austria and Servia; that he would express no opinion on the merits of the ultimatum. But there was the other side. If the dispute affected the interests of Russia, then the peace of Europe was at stake; and, from the first, Sir E. Grey told the Austrian Government that he did not see how Russia, interested as she was in Servia, could take any but a most serious view of such a formidable document as the ultimatum. The peace of Europe must be maintained, and it could only be maintained, as Mr. Asquith had said to Parliament in March, 1913, in discussing the Balkan crisis, by a ,,spirit of forbearance, patience, and self-sacrifice," — by a ,,loyal spirit of give and take on the part of the Great Powers directly concerned". It was as the agent of this spirit of conciliation alone that Great Britain intervened in the European crisis.

(4.)

On the 23rd July the Austrian Ambassador told Sir E. Grey that an ultimatum was being handed to Servia. For the first time Sir E. Grey heard that ,,there would be something in the nature of a time limit". He immediately expressed his grave alarm. Next morning the text of the ultimatum was handed to him, and he learnt that the time limit was forty-eight hours. He confessed to the German Ambassador that, as no time had been left for deliberation, he felt helpless. There was no time to advise Russia or to influence Servia. || At this critical moment everything depended on Germany. As the Russian Minister for Foreign Affairs said a little later, ,,the key of the situation was to be found in Berlin". What was Germany's attitude? Privately, the German Minister for Foreign Affairs expressed his doubts as to the ultimatum; officially, the German Government called it ,,equitable and moderate", and said that they ,,desired urgently the localisation of the conflict". Everyone desired that; but it was no time for phrases. The same morning the Russian Minister for Foreign Affairs had summoned the French and British Ambassadors in St. Petersburgh, had said that Austria's step meant imminent war, and had asked for the support of Great Britain and France. The French Ambassador had pledged the support of France, as was well known to be inevitable under the terms of her alliance. The next morning the Russian Government stated publicly that Russia could not remain indifferent to the Austro-Servian conflict. The next evening troops in Vienna had to be called out to guard the Russian Embassy from hostile crowds. ,,Localisation" was a good phrase, but we had to deal with facts. Austria had surprised Europe, and with surprise had come universal alarm. || During these forty-eight hours Great Britain made three attempts at peace. Before all things, the time-limit of the

ultimatum had to be extended. Great Britain and Russia urged this at Vienna. Great Britain urged Germany to join in pressing the Austrian Government. All that Berlin consented to do was to ,,pass on" the message to Vienna. || Secondly, Sir E. Grey urged that Great Britain, France, Germany, and Italy should work together at Vienna and St. Petersburgh in favour of conciliation. Italy assented; France assented; Russia declared herself ready; Germany said she had no objection, ,,if relations between Austria and Russia became threatening". || Thirdly, the Russian, French, and British representatives at Belgrade were instructed to advise Servia to go as far as possible to meet Austria. || But it was too late. The time-limit, which Austria would not extend, had expired; and after all Servia did not need advice. On the afternoon of Saturday, the 25th, she returned to Austria a reply which amounted to an acceptance of all Austria's demands, subject on certain points to the delays necessary for passing new laws and amending her Constitution, and subject to an explanation by Austria-Hungary of her precise wishes with regard to the participation of Austro-Hungarian officials in Servian judicial proceedings. The reply went far beyond anything which any Power — Germany not excepted — had ever thought probable. But the same day the British Ambassador at Vienna reported that the tone of the Austrian press left the impression that a settlement was not desired, and he later reported that the impression left on his mind was that the Austrian note was so drawn up as to make war inevitable. In spite of the conciliatory nature of Servia's reply, the Austrian Minister left Belgrade the same evening, and Servia ordered a general mobilisation. || But an outline of the Servian reply had been communicated to Sir E. Grey an hour or two before it was delivered. He immediately expressed to Germany the hope that she would urge Austria to accept it. Berlin again contented itself with ,,passing on" the expression of Sir E. Grey's hope to Vienna through the German Ambassador there. The fate of the message so passed on may be guessed from the fact that the German Ambassador told the British Ambassador directly afterwards that Servia had only made a pretence of giving way, and that her concessions were all a sham.

(5.)

During the next four days, 26th to 29th July, there was only one question before Europe — how could Russia and Austria be brought to an agreement? It was evident that Russia did not believe that Austria would, or could, stop short of the absolute ruin of the Servian State, if she once actually attacked it. Here again, the question was not merely one of Government policy; the popular sentiment of two great nations was involved.

Austria indeed professed, no doubt with perfect honesty, that she would take no territory from Servia. But the Austrian Ministers were being borne along on a wave of violent popular enthusiasm. They said themselves that they would be swept from power if they did not follow the popular desire for a conflict with Servia. Would this popular enthusiasm be content with any mere punitive expedition against the enemy? Surely not. Russia, therefore, openly said that she would have to intervene if Servia were attacked; but she promised Austria on the 27th that she would use all her influence at Belgrade to induce the Servian Government to give satisfaction to Austria, and only asked Austria to delay hostilities in order to give time for deliberation. Austria refused, saying it was too late. She declared war on Servia on the 28th. Russia ordered a partial mobilisation on the 29th. || But meanwhile Sir Edward Grey had proposed that the German, Italian, and French Ambassadors should meet him in London, to discuss the best means towards a settlement. Italy and France at once accepted; Russia said she was ready to stand aside; but Germany refused. She did not like what she .called „a court of arbitration", and proposed instead direct negotiations between Russia and Austria. These negotiations actually began, as we have seen in the last paragraph, but they were cut short by the Austrian declaration of war against Servia. Austria then apparently considered that the moment for such negotiations was passed. She had, moreover, refused to discuss the Servian reply in any way, and it was difficult to see, after that refusal, what Russia could negotiate with her about. Russia, therefore, fell back on Sir E. Grey's proposal for a conference of Ambassadors in London, which she had originally expressed her readiness to accept. The Russian Minister for Foreign Affairs urged Sir E. Grey to induce Germany to indicate in what way she would consent to work for a settlement. || This brings the narrative of events down to Wednesday, the 29th July. Russia was mobilising partially in her southern provinces. Austrian troops were bombarding Belgrade. But, on the other hand, better news was coming from Berlin. Up to the 28th at least, both Germany and Austria had seemed unwilling to admit that the situation was really serious; Russia, it was said, was unprepared, and France was in no condition to go to war. Germany had said, in reply to Sir E. Grey's repeated advances, that she did not like to make representations to Vienna for fear of stiffening Austria's attitude. But on the evening of the 28th the German Chancellor assured the British Ambassador that he was trying to mediate at Vienna and St. Petersburgh. On the strength of this assurance and similar assurances made by the German Ambassador in London on the 29th, Sir E. Grey telegraphed to Berlin once more, in accordance with the request of the

Russian Government, urging the German Government, if they did not like the idea of the Ambassadors' conference in the form he had suggested it, to suggest any other form they pleased. ,,Mediation", he said, ,,was ready to come into operation by any method that Germany thought possible if only Germany would press the button in the interests of peace". The telegram was despatched at about 4 o'clock on the evening of the 29th.

(6.)

This appeal was followed almost immediately by a strange response. About midnight, a telegram arrived at the Foreign Office from His Majesty's Ambassador at Berlin. The German Chancellor had sent for him late at night. He had asked if Great Britain would promise to remain neutral in a war, provided Germany did not touch Holland and took nothing from France but her colonies. He refused to give any undertaking that Germany would not invade Belgium, but he promised that, if Belgium remained passive, no territory would be taken from her. || Sir E. Grey's answer was a peremptory refusal, but he added an exhortation and an offer. The business of Europe was to work for peace. That was the only question with which Great Britain was concerned. If Germany would prove by her actions now that she desired peace, Great Britain would warmly welcome a future agreement with her whereby the whole weight of the two nations would be thrown permanently into the scale of peace in years to come. || For the next two days peace proposals and negotiations continued, some initiated and all supported by Great Britain. There remained a spark of hope. But from the British point of view the face of Europe henceforward was changed. On the 29th July the only conflict in progress had been on the frontiers of Servia and Austria; the only fear of further war had lain in the relations of Russia and Austria. Germany's declarations were pacific; Russia had said she desired nothing but a period of peace to allow for her internal development; France would not fight except to help her ally. There had seemed no insuperable difficulty in keeping the peace; it was only a question of allaying the mutual suspicion between Vienna and St. Petersburgh. But now a new element of danger had been introduced. Great Britain now knew that Germany was contemplating an attack on France. She knew more. The independence of the Low Countries had for centuries been considered as one of the strongest means of securing the peace of Europe. Their position and the nature of the country rendered them the natural battlefield of Northern Europe. If it was made impossible for a Great Power to invade them, war would become increasingly difficult and dangerous. With the growth of the idea of a fixed system of international law founded on treaties,

the neutrality of Belgium had been devised as a permanent safeguard to this end. As such, it had been consecrated by two international treaties signed by all the Powers, and recognised by two generations of statesmen. Now, when the peace of Europe was our one object, it was found that Germany was preparing to tear out the main rivet of that peace.|| Germany's position must be understood. She had fulfilled her treaty obligations in the past; her action now was not wanton. Belgium was of supreme military importance in a war with France; if such a war occurred, it would be one of life and death; Germany feared that, if she did not occupy Belgium, France might do so. In face of this suspicion, there was only one thing to do. The neutrality of Belgium had not been devised as a pretext for wars, but to prevent the outbreak of wars. The Powers must reaffirm Belgian neutrality in order to prevent the war now threatened. The British Government, therefore, on Friday, the 31st July, asked the German and French Governments for an engagement to respect Belgium's neutrality, and the Belgian Government for an engagement to uphold it. France gave the necessary engagement the same day; Belgium gave it the day after; Germany returned no reply. Henceforward there could be no doubt of German designs. || Meanwhile, on the 30th and 31st negotiations continued between Russia and Austria. On the 29th Germany had suggested to Austria that she should stop as soon as her troops had occupied Belgrade. Late on the same night Russia offered to stop all military preparations, if Austria would recognise that the conflict with Servia had become a question of general European interest, and would eliminate from her ultimatum the points which involved a violation of the sovereignty of Servia. As the result of this offer, Russia was able to inform His Majesty's Government on the 31st that Austria had at last agreed to do the very thing she had refused to do in the first days of the crisis, namely, to discuss the whole question of her ultimatum to Servia. Russia asked the British Government to assume the direction of these discussions. For a few hours there seemed to be a hope of peace.

(7.)

At this moment, on Friday, the 31st, Germany suddenly despatched an ultimatum to Russia, demanding that she should countermand her mobilisation within twelve hours. Every allowance must be made for the natural nervousness which, as history has repeatedly shown, overtakes nations when mobilisation is under way. All that can be said is that, according to the information in the possession of His Majesty's Government, mobilisation had not at the time proceeded as far in Russia as in Germany,

although general mobilisation was not publicly proclaimed in Germany till the next day, the 1st August. France also began to mobilise on that day. The German Secretary of State refused to discuss a last proposal from Sir E. Grey for joint action with Germany, France, and Italy until Russia's reply should be received, and in the afternoon the German Ambassador at St. Petersburgh presented a declaration of war. Yet on this same day, Saturday, the 1st, Russia assured Great Britain that she would on no account commence hostilities if the Germans did not cross the frontier, and France declared that her troops would be kept 6 miles from her frontier so as to prevent a collision. This was the situation when very early on Sunday morning, the 2nd August, German troops invaded Luxemburg, a small independent State whose neutrality had been guaranteed by all the Powers with the same object as the similar guarantee of Belgium. The die was cast. War between Germany, Russia, and France had become inevitable.|| Only one question now remained for this country. His Majesty's Government failed in their attempts to secure a general peace. Should they now remain neutral? The grounds on which that question was decided are clearly set forth in the statements of Sir E. Grey and Mr. Asquith in Parliament, which are contained in this volume, and no additional explanations are needed here. But one fact may be emphasized. From the 24th July, when Russia first asked for British support, to the 2nd August, when a conditional promise of naval assistance was given to France, Sir E. Grey had consistently declined to give any promise of support to either of our present allies. He maintained that the position of Great Britain was that of a disinterested party whose influence for peace at Berlin and Vienna would be enhanced by the knowledge that we were not committed absolutely to either side in the existing dispute. He refused to believe that the best road to European peace lay through a show of force. We took no mobilisation measures except to keep our fleet assembled, and we confined ourselves to indicating clearly to Austria on the 27th July, and to Germany on the 29th July, that we could not engage to remain neutral if a European conflagration took place. We gave no pledge to our present allies, but to Germany we gave three times — on the 30th July, the 31st July, and the 1st August — a clear warning of the effect which would be produced on our attitude and on the sentiment of the British people by a violation of the neutrality of Belgium.|| After Germany's declaration of war on Russia on the afternoon of the 1st, the Tsar telegraphed to His Majesty the King as follows: „In this solemn hour I wish to assure you once more that I have done all in my power to avert war." It is right to say that His Majesty's Government believe this to be a true statement of the attitude both of Russia

and France throughout this crisis. On the other hand, with every wish to be fair and just, it will be admitted that the response of Germany and Austria gave no evidence of a sincere desire to save the peace of Europe.

Foreign Office, Sept. 28, 1914.

Nr. 14507. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Berlin. — Unterredung mit dem deutschen Botschafter über den serbisch-österreichisch-ungarischen Konflikt.

Foreign Office, July 20, 1914.

Sir, || I asked the German Ambassador to-day if he had any news of what was going on in Vienna with regard to Servia. || He said that he had not, but Austria was certainly going to take some step, and he regarded the situation as very uncomfortable. || I said that I had not heard anything recently, except that Count Berchtold, in speaking to the Italian Ambassador in Vienna, had deprecated the suggestion that the situation was grave, but had said that it should be cleared up. || The German Ambassador said that it would be a very desirable thing if Russia could act as a mediator with regard to Servia. || I said that I assumed that the Austrian Government would not do anything until they had first disclosed to the public their case against Servia, founded presumably upon what they had discovered at the trial. || The Ambassador said that he certainly assumed that they would act upon some case that would be known. || I said that this would make it easier for others, such as Russia, to counsel moderation in Belgrade. In fact, the more Austria could keep her demand within reasonable limits, and the stronger the justification she could produce for making any demand, the more chance there would be of smoothing things over. I hated the idea of a war between any of the Great Powers, and that any of them should be dragged into a war by Servia would be detestable. || The Ambassador agreed wholeheartedly in this sentiment. I am, &c.,

E. Grey.

Nr. 14508. **GROSZBRITANNIEN.** Der Geschäftsträger in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Nach dem deutschen Staatssekretär zeigt Österreich-Ungarn große Mäßigung.

Berlin, July 22, 1914 (*July* 22).*)

(Telegraphic.) || Last night I met Secretary of State for Foreign Affairs, and the forthcoming Austrian *démarche* at Belgrade was alluded to by his Excellen-

*) Die eingeklammerten Daten geben das Ankunftsdatum. Red.

cy in the conversation that ensued. His Excellency was evidently of opinion that this step on Austria's part would have been made ere this. He insisted that question at issue was one for settlement between Servia and Austria alone, and that there should be no interference from outside in the discussions between those two countries. He had therefore considered it inadvisable that the Austro-Hungarian Government should be approached by the German Government on the matter. He had, however, on several occasions, in conversation with the Servian Minister, emphasized the extreme importance that Austro-Servian relations should be put on a proper footing. || Finally, his Excellency observed to me that for a long time past the attitude adopted towards Servia by Austria had, in his opinion, been one of great forbearance.

Nr. 14509. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Wien. Hat dem österreichisch-ungarischen Botschafter die Gefahr eines europäischen Krieges vorgestellt.

Foreign Office, July 23, 1914.

Sir, || Count Mensdorff told me to-day that he would be able to-morrow morning to let me have officially the communication that he understood was being made to Servia to-day by Austria. He then explained privately what the nature of the demand would be. As he told me that the facts would all be set out in the paper that he would give me to-morrow, it is unnecessary to record them now. I gathered that they would include proof of the complicity of some Servian officials in the plot to murder the Archduke Franz Ferdinand, and a long list of demands consequently made by Austria on Servia. || As regards all this, I said that it was not a matter on which I would make any comment until I received an official communication, and it seemed to me probably a matter on which I should not be able to make any comment at first sight. || But, when Count Mensdorff told me that he supposed there would be something in the nature of a time-limit, which was in effect a kin to an ultimatum, I said that I regretted this very much. To begin with a time-limit might inflame opinion in Russia, and it would make it difficult, if not impossible, to give more time, even if after a few days it appeared that by giving more time there would be a prospect of securing a peaceful settlement and getting a satisfactory reply from Servia. I admitted that, if there was no time-limit, the proceedings might be unduly protracted, but I urged that a time-limit could always be introduced afterwards; that, if the demands were made without a time-limit in the first instance, Russian public opinion might be less excited,

after a week it might have cooled down, and if the Austrian case was very strong it might be apparent that the Russian Government would be in a position to use their influence in favour of a satisfactory reply from Servia. A time-limit was generally a thing to be used only in the last resort, after other means had been tried and failed.|| Count Mensdorff said that if Servia, in the interval that had elapsed since the murder of the Archduke, had voluntarily instituted an enquiry on her own territory, all this might have been avoided. In 1909, Servia had said in a note that she intended to live on terms of good neighbourhood with Austria; but she had never kept her promise, she had stirred up agitation the object of which was to disintegrate Austria, and it was absolutely necessary for Austria to protect herself.|| I said that I would not comment upon or criticise what Count Mensdorff had told me this afternoon, but I could not help dwelling upon the awful consequences involved in the situation. Great apprehension had been expressed to me, not specially by M. Cambon and Count Benckendorff, but also by others, as to what might happen, and it had been represented to me that it would be very desirable that those who had influence in St. Petersburgh should use it on behalf of patience and moderation. I had replied that the amount of influence that could be used in this sense would depend upon how reasonable were the Austrian demands and how strong the justification that Austria might have discovered for making her demands. The possible consequences of the present situation were terrible. If as many as four Great Powers of Europe — let us say, Austria, France, Russia, and Germany — were engaged in war, it seemed to me that it must involve the expenditure of so vast a sum of money, and such an interference with trade, that a war would be accompanied or followed by a complete collapse of European credit and industry. In these days, in great industrial States, this would mean a state of things worse than that of 1848, and, irrespective of who were victors in the war, many things might be completely swept away.|| Count Mensdorff did not demur to this statement of the possible consequences of the present situation, but he said that all would depend upon Russia. || I made the remark that, in a time of difficulties such as this, it was just as true to say that it required two to keep the peace as it was to say, ordinarily, that it took two to make a quarrel. I hoped very much that, if there were difficulties, Austria and Russia would be able in the first instance to discuss them directly with each other.|| Count Mensdorff said that he hoped this would be possible, but he was under the impression that the attitude in St. Petersburgh had not been very favourable recently.

I am, &c.,

E. Grey.

Nr. 14510. **ÖSTERREICH-UNGARN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Offizielle Mitteilung der Forderungen an Serbien. Durch den Botschafter dem englischen Minister des Auswärtigen überreicht.

London, 24. Juli 1914.

J'ai l'honneur d'inviter votre Excellence de vouloir porter le contenu de cette note à la connaissance du Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité, en accompagnant cette communication du commentaire que voici:

Le 31 mars, 1909, le Gouvernement Royal serbe a adressé à l'Autriche-Hongrie la déclaration dont le texte est reproduit ci-dessus. || Le lendemain même de cette déclaration la Serbie s'est engagée dans une politique tendant à inspirer des idées subversives aux ressortissants serbes de la Monarchie austro-hongroise et à préparer ainsi la séparation des territoires austro-hongrois, limitrophes à la Serbie. || La Serbie devint le foyer d'une agitation criminelle. || Des sociétés et affiliations ne tardèrent pas à se former qui, soit ouvertement, soit clandestinement, étaient destinées à créer des désordres sur le territoire austro-hongrois. Ces sociétés et affiliations comptent parmi leurs membres des généraux et des diplomates, des fonctionnaires d'Etat et des juges, bref les sommités du monde officiel et inofficiel du royaume. || Le journalisme serbe est presque entièrement au service de cette propagande, dirigée contre l'Autriche-Hongrie, et pas un jour ne passe sans que les organes de la presse serbe n'excitent leurs lecteurs à la haine et au mépris de la Monarchie voisine ou à des attentats dirigés plus ou moins ouvertement contre sa sûreté et son intégrité. || Un grand nombre d'agents est appelé à soutenir par tous les moyens l'agitation contre l'Autriche-Hongrie et à corrompre dans les provinces limitrophes la jeunesse de ces pays. || L'esprit conspirateur des politiciens serbes, esprit dont les annales du royaume portent les sanglantes empreintes, a subi une recrudescence depuis la dernière crise balkanique; des individus ayant fait partie des bandes jusque-là occupées en Macédoine sont venus se mettre à la disposition de la propagande terroriste contre l'Autriche-Hongrie. || En présence de ces agissements, auxquels l'Autriche-Hongrie est exposée depuis des années, le Gouvernement de la Serbie n'a pas cru devoir prendre la moindre mesure. C'est ainsi que le Gouvernement serbe a manqué au devoir que lui imposait la déclaration solennelle du 31 mars, 1909, et c'est ainsi qu'il s'est mis en contradiction avec la volonté de l'Europe et avec l'engagement qu'il avait pris vis-à-vis de l'Autriche-Hongrie. || La longanimité du Gouvernement

Impérial et Royal à l'égard de l'attitude provocatrice de la Serbie était inspirée du désintéressement territorial de la Monarchie austro-hongroise et de l'espoir que le Gouvernement serbe finirait tout de même par apprécier à sa juste valeur l'amitié de l'Autriche-Hongrie. En observant une attitude bienveillante pour les intérêts politiques de la Serbie, le Gouvernement Impérial et Royal espérait que le royaume se déciderait finalement à suivre de son côté une ligne de conduite analogue. L'Autriche-Hongrie s'attendait surtout à une pareille évolution dans les idées politiques en Serbie lorsque, après les événements de l'année 1912, le Gouvernement Impérial et Royal rendit possible, par une attitude désintéressée et sans rancune, l'agrandissement si considérable de la Serbie. || Cette bienveillance manifestée par l'Autriche-Hongrie à l'égard de l'Etat voisin n'a cependant aucunement modifié les procédés du royaume, qui a continué à tolérer sur son territoire une propagande, dont les funestes conséquences se sont manifestées au monde entier le 28 juin dernier, jour où l'héritier présomptif de la Monarchie et son illustre épouse devinrent les victimes d'un complot tramé à Belgrade. || En présence de cet état de choses le Gouvernement Impérial et Royal a dû se décider à entreprendre de nouvelles et pressantes démarches à Belgrade afin d'amener le Gouvernement serbe à arrêter le mouvement incendiaire menaçant la sûreté et l'intégrité de la Monarchie austro-hongroise. || Le Gouvernement Impérial et Royal est persuadé qu'en entreprenant cette démarche il se trouve en plein accord avec les sentiments de toutes les nations civilisées, qui ne sauraient admettre que le régicide devînt une arme dont on puisse se servir impunément dans la lutte politique, et que la paix européenne fût continuellement troublée par les agissements partant de Belgrade. || C'est à l'appui de ce qui précède que le Gouvernement Impérial et Royal tient à la disposition du Gouvernement Royal de Grande-Bretagne un dossier élucidant les menées serbes et les rapports existant entre ces menées et le meurtre du 28 juin. || Une communication identique est adressée aux représentants Impériaux et Royaux auprès des autres Puissances signataires. || Vous êtes autorisé de laisser une copie de cette dépêche entre les mains de M. le Ministre des Affaires Etrangères.

Vienne, le 24 *juillet*, 1914.

Nr. 14511. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Wien. England hält die Wiener Forderungen mit der serbischen Unabhängigkeit für unvereinbar.

Foreign Office, July 24, 1914.

(Telegraphic.) || Note adressed to Servia, together with an explanation of the reasons leading up to it, has been communicated to me by Count Mensdorff. || In

the ensuing conversation with his Excellency, I remarked that it seemed to me a matter for great regret that a time limit, and such a short one at that, had been insisted upon at this stage of the proceedings. The murder of the Archduke and some of the circumstances respecting Servia quoted in the note aroused sympathy with Austria, as was but natural, but at the same time I had never before seen one State address to another independent State a document of so formidable a character. Demand No. 5 would be hardly consistent with the maintenance of Servia's independent sovereignty if it were to mean, as it seemed that it might, that Austria-Hungary was to be invested with a right to appoint officials who would have authority within the frontiers of Servia. || I added that I felt great apprehension, and that I should concern myself with the matter simply and solely from the point of view of the peace of Europe. The merits of the dispute between Austria and Servia were not the concern of His Majesty's Government, and such comments as I had made above were not made in order to discuss those merits. || I ended by saying that doubtless we should enter into an exchange of views with other Powers, and that I must await their views as to what could be done to mitigate the difficulties of the situation. || Count Mensdorff replied that the present situation might never have arisen if Servia had held out a hand after the murder of the Archduke; Servia had, however, shown no sign of sympathy or help, though some weeks had already elapsed since the murder; a time limit, said his Excellency, was essential, owing to the procrastination on Servia's part. || I said that if Servia had procrastinated in replying, a time limit could have been introduced later; but, as things now stood, the terms of the Servian reply had been dictated by Austria, who had not been content to limit herself to a demand for a reply within a limit of forty-eight hours from its presentation.

Nr. 14512. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Rußland und Frankreich verurteilen die Wiener Note. Russische Mobilisation bevorstehend.

St. Petersburgh, July 24, 1914 (*July* 24).

(Telegraphic.) || I had a telephone message this morning from M. Sazonof to the effect that the text of the Austrian ultimatum had just reached him. || His Excellency added that a reply within forty-eight hours was demanded, and he begged me to meet him at the French Embassy to discuss matters, as Austrian step clearly meant that war was imminent. || Minister for Foreign Affairs said that Austria's conduct was both provocative and immoral; she

would never have taken such action unless Germany had first been consulted; some of her demands were quite impossible of acceptance. He hoped that His Majesty's Government would not fail to proclaim their solidarity with Russia and France.|| The French Ambassador gave me to understand that France would fulfil all the obligations entailed by her alliance with Russia, if necessity arose, besides supporting Russia strongly in any diplomatic negotiations.|| I said that I would telegraph a full report to you of what their Excellencies had just said to me. I could not, of course, speak in the name of His Majesty's Government, but personally I saw no reason to expect any declaration of solidarity from His Majesty's Government that would entail an unconditional engagement on their part to support Russia and France by force of arms. Direct British interests in Servia were nil, and a war on behalf of that country would never be sanctioned by British public opinion. To this M. Sazonof replied that we must not forget that the general European question was involved, the Servian question being but a part of the former, and that Great Britain could not afford to efface herself from the problems now at issue.|| In reply to these remarks, I observed that I gathered from what he said that his Excellency was suggesting that Great Britain should join in making a communication to Austria to the effect that active intervention by her in the internal affairs of Servia could not be tolerated. But supposing Austria nevertheless proceeded to embark on military measures against Servia in spite of our representations, was it the intention of the Russian Government forthwith to declare war on Austria? || M. Sazonof said that he himself thought that Russian mobilisation would at any rate have to be carried out; but a council of Ministers was being held this afternoon to consider the whole question. A further council would be held, probably to-morrow, at which the Emperor would preside, when a decision would be come to.|| I said that it seemed to me that the important point was to induce Austria to extend the time limit, and that the first thing to do was to bring an influence to bear on Austria with that end in view; French Ambassador, however, thought that either Austria had made up her mind to act at once or that she was bluffing. Whichever it might be, our only chance of averting war was for us to adopt a firm and united attitude. He did not think there was time to carry out my suggestion. Thereupon I said that it seemed to me desirable that we should know just how far Servia was prepared to go to meet the demands formulated by Austria in her note. M. Sazonof replied that he must first consult his colleagues on this point, but that doubtless some of the Austrian demands could be accepted by Servia.|| French Ambassador and M. Sazonof both continued to press me for a declaration of

complete solidarity of His Majesty's Government with French and Russian Governments, and I therefore said that it seemed to me possible that you might perhaps be willing to make strong representations to both German and Austrian Governments, urging upon them that an attack by Austria upon Servia would endanger the whole peace of Europe. Perhaps you might see your way to saying to them that such action on the part of Austria would probably mean Russian intervention, which would involve France and Germany, and that it would be difficult for Great Britain to keep out if the war were to become general. M. Sazonof answered that we would sooner or later be dragged into war if it did break out; we should have rendered war more likely if we did not from the outset make common cause with his country and with France; at any rate, he hoped His Majesty's Government would express strong reprobation of action taken by Austria. || President of French Republic and President of the Council cannot reach France, on their return from Russia, for four or five days, and it looks as though Austria purposely chose this moment to present their ultimatum. || It seems to me, from the language held by French Ambassador, that, even if we decline to join them, France and Russia are determined to make a strong stand.

Nr. 14513. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Rußland wird Serbien nicht erniedrigen lassen.

Vienna, July 24, 1914 (*July* 24).

(Telegraphic.) || Before departing on leave of absence, I was assured by Russian Ambassador that any action taken by Austria to humiliate Servia could not leave Russia indifferent. || Russian Chargé d'Affaires was received this morning by Minister for Foreign Affairs, and said to him, as h s own personal view, that Austrian note was drawn up in a form rendering it impossible of acceptance as it stood, and that it was both unusual and peremptory in its terms. Minister for Foreign Affairs replied that Austrian Minister was under instructions to leave Belgrade unless Austrian demands were accepted integrally by 4 p. m. to-morrow. His Excellency added that Dual Monarchy felt that its very existence was at stake; and that the step taken had caused great satisfaction throughout the country. He did not think that objections to what had been done could be raised by any Power.

Nr. 14514. **GROSZBRITANNIEN.** Der Gesandte in Belgrad an den Minister des Auswärtigen. Serbien ruft England um Hilfe.

Belgrade, July 24, 1914 (*July* 24).

(Telegraphic.) || Austrian demands are considered absolutely unacceptable by Servian Government, who earnestly trust that His Majesty's Government may see their way to induce Austrian Government to moderate them. || This request was conveyed to me by Servian Prime Minister, who returned early this morning to Belgrade. His Excellency is dejected, and is clearly very anxious as to developments that may arise.

Nr. 14515. **DEUTSCHES REICH.** Note des deutschen Botschafters in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Österreich-Ungarn und Serbien sollen den Konflikt allein austragen.

London, 24. *Juli* 1914.

The publications of the Austro-Hungarian Government concerning the circumstances under which the assassination of the Austrian heir presumptive and his consort has taken place disclose unmistakably the aims which the Great Servian propaganda has set itself, and the means it employs to realise them. The facts now made known must also do away with the last doubts that the centre of activity of all those tendencies which are directed towards the detachment of the Southern Slav provinces from the Austro-Hungarian Monarchy and their incorporation into the Servian Kingdom is to be found in Belgrade, and is at work there with at least the connivance of members of Government and army. || The Servian intrigues have been going on for many years. In an especially marked form the Great Servian chauvinism manifested itself during the Bosnian crisis. It was only owing to the far-reaching self-restraint and moderation of the Austro-Hungarian Government and to the energetic interference of the Great Powers that the Servian provocations to which Austria-Hungary was then exposed did not lead to a conflict. The assurance of good conduct in future which was given by the Servian Government at that time has not been kept. Under the eyes, at least with the tacit permission of official Servia, the Great Servian propaganda has continuously increased in extension and intensity; to its account must be set the recent crime, the threads of which lead to Belgrade. It has become clearly evident that it would not be consistent either with the dignity or with the selfpreservation of the Austro-Hungarian Monarchy still longer to remain inactive in face of this movement on the other side

of the frontier, by which the security and the integrity of her territories are constantly menaced. Under these circumstances, the course of procedure and demands of the Austro-Hungarian Government can only be regarded as equitable and moderate. In spite of that, the attitude which public opinion as well as the Government in Servia have recently adopted does not exclude the apprehension that the Servian Government might refuse to comply with those demands, and might allow themselves to be carried away into a provocative attitude against Austria-Hungary. The Austro-Hungarian Government, if it does not wish definitely to abandon Austria's position as a Great Power, would then have no choice but to obtain the fulfilment of their demands from the Servian Government by strong pressure and, if necessary, by using military measures, the choice of the means having to be left to them. || The Imperial Government want to emphasize their opinion that in the present case there is only question of a matter to be settled exclusively between Austria-Hungary and Servia, and that the Great Powers ought seriously to endeavour to reserve it to those two immediately concerned. The Imperial Government desire urgently the localisation of the conflict, because every interference of another Power would, owing to the different treaty obligations, be followed by incalculable consequences.

Nr. 14516. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. England wünscht Einmischung der Großmächte.

Foreign Office, July 24, 1914.

Sir, || After telling M. Cambon to-day of the Austrian communication to Servia, which I had received this morning, and of the comment I had made to Count Mensdorff upon it yesterday, I told M. Cambon that this afternoon I was to see the German Ambassador, who some days ago had asked me privately to exercise moderating influence in St. Petersburgh. I would say to the Ambassador that, of course, if the presentation of this ultimatum to Servia did not lead to trouble between Austria and Russia, we need not concern ourselves about it; but, if Russia took the view of the Austrian ultimatum, which it seemed to me that any Power interested in Servia would take, I should be quite powerless, in face of the terms of the ultimatum, to exercise any moderating influence. I would say that I thought the only chance of any mediating or moderating influence being exercised was that Germany, France, Italy, and ourselves, who had not direct interests in Servia, should act together for the sake of peace, simultaneously

in Vienna and St. Petersburgh. || M. Cambon said that, if there was a chance of mediation by the four Powers, he had no doubt that his Government would be glad to join in it; but he pointed out that we could not say anything in St. Petersburgh till Russia had expressed some opinion or taken some action. But when two days were over, Austria would march into Servia, for the Servians could not possibly accept the Austrian demand. Russia would be compelled by her public opinion to take action as soon as Austria attacked Servia, and therefore, once the Austrians had attacked Servia, it would be too late for any mediation. || I said that I had not contemplated anything being said in St. Petersburgh until after it was clear that there must be trouble between Austria and Russia. I had thought that if Austria did move into Servia, and Russia then mobilised, it would be possible for the four Powers to urge Austria to stop her advance, and Russia also to stop hers, pending mediation. But it would be essential for any chance of success for such a step that Germany should participate in it. || M. Cambon said that it would be too late after Austria had once moved against Servia. The important thing was to gain time by mediation in Vienna. The best chance of this being accepted would be that Germany should propose it to the other Powers. || I said that by this he meant a mediation between Austria and Servia. || He replied that it was so. || I said that I would talk to the German Ambassador this afternoon on the subject.

I am, &c.,

E. Grey.

Nr. 14517. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Berlin. Der deutsche Botschafter erwartet militärisches Vorgehen Österreich-Ungarns.

Foreign Office, July 24, 1914.

(Telegraphic.) || German Ambassador has communicated to me the view of the German Government about the Austrian demand in Servia. I understand the German Government is making the same communication to the Powers. || I said that if the Austrian ultimatum to Servia did not lead to trouble between Austria and Russia I had no concern with it; I had heard nothing yet from St. Petersburgh, but I was very apprehensive of the view Russia would take of the situation. I reminded the German Ambassador that some days ago he had expressed a personal hope that if need arose I would endeavour to exercise moderating influence at St. Petersburgh, but now I said that, in view of the extraordinarily stiff character of the Austrian note, the

shortness of the time allowed, and the wide scope of the demands upon Servia, I felt quite helpless as far as Russia was concerned, and I did not believe any Power could exercise influence alone.|| The only chance I could see of mediating or moderating influence being effective, was that the four Powers, Germany, Italy, France, and ourselves, should work together simultaneously at Vienna and St. Petersburgh in favour of moderation in the event of the relations between Austria and Russia becoming threatening.|| The immediate danger was that in a few hours Austria might march into Servia and Russian Slav opinion demand that Russia should march to help Servia; it would be very desirable to get Austria not to precipitate military action and so to gain more time. But none of us could influence Austria in this direction unless Germany would propose and participate in such action at Vienna. You should inform Secretary of State.|| Prince Lichnowsky said that Austria might be expected to move when the time limit expired unless Servia could give unconditional acceptance of Austrian demands *in toto*. Speaking privately, his Excellency suggested that a negative reply must in no case be returned by Servia; a reply favourable on some points must be sent at once, so that an excuse against immediate action might be afforded to Austria.

Nr. 14518. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Belgrad. Serbien soll in einigen Punkten entgegenkommend antworten.

Foreign Office, July 24, 1914.

(Telegraphic.) || Servia ought to promise that, if it is proved that Servian officials, however subordinate they may be, were accomplices in the murder of the Archduke at Serajevo, she will give Austria the fullest satisfaction. She certainly ought to express concern and regret. For the rest, Servian Government must reply to Austrian demands as they consider best in Servian interests.|| It is impossible to say whether military action by Austria when time limit expires can be averted by anything but unconditional acceptance of her demands, but only chance appears to lie in avoiding an absolute refusal and replying favourably to as many points as the time limit allows.|| Servian Minister here has begged that His Majesty's Government will express their views, but I cannot undertake responsibility of saying more than I have said above, and I do not like to say even that without knowing what is being said at Belgrade by French and Russian Governments. You should therefore consult your French and Russian colleagues as to repea-

ting what my views are, as expressed above, to Servian Government. || I have urged upon German Ambassador that Austria should not precipitate military action.

Nr. 14519. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Wien. Rußland fordert Verlängerung der Frist.

24. Juli 1914.

La communication du Gouvernement austro-hongrois aux Puissances le lendemain de la présentation de l'ultimatum à Belgrade ne laisse aux Puissances qu'un délai tout à fait insuffisant pour entreprendre quoi qu'il soit d'utile pour l'aplanissement des complications surgies. || Pour prévenir les conséquences incalculables et également néfastes pour toutes les Puissances qui peuvent suivre le mode d'action du Gouvernement austro-hongrois, il nous paraît indispensable qu'avant tout le délai donné à la Serbie pour répondre soit prolongé. L'Autriche-Hongrie, se déclarant disposée à informer les Puissances des données de l'enquête sur lesquelles le Gouvernement Impérial et Royal base ses accusations, devrait leur donner également le temps de s'en rendre compte. || En ce cas, si les Puissances se convainquaient du bien-fondé de certaines des exigences autrichiennes, elles se trouveraient en mesure de faire parvenir au Gouvernement serbe des conseils en conséquence. || Un refus de prolonger le terme de l'ultimatum priverait de toute portée la démarche du Gouvernement austro-hongrois auprès des Puissances et se trouverait en contradiction avec les bases même des relations internationales. || Le Prince Koudachef est chargé de communiquer ce qui précède au Cabinet de Vienne. || M. Sazonof espère que le Gouvernement de Sa Majesté britannique adhérera au point de vue exposé, et il exprime l'espoir que Sir Edward Grey voudra bien munir l'Ambassadeur d'Angleterre à Vienne d'instructions conformes.

Nr. 14520. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris und Petersburg. Die Wiener Note.

Foreign Office, July 25, 1914.

(Telegraphic.) || Austrian Ambassador has been authorised to explain to me that the step taken at Belgrade was not an ultimatum, but a *démarche* with a time limit, and that if the Austrian demands were not complied with within the time limit the Austro-Hungarian Government would break off diplomatic relations and begin military preparations, not operations. || In case

Austro-Hungarian Government have not given the same information at Paris (St. Petersburgh), you should inform Minister for Foreign Affairs as soon as possible; it makes the immediate situation rather less acute.

Nr. 14521. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Antwort auf das vorige.

Paris, July 25, 1914 (*July* 25).

(Telegraphic.) || I learn from the Acting Political Director that the French Government have not yet received the explanation from the Austrian Government contained in your telegram of to-day. They have, however, through the Servian Minister here, given similar advice to Servia as was contained in your telegram to Belgrade of yesterday.

Nr. 14522. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Dasselbe.

Paris, July 25, 1914 (*July* 25).

(Telegraphic.) || Acting Minister for Foreign Affairs has no suggestions to make except that moderating advice might be given at Vienna as well as Belgrade. He hopes that the Servian Government's answer to the Austrian ultimatum will be sufficiently favourable to obviate extreme measures being taken by the Austrian Government. He says, however, that there would be a revolution in Servia if she were to accept the Austrian demands in their entirety.

Nr. 14523. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Die Lage ist verzweifelt, wenn Deutschland nicht Österreich-Ungarn zur Mäßigung rät.

St. Petersburgh, July 25, 1914 (*July* 25).

(Telegraphic.) || I saw the Minister for Foreign Affairs this morning, and communicated to his Excellency the substance of your telegram of to-day to Paris, and this afternoon I discussed with him the communication which the French Ambassador suggested should be made to the Servian Government, as recorded in your telegram of yester-day to Belgrade. || The Minister for Foreign Affairs said, as regards the former, that the explanations of the Austrian Ambassador did not quite correspond with the information which had reached him from German quarters. As regards the latter, both his

Excellency and the French Ambassador agreed that it is too late to make such a communication, as the time limit expires this evening.|| The Minister for Foreign Affairs said that Servia was quite ready to do as you had suggested and to punish those proved to be guilty, but that no independent State could be expected to accept the political demands which had been put forward. The Minister for Foreign Affairs thought, from a conversation which he had with the Servian Minister yesterday, that, in the event of the Austrians attacking Servia, the Servian Government would abandon Belgrade, and withdraw their forces into the interior, while they would at the same time appeal to the Powers to help them. His Excellency was in favour of their making this appeal. He would like to see the question placed on an international footing, as the obligations taken by Servia in 1908, to which reference is made in the Austrian ultimatum, were given not to Austria, but to the Powers.|| If Servia should appeal to the Powers, Russia would be quite ready to stand aside and leave the question in the hands of England, France, Germany, and Italy. It was possible, in his opinion, that Servia might propose to submit the question to arbitration.|| On my expressing the earnest hope that Russia would not precipitate war by mobilising until you had had time to use your influence in favour of peace, his Excellency assured me that Russia had no aggressive intentions, and she would take no action until it was forced upon her. Austria's action was in reality directed against Russia. She aimed at overthrowing the present *status quo* in the Balkans, and establishing her own hegemony there. He did not believe that Germany really wanted war, but her attitude was decided by ours. If we took our stand firmly with France and Russia there would be no war. If we failed them now, rivers of blood would flow, and we would in the end be dragged into war. || I said that England could play the rôle of mediator at Berlin and Vienna to better purpose as friend who, if her counsels of moderation were disregarded, might one day be converted into an ally, than if she were to declare herself Russia's ally at once. His Excellency said that unfortunately Germany was convinced that she could count upon our neutrality. || I said all I could to impress prudence on the Minister for Foreign Affairs, and warned him that if Russia mobilised, Germany would not be content with mere mobilisation, or give Russia time to carry out hers, but would probably declare war at once. His Excellency replied that Russia could not allow Austria to crush Servia and become the predominant Power in the Balkans, and, if she feels secure of the support of France, she will face all the risks of war. He assured me once more that he did not wish to precipitate a conflict, but that unless Germany could restrain Austria I could regard the situation as desperate.

Nr. 14524. GROSZBRITANNIEN. Die Botschaft in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Antwort auf Nr. 14517. Deutschland hofft, daß die Krisis lokalisiert werden kann.

Berlin, July 25, 1914 (*July* 25).

(Telegraphic.) Your telegram of the 24th July acted on. || Secretary of State says that on receipt of a telegram at 10 this morning from German Ambassador at London, he immediately instructed German Ambassador at Vienna to pass on to Austrian Minister for Foreign Affairs your suggestion for an extension of time limit, and to speak to his Excellency about it. Unfortunately it appeared from press that Count Berchtold is at Ischl, and Secretary of State thought that in these circumstances there would be delay and difficulty in getting time limit extended. Secretary of State said that he did not know what Austria-Hungary had ready on the spot, but he admitted quite freely that Austro-Hungarian Government wished to give the Servians a lesson, and that they meant to take military action. He also admitted that Servian Government could not swallow certain of the Austro-Hungarian demands. || Secretary of State said that a reassur'ng feature of situation was that Count Berchtold had sent for Russian representative at Vienna, and had told him that Austria-Hungary had no intention of seizing Servian territory. This step should, in his opinion, excercise a calming influence at St. Petersburgh. I asked whether it was not to be feared that, in taking military action against Servia, Austria would dangerously excite public opinion in Russia. He said he thought not. He remained of opinion that crisis could be localised. I said that telegrams from Russia in this morning's papers did not look very reassuring, but he maintained his optimistic view with regard to Russia. He said that he had given the Russian Government to understand that last thing Germany wanted was a general war, and he would do all in his power to prevent such a calamity. If the relations between Austria and Russia became threatening, he was quite ready to fall in with your suggestion as to the four Powers working in favour of moderation at Vienna and St. Petersburgh. || Secretary of State confessed privately that he thought the note left much to be desired as a diplomatic document. He repeated very earnestly that, though he had been accused of knowing all about the contents of that note, he had in fact had no such knowledge.

Nr. 14525. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Die Wiener Note an Serbien.

Rome, July 25, 1914 (*July* 25).

(Telegraphic). || I saw the Secretary-General this morning and found that he knew of the suggestion that France, Italy, Germany and ourselves should work at Vienna and St. Petersburgh in favour of moderation, if the relations between Austria and Servia become menacing. || In his opinion Austria will only be restrained by the unconditional acceptance by the Servian Government of her note. There is reliable information that Austria intends to seize the Salonica Railway.

Nr. 14526. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Österreich-Ungarn erwartet den Bruch mit Serbien.

Vienna, July 25, 1914 (*July* 25).

(Telegraphic.) || Language of press this morning leaves the impression that the surrender of Servia is neither expected nor really desired. It is officially announced that the Austrian Minister is instructed to leave Belgrade with staff of legation failing unconditional acceptance of note at 6 p. m. to-day. || Minister for Foreign Affairs goes to Ischl to-day to communicate personally to the Emperor Servian reply when it comes.

Nr. 14527. **GROSZBRITANNIEN.** Der Gesandte in Serbien an den Minister des Auswärtigen. Entwurf der serbischen Antwort.

Belgrade, July 25, 1914 (*July* 25).

(Telegraphic.) || The Council of Ministers is now drawing up their reply to the Austrian note. I am informed by the Under-Secretary of State for Foreign Affairs that it will be most conciliatory and will meet the Austrian demands in as large a measure as is possible. || The following is a brief summary of the projected reply: || The Servian Government consent to the publication of a declaration in the „Official Gazette“. The ten points are accepted with reservations. Servian Government declare themselves ready to agree to a mixed commission of enquiry so long as the appointment of the commission can be shown to be in accordance with international usage. They consent to dismiss and prosecute those officers who can be clearly proved to be guilty, and they have already arrested the officer referred to

in the Austrian note. They are prepared to suppress the Narodna Odbrana. The Servian Government consider that, unless the Austrian Government want war at any cost they cannot but be content with the full satisfact on offered in the Servian reply.

Nr. 14528. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Rußland soll Serbien Mäßigung angeraten haben.

Belgrade, July 25, 1914 (*July* 25).

(Telegraphic.) || I have seen the new French Minister, who has just arirved from Constantinople, and my Russian colleague, and informed them of your views. || They have not yet received instructions from their Governments, and in view of this and of the proposed conciliatory terms of the Servian reply, I have up to now abstained from offering advice to the Servian Government. || I think it is highly probable that the Russian Government have already urged the utmost moderation on the Servian Government.

Nr. 14529. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Einberufung der Skupschtina.

Belgrade, July 25, 1914 (*July* 25).

(Telegraphic.) || The Austrian Minister left at 6.30. || The Government have left for Nish, where the Skuptchina will meet on Monday. I am leaving with my other col eagues, but the vice-consul is remaining in charge of the archives.

Nr. 14530. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Die vier Großmächte müssen in Wien und Petersburg Vorstellungen erheben.

Foreign Office, July 25, 1914.

(Telegraphic.) || You spoke quite rightly in very difficult circumstances as to the attitude of His Majesty's Government. I entirely approve what you said, as reported in your telegram of yesterday, and I cannot promise more on behalf of the Government. || I do not consider that public opinion here would or ought to sanction our going to war over a Servian quarrel. If, however, war does take place, the development of other issues may draw us into it, and I am therefore anxious to prevent it. || The sudden, brusque, and peremptory character of the Austrian *démarche* makes it almost inevitable that in a very short time both Russia and Austria will have mobi-

lised against each other. In this event, the only chance of peace, in my opinion, is for the other four Powers to join in asking the Austrian and Russian Governments not to cross the frontier, and to give time for the four Powers acting at Vienna and St. Petersburgh to try and arrange matters. If Germany will adopt this view, I feel strongly that France and ourselves should act upon it. Italy would no doubt gladly co-operate. || No diplomatic intervention or mediation would be tolerated by either Russia or Austria unless it was clearly impartial and included the allies or friends of both. The co-operation of Germany would, therefore, be essential.

Nr. 14531. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Berlin. Der deutsche Botschafter ist für eine Vermittlung in Wien.

Foreign Office, July 25, 1914.

(Telegraphic.) || The Austrian Ambassador has been authorised to inform me that the Austrian method of procedure on expiry of the time limit would be to break off diplomatic relations and commence military preparations, but not military operations. In informing the German Ambassador of this, I said that it interposed a stage of mobilisation before the frontier was actually crossed, which I had urged yesterday should be delayed. || Apparently we should now soon be face to face with the mobilisation of Austria and Russia. The only chance of peace, if this did happen, would be for Germany, France, Russia, and ourselves to keep together, and to join in asking Austria and Russia not to cross the frontier till we had had time to try and arrange matters between them. || The German Ambassador read me a telegram from the German Foreign Office saying that his Government had not known beforehand, and had had no more than other Powers to do with the stiff terms of the Austrian note to Servia, but once she had launched that note, Austria could not draw back. Prince Lichnowsky said, however, that if what I contemplated was mediation between Austria and Russia, Austria might be able with dignity to accept it. He expressed himself as personally favourable to this suggestion. || I concurred in his observation, and said that I felt I had no title to intervene between Austria and Servia, but as soon as the question became one as between Austria and Russia, the peace of Europe was affected, in which we must all take a hand. || I impressed upon the Ambassador that, in the event of Russian and Austrian mobilisation, the participation of Germany would be essential to any diplomatic action for peace. Alone we could do nothing. The French Government were travelling at the moment, and I had had no time to consult them, and could not therefore be sure of their views, but

I was prepared, if the German Government agreed with my suggestion, to tell the French Government that I thought it the right thing to act upon it.

Nr. 14532. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Wien. Soll die russischen Schritte unterstützen.

Foreign Office, July 25, 1914.

(Telegraphic.) || The Russian Ambassador has communicated to me the following telegram which his Government have sent to the Russian Ambassador at Vienna, with instructions to communicate it to the Austrian Minister for Foreign Affairs: || „The delay given to Servia for a reply is so limited that the Powers are prevented from taking any steps to avert the complications which are threatening. The Russian Government trust that the Austrian Government will prolong the time limit, and as the latter have declared their willingness to inform the Powers of the data on which they have based their demands on Servia the Russian Government hope that these particulars will be furnished in order that the Powers may examine the matter. If they found that some of the Austrian requests were well founded, they would be in a position to advise the Servian Government accordingly. If the Austrian Government were indisposed to prolong the time limit, not only would they be acting against international ethics, but they would deprive their communication to the Powers of any practical meaning.“ || You may support in general terms the step taken by your Russian colleague. || Since the telegram to the Russian Ambassador at Vienna was sent, it has been a relief to hear that the steps which the Austrian Government were taking were to be limited for the moment to the rupture of relations and to military preparations, and not operations. I trust, therefore, that if the Austro-Hungarian Government consider it too late to prolong the time limit, they will at any rate give time in the sense and for the reasons desired by Russia before taking any irretrievable steps.

Nr. 14533. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, Berlin, Petersburg. Hofft auf deutschen Einfluß in Wien.

Foreign Office, July 25, 1914.

(Telegraphic.) || I have communicated to German Ambassador the forecast of the Servian reply contained in Mr. Crackanthorpe's telegram of to-day. I have said that, if Servian reply, when received at Vienna, corresponds to this forecast, I hope the German Government will feel able to influence the Austrian Government to take a favourable view of it.

Nr. 14534. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Rom. Unterredung mit dem italienischen Botschafter.

Foreign Office, July 25, 1914.

Sir, || The Italian Ambassador came to see me to-day. I told him in general terms what I had said to the German Ambassador this morning. || The Italian Ambassador cordially approved of this. He made no secret of the fact that Italy was most desirous to see war avoided.

I am, &c.,
E. Grey.

Nr. 14535. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Belgrad. Serbien will seine politischen Ideale nicht preisgeben.

Foreign Office, July 25, 1914.

Sir, || The Servian Minister called on the 23rd instant and spoke to Sir A. Nicolson on the present strained relations between Servia and Austria-Hungary. || He said that his Government were most anxious and disquieted. They were perfectly ready to meet any reasonable demands of Austria-Hungary so long as such demands were kept on the „terrain juridique". If the results of the enquiry at Serajevo — an enquiry conducted with so much mystery and secrecy — disclosed the fact that there were any individuals conspiring or organising plots on Servian territory, the Servian Government would be quite ready to take the necessary steps to give satisfaction; but if Austria transported the question on to the political ground, and said that Servian policy, being inconvenient to her, must undergo a radical change, and that Servia must abandon certain political ideals, no independent State would, or could, submit to such dictation. || He mentioned that both the assassins of the Archduke were Austrian subjects — Bosniaks; that one of them had been in Servia, and that the Servian authorities, considering him suspect and dangerous, had desired to expel him, but on applying to the Austrian authorities found that the latter protected him, and said that he was an innocent and harmless individual. || Sir A. Nicolson, on being asked by M. Boschkovitch his opinion on the whole question, observed that there were no data on which to base one, though it was to be hoped that the Servian Government would endeavour to meet the Austrian demands in a conciliatory and moderate spirit.

I am, &c.,
E. Grey.

Nr. 14536. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Krieg bevorstehend.

Vienna, July 25, 1914 (*July* 26)

(Telegraphic.) || Servian reply to the Austro-Hungarian demands is not considered satisfactory, and the Austro-Hungarian Minister has left Belgrade. War is thought to be imminent.

Nr. 14537. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Der deutsche Botschafter in Wien rechnet auf Rußlands Neutralität.

Vienna, July 26, 1914 (*July* 26).

(Telegraphic.) || According to confident belief of German Ambassador, Russia will keep quiet during chastisement of Servia, which Austria-Hungary is resolved to inflict, having received assurances that no Servian territory will be annexed by Austria-Hungary. In reply to my question whether Russian Government might not be compelled by public opinion to intervene on behalf of kindred nationality, he said that everything depended on the personality of the Russian Minister for Foreign Affairs, who could resist easily, if he chose, the pressure of a few newspapers. He pointed out that the days of Pan-Slav agitation in Russia were over and that Moscow was perfectly quiet. The Russian Minister for Foreign Affairs would not, his Excellency thought, be so imprudent as to take a step which would probably result in many frontier questions in which Russia is interested, such as Swedish, Polish, Ruthene, Roumanian, and Persian questions being brought into the melting-pot. France, too, was not at all in a condition for facing a war. || I replied that matters had, I thought, been made a little difficult for other Powers by the tone of Austro-Hungarian Government's ultimatum to Servia. One naturally sympathised with many of the requirements of the ultimatum, if only the manner of expressing them had been more temperate. It was, however, impossible, according to the German Ambassador, to speak effectively in any other way to Servia. Servia was about to receive a lesson which she required; the quarrel, however, ough not to be extended in any way to foreign countries. He doubted Russia, who had no right to assume a protectorate over Servia, acting as if she made any such claim. As for Germany, she knew very well what she was about in backing up Austria-Hungary in this matter. || The German Ambassador had heard of a letter addressed by you yesterday to the German Ambassador in London in which you expressed the hope that the Servian concessions would be regarded as satisfactory. He asked whether I had

been informed that a pretence of giving way at the last moment had been made by the Servian Government. I had, I said, heard that on practically every point Servia had been willing to give in. His Excellency replied that Servian concessions were all a sham. Servia proved that she well knew that they were insufficient to satisfy the legitimate demands of Austria-Hungary by the fact that before making her offer she had ordered mobilisation and retirement of Government from Belgrade.

Nr. 14538. **GROSZBRITANNIEN.** Die Botschaft in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Rückkehr des Kaisers.

Berlin, July 26, 1914 (*July* 26).

(Telegraphic.) || Emperor returns suddenly to-night, and Under-Secretary of State says that Foreign Office regret this step, which was taken on His Majesty's own initiative. They fear that His Majesty's sudden return may cause speculation and excitement. Under-Secretary of State likewise told me that German Ambassador at St. Petersburgh had reported that, in conversation with Russian Minister for Foreign Affairs, latter had said that if Austria annexed bits of Servian territory Russia would not remain indifferent. Under-Secretary of State drew conclusion that Russia would not act if Austria did not annex territory.

Nr. 14539. **GROSZBRITANNIEN.** Dieselbe an denselben. Über die Intervention in Wien.

Berlin, July 26, 1914 (*July* 26).

(Telegraphic.) || Under-Secretary of State has just telephoned to me to say that German Ambassador at Vienna has been instructed to pass on to Austro-Hungarian Government your hopes that they may take a favourable view of Servian reply if it corresponds to the forecast contained in Belgrade telegram of 25th July. || Under-Secretary of State considers very fact of their making this communication to Austro-Hungarian Government implies that they associate themselves to a certain extent with your hope. German Government do not see their way to going beyond this.

Nr. 14540. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Italien ist einverstanden mit der Konferenz.

Rome, July 26, 1914 (*July* 26).

(Telegraphic.) || Minister for Foreign Affairs welcomes your proposal for a conference, and will instruct Italian Ambassador to-night accordingly. ||

Austrian Ambassador has informed Italian Government this evening that Minister in Belgrade had been recalled, but that this did not imply declaration of war.

Nr. 14541. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, Berlin, Rom. Schlägt eine Konferenz in London vor.

Foreign Office, July 26, 1914.

(Telegraphic.) || Would Minister for Foreign Affairs be disposed to instruct Ambassador here to join with representatives of France, Italy, and Germany, and myself to meet here in conference immediately for the purpose of discovering an issue which would prevent complications? You should ask Minister for Foreign Affairs whether he would do this. If so, when bringing the above suggestion to the notice of the Governments to which they are accredited, representatives at Belgrade, Vienna, and St. Petersburgh should be authorised to request that all active military operations should be suspended pending results of conference.

Nr. 14542. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Wird Frankreich einer Aktion der vier Mächte zustimmen?

Foreign Office, July 26, 1914.

(Telegraphic.) || Berlin telegram of 25th July. || It is important to know if France will agree to suggested action by the four Powers if necessary.

Nr. 14543. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Ansicht der italienischen Regierung.

Rom, July 23, 1914 (*July* 27).

Sir, || I gather that the Italian Government have been made cognisant of the terms of the communication which will be addressed to Servia. Secretary-General, whom I saw this morning at the Italian Foreign Office, took the view that the gravity of the situation lay in the conviction of the Austro-Hungarian Government that it was absolutely necessary for their prestige, after the many disillusions which the turn of events in the Balkans has occasioned, to score a definite success.

I have, &c.

Rennell Rodd.

Nr. 14544. SERBIEN. Antwort auf das österreichisch-ungarische Ultimatum.

Belgrad, 12./25. Juli 1914.

Le Gouvernement Royal serbe a reçu la communication du Gouvernement Impérial et Royal du 10 de ce mois et il est persuadé que sa réponse éloignera tout malentendu qui menace de gâter les bons rapports de voisinage entre la Monarchie austro-hongroise et le Royaume de Serbie. || Le Gouvernement Royal conscient que les protestations qui ont apparu tant de la tribune de la Skoupchtina nationale que dans les déclarations et le actes des représentants responsables de l'État, protestations qui furent coupées court par les déclarations du Gouvernement serbe, faites le 18 mars, 1909, ne se sont plus renouvelées vis-à-vis de la grande Monarchie voisine en aucune occasion et que, depuis ce temps, autant de la part des Gouvernements Royaux qui se sont succédés que de la part de leurs organes, aucune tentative n'a été faite dans le but de changer l'état de choses politique et juridique créé en Bosnie et Herzégovine, le Gouvernement Royal constate que sous ce rapport le Gouvernement Impérial et Royal n'a fait aucune représentation, sauf en ce qui concerne un livre scolaire, et au sujet de laquelle le Gouvernement Impérial et Royal a reçu une explication entièrement satisfaisante. La Serbie a de nombreuses fois donné des preuves de sa politique pacifique et modérée pendant la durée de la crise balkanique, et c'est grâce à la Serbie et au sacrifice qu'elle a fait dans l'intérêt exclusif de la paix européenne que cette paix a été préservée. Le Gouvernement Royal ne peut pas être rendu responsable pour les manifestations d'un caractère privé, telles que les articles des journaux et le travail paisible des sociétés, manifestations qui se produisent dans presque tous les pays comme une chose ordinaire et qui échappent, en règle générale, au contrôle officiel, d'autant moins que le Gouvernement Royal, lors de la solution de toute une série de questions qui se sont présentées entre la Serbie et l'Autriche-Hongrie, a montré une grande prévenance et a réussi, de cette façon, à en régler le plus grand nombre au profit du progrès des deux pays voisins. || C'est pourquoi le Gouvernement Royal a été péniblement surpris par les affirmations, d'après lesquelles des personnes du Royaume de Serbie auraient participé à la préparation de l'attentat commis à Sarajevo; il s'attendait à ce qu'il soit invité à collaborer à la recherche de tout ce qui se rapporte à ce crime, et il était prêt, pour prouver son entière correction, à agir contre toutes les personnes à l'égard desquelles des communications lui seraient faites, se rendant donc au désir du Gouvernement Impérial et Royal, est disposé à remettre au Tribunal tout sujet serbe, sans égard à sa situation et à son rang, pour la complicité duquel, dans le crime de Sarajevo,

des preuves lui seraient fournies, et spécialement, il s'engage à faire publier à la première page du „Journal officiel“ en date du 13 (26) juillet, l'énonciation suivante:

„Le Gouvernement Royal de Serbie condamne toute propagande qui serait dirigée contre l'Autriche-Hongrie, c'est-à-dire l'ensemble des tendances qui aspirent en dernier lieu à détacher de la Monarchie austro-hongroise des territories qui en font partie, et il déplore sincèrement les conséquences funestes de ces agissements criminels. Le Gouvernement Royal regrette que certains officiers en fonctionnaires serbes aient participé, d'après la communication du Gouvernement Royal et Impérial, à la propagande susmentionnée, et compromis par là les relations de bon voisinage auxquelles le Gouvernement Royal serbe était solennellement engagé par sa déclaration du 31 mars, 1909, qui désapprouve et répudie toute idée ou tentative d'une immixtion dans les destinées des habitants de quelque partie de l'Autriche-Hongrie que ce soit, considère de son devoir d'avertir formellement les officiers et fonctionnaires et toute la population du royaume que, dorénavant il procédera avec la dernière rigueur contre les personnes qui se rendraient coupables de pareils agissements, qu'il mettra tous ses efforts à prévenir et à réprimer.“

Cette énonciation sera portée à la connaissance de l'armée Royale par un ordre du jour, au nom de Sa Majesté le Roi, par Son Altesse Royale le Prince héritier Alexandre, et sera publié dans le prochain bulletin officiel de l'armée.|| Le Gouvernement Royal s'engage en outre:|| 1. D'introduire dans la première convocation régulière de la Skoupchtina une disposition dans la loi de la presse, par laquelle sera punie de la manière la plus sévère la provocation à la haine et au mépris de la Monarchie austro-hongroise, áinsi que contre toute publication dont la tendance générale serait dirigée contre l'intégrité territoriale de l'Autriche-Hongrie. Il se charge, lors de la revision de la Constitution, qui est prochaine, à faire introduire dans l'article 22 de la Constitution un amendement de telle sorte que les publications ci-dessus puissent être confisquées, ce qui actuellement aux termes catégoriques de l'article 22 de la Constitution est impossible.|| 2. Le Gouvernement ne possède aucune preuve et la note du Gouvernement Impérial et Royal ne lui en fournit non plus aucune que la société „Narodna Odbrana“ et autres sociétés similaires aient commis, jusqu'à ce jour quelques actes criminels de ce genre, par le fait d'un de leurs membres. Néanmoins, le Gouvernement Royal acceptera la demande du Gouvernement Impérial et Royal et dissoudra la société „Narodna Odbrana“ et toute autre société qui agirait contre l'Autriche-Hongrie.|| 3. Le Gouvernement Royal serbe s'engage à éliminer sans délais de l'instruction publique en Serbie tout ce qui sert ou

pourrait servir à fomenter la propagande contre l'Autriche-Hongrie, quand le Gouvernement Impérial et Royal lui fournira des faits et des preuves de cette propagande. || 4. Le Gouvernement Royal accepte de même à éloigner du service militaire ceux pour qui l'enquête judiciaire aura prouvé qu'ils sont coupables d'actes dirigés contre l'intégrité du territoire de la Monarchie austro-hongroise, et il attend que le Gouvernement Impérial et Royal lui communique ultérieurement les noms et les faits de ces officiers et fonctionnaires aux fins de la procédure qui doit s'ensuivre. || 5. Le Gouvernement Royal doit avouer qu'il ne se rend pas clairement compte du sens et de la portée de la demande du Gouvernement Impérial et Royal que la Serbie s'engage à accepter sur son territoire la collaboration des organes du Gouvernement Impérial et Royal, mais il déclare qu'il admettra la collaboration qui répondrait aux principes du droit international et à la procédure criminelle ainsi qu'aux bons rapports de voisinage. || 6. Le Gouvernement Royal, cela va de soi, considère de son devoir d'ouvrir une enquête contre tous ceux qui sont ou qui, éventuellement, auraient été mêlés au complot du 15 juin, et qui se trouveraient sur le territoire du royaume. Quant à la participation à cette enquête des agents ou autorités austro-hongrois qui seraient délégués à cet effet par le Gouvernement Impérial et Royal, le Gouvernement Royal ne peut pas l'accepter, car ce serait une violation de la Constitution et de la loi sur la procédure criminelle; cependant dans des cas concrets des communications sur les résultats de l'instruction en question pourraient être données aux agents austro-hongrois. || 7. Le Gouvernement Royal a fait procéder, dès le soir même de la remise de la note, à l'arrestation du Commandant Voïslav Tankossitch. Quant à Milan Ziganovitch, qui est sujet de la Monarchie austro-hongroise et qui jusqu'au 15 juin était employé (comme aspirant) à la direction des chemins de fer, il n'a pas pu encore être arrêté. || Le Gouvernement austro-hongrois est prié de vouloir bien, dans la forme accoutumée, faire connaître le plus tôt possible, les présomptions de culpabilité ainsi que les preuves éventuelles de leur culpabilité qui ont été recueillies jusqu'à ce jour par l'enquête à Sarajevo aux fins d'enquête ultérieure. || 8. Le Gouvernement serbe renforcera et étendra les mesures prises pour empêcher le trafic illicite d'armes et d'explosifs à travers la frontière. Il va de soi qu'il ordonnera de suite une enquête et punira sévèrement les fonctionnaires des frontières sur la ligne Schabatz-Loznitza qui ont manqué à leurs devoirs et laissé passer les auteurs du crime de Sarajevo. || 9. Le Gouvernement Royal donnera volontiers des explications sur les propos que ses fonctionnaires, tant en Serbie qu'à l'étranger, ont eu après l'attentat dans des entrevues et qui, d'après l'affirmation du Gouvernement Impérial et Royal, ont été hostiles envers la Monarchie, dès que

le Gouvernement Impérial et Royal lui aura communiqué les passages en question de ces propos, et dès qu'il aura démontré que les propos employés ont, en effet, été tenus par lesdits fonctionnaires, quoique le Gouvernement Royal lui-même aura soin de recueillir des preuves et convictions. || 10. Le Gouvernement Royal informera le Gouvernement Impérial et Royal de l'exécution des mesures comprises dans les points précédents en tant que cela n'a pas été déjà fait par la présente note, aussitôt que chaque mesure aura été ordonnée et exécutée. || Dans le cas où le Gouvernement Impérial et Royal ne serait pas satisfait de cette réponse, le Gouvernement serbe, considérant qu'il est de l'intérêt commun de ne pas précipiter la solution de cette question est prêt comme toujours d'accepter une entente pacifique, soit en remettant cette question à la décision du Tribunal international de La Haye, soit aux Grandes Puissances qui ont pris part à l'élaboration de la déclaration que le Gouvernement serbe a faite le 18 (31) mars, 1909.

Belgrade, le 12 (25) *juillet*, 1914.

Nr. 14545. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Rußland wird bei einem Angriff auf Serbien nicht neutral bleiben. *Vienna, July* 26, 1914 (*July* 27).

(Telegraphic.) || Russian Ambassador just returned from leave thinks that Austro-Hungarian Government are determined on war, and that it is impossible for Russia to remain indifferent. He does not propose to press for more time in the sense of your telegram of the 25th instant (last paragraph). || When the repetition of your telegram of the 26th instant to Paris arrived, I had the French and Russian Ambassadors both with me. They expressed great satisfaction with its contents, which I communicated to them. They doubted, however, whether the principle of Russia being an interested party entitled to have a say in the settlement of a purely Austro-Servian dispute would be accepted by either the Austro-Hungarian or the German Government. || Instructions were also given to the Italian Ambassador to support the request of the Russian Government that the time limit should be postponed. They arrived, however, too late for any useful action to be taken.

Nr. 14546. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Österreich-Ungarn ist zum Krieg gegen Serbien entschlossen. *Vienna, July* 27, 1914 (*July* 27).

(Telegraphic.) || I have had conversations with all my colleagues representing the Great Powers. The impression left on my mind is that the

Austro-Hungarian note was so drawn up as to make war inevitable; that the Austro-Hungarian Government are fully resolved to have war with Servia; that they consider their position as a Great Power to be at stake; and that until punishment has been administered to Servia it is unlikely that they will listen to proposals of mediation. This country has gone wild with joy at the prospect of war with Servia, and its postponement or prevention would undoubtedly be a great disappointment. || I propose, subject to any special directions you desire to send me, to express to the Austrian Minister for Foreign Affairs the hope of His Majesty's Government that it may yet be possible to avoid war, and to ask his Excellency whether he cannot suggest a way out even now.

Nr. 14547. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Frankreich stimmt der Konferenz zu.

Paris, July 27, 1914 (*July* 27).

(Telegraphic.) || Your proposal, as stated in your two telegrams of yesterday, is accepted by the French Government. French Ambassador in London, who returns there this evening, has been instructed accordingly. Instructions have been sent to the French Ambassador at Berlin to concert with his British colleague as to the advisability of their speaking jointly to the German Government. Necessary instructions have also been sent to the French representatives at Belgrade, Vienna, and St. Petersburgh, but until it is known that the Germans have spoken at Vienna with some success, it would, in the opinion of the Ministry of Foreign Affairs, be dangerous for the French, Russian, and British Ambassadors to do so.

Nr. 14548. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland lehnt eine Konferenz ab.

Berlin, July 27, 1914 (*July* 27).

(Telegraphic.) || Your telegram of 26th July. || Secretary of State says that conference you suggest would practically amount to a court of arbitration and could not, in his opinion, be called together except at the request of Austria and Russia. He could not therefore fall in with your suggestion, desirous though he was to co-operate for the maintenance of peace. I said I was sure that your idea had nothing to do with arbitration, but meant that representatives of the four nations not directly interested should discuss and suggest means for avoiding a dangerous situation. He maintained, however,

that such a conference as you proposed was not practicable. He added that news he had just received from St. Petersburgh showed that there was an intention on the part of M. de Sazonof to exchange views with Count Berchtold. He thought that this method of procedure might lead to a satisfactory result, and that it would be best, before doing anything else, to await outcome of the exchange of views between the Austrian and Russian Governments. || In the course of a short conversation Secretary of State said that as yet Austria was only partially mobilising, but that if Russia mobilised against Germany latter would have to follow suit. I asked him what he meant by „mobilising against Germany". He said that if Russia only mobilised in south, Germany would not mobilise, but if she mobilised in north, Germany would have to do so too, and Russian system of mobilisation was so complicated that it might be difficult exactly to locate her mobilisation. Germany would therefore have to be very careful not to be taken by surprise. || Finally, Secretary of State said that news from St. Petersburgh had caused him to take more hopeful view of the general situation.

Nr. 14549. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Russische Hoffnung auf England. Mobilisationsfrage.

St. Petersburgh, July 27, 1914 (*July* 27).

(Telegraphic). || Austrian Ambassador tried, in a long conversation which he had yesterday with the Minister for Foreign Affairs, to explain away objectionable features of the recent action taken by the Austro-Hungarian Government. Minister for Foreign Affairs pointed out that, although he perfectly understood Austria's motives, the ultimatum had been so drafted that it could not possibly be accepted as a whole by the Servian Government. Although the demands were reasonable enough in some cases, others not only could not possibly be put into immediate execution seeing that they entailed revision of existing Servian laws, but were, moreover, incompatible with Servia's dignity as an independent State. It would be useless for Russia to offer her good offices at Belgrade, in view of the fact that she was the object of such suspicion in Austria. In order, however, to put an end to the present tension, he thought that England and Italy might be willing to collaborate with Austria. The Austrian Ambassador undertook to communicate his Excellency's remarks to his Government. || On the Minister for Foreign Affairs questioning me, I told him that I had correctly defined the attitude of His Majesty's Government in my conversation with him, which I reported in my telegram of the 24th instant. I added that you

could not promise to do anything more, and that his Excellency was mistaken if he believed that the cause of peace could be promoted by our telling the German Government that they would have to deal with us as well as with Russia and France if they supported Austria by force of arms. Their attitude would merely be stiffened by such a menace, and we could only induce her to use her influence at Vienna to avert war by approaching her in the capacity of a friend who was anxious to preserve peace. His Excellency must not, if our efforts were to be successful, do anything to precipitate a conflict. In these circumstances I trusted that the Russian Government would defer mobilisation ukase for as long as possible, and that troops would not be allowed to cross the frontier even when it was issued. || In reply the Minister for Foreign Affairs told me that until the issue of the Imperial ukase no effective steps towards mobilisation could be taken, and the Austro-Hungarian Government would profit by delay in order to complete her military preparations if it was defered too long.

Nr. 14550. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Direkte Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg.

St. Petersburgh, July 27, 1914 (*July* 27).

(Telegraphic.) || Since my conversation with the Minister for Foreign Affairs, as reported in my telegram of to-day, I understand that his Excellency has proposed that the modifications to be introduced into Austrian demands should be the subject of direct conversation between Vienna and St. Petersburgh.

Nr. 14551. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Deutsche Vorstellungen in Wien. Konferenzfrage.

Foreign Office, July 27, 1914.

(Telegraphic.) || German Ambassador has informed me that German Government accept in principle mediation between Austria and Russia by the four Powers, reserving, of course, their right as an ally to help Austria if attacked. He has also been instructed to request me to use influence in St. Petersburgh to localise the war and to keep up the peace of Europe. || I have replied that the Servian reply went farther than could have been expected to meet the Austrian demands. German Secretary of State has himself said that there were some things in the Austrian note that Servia could hardly be expected to accept. I assumed that Servian reply could not have gone as far as it did unless Russia had exercised conciliatory influence at Belgrade, and it was really at Vienna that moderating influence was now

required. If Austria put the Servian reply aside as being worth nothing and marched into Servia, it meant that she was determined to crush Servia at all costs, being reckless of the consequences that might be involved. Servian reply should at least be treated as a basis for discussion and pause. I said German Government should urge this at Vienna. || I recalled what German Government had said as to the gravity of the situation if the war could not be localised, and observed that if Germany assisted Austria against Russia it would be because, without any reference to the merits of the dispute, Germany could not afford to see Austria crushed. Just so other issues might be raised that would supersede the dispute between Austria and Servia, and would bring other Powers in, and the war would be the biggest ever known; but as long as Germany would work to keep the peace I would keep closely in touch. I repeated that after the Servian reply it was at Vienna that some moderation must be urged.

Nr. 14552. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Britische Teilnahme am Kriege.

Foreign Office, July 27, 1914.

(Telegraphic.) || See my telegram of to-day to Sir E. Goschen. || I have been told by the Russian Ambassador that in German and Austrian circles impression prevails that in any event we would stand aside. His Excellency deplored the effect that such an impression must produce. || This impression ought, as I have pointed out, to be dispelled by the orders we have given to the First Fleet, which is concentrated, as it happens, at Portland, not to disperse for manœuvre leave. But I explained to the Russian Ambassador that my reference to it must not be taken to mean that anything more than diplomatic action was promised. || We hear from German and Austrian sources that they believe Russia will take no action so long as Austria agrees not to take Servian territory. I pointed this out, and added that it would be absurd if we were to appear more Servian than the Russians in our dealings with the German and Austrian Governments.

Nr. 14553. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Wien. Hat den österreichisch-ungarischen Botschafter gewarnt. Die englische Flotte bleibt beisammen.

Foreign Office, July 27, 1914.

Sir, || Count Mensdorff told me by instruction to-day that the Servian Government had not accepted the demands which the Austrian Govern-

ment were obliged to address to them in order to secure permanently the most vital Austrian interests. Servia showed that she did not intend to abandon her subversive aims, tending towards continuous disorder in the Austrian frontier territories and their final disruption from the Austrian Monarchy. Very reluctantly, and against their wish, the Austrian Government were compelled to take more severe measures to enforce a fundamental change in the attitude of enmity pursued up to now by Servia. As the British Government knew, the Austrian Government had for many years endeavoured to find a way to get on with their turbulent neighbour, though this had been made very difficult for them by the continuous provocations of Servia. The Serajevo murder had made clear to everyone what appalling consequences the Servian propaganda had already produced and what a permanent threat to Austria it involved. We would understand that the Austrian Government must consider that the moment had arrived to obtain, by means of the strongest pressure, guarantees for the definite suppression of the Servian aspirations and for the security of peace and order on the south-eastern frontier of Austria. As the peaceable means to this effect were exhausted, the Austrian Government must at last appeal to force. They had not taken this decision without reluctance. Their action, which had no sort of aggressive tendency, could not be represented otherwise than as an act of self-defence. Also they thought that they would serve a European interest if they prevented Servia from being henceforth an element of general unrest such as she had been for the last ten years. The high sense of justice of the British nation and of British statesmen could not blame the Austrian Government if the latter defended by the sword what was theirs, and cleared up their position with a country whose hostile policy had forced upon them for years measures so costly as to have gravely injured Austrian national prosperity. Finally, the Austrian Government, confiding in their amicable relations with us, felt that they could count on our sympathy in a fight that was forced on them, and on our assistance in localising the fight, if necessary. || Count Mensdorff added on his own account that, as long as Servia was confronted with Turkey, Austria never took very severe measures because of her adherence to the policy of the free development of the Balkan States. Now that Servia had doubled her territory and population without any Austrian interference, the repression of Servian subversive aims was a matter of self-defence and self-preservation on Austria's part. He reiterated that Austria had no intention of taking Servian territory or aggressive designs against Servian territory. || I said that I could not understand the construction put by the Austrian Government upon the Servian reply, and I told Count Mensdorff the substance of the

conversation that I had had with the German Ambassador this morning about that reply. || Count Mensdorff admitted that, on paper, the Servian reply might seem to be satisfactory; but the Servians had refused the one thing — the co-operation of Austrian officials and police — which would be a real guarantee that in practice the Servians would not carry on their subversive campaign against Austria. || I said that it seemed to me as if the Austrian Government believed that, even after the Servian reply, they could make war upon Servia anyhow, without risk of bringing Russia into the dispute. If they could make war on Servia and at the same time satisfy Russia, well and good; but, if not, the consequences would be incalculable. I pointed out to him that I quoted this phrase from an expression of the views of the German Government. I feared that it would be expected in St. Petersburgh that the Servian reply would diminish the tension, and now, when Russia found that there was increased tension, the situation would become increasingly serious. Already the effect on Europe was one of anxiety. I pointed out that our fleet was to have dispersed to-day, but we had felt unable to let it disperse. We should not think of calling up reserves at this moment, and there was no menace in what we had done about our fleet; but, owing to the possibility of a European conflagration, it was impossible for us to disperse our forces at this moment. I gave this as an illustration of the anxiety that was felt. It seemed to me that the Servian reply already involved the greatest humiliation to Servia that I had ever seen a country undergo, and it was very disappointing to me that the reply was treated by the Austrian Government as if it were as unsatisfactory as a blank negative. I am, &c.

E. Grey.

Nr. 14554. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Rom. Italien ist für die Londoner Konferenz.

Foreign Office, July 27, 1914.

Sir, || The Italian Ambassador informed Sir A. Nicolson to-day that the Italian Minister for Foreign Affairs agreed entirely with my proposal for a conference of four to be held in London. || As regards the question of asking Russia, Austria-Hungary, and Servia to suspend military operations pending the result of the conference, the Marquis di San Giuliano would recommend the suggestion warmly to the German Government, and would enquire what procedure they would propose should be followed at Vienna.

I am, &c.,

E. Grey.

Nr. 14555. ÖSTERREICH-UNGARN. Kriegserklärung an Serbien.

Wien, 28. *Juli* 1914.

Pour mettre fin aux menées subversives partant de Belgrade et dirigées contre l'intégrité territoriale de la Monarchie austro-hongroise, le Gouvernement Impérial et Royal a fait parvenir à la date du 23 juillet, 1914, au Gouvernement Royal de Serbie une note dans laquelle se trouvait formulée une série de demandes pour l'acceptation desquelles un délai de quarante-huit heures a été accordé au Gouvernement Royal. Le Gouvernement Royal de Serbie n'ayant pas répondu à cette note d'une manière satisfaisante, le Gouvernement Impérial et Royal se trouve dans la nécessité de pourvoir lui-même à la sauvegarde de ses droits et interêts et de recourir à cet effet à la force des armes. || L'Autriche-Hongrie, qui vient d'adresser à la Serbie une déclaration formelle conformément à l'article 1er de la convention du 18 octobre, 1907, relative à l'ouverture des hostilités, se considère dès lors en état de guerre avec la Serbie. || En portant ce qui précède à la connaissance de l'Ambassade Royale de Grande-Bretagne le Ministère des Affaires Étrangères a l'honneur de déclarer que l'Autriche-Hongrie se conformera au cours des hostilités, sous la réserve d'un procédé analogue de la part de la Serbie, aux stipulations des conventions de La Haye du 18 octobre, 1907, ainsi qu'à celles de la Déclaration de Londres du 26 février, 1909. || L'Ambassade est priée de vouloir bien communiquer, d'urgence la présente notification à son Gouvernement.

Nr. 14556. FRANKREICH. Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. Stimmt der Londoner Konferenz zu.

Par une note en date du 25 de ce mois, son Excellence l'Ambassadeur d'Angleterre a fait connaître au Gouvernement de la République que, d'après Sir Edward Grey, la seule manière d'assurer, si c'était possible, le maintien de la paix dans le cas où les rapports entre la Russie et l'Autriche deviendraient plus tendus serait une démarche commune à Vienne et à Saint-Pétersbourg des représentants de l'Angleterre, de la France, de l'Allemagne et de l'Italie en Autriche et en Russie; et il a exprimé le désir de savoir si le Gouvernement de la République était disposé à accueillir favorablement cette suggestion. || Le Ministre des Affaires Étrangères par intérim a l'honneur de faire connaître à son Excellence Sir Francis Bertie qu'il a invité M. Jules Cambon à se concerter avec l'Ambassadeur d'Angleterre en Allemagne et à appuyer la démarche qu'ils jugeront opportune de faire auprès du Cabinet de Berlin. || Le Gouvernement de la République a,

d'autre part, conformément au désir exprimé par le Gouvernement britannique et que son Excellence Sir Francis Bertie lui a transmis par une note en date du 26 de ce mois, autorisé M. Paul Cambon à prendre part à la réunion proposée par Sir Edward Grey pour rechercher avec lui et les Ambassadeurs d'Allemagne et d'Italie à Londres, les moyens de résoudre les difficultés actuelles.|| Le Gouvernement de la République est prêt également à donner aux agents français à Pétersbourg, à Vienne et à Belgrade des instructions pour qu'ils obtiennent des Gouvernements russe, autrichien et serbe de s'abstenir de toute opération militaire active en attendant les résultats de cette conférence. Il estime toutefois que les chances de succès de la proposition de Sir Edward Grey reposent essentiellement sur l'action que Berlin serait disposée à Vienne (*sic*). Une démarche auprès du Gouvernement austro-hongrois pour amener la suspension des opérations militaires paraît vouée à l'échec si l'influence de l'Allemagne ne s'est pas exercée au préalable sur le Cabinet de Vienne.|| Le Garde des Sceaux, Président du Conseil et Ministre des Affaires Étrangères par intérim, saisit cette occasion de renouveler, &c. *Paris, le* 27 *juillet*, 1914.

Nr. 14557. **FRANKREICH.** Die Botschaft in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Dasselbe.

Le Gouvernement de la République accepte la proposition de Sir Edward Grey relative à une intervention de la Grande-Bretagne, de la France, de l'Allemagne et de l'Italie en vue d'éviter les opérations militaires actives sur les frontières autrichiennes, russes et serbes; il a autorisé M. P. Cambon à prendre part aux délibérations de la réunion à quatre, qui doit se tenir à Londres.|| L'Ambassadeur de France à Berlin a reçu pour instructions, après s'être concerté avec l'Ambassadeur d'Angleterre à Berlin, d'appuyer la démarche de ce dernier dans la forme et la mesure qui seraient jugées opportunes.|| M. Viviani est prêt à envoyer aux représentants français à Vienne, Saint-Pétersbourg et Belgrade des instructions dans le sens suggéré par le Gouvernement britannique.

Ambassade de France, Londres, le 27 *juillet*, 1914.

Nr. 14558. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Rußland nimmt die Londoner Konferenz an, falls die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn scheitern.

Saint-Pétersbourg, le 14 (27) *juillet*, 1914.

(Télégraphique.)|| L'ambassadeur d'Angleterre est venu s'informer si nous jugeons utile que l'Angleterre prenne l'initiative de convoqu er

Londres une conférence des représentants de l'Angleterre, la France, l'Allemagne et l'Italie, pour étudier une issue à la situation actuelle. || J'ai répondu à l'Ambassadeur que j'ai entamé des pourparlers avec l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie, en conditions que j'espère favorables. Pourtant je n'ai pas encore reçu de réponse à la proposition que j'ai faite d'une revision de la note entre les deux Cabinets. || Si des explications directes avec le Cabinet de Vienne se trouvaient irréalisables, je suis prêt à accepter la proposition anglaise, ou toute autre de nature à résoudre favorablement le conflit. || Je voudrais pourtant écarter dès aujourd'hui un malentendu qui pourrait surgir de la réponse donnée par le Ministre de la Justice français à l'Ambassadeur d'Allemagne, concernant des conseils de modération à donner au Cabinet Impérial.

Nr. 14559. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Vorwurf gegen Deutschland.

Saint-Pétersbourg, le 15 (28) *juillet*, 1914.

(Télégraphique.) || Mes entretiens avec l'Ambassadeur d'Allemagne confirment mon impression que l'Allemagne est plutôt favorable à l'intransigeance de l'Autriche. || Le Cabinet de Berlin, qui aurait pu arrêter tout le développement de la crise, paraît n'exercer aucune action sur son alliée. || L'Ambassadeur trouve insuffisante la réponse de la Serbie. || Cette attitude allemande est tout particulièrement alarmante. || Il me semble que mieux que toute autre Puissance l'Angleterre serait en mesure de tenter encore d'agir à Berlin pour engager le Gouvernement allemand à l'action nécessaire. C'est à Berlin qu'indubitablement se trouve la clef de la situation.

Nr. 14560. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Rußland rät Serbien zu Entgegenkommen unter der Voraussetzung, daß Serbiens Gebiet unversehrt bleibt.

St. Petersburgh, July 27, 1914 (*July* 28).

(Telegraphic.) || With reference to my telegram of yesterday, I saw the Minister for Foreign Affairs this afternoon and found him very conciliatory and more optimistic. || He would, he said, use all his influence at Belgrade to induce the Servian Government to go as far as possible in giving satisfaction to Austria, but her territorial integrity must be guaranteed and her rights as a sovereign State respected, so that she should not become Austria's vassal. He did not know whether Austria would accept friendly exchange

of views which he had proposed, but, if she did, he wished to keep in close contact with the other Powers throughout the conversations that would ensue. || He again referred to the fact that the obligations undertaken by Servia in 1908, alluded to in the Austrian ultimatum, were given to the Powers. || I asked if he had heard of your proposal with regard to conference of the four Powers, and on his replying in the affirmative, I told him confidentially of your instructions to me, and enquired whether instead of such a conference he would prefer a direct exchange of views, which he had proposed. The German Ambassador, to whom I had just spoken, had expressed his personal opinion that a direct exchange of views would be more agreeable to Austria-Hungary. || His Excellency said he was perfectly ready to stand aside if the Powers accepted the proposal for a conference, but he trusted that you would keep in touch with the Russian Ambassador in the event of its taking place.

Nr. 14561. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Der russische Botschafter fordert Verhandlungen in Petersburg.

Vienna, July 27, 1914 (*July* 28).

(Telegraphic.) || The Russian Ambassador had to-day a long and earnest conversation with Baron Macchio, the Under-Secretary of State for Foreign Affairs. He told him that, having just come back from St. Petersburgh, he was well acquainted with the views of the Russian Government and the state of Russian public opinion. He could assure him that if actual war broke out with Servia it would be impossible to localise it, for Russia was not prepared to give way again, as she had done on previous occasions, and especially during the annexation crisis of 1909. He earnestly hoped that something would be done before Servia was actually invaded. Baron Macchio replied that this would now be difficult, as a skirmish had already taken place on the Danube, in which the Servians had been the aggressors. The Russian Ambassador said that he would do all he could to keep the Servians quiet pending any discussions that might yet take place, and he told me that he would advise his Government to induce the Servian Government to avoid any conflict as long as possible, and to fall back before an Austrian advance. Time so gained should suffice to enable a settlement to be reached. He had just heard of a satisfactory conversation which the Russian Minister for Foreign Affairs had yesterday with the Austrian Ambassador at St. Petersburgh. The former had agreed that much of the

Austro-Hungarian note to Servia had been perfectly reasonable, and in fact they had practically reached an understanding as to the guarantees which Servia might reasonably be asked to give to Austria-Hungary for her future good behaviour. The Russian Ambassador urged that the Austrian Ambassador at St. Petersburgh should be furnished with full powers to continue discussion with the Russian Minister for Foreign Affairs, who was very willing to advise Servia to yield all that could be fairly asked of her as an independent Power. Baron Macchio promised to submit this suggestion to the Minister for Foreign Affairs.

Nr. 14562. **GROSZBRITANNIEN**. Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Suspension der Feindseligkeiten während der Konferenz.

Rome, July 27, 1914 (*July* 28).

(Telegraphic.) || Minister for Foreign Affairs greatly doubts whether Germany will be willing to invite Austria to suspend military action pending the conference, but he had hopes that military action may be practically deferred by the fact of the conference meeting at once. As at present informed, he sees no possibility of Austria receding from any point laid down in her note to Servia, but he believes that if Servia will even now accept it Austria will be satisfied, and if she had reason to think that such will be the advice of the Powers, Austria may defer action. Servia may be induced to accept note in its entirety on the advice of the four Powers invited to the conference, and this would enable her to say that she had yielded to Europe and not to Austria-Hungary alone. || Telegrams from Vienna to the press here stating that Austria is favourably impressed with the declarations of the Italian Government have, the Minister for Foreign Affairs assures me, no foundation. He said he has expressed no opinion to Austria with regard to the note. He assured me both before and after communication of the note, and again to-day, that Austrian Government have given him assurances that they demand no territorial sacrifices from Servia.

Nr. 14563. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Hat der französischen Regierung Nr. 14551 mitgeteilt.

Paris, July 28, 1914 (*July* 28).

(Telegraphic.) || I communicated to the Acting Minister for Foreign Affairs this afternoon the substance of your conversation with the German Ambassador, recorded in your telegram to Berlin of the 27th July. || His

Excellency is grateful for the communication. He said that it confirms what he had heard of your attitude, and he feels confident that your observations to the German Ambassador will have a good effect in the interest of peace.

Nr. 14564. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Frankreich billigt die Haltung Englands.

Paris, July 28, 1914 (*July* 28).

(Telegraphic.) || I informed the Acting Minister for Foreign Affairs today of your conversation with the Russian Ambassador, as recorded in your telegram of yesterday to St. Petersburgh. || He is grateful for the communication, and quite appreciates the impossibility for His Majesty's Government to declare themselves „solidaires" with Russia on a question between Austria and Servia, which in its present condition is not one affecting England. He also sees that you cannot take up an attitude at Berlin and Vienna more Servian than that attributed in German and Austrian sources to the Russian Government. || German Ambassador has stated that Austria would respect the integrity of Servia, but when asked whether her independence also would be respected, he gave no assurance.

Nr. 14565. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Ablehnung der Konferenz durch Deutschland.

Berlin, July 28, 1914 (*July* 28).

(Telegraphic.) || Secretary of State spoke yesterday in the same sense as that reported in my telegram of yesterday to my French and Italian colleagues respecting your proposal. I discussed with my two colleagues this morning his reply, and we found that, while refusing the proposed conference, he had said to all of us that nevertheless he desired to work with us for the maintenance of general peace. We therefore deduced that if he is sincere in this wish he can only be objecting to the form of your proposal. Perhaps he himself could be induced to suggest lines on which he would find it possible to work with us.

Nr. 14566. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Österreich-Ungarn lehnt weitere Verhandlungen ab.

Vienna, July 28, 1914 (*July* 28).

(Telegraphic.) || I saw Minister for Foreign Affairs this morning. || His Excellency declared that Austria-Hungary cannot delay warlike procee-

dings against Servia, and would have to decline any suggestion of negotiations on basis of Servian reply.|| Prestige of Dual Monarchy was engaged, and nothing could now prevent conflict.

Nr. 14567. GROSZBRITANNIEN. Derselbe an denselben. Dasselbe. *Vienna, July* 28, 1914 (*July* 28).

(Telegraphic). || I spoke to Minister for Foreign Affairs to-day in the sense of your telegram of 27th July to Berlin. I avoided the word „mediation“, but said that, as mentioned in your speech, which he had just read to me, you had hopes that conversations in London between the four Powers less interested might yet lead to an arrangement which Austro-Hungarian Government would accept as satisfactory and as rendering actual hostilities unnecessary. I added that you had regarded Servian reply as having gone far to meet just demands of Austria-Hungary; that you thought it constituted a fair basis of discussion during which warlike operations might remain in abeyance, and that Austrian Ambassador in Berlin was speaking in this sense. Minister for Foreign Affairs said quietly, but firmly, that no discussion could be accepted on basis of Servian note; that war would be declared to-day, and that well-known pacific character of Emperor, as well as, he might add, his own, might be accepted as a guarantee that war was both just and inevitable. This was a matter that must be settled directly between the two parties immediately concerned. I said that you would hear with regret that hostilities could not now be arrested, as you feared that they might lead to complications threatening the peace of Europe.|| In taking leave of his Excellency, I begged him to believe that, if in the course of present grave crisis our point of view should sometimes differ from his, this would arise, not from want of sympathy with the many just complaints which Austria-Hungary had against Servia, but from the fact that, whereas Austria-Hungary put first her quarrel with Servia, you were anxious in the first instance for peace of Europe. I trusted this larger aspect of the question would appeal with equal force to his Excellency. He said he had it also in mind, but thought that Russia ought not to oppose operations like those impending, which did not aim at territorial aggrandisement, and which could no longer be postponed.

Nr. 14568. GROSZBRITANNIEN. Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Hat Nr. 14 533 mitgeteilt. *Rome, July* 28, 1914 (*July* 28).

(Telegraphic.) || Your telegram of 25th July to Paris. || I have communicated substance to Minister for Foreign Affairs, who immediately telegraphed in precisely similar terms to Berlin and Vienna.

Nr. 14569. GROSZBRITANNIEN. Derselbe an denselben. Serbien ist bereit unter Bedingungen die österreichisch-ungarischen Forderungen zu erfüllen.

Rome, July 28, 1914 (*July* 28).

(Telegraphic.) || At the request of the Minister for Foreign Affairs I submit the following to you: — || In a long conversation this morning Servian Chargé d'Affaires had said he thought that if some explanations were given regarding mode in which Austrian agents would require to intervene under article 5 and article 6, Servia might still accept the whole Austrian note. || As it was not to be anticipated that Austria would give such explanations to Servia, they might be given to Powers engaged in discussions, who might then advise Servia to accept without conditions. || The Austro-Hungarian Government had in the meantime published a long official explanation of grounds on which Servian reply was considered inadequate. Minister for Foreign Affairs considered many points besides explanation — such as slight verbal difference in sentence regarding renunciation of propaganda — quite childish, but there was a passage which might prove useful in facilitaing such a course as was considered practicable by the Servian Chargé d'Affaires. It was stated that co-operation of Austrian agents in Servia was to be only in investigation, not in judicial or administrative measures. Servia was said to have wilfully misinterpreted this. He thought, therefore, that ground might be cleared here. || I only reproduce from memory, as I had not yet received text of Austrian declaration. || Minister impressed upon me, above all, his anxiety for the immediate beginning of discussion. A wide general latitude to accept at once every point or suggestion on which he could be in agreement with ourselves and Germany had been given to Italian Ambassador.

Nr. 14570. GROSZBRITANNIEN. Der Gesandte in Belgrad an den Minister des Auswärtigen. Rạ̈t Serbien zur Mäßigung.

Nish, July 28, 1914 (*July* 28).

(Telegraphic.) || I have urged on the Servian Government the greatest moderation pending efforts being made towards a peaceful solution. || Two Servian steamers fired on and damaged, and two Servian merchant-vessels have been captured by a Hungarian monitor at Orsova.

Nr. 14571. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Konferenz und direkte Verhandlungen.

Foreign Office, July 28, 1914.

(Telegraphic.) || Explanation given in your telegram of the 27th July of what was my idea in proposing a conference is quite right. It would not be an arbitration, but a private and informal discussion to ascertain what suggestion could be made for a settlement. No suggestion would be put forward that had not previously been ascertained to be acceptable to Austria and Russia, with whom the mediating Powers could easily keep in touch through their respective allies. || But as long as there is a prospect of a direct exchange of views between Austria and Russia, I would suspend every other suggestion, as I entirely agree that it is the most preferable method of all. || I understand that the Russian Minister for Foreign Affairs has proposed a friendly exchange of views to the Austrian Government, and, if the latter accepts, it will no doubt relieve the tension and make the situation less critical. || It is very satisfactory to hear from the German Ambassador here that the German Government have taken action at Vienna in the sense of the conversation recorded in my telegram of yesterday to you.

Nr. 14572. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Dasselbe.

Foreign Office, July 28, 1914.

(Telegraphic.) || German Government, having accepted principle of mediation between Austria and Russia by the four Powers, if necessary, I am ready to propose that the German Secretary of State should suggest the lines on which this principle should be applied. I will, however, keep the idea in reserve until we see how the conversations between Austria and Russia progress.

Nr. 14573. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Empfiehlt direkte Verhandlungen.

Foreign Office, July 28, 1914.

(Telegraphic.) || It is most satisfactory that there is a prospect of direct exchange of views between the Russian and Austrian Governments, as reported in your telegram of the 27th July. || I am ready to put forward any practical proposal that would facilitate this, but I am not quite clear as to what the Russian Minister for Foreign Affairs proposes the Ministers at

Belgrade should do. Could he not first mention in an exchange of views with Austria his willingness to co-operate in some such scheme? It might then take more concrete shape.

Nr. 14574. **RUSZLAND.** Telegrams communicated by Count Benckendorff, Russian Ambassador in London. July 29, 1914.

(1.) Telegram from M. Sazonof to Russian Ambassador at Berlin, dated July 28, 1914.

In consequence of the declaration of war by Austria against Servia, the Imperial Government will announce to-morrow (29th) the mobilisation in the military circonscriptions of Odessa, Kieff, Moscow, and Kazan. Please inform German Government, confirming the absence in Russia of any aggressive intention against Germany. || The Russian Ambassador at Vienna has not been recalled from his post.

(2) Telegram to Count Benckendorff.

The Austrian declaration of war clearly puts an end to the idea of direct communications between Austria and Russia. Action by London Cabinet in order to set on foot mediation with a view to suspension of military operations of Austria against Servia is now most urgent. || Unless military operations are stopped, mediation would only allow matters to drag on and give Austria time to crush Servia.

Nr. 14575. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Der Kanzler gegen die Konferenz. Kriegsfrage.

Berlin, July 28, 1914 (*July* 29).

(Telegraphic.) || At invitation of Imperial Chancellor, I called upon his Excellency this evening. He said that he wished me to tell you that he was most anxious that Germany should work together with England for maintenance of general peace, as they had done successfully in the last European crisis. He had not been able to accept your proposal for a conference of representatives of the Great Powers, because he did not think that it would be effective, and because such a conference would in his opinion have had appearance of an „Areopagus" consisting of two Powers of each group sitting in judgment upon the two remaining powers; but his inability to accept the proposed conference must not be regarded as militating against his strong desire for effective co-operation. You could be assured that he was doing his very best both at Vienna and St. Petersbourgh to get the two

Governments to discuss the situation directly with each other and in a friendly way. He had great hopes that such discussions would take place and lead to a satisfactory result, but if the news were true which he had just read in the papers, that Russia had mobilised fourteen army corps in the south, he thought situation was very serious, and he himself would be in a very difficult position, as in these circumstances it would be out of his power to continue to preach moderation at Vienna. He added that Austria, who as yet was only partially mobilising, would have to take similar measures, and if war were to result, Russia would be entirely responsible. I ventured to say that if Austria refused to take any notice of Servian note, which, to my mind, gave way in nearly every point demanded by Austria, and which in any case offered a basis for discussion, surely a certain portion of responsibility would rest with her. His Excellency said that he did not wish to discuss Servian note, but that Austria's standpoint, and in this he agreed, was that her quarrel with Servia was a purely Austrian concern with which Russia had nothing to do. He reiterated his desire to co-operate with England and his intention to do his utmost to maintain general peace. „A war between the Great Powers must be avoided," were his last words. || Austrian colleague said to me to-day that a general war was most unlikely, as Russia neither wanted nor was in a position to make war. I think that that opinion is shared by many people here.

Nr. 14576. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Rußland wird beim Angriff auf Serbien mobilisieren.

St. Petersburgh, July 29, 1914 (*July* 29).

(Telegraphic.) || Minister for Foreign Affairs begged me to thank you for the language you had held to the German Ambassador, as reported in your telegram to Berlin, substance of which I communicated to his Excellency. He took a pessimistic view of the situation, having received the same disquieting news from Vienna as had reached His Majesty's Government. I said it was important that we should know the real intentions of the Imperial Government, and asked him whether he would be satisfied with the assurances which the Austrian Ambassador had, I understood, been instructed to give in respect of Servia's integrity and independence. I added that I was sure any arrangement for averting a European war would be welcomed by His Majesty's Government. In reply his Excellency stated that if Servia were attacked Russia would not be satisfied with any engagement which Austria might take on these two points, and that order for mobilisation

against Austria would be issued on the day that Austria crossed Servian frontier. || I told the German Ambassador, who appealed to me to give moderating counsels to the Minister for Foreign Affairs, that from the beginning I had not ceased to do so, and that the German Ambassador at Vienna should now in his turn use his restraining influence. I made it clear to his Excellency that, Russia being thoroughly in earnest, a general war could not be averted if Servia were attacked by Austria. || As regards the suggestion of conference, the Ambassador had received no instructions, and before acting with me the French and Italian Ambassadors are still waiting for their final instructions.

Nr. 14577. **GROSZBRITANNIEN.** Der Gesandte in Wien an den Minister des Auswärtigen. Kriegserklärung an Serbien.

Vienna, July 28, 1914 (*July* 29).

(Telegraphic.) || I have received *note verbale* from Ministry for Foreign Affairs, stating that, the Servian Government not having replied to note of 23rd July in a satisfactory manner, Imperial and Royal Government is compelled itself to provide for protection of its rights, and to have recourse for that object to force of arms. Austria-Hungary has addressed to Servia formal declaration according to article 1 of convention of 18th October, 1907, relative to opening of hostilities, and considers herself from to-day in state of war with Servia. Austria-Hungary will conform, provided Servia does so, to stipulations of Hague conventions of 18th October, 1907, and to Declaration of London of 26th February, 1909.

Nr. 14578. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Österreich-Ungarn hat die Verhandlungen mit Rußland abgelehnt.

Vienna, July 28, 1914 (*July* 29).

(Telegraphic.) || I am informed by the Russian Ambassador that the Russian Government's suggestion has been declined by the Austro-Hungarian Government. The suggestion was to the effect that the means of settling the Austro-Servian conflict should be discussed directly between Russian Minister for Foreign Affairs and the Austrian Ambassador at St. Petersburgh, who should be authorised accordingly. || The Russian Ambassador thinks that a conference in London of the less interested Powers, such as you have proposed, offers now the only prospect of preserving peace of Europe, and he is sure that the Russian Government will acquiesce willingly in your proposal. So long as opposing armies have not actually come in contact, all hope need not be abandoned.

Nr. 14579. GROSZBRITANNIEN. Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Der Kanzler erklärt die Diskussion der serbischen Antwort für unmöglich, er fordert Garantien für Österreich-Ungarn.

Berlin, July 29, 1914 (*July* 29).

(Telegraphic.) || I was sent for again to-day by the Imperial Chancellor, who told me that he regretted to state that the Austro-Hungarian Government, to whom he had at once communicated your opinion, had answered that events had marched too rapidly and that it was therefore too late to act upon your suggestion that the Servian reply might form the basis of discussion. His Excellency had, on receiving their reply, despatched a message to Vienna, in which he explained that, although a certain desire had, in his opinion, been shown in the Servian reply to meet the demands of Austria, he understood entirely that, without some sure guarantees that Servia would carry out in their entirety the demands made upon her, the Austro-Hungarian Government could not rest satisfied in view of their past experience. He had then gone on to say that the hostilities which were about to be undertaken against Servia had presumably the exclusive object of securing such guarantees, seeing that the Austrian Government already assured the Russian Government that they had no territorial designs. || He advised the Austro-Hungarian Government, should this view be correct, to speak openly in this sense. The holding of such language would, he hoped, eliminate all possible misunderstandings. || As yet, he told me, he had not received a reply from Vienna. || From the fact that he had gone so far in the matter of giving advice at Vienna, his Excellency hoped that you would realise that he was sincerely doing all in his power to prevent danger of European complications. || The fact of his communicating this information to you was a proof of the confidence which he felt in you and evidence of his anxiety that you should know he was doing his best to support your efforts in the cause of general peace, efforts which he sincerely appreciated.

Nr. 14580. GROSZBRITANNIEN. Derselbe an denselben. Der deutsche Staatssekretär ist besorgt wegen russischer und französischer Rüstungen.

Berlin, July 29, 1914 (*July* 29).

(Telegraphic.) || I found Secretary of State very depressed to-day. He reminded me that he had told me the other day that he had to be very careful in giving advice to Austria, as any idea that they were being pressed would be likely to cause them to precipitate matters and present a *fait*

accompli. This had, in fact, now happened, and he was not sure that his communication of your suggestion that Servia's reply offered a basis for discussion had not hastened declaration of war. He was much troubled by reports of mobilisation in Russia, and of certain military measures, which he did not specify, being taken in France. He subsequently spoke of these measures to my French colleague, who informed him that French Government had done nothing more than the German Government had done, namely, recalled officers on leave. His Excellency denied German Government had done this, but as a matter of fact it is true. My French colleague said to Under-Secretary of State, in course of conversation, that it seemed to him that when Austria had entered Servia, and so satisfied her military prestige, the moment might then be favourable for four disinterested Powers to discuss situation and come forward with suggestions for preventing graver complications. Under-Secretary of State seemed to think idea worthy of consideration, as he replied that would be a different matter from conference proposed by you. || Russian Ambassador returned to-day, and has informed Imperial Government that Russia is mobilising in four southern governments.

Nr. 14581. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Einverstanden mit dem Reichskanzler

Foreign Office, July 29, 1914.

(Telegraphic.) || I much appreciate the language of Chancellor, as reported in your telegram of to-day. His Excellency may rely upon it that this country will continue, as heretofore, to strain every effort to secure peace and to avert the calamity we all fear. If he can induce Austria to satisfy Russia and to abstain from going so far as to come into collision with her, we shall all join in deep gratitude to his Excellency for having saved the peace of Europe.

Nr. 14582. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Rußland an den Minister des Auswärtigen. Rußland hat gegen Österreich mobilisiert. Konferenzfrage.

St. Petersburgh, July 29, 1914 (*July* 29).

(Telegraphic.) || Partial mobilisation was ordered to-day. || I communicated the substance of your telegram of the 28th instant to Berlin to the Minister for Foreign Affairs in accordance with your instructions, and informed him confidentially of remarks as to mobilisation which the German Secretary of State had made to the British Ambassador at Berlin. This had

already reached his Excellency from another source. The mobilisation, he explained, would only be directed against Austria. || Austrian Government had now definitely declined direct conversation between Vienna and St. Petersburgh. The Minister for Foreign Affairs said he had proposed such an exchange of views on advice of German Ambassador. He proposed, when informing German Ambassador of this refusal of Austria's, to urge that a return should be made to your proposal for a conference of four Ambassadors, or, at all events, for an exchange of views between the three Ambassadors less directly interested, yourself, and also the Austrian Ambassador if you thought it advisable. Any arrangement approved by France and England would be acceptable to him, and he did not care what form such conversations took. No time was to be lost, and the only way to avert war was for you to succeed in arriving by means of conversations with Ambassadors either collectively or individually, at some formula which Austria could be induced to accept. Throughout Russian Government had been perfectly frank and conciliatory, and had done all in their power to maintian peace. If their efforts to maintain peace failed, he trusted that it would be realised by the British public that it was not the fault of the Russian Government. || I asked him whether he would raise objections if the suggestion made in Rome telegram of the 27th July, which I mentioned to him, were carried out. In reply his Excellency said that he would agree to anything arranged by the four Powers provided it was acceptable to Servia; he could not, he said, be more Servian than Servia. Some supplementary statement or explanations would, however, have to be made in order to tone down the sharpness of the ultimatum. || Minister for Foreign Affairs said that proposal referred to in your telegram of the 28th instant was one of secondary importance. Under altered circumstances of situation he did not attach weight to it. Further, the German Ambassador had informed his Excellency, so the latter told me, that his Government were continuing at Vienna to exert friendly influence. I fear that the German Ambassador will not help to smooth matters over, if he uses to his own Government the same language as he did to me to-day. He accused the Russian Government of endangering the peace of Europe by their mobilisation, and said, when I referred to all that had been recently done by Austria, that he could not discuss such matters. I called his attention to the fact that Austrian consuls had warned all Austrian subjects liable to military service to join the colours, that Austria had already partially mobilised, and had now declared war on Servia. From what had passed during the Balkan crisis she knew that this act was one which it was impossible without humiliation for Russia to submit to. Had not Russia by mobilising shown that she was in earnest, Austria would

have traded on Russia's desire for peace, and would have believed that she could go to any lengths. Minister for Foreign Affairs had given me to understand that Russia would not precipitate war by crossing frontier immediately, and a week or more would, in any case, elapse before mobilisation was completed. In order to find an issue out of a dangerous situation it was necessary that we should in the meanwhile all work together.

Nr. 14583. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Russische Forderungen.

Vienna, July 29, 1914 (*July* 29).

(Telegraphic.) || There is at present no step which we could usefully take to stop war with Servia, to which Austro-Hungarian Government are now fully committed by the Emperor's appeal to his people which has been published this morning, and by the declaration of war. French and Italian Ambassadors agree with me in this view. If the Austro-Hungarian Government would convert into a binding engagement to Europe the declaration which has been made at St. Petersburgh to the effect that she desires neither to destroy the independence of Servia nor to acquire Servian territory, the Italian Ambassador thinks that Russia might be induced to remain quiet. This, however, the Italian Ambassador is convinced the Austrian Government would refuse to do.

Nr. 14584. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Die italienische Regierung will, daß Deutschland eine befriedigende Formel findet.

Rome, July 29, 1914 (*July* 29).

(Telegraphic.) || In your telegram of the 27th instant to Berlin, German Ambassador was reported to have accepted in principle the idea of a conference. This is in contradiction with the telegram of the 27th instant from Berlin. || Information received by the Italian Government from Berlin shows that German view is correctly represented in Sir E. Goschen's telegram of the 27th July, but what creates difficulty is rather the „conference", so the Minister for Foreign Affairs understands, than the principle. He is going to urge, in a telegram which he is sending to Berlin to-night, adherence to the idea of an exchange of views in London. He suggests that the German Secretary of State might propose a formula acceptable to his Government. Minister for Foreign Affairs is of opinion that this exchange of views would keep the door open if direct communication between Vienna and St. Peters-

burgh fails to have any result. He thinks that this exchange of views might be concomitant with such direct communication. || The German Government are also being informed that the Italian Government would not be pardoned by public opinion here unless they had taken every possible step so as to avoid war. He is urging that the German Government must lend their co-operation in this. || He added that there seemed to be a difficulty in making Germany believe that Russia was in earnest. As Germany, however, was really anxious for good relations with ourselves, if she believed that Great Britain would act with Russia and France he thought it would have a great effect. || Even should it prove impossible to induce Germany to take part, he would still advocate that England and Italy, each as representing one group, should continue to exchange views.

Nr. 14585. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Rom. Italien muß eine Vermittlung versuchen.

Foreign Office, July 29, 1914.

(Telegraphic.) || With reference to your telegram of yesterday. || It is impossible for me to initiate discussions with Ambassadors here, as I understand from Austrian Minister for Foreign Affairs that Austria will not accept any discussion on basis of Servian note, and the inference of all I have heard from Vienna and Berlin is that Austria will not accept any form of mediation by the Powers as between Austria and Servia. Italian Minister for Foreign Affairs must therefore speak at Berlin and Vienna. I shall be glad if a favourable reception is given to any suggestions he can make there.

Nr. 14586. **GROSZBRITANNIEN.** Der Geschäftsträger in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Österreich wird den Sandjak besetzen.

Constantinople, July 29, 1914 (*July* 29).

(Telegraphic.) || I understand that the designs of Austria may extend considerably beyond the sanjak and a punitive occupation of Servian territory. I gathered this from a remark let fall by the Austrian Ambassador here, who spoke of the deplorable economic situation of Salonica under Greek administration and of the assistance on which the Austrian army could count from Mussulman population discontented with Servian rule.

Nr. 14587. **GROSZBRITANNIEN.** Der Gesandte in Belgrad an den Minister des Auswärtigen. Serbien dankt für die Erklärung im Unterhause.

Nish, July 29, 1914 (*July* 29).

(Telegraphic.) || I have been requested by Prime Minister to convey to you expression of his deep gratitude for the statement which you made on the 27th instant in the House of Commons.

Nr. 14588. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Deutschland soll ein Mittel, den Frieden zwischen Österreich-Ungarn und Rußland zu bewahren, suchen.

Foreign Office, July 29, 1914.

(Telegraphic.) || The German Ambassador has been instructed by the German Chancellor to inform me that he is endeavouring to mediate between Vienna and St. Petersburgh, and he hopes with good success. Austria and Russia seem to be in constant touch, and he is endeavouring to make Vienna explain in a satisfactory form at St. Petersburgh the scope and extension of Austrian proceedings in Servia. I told the German Ambassador that an agreement arrived at direct between Austria and Russia would be the best possible solution. I would press no proposal as long as there was a prospect of that, but my information this morning was that the Austrian Government have declined the suggestion of the Russian Government that the Austrian Ambassador at St. Petersburgh should be authorised to discuss directly with the Russian Minister for Foreign Affairs the means of settling the Austro-Servian conflict. The press correspondents at St. Petersburgh had been told that Russian Government would mobilise. The German Government had said that they were favourable in principle to mediation between Russia and Austria if necessary. They seemed to think the particular method of conference, consultation or discussion, or even conversations *à quatre* in London too formal a method. I urged that the German Government should suggest any method by which the influence of the four Powers could be used together to prevent war between Austria and Russia. France agreed, Italy agreed. The whole idea of mediation or mediating influence was ready to be put into operation by any method that Germany could suggest if mine was not acceptable. In fact mediation was ready to come into operation by any method that Germany thought possible if only Germany would „press the button“ in the interests of peace.

Nr. 14589. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem Staatssekretär über die britische Neutralität im Falle eines deutsch-französischen Krieges.

Berlin, *July* 29, 1914 (*July* 29).

(Telegraphic.) || I was asked to call upon the Chancellor to-night. His Excellency had just returned from Potsdam. || He said that should Austria be attacked by Russia a European conflagration might, he feared, become inevitable, owing to Germany's obligations as Austria's ally, in spite of his continued efforts to maintain peace. He then proceeded to make the following strong bid for British neutrality. He said that it was clear, so far as he was able to judge the main principle which governed British policy, that Great Britain would never stand by and allow France to be crushed in any conflict there might be. That, however, was not the object at which Germany aimed. Provided that neutrality of Great Britain were certain, every assurance would be given to the British Government that the Imperial Government aimed at no territorial acquisitions at the expense of France should they prove victorious in any war that might ensue. || I questioned his Excellency about the French colonies, and he said that he was unable to give a similar undertaking in that respect. As regards Holland, however, his Excellency said that so long as Germany's adversaries respected the integrity and neutrality of the Netherlands, Germany was ready to give His Majesty's Government an assurance that she would do likewise. It depended upon the action of France what operations Germany might be forced to enter upon in Belgium, but when the war was over, Belgian integrity would be respected if she had not sided against Germany. || His Excellency ended by saying that ever since he had been Chancellor the object of his policy had been, as you were aware, to bring about an understanding with England; he trusted that these assurances might form the basis of that understanding which he so much desired. He had in mind a general neutrality agreement between England and Germany, though it was of course at the present moment too early to discuss details, and an assurance of British neutrality in the conflict which present crisis might possibly produce, would enable him to look forward to realisation of his desire. || In reply to his Excellency's enquiry how I thought his request would appeal to you, I said that I did not think it probable that at this stage of events you would care to bind yourself to any course of action and that I was of opinion that you would desire to retain full liberty. || Our conversation upon this subject having come to an end, I communicated the contents of your telegram of to-day to his Excellency, who expressed his best thanks to you.

Nr. 14590. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Die Entscheidung liegt bei Deutschland.

Rome, July 29, 1914 (*July* 29).

(Telegraphic.) || Minister for Foreign Affairs thinks that moment is past for any further discussions on basis of Servian note, in view of communication made to-day by Russia at Berlin regarding partial mobilisation. The utmost he now hopes for is that Germany may use her influence at Vienna to prevent or moderate any further demands on Servia.

Nr. 14591. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Will Deutschland warnen, England ist von allen Verpflichtungen frei.

Foreign Office, July 29, 1914.

Sir, || After telling M. Cambon to-day how grave the situation seemed to be, I told him that I meant to tell the German Ambassador to-day that he must not be misled by the friendly tone of our conversations into any sense of false security that we should stand aside if all the efforts to preserve the peace, which we were now making in common with Germany, failed. But I went on to say to M. Cambon that I thought it necessary to tell him also that public opinion here approached the present difficulty from a quite different point of view from that taken during the difficulty as to Morocco a few years ago. In the case of Morocco the dispute was one in which France was primarily interested, and in which it appeared that Germany, in an attempt to crush France, was fastening a quarrel on France on a question that was the subject of a special agreement between France and us. In the present case the dispute between Austria and Servia was not one in which we felt called to take a hand. Even if the question became one between Austria and Russia we should not feel called upon to take a hand in it. It would then be a question of the supremacy of Teuton or Slav — a struggle for supremacy in the Balkans; and our idea had always been to avoid being drawn into a war over a Balkan question. If Germany became involved and France became involved, we had not made up our minds what we should do; it was a case that we should have to consider. France would then have been drawn into a quarrel which was not hers, but in which, owing to her alliance, her honour and interest obliged her to engage. We were free from engagements, and we should have to decide what British interests required us to do. I thought it necessary to say that, because, as he knew, we were

taking all precautions with regard to our fleet, and I was about to warn Prince Lichnowsky not to count on our standing aside, but it would not be fair that I should let M. Cambon be misled into supposing that this meant that we had decided what to do in a contingency that I still hoped might not arise.|| M. Cambon said that I had explained the situation very clearly. He understood it to be that in a Balkan quarrel, and in a struggle for supremacy between Teuton and Slav we should not feel called to intervene; should other issues be raised, and Germany and France become involved, so that the question became one of the hegemony of Europe, we should then decide what it was necessary for us to do. He seemed quite prepared for this announcement, and made no criticism upon it.|| He said French opinion was calm, but decided. He anticipated a demand from Germany that France would be neutral while Germany attacked Russia. This assurance France, of course, could not give; she was bound to help Russia if Russia was attacked.

I am, &c.,

E. Grey.

Nr. 14592. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Deutschland soll eine Methode für die Verhandlung der vier Mächte vorschlagen.

Foreign Office, July 29, 1914.

Sir,|| I told the German Ambassador this afternoon of the information that I had received, that Russia had informed Germany respecting her mobilisation. I also told him of the communication made by Count Benckendorff, that the Austrian declaration of war manifestly rendered vain any direct conversations between Russia and Austria. I said that the hope built upon those direct conversations by the German Government yesterday had disappeared to-day. To-day the German Chancellor was working in the interest of mediation in Vienna and St. Petersburgh. If he succeeded, well and good. If not, it was more important than ever that Germany should take up what I had suggested to the German Ambassador this morning, and propose some method by which the four Powers should be able to work together to keep the peace of Europe. I pointed out, however, that the Russian Government, while desirous of mediation, regarded it as a condition that the military operations against Servia should be suspended, as otherwise a mediation would only drag on matters, and give Austria time to crush Servia. It was, of course, too late for all military operations against Servia to be suspended. In a short time, I supposed, the Austrian forces

would be in Belgrade, and in occupation of some Servian territory. But even then it might be possible to bring some mediation into existence, if Austria, while saying that she must hold the occupied territory until she had complete satisfaction from Servia, stated that she would not advance further, pending an effort of the Powers to mediate between her and Russia.|| The German Ambassador said that he had already telegraphed to Berlin what I had said to him this morning.

I am, &c.,
E. Grey.

Nr. 14593. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. England wird eventuell Partei ergreifen.

Foreign Office, July 29, 1914.

Sir,|| After speaking to the German Ambassador this afternoon about the European situation, I said that I wished to say to him, in a quite private and friendly way, something that was on my mind. The situation was very grave. While it was restricted to the issues at present actually involved we had no thought of interfering in it. But if Germany became involved in it, and then France, the issue might be so great that it would involve all European interests; and I did not wish him to be misled by the friendly tone of our conversation — which I hoped would continue — into thinking that we should stand aside.|| He said that he quite understood this, but he asked whether I meant that we should, under certain circumstances, intervene?|| I replied that I did not wish to say that, or to use anything that was like a threat or an attempt to apply pressure by saying that, if things became worse, we should intervene. There would be no question of our intervening if Germany was not involved, or even if France was not involved. But we knew very well, that if the issue did become such that we thought British interests required us to intervene, we must intervene at once, and the decision would have to be very rapid, just as the decisions of other Powers had to be. I hoped that the friendly tone of our conversations would continue as at present, and that I should be able to keep as closely in touch with the German Government in working for peace. But if we failed in our efforts to keep the peace, and if the issue spread so that it involved practically every European interest, I did not wish to be open to any reproach from him that the friendly tone of all our conversations had misled him or his Government into supposing that we should not take action, and to the reproach that, if they had not been so misled, the course of things might have been different.|| The German Ambassador took no

exception to what I had said; indeed, he told me that it accorded with what he had already given in Berlin as his view of the situation.

I am, &c.,
E. Grey.

Nr. 14594. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Hat dem deutschen Botschafter Nr. 14569 und 14585 mitgeteilt.

Foreign Office, July 29, 1914.

Sir, || In addition to what passed with the German Ambassador this morning, as recorded in my telegram of the 29th July to your Excellency, I gave the Ambassador a copy of Sir Rennell Rodd's telegram of the 28th July and of my reply to it. I said I had begun to doubt whether even a complete acceptance of the Austrian demands by Servia would now satisfy Austria. But there appeared, from what the Marquis di San Giuliano had said, to be a method by which, if the Powers were allowed to have any say in the matter, they might bring about complete satisfaction for Austria, if only the latter would give them an opportunity. I could, however, make no proposal, for the reasons I have given in my telegram to you, and could only give what the Italian Minister for Foreign Affairs had said to the German Ambassador for information, as long as it was understood that Austria would accept no discussion with the Powers over her dispute with Servia. As to mediation between Austria and Russia, I said it could not take the form simply of urging Russia to stand on one side while Austria had a free hand to go to any length she pleased. That would not be mediation, it would simply be putting pressure upon Russia in the interests of Austria. The German Ambassador said the view of the German Government was that Austria could not by force be humiliated, and could not abdicate her position as a Great Power. I said I entirely agreed, but it was not a question of humiliating Austria, it was a question of how far Austria meant to push the humiliation of others. There must, of course, be some humiliation of Servia, but Austria might press things so far as to involve the humiliation of Russia. || The German Ambassador said that Austria would not take Servian territory, as to which I observed that, by taking territory while leaving nominal Servian independence, Austria might turn Servia practically into a vassal State, and this would affect the whole position of Russia in the Balkans. || I observed that when there was danger of European conflict it was impossible to say who would not be drawn into it. Even the Netherlands apparently were taking precautions. || The Ger-

man Ambassador said emphatically that some means must be found of preserving the peace of Europe. I am, &c.,

E. Grey.

Nr. 14595. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Wien. Unterredung mit Mensdorff über die serbische Genugtuung.

Foreign Office, July 29, 1914.

Sir, || The Austrian Ambassador told me to-day he had ready a long memorandum, which he proposed to leave, and which he said gave an account of the conduct of Servia towards Austria, and an explanation of how necessary the Austrian action was. || I said that I did not wish to discuss the merits of the question between Austria and Servia. The news to-day seemed to me very bad for the peace of Europe. The Powers were not allowed to help in getting satisfaction for Austria, which they might get if they were given an opportunity, and European peace was at stake. || Count Mensdorff said that the war with Servia must proceed. Austria could not continue to be exposed to the necessity of mobilising again and again, as she had been obliged to do in recent years. She had no idea of territorial aggrandisement, and all she wished was to make sure that her interests were safeguarded. || I said that it would be quite possible, without nominally interfering with the independence of Servia or taking away any of her territory, to turn her into a sort of vassal State. || Count Mensdorff deprecated this. || In reply to some further remarks of mine, as to the effect that the Austrian action might have upon the Russian position in the Balkans, he said that, before the Balkan war, Servia had always been regarded as being in the Austrian sphere of influence. I am, &c.,

E. Grey.

Nr. 14596. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Rom. Deutsche Vermittlung. *Foreign Office, July* 29, 1914.

Sir, || The Italian Ambassador made to me to-day a communication from the Marquis di San Giuliano suggesting that the German objections to the mediation of the four Powers, a mediation that was strongly favoured by Italy, might be removed by some change in the form of procedure. || I said that I had already anticipated this by asking the German Government to suggest any form of procedure under which the idea of mediation between Austria and Russia, already accepted by the German Government in principle, could be applied. I am, &c.,

E. Grey.

Nr. 14597. **RUSZLAND.** Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Teilt drei russische Noten mit.

(1.)

Russian Ambassador at Vienna to M. Sazonof.

Vienne, le 15 (28) *juillet,* 1914.

(Télégraphique.) || J'ai entretenu aujourd'hui le Comte Berchtold dans le sens des instructions de votre Excellence. Je lui fis observer, en termes les plus amicaux, combien il était désirable de trouver une solution qui, en consolidant les bons rapports entre l'Autriche-Hongrie et la Russie, donnerait à la Monarchie austro-hongroise des garanties sérieuses pour ses rapports futurs avec la Serbie. || J'attirais l'attention du Comte Berchtold sur tous les dangers pour la paix de l'Europe, qu'entraînerait un conflit armé entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie. || Le Comte Berchtold me répondit qu'il se rendait parfaitement compte du sérieux de la situation et des avantages d'une franche explication avec le Cabinet de Saint-Pétersbourg. Il me dit que d'un autre côté le Gouvernement austro-hongrois, qui ne s'était décidé que très mal volontiers aux mesures énergiques qu'il avait prises contre la Serbie, ne pouvait plus ni reculer, ni entrer en discussion aucune des termes de la note austro-hongroise. || Le Comte Berchtold ajouta que la crise était devenue si aigue, et que l'excitation de l'opinion publique avait atteint tel degré, que le Gouvernement, le voulait-il, ne pouvait plus y consentir, d'autant moins, me dit-il, que la réponse même de la Serbie donne la preuve du manque de sincérité de ses promesses pour l'avenir.

(2.)

M. Sazonof, Russian Minister for Foreign Affairs, to Count Benckendorff, Russian Ambassador in London.

Saint Pétersbourg, le 16 (29) *juillet,* 1914.

(Télégraphique.) || L'Ambassadeur d'Allemagne m'informe, au nom du Chancelier, que l'Allemagne n'a pas cessé d'exercer à Vienne une influence modératrice et qu'elle continuera cette action même après la déclaration de guerre. Jusqu'à ce matin il n'y avait aucune nouvelle que les armées autrichiennes aient franchi la frontière serbe. J'ai prié l'Ambassadeur de transmettre au Chancelier mes remerciements pour la teneur amicale de cette communication. Je l'ai informé des mesures militaires prises par la Russie, dont aucune, lui dis-je, n'était dirigée contre l'Allemagne; j'ajoutais qu'elles ne préjugeaient pas non plus des mesures agressives contre l'Autriche-Hongrie, ces mesures s'expliquant par la mobilisation de la plus grande partie de l'armée austro-hongroise. || L'Ambassadeur se prononçant en faveur

d'explications directes avec le Cabinet de Vienne et nous, je répondis que j'y étais tout disposé, pour peu que les conseils du Cabinet de Berlin dont il parlait trouvent écho à Vienne.|| En même temps je signalais que nous étions tout disposés à accepter le projet d'une conférence des quatre Puissances, un projet auquel, paraissait-il, l'Allemagne ne sympathisait pas entièrement.|| Je dis que, dans mon opinion, le meilleur moyen pour mettre à profit tous les moyens propres à produire une solution pacifique, consisterait en une action parallèle des pourparlers d'une conférence à quatre de l'Allemagne, de la France, de l'Angleterre et de l'Italie et d'un contact direct entre l'Autriche-Hongrie et la Russie, à l'instar à peu près de ce qui avait eu lieu aux moments les plus critiques de la crise de l'an dernier.|| Je dis à l'Ambassadeur qu'après les concessions faites par la Serbie, un terrain de compromis pour les questions restées ouvertes ne serait pas très difficile à trouver, à condition toutefois de quelque bonne volonté de la part de l'Autriche et à condition que toutes les Puissances usent de toute leur influence dans un sens de conciliation.

(3.)

M. Sazonof, Russian Minister for Foreign Affairs, to Count Benckendorff, Russian Ambassador in London.

Saint-Pétersbourg, le 16 (29) *juillet*, 1914.

(Télégraphique.)|| Lors de mon entretien avec l'Ambassadeur d'Allemagne, dont traite mon télégramme précédent, je n'avais pas encore reçu le télégramme du 15 (28) juillet de M. Schébéko. || Le contenu de ce télégramme constitue un refus du Cabinet de Vienne de procéder à un échange d'idées direct avec le Gouvernement Impérial.|| Dès lors, il ne nous reste plus qu'à nous en remettre entièrement au Gouvernement britannique pour l'initiative des démarches qu'il jugera utile de provoquer.

Nr. 14598. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Von der russischen öffentlichen Meinung droht Gefahr.

Vienna, July 29, 1914 (*July* 30).

(Telegraphic.)|| I learn that mobilisation of Russian corps destined to carry out operations on Austrian frontier has been ordered. My informant is Russian Ambassador. Ministry for Foreign Affairs here has realised, though somewhat late in the day, that Russia will not remain indifferent in present crisis. I believe that the news of Russian mobilisation will not be a surprise to the Ministry, but so far it is not generally known in Vienna this evening. Unless mediation, which German Government declared themselves

ready to offer in concert with three other Great Powers not immediately interested in the Austro-Servian dispute, be brought to bear forthwith, irrevocable steps may be taken in present temper of this country. German Ambassador feigns surprise that Servian affairs should be of such interest to Russia. Both my Russian and French colleagues have spoken to him today. Russian Ambassador expressed the hope that it might still be possible to arrange matters, and explained that it was impossible for Russia to do otherwise than take an interest in the present dispute. Russia, he said, had done what she could already at Belgrade to induce Servian Government to meet principal Austrian demands in a favourable spirit; if approached in a proper manner, he thought she would probably go still further in this direction. But she was justly offended at having been completely ignored, and she could not consent to be excluded from the settlement. German Ambassador said that if proposals were put forward which opened any prospect of possible acceptance by both sides, he personally thought that Germany might consent to act as mediator in concert with the three other Powers. || I gather from what Russian Ambassador said to me that he is much afraid of the effect that any serious engagement may have upon Russian public opinion. I gathered, however, that Russia would go a long way to meet Austrian demands on Servia.

Nr. 14599. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Deutschland soll den Text der serbischen Note vor der Sendung gekannt haben.

Vienna, July 30, 1914 (*July* 30).

(Telegraphic.) || Russian Ambassador hopes that Russian mobilisation will be regarded by Austria as what it is, viz., a clear intimation that Russia must be consulted regarding the fate of Servia, but he does not know how the Austrian Government are taking it. He says that Russia must have an assurance that Servia will not be crushed, but she would understand that Austria-Hungary is compelled to exact from Servia measures which will secure her Slav provinces from the continuance of hostile propaganda from Servian territory. || The French Ambassador hears from Berlin that the German Ambassador at Vienna is instructed to speak seriously to the Austro-Hungarian Government against acting in a manner calculated to provoke a European war. || Unfortunately the German Ambassador is himself so identified with extreme anti-Russian and anti-Servian feeling prevalent in Vienna that he is unlikely to plead the cause of peace with entire sincerity. || Although I am not able to verify it, I have private information

that the German Ambassador knew the text of the Austrian ultimatum to Servia before it was despatched and telegraphed it to the German Emperor. I know from the German Ambassador himself that he endorses every line of it.

Nr. 14600. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Der russische Botschafter ist noch nicht ohne Hoffnung.

Vienna, July 30, 1914 (*July* 30).

(Telegraphic.) || The Russian Ambassador gave the French Ambassador and myself this afternoon at the French Embassy, where I happened to be, an account of his interview with the Minister for Foreign Affairs, which he said was quite friendly. The Minister for Foreign Affairs had told him that as Russia had mobilised, Austria must, of course, do the same. This, however, should not be regarded as a threat, but merely as the adoption of military precautions similar to those which had been taken across the frontier. He said he had no objection to the Russian Minister for Foreign Affairs and the Austrian Ambassador at St. Petersburgh continuing their conversations, although he did not say that they could be resumed on the basis of the Servian reply. || On the whole, the Russian Ambassador is not dissatisfied. He had begun to make his preparations for his departure on the strength of a rumour that Austria would declare war in reply to mobilisation. He now hopes that something may yet be done to prevent war with Austria.

Nr. 14601. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Verhandlung des deutschen Botschafters mit dem russischen Minister.

St. Petersburgh, July 30, 1914 (*July* 30).

(Telegraphic.) || French Ambassador and I visited Minister for Foreign Affairs this morning. His Excellency said that German Ambassador had told him yesterday afternoon that German Government were willing to guarantee that Servian integrity would be respected by Austria. To this he had replied that this might be so, but nevertheless Servia would become an Austrian vassal, just as, in similar circumstances, Bokhara had become a Russian vassal. There would be a revolution in Russia if she were to tolerate such a state of affairs. || M. Sazonof told us that absolute proof was in possession of Russian Government that Germany was making military and naval

preparations against Russia — more particularly in the direction of the Gulf of Finland. || German Ambassador had a second interview with Minister for Foreign Affairs at 2 a. m., when former completely broke down on seeing that war was inevitable. He appealed to M. Sazonof to make some suggestion which he could telegraph to German Government as a last hope. M. Sazonof accordingly drew up and handed to German Ambassador a formula in French, of which following is translation: — || „If Austria, recognising that her conflict with Servia has assumed character of question of European interest, declares herself ready to eliminate from her ultimatum points which violate principle of sovereignty of Servia, Russia engages to stop all military preparations.“ || Preparations for general mobilisation will be proceeded with if this proposal is rejected by Aurtria, and inevitable result will be a European war. Excitement here has reached such a pitch that, if Austria refuses to make a concession, Russia cannot hold back, and now that she knows that Germany is arming, she can hardly postpone, for strategical reasons, converting partial into general mobilisation.

Nr. 14602. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Wird Rußland auf Grund der Besetzung Belgrads unterhandeln? Die russischen Rüstungen verschärfen die Lage.

Berlin, July 30, 1914 (*July* 30).

(Telegraphic.) || Secretary of State informs me that immediately on receipt of Prince Lichnowsky's telegram recording his last conversation with you he asked Austro-Hungarian Government whether they would be willing to accept mediation on basis of occupation by Austrian troops of Belgrade or some other point and issue their conditions from here. He has up till now received no reply, but he fears Russian mobilisation against Austria will have increased difficulties, as Austria-Hungary, who has as yet only mobilised against Servia, will probably find it necessary also against Russia. Secretary of State says if you can succeed in getting Russia to agree to above basis for an arrangement and in persuading her in the meantime to take no steps which might be regarded as an act of aggression against Austria he still sees some chance that European peace may be preserved. || He begged me to impress on you difficulty of Germany's position in view of Russian mobilisation and military measures which he hears are being taken in France. Beyond recall of officers on leave — a measure which had been officially taken after, and not before, visit of French Ambassador yesterday — Imperial Government had done nothing special in way of military preparations.

Something, however, would have soon to be done, for it might be too late, and when they mobilised they would have to mobilise on three sides. He regretted this, as he knew France did not desire war, but it would be a military necessity.|| His Excellency added that telegram received from Prince Lichnowsky last night contains matter which he had heard with regret, but not exactly with surprise, and at all events he thoroughly appreciated frankness and loyalty with which you had spoken.|| He also told me that this telegram had only reached Berlin very late last night; had it been received earlier Chancellor would, of course, not have spoken to me in the way he had done.

Nr. 14603. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Frankreich hofft, England wird Deutschland zum Frieden zwingen.

Paris, July 30, 1914 (*July* 30).

(Telegraphic.)|| President of the Republic tells me that the Russian Government have been informed by the German Government that unless Russia stops her mobilisation Germany would mobilise. But a further report, since received from St. Petersburgh, states that the German communication had been modified, and was now a request to be informed on what conditions Russia would consent to demobilisation. The answer given is that she agrees to do so on condition that Austria-Hungary gives an assurance that she will respect the sovereignty of Servia and submit certain of the demands of the Austrian note, which Servia has not accepted, to an international discussion.|| President thinks that these conditions will not be accepted by Austria. He is convinced that peace between the Powers is in the hands of Great Britain. If His Majesty's Government announced that England would come to the aid of France in the event of a conflict between France and Germany as a result of the present differences between Austria and Servia, there would be no war, for Germany would at once modify her attitude.|| I explained to him how difficult it would be for His Majesty's Government to make such an announcement, but he said that he must maintain that it would be in the interests of peace. France, he said, is pacific. She does not desire war, and all that she has done at present is to make preparations for mobilisation so as not to be taken unawares. The French Government will keep His Majesty's Government informed of everything that may be done in that way. They have reliable information that the German troops are concentrated round Thionville and Metz ready for war. If there were a general war on the Continent it would inevitably draw

England into it for the protection of her vital interests. A declaration now of her intention to support France, whose desire it is that peace should be maintained, would almost certainly prevent Germany from going to war.

Nr. 14604. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Frage der Besetzung Belgrads.

Rome, July 30, 1914 (*July* 30).

(Telegraphic.) || German Ambassador told me last night that he thought Germany would be able to prevent Austria from making any exorbitant demands if Servia could be induced to submit, and to ask for peace early, say, as soon as the occupation of Belgrade had been accomplished. || I made to his Excellency the personal suggestion that some formula might be devised by Germany which might be acceptable for an exchange of views. || I see, however, that you have already made this suggestion.

Nr. 14605. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Antwort auf Nr. 14 589.

Foreign Office, July 30, 1914.

(Telegraphic.) || Your telegram of 29th July. || His Majesty's Government cannot for a moment entertain the Chancellor's proposal that they should bind themselves to neutrality on such terms: || What he asks us in effect is to engage to stand by while French colonies are taken and France is beaten so long as Germany does not take French territory as distinct from the colonies. || From the material point of view such a proposal is unacceptable, for France, without further territory in Europe being taken from her, could be so crushed as to lose her position as a Great Power, and become subordinate to German policy. || Altogether apart from that, it would be a disgrace for us to make this bargain with Germany at the expense of France, a disgrace from which the good name of this country would never recover. || The Chancellor also in effect asks us to bargain away whatever obligation or interest we have as regards the neutrality of Belgium. We could not entertain that bargain either. || Having said so much it is unnecessary to examine whether the prospect of a future general neutrality agreement between England and Germany offered positive advantages sufficient to compensate us for tying our hands now. We must preserve our full freedom to act as circumstances may seem to us to require in any such unfavourable and regrettable development of the present crisis as the Chancellor contemplates. || You should speak to the Chancellor in the above

sense, and add most earnestly that the one way of maintaining the good relations between England and Germany is that they should continue to work together to preserve the peace of Europe; if we succeed in this object, the mutual relations of Germany and England will, I believe, be *ipso facto* improved and strengthened. For that object His Majesty's Government will work in that way with all sincerity and goodwill. || And I will say this: If the peace of Europe can be preserved, and the present crisis safely passed, my own endeavour will be to promote some arrangement to which Germany could be a party, by which she could be assured that no aggressive or hostile policy would be pursued against her or her allies by France, Russia, and ourselves, jointly or separately. I have desired this and worked for it, as far as I could, through the last Balkan crisis, and, Germany having a corresponding object, our relations sensibly improved. The idea has hitherto been too Utopian to form the subject of definite proposals, but if this present crisis, so much more acute than any that Europe has gone through for generations, be safely passed, I am hopeful that the relief and reaction which will follow may make possible some more definite rapprochement between the Powers than has been possible hitherto.

Nr. 14606. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Britische Neutralitätsfrage.

Foreign Office, July 30, 1914.

(Telegraphic.) || I have warned Prince Lichnowsky that Germany must not count upon our standing aside in all circumstances. This is doubtless the substance of the telegram from Prince Lichnowsky to German Chancellor, to which reference is made in the last two paragraphs of your telegram of 30th July.

Nr. 14607. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Frage der Besetzung Belgrads.

Foreign Office, July 30, 1914.

(Telegraphic.) || German Ambassador informs me that German Government would endeavour to influence Austria, after taking Belgrade and Servian territory in region of frontier, to promise not to advance further, while Powers endeavoured to arrange that Servia should give satisfaction sufficient to pacify Austria. Territory occupied would of course be evacuated when Austria was satisfied. I suggested this yesterday as a possible relief to the situation, and, if it can be obtained, I would earnestly hope

that it might be agreed to suspend further military preparations on all sides. || Russian Ambassador has told me of condition laid down by M. Sazonof, as quoted in your telegram of the 30th July, and fears it cannot be modified; but if Austrian advance were stopped after occupation of Belgrade, I think Russian Minister for Foreign Affairs' formula might be changed to read that the Powers would examine how Servia could fully satisfy Austria without impairing Servian sovereign rights or independence. || If Austria, having occupied Belgrade and neighbouring Servian territory, declares herself ready, in the interest of European peace, to cease her advance and to discuss how a complete settlement can be arrived at, I hope that Russia would also consent to discussion and suspension of further military preparations, provided that other Powers did the same. || It is a slender chance of preserving peace, but the only one I can suggest if Russian Minister for Foreign Affairs can come to no agreement at Berlin. You should inform Minister for Foreign Affairs.

Nr. 14608. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Dasselbe.

Foreign Office, July 30, 1914.

(Telegraphic.) || You should inform the Minister for Foreign Affairs of my telegram to Sir G. Buchanan of to-day, and say that I know that he has been urging Russia not to precipitate a crisis. I hope he may be able to support this last suggestion at St. Petersburgh.

Nr. 14609. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Englands Haltung im Kriegsfalle. Deutsche und französische Rüstungen. — Beilage: Englands Haltung 1912.

Foreign Office, July 30, 1914.

Sir, || M. Cambon reminded me to-day of the letter I had written to him two years ago, in which we agreed that, if the peace of Europe was seriously threatened, we would discuss what we were prepared to do. I enclose for convenience of reference copies of the letter in question and of M. Cambon's reply. He said that the peace of Europe was never more seriously threatened than it was now. He did not wish to ask me to say directly that we would intervene, but he would like me to say what we should do if certain circumstances arose. The particular hypothesis he had in mind was an aggression by Germany on France. He gave me a paper, of which a copy is also enclosed, showing that the German military preparations were more advanced and more on the offensive upon the frontier than anything

France had yet done. He anticipated that the aggression would take the form of either a demand that France should cease her preparations, or a demand that she should engage to remain neutral if there was war between Germany and Russia. Neither of these things could France admit.|| I said that the Cabinet was to meet to-morrow morning, and I would see him again to-morrow afternoon. I am, &c.,

E. Grey.

Enclosure 1 in No. 105.

Sir Edward Grey to M. Cambon, French Ambassador in London.

Foreign Office, November 22, 1912.

My Dear Ambassador,|| From time to time in recent years the French and British naval and military experts have consulted together. It has always been understood that such consultation does not restrict the freedom of either Government to decide at any future time whether or not to assist the other by armed force. We have agreed that consultation between experts is not, and ought not to be regarded as, an engagement that commits either Government to action in a contingency that has not arisen and may never arise. The disposition, for instance, of the French and British fleets respectively at the present moment is not based upon an engagement to co-operate in war.|| You have, however, pointed out that, if either Government had grave reason to expect an unprovoked attack by a third Power, it might become essential to know whether it could in that event depend upon the armed assistance of the other.|| I agree that, if either Government had grave reason to expect an unprovoked attack by a third Power, or something that threatened the general peace, it should immediately discuss with the other whether both Governments should act together to prevent aggression and to preserve peace, and, if so, what measures they would be prepared to take in common. If these measures involved action, the plans of the General Staffs would at once be taken into consideration, and the Governments would then decide what effect should be given to them. Yours, &c.,

E. Grey.

Enclosure 2 in No. 105.

M. Cambon, French Ambassador in London, to Sir Edward Grey.

L'Ambassade de France, Londres, ce 23 *novembre,* 1912.

Cher Sir Edward,|| Par votre lettre, en date d'hier, 22 novembre, vous m'avez rappelé que, dans ces dernières années, les autorités militaires et navales de la France et de la Grande-Bretagne s'étaient consultées de temps en temps; qu'il avait toujours été entendu que ces consultations ne restreignaient pas la liberté, pour chaque Gouvernement, de décider dans l'ave-

nir s'ils se prêteraient l'un l'autre le concours de leurs forces armées; que, de part et d'autre, ces consultations entre spécialistes n'étaient et ne devaient pas être considérées comme des engagements obligeant nos Gouvernements à agir dans certains cas; que cependant je vous avais fait observer que, si l'un ou l'autre des deux Gouvernements avait de graves raisons d'appréhender une attaque non provoquée de la part d'une tierce Puissance, il deviendrait essentiel de savoir s'il pourrait compter sur l'assistance armée de l'autre. || Votre lettre répond à cette observation, et je suis autorisé à vous déclarer que, dans le cas où l'un de nos deux Gouvernements aurait un motif grave d'appréhender soit l'aggression d'une tierce puissance, soit quelque événement menaçant pour la paix générale, ce Gouvernement examinerait immédiatement avec l'autre si les deux Gouvernements doivent agir de concert en vue de prévenir l'aggression ou de sauvegarder la paix. Dans ce cas, les deux Gouvernements délibéreraient sur les mesures qu'ils seraient disposés à prendre en commun; si ces mesures comportaient une action, les deux Gouvernements prendraient aussitôt en considération les plans de leurs états majors et décideraient alors de la suite qui devrait être donnée à ces plans. Votre sincèrement dévoué,

Paul Cambon.

Enclosure 3 in No. 105.

French Minister for Foreign Affairs to M. Cambon, French Ambassador in London.

L'armée allemande a ses avantpostes sur nos bornes-frontières, hier; par deux fois des patrouilles allemandes ont pénétré sur notre territoire. Nos avant-postes sont en retraite à 10 kilom. en arrière de la frontière. Les populations ainsi abandonnées à l'attaque de l'armée adverse protestent; mais le Gouvernement tient à montrer à l'opinion publique et au Gouvernement britannique que l'agresseur ne sera en aucun cas la France. Tout le 16e Corps de Metz renforcé par une partie du 8e venu de Trèves et de Cologne occupe la frontière de Metz au Luxembourg. Le 15e Corps d'Armée de Strasbourg a serré sur la frontière. Sous menace d'être fusillés les Alsaciens-Lorrains des pays annexés ne peuvent pas passer la frontière; des réservistes par dizaines de milliers sont rappelés en Allemagne; c'est le dernier stade avant la mobilisation: or, nous n'avons rappelé aucun réserviste. || Comme vous le voyez, l'Allemagne l'a fait. J'ajoute que toutes nos informations concordent pour montrer que les préparatifs allemands ont commencé samedi, le jour même de la remise de la note autrichienne. || Ces éléments, ajoutés à ceux contenus dans mon télégramme d'hier, vous permettent de faire la preuve au Gouvernement britannique de la volonté pacifique de l'un et des intentions agressives de l'autre.

Nr. 14610. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Rom an den Minister des Auswärtigen. Italien will mit England im Einverständnis handeln.

Rome, July 30, 1914 (*July* 31).

(Telegraphic.) || I learnt from the Minister for Foreign Affairs, who sent for me this evening, that the Austrian Government had declined to continue the direct exchange of views with the Russian Government. But he had reason to believe that Germany was now disposed to give more conciliatory advice to Austria, as she seemed convinced that we should act with France and Russia, and was most anxious to avoid issue with us. || He said he was telegraphing to the Italian Ambassador at Berlin to ask the German Government to suggest that the idea of an exchange of views between the four Powers should be resumed in any form which Austria would consider acceptable. It seemed to him that Germany might invite Austria to state exactly the terms which she would demand from Servia, and give a guarantee that she would neither deprive her of independence nor annex territory. It would be useless to ask for anything less than was contained in the Austrian ultimatum, and Germany would support no proposal that might imply non-success for Austria. We might, on the other hand, ascertain from Russia what she would accept, and, once we knew the standpoints of these two countries, discussions could be commenced at once. There was still time so long as Austria had received no check. He in any case was in favour of continuing an exchange of views with His Majesty's Government if the idea of discussions between the four Powers was impossible.

Nr. 14611. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutsche Schritte in Wien.

Berlin, July 30, 1914 (*July* 31).

(Telegraphic.) || I do not know whether you have received a reply from the German Government to the communication which you made to them through the German Ambassador in London asking whether they could suggest any method by which the four Powers could use their mediating influence between Russia and Austria. I was informed last night that they had not time to send an answer yet. To-day, in reply to an enquiry from the French Ambassador as to whether the Imperial Government had proposed any course of action, the Secretary of State said that he had felt that time would be saved by communicating with Vienna direct, and

that he had asked the Austro-Hungarian Government what would satisfy them. No answer had, however, yet been returned.|| The Chancellor told me last night that he was „pressing the button" as hard as he could, and that he was not sure whether he had not gone so far in urging moderation at Vienna that matters had been precipitated rather than otherwise.

Nr. 14612. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Der Reichskanzler über die russische Mobilisation; ernste deutsche Schritte bevorstehend.

Berlin, July 31, 1914 (*July* 31).

(Telegraphic.) || Chancellor informs me that his efforts to preach peace and moderation at Vienna have been seriously handicapped by the Russian mobilisation against Austria. He has done everything possible to attain his object at Vienna, perhaps even rather more than was altogether palatable at the Ballplatz. He could not, however, leave his country defenceless while time was being utilised by other Powers; and if, as he learns is the case, military measures are now being taken by Russia against Germany also, it would be impossible for him to remain quiet. He wished to tell me that it was quite possible that in a very short time, to-day perhaps, the German Government would take some very serious step; he was, in fact, just on the point of going to have an audience with the Emperor.|| His Excellency added that the news of the active preparations on the Russo-German frontier had reached him just when the Czar had appealed to the Emperor, in the name of their old friendship, to mediate at Vienna, and when the Emperor was actually conforming to that request.

Nr. 14613. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Unterredung mit dem Kanzler über die englische Neutralität.

Berlin, July 31, 1914 (*July* 31).

(Telegraphic.) || I read to the Chancellor this morning your answer to his appeal for British neutrality in the event of war, as contained in your telegram of yesterday. His Excellency was so taken up with the news of the Russian measures along the frontier, referred to in my immediately preceding telegram, that he received your communication without comment. He asked me to let him have the message that I had just read to him as a memorandum, as he would like to reflect upon it before giving an answer, and his mind was so full of grave matters that he could not be certain of remembering all its points. I therefore handed to him the text of your

message on the understanding that it should be regarded merely as a record of conversation, and not as an official document. || His Excellency agreed.

Nr. 14614. GROSZBRITANNIEN. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Wiederaufnahme der russisch-österreichischen Verhandlungen.

Foreign Office, July 31, 1914.

(Telegraphic.) || I learn from the German Ambassador that, as a result of suggestions by the German Government, a conversation has taken place at Vienna between the Austrian Minister for Foreign Affairs and the Russian Ambassador. The Austrian Ambassador at St. Petersburgh has also been instructed that he may converse with the Russian Minister for Foreign Affairs, and that he should give explanations about the Austrian ultimatum to Servia, and discuss suggestions and any questions directly affecting Austro-Russian relations. If the Russian Government object to the Austrians mobilising eight army corps, it might be pointed out that this is not too great a number against 400,000 Servians. || The German Ambassador asked me to urge the Russian Government to show goodwill in the discussions and to suspend their military preparations. || It is with great satisfaction that I have learnt that discussions are being resumed between Austria and Russia, and you should express this to the Minister for Foreign Affairs and tell him that I earnestly hope he will encourage them. || I informed the German Ambassador that, as regards military preparations, I did not see how Russia could be urged to suspend them unless some limit were put by Austria to the advance of her troops into Servia.

Nr. 14615. GROSZBRITANNIEN. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. England unterstützt die Verhandlungen in Wien.

Foreign Office, July 31, 1914.

(Telegraphic.) || I hope that the conversations which are now proceeding between Austria and Russia may lead to a satisfactory result. The stumbling-block hitherto has been Austrian mistrust of Servian assurances, and Russian mistrust of Austrian intentions with regard to the independence and integrity of Servia. It has occurred to me that, in the event of this mistrust preventing a solution being found by Vienna and St. Petersburgh, Germany might sound Vienna, and I would undertake to sound St. Petersburgh whether it would be possible for the four disinterested Powers to offer to Austria that they would undertake to see that she obtained full

satisfaction of her demands on Servia, provided that they did not impair Servian sovereignty and the integrity of Servian territory. As your Excellency is aware, Austria has already declared her willingness to respect them. Russia might be informed by the four Powers that they would undertake to prevent Austrian demands going the length of impairing Servian sovereignty and integrity. All Powers would of course suspend further military operations or preparations. || You may sound the Secretary of State about this proposal. || I said to German Ambassador this morning that if Germany could get any reasonable proposal put forward which made it clear that Germany and Austria were striving to preserve European peace, and that Russia and France would be unreasonable if they rejected it, I would support it at St. Petersburgh and Paris, and go the length of saying that if Russia and France would not accept it His Majesty's Government would have nothing more to do with the consequences; but otherwise, I told German Ambassador that if France became involved we should be drawn in. || You can add this when sounding Chancellor or Secretary of State as to proposal above.

Nr. 14616. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Berlin an den Min. des Ausw. Die deutsche Regierung proklamiert Kriegsgefahr.

Berlin, July 31, 1914 (*July* 31).

(Telegraphic.) || According to information just received by German Government from their Ambassador at St. Petersburgh, whole Russian army and fleet are being mobilised. Chancellor tells me that „Kriegsgefahr" will be proclaimed at once by German Government, as it can only be against Germany that Russian general mobilisation is directed. Mobilisation would follow almost immediately. His Excellency added in explanation that „Kriegsgefahr" signified the taking of certain precautionary measures consequent upon strained relations with a foreign country. || This news from St. Petersburgh, added his Excellency, seemed to him to put an end to all hope of a peaceful solution of the crisis. Germany must certainly prepare for all emergencies. || I asked him whether he could not still put pressure on the authorities at Vienna to do something in general interests to reassure Russia and to show themselves disposed to continue discussions on a friendly basis. He replied that last night he had begged Austria to reply to your last proposal, and that he had received a reply to the effect that Austrian Minister for Foreign Affairs would take wishes of the Emperor this morning in the matter.

Nr. 14617. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Russische allgemeine Mobilisation.

St. Petersburgh, July 31, 1914 (*July* 31).

(Telegraphic.) || It has been decided to issue orders for general mobilisation. || This decision was taken in consequence of report received from Russian Ambassador in Vienna to the effect that Austria is determined not to yield to intervention of Powers, and that she is moving troops against Russia as well as against Servia. || Russia has also reason to believe that Germany is making active military preparations, and she cannot afford to let her get a start.

Nr. 14618. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris und Berlin. Belgische Neutralität.

Foreign Office, July 31, 1914.

(Telegraphic.) || I still trust that situation is not irretrievable, but in view of prospect of mobilisation in Germany it becomes essential to His Majesty's Government, in view of existing treaties, to ask whether French (German) Government are prepared to engage to respect neutrality of Belgium so long as no other Power violates it. || A similar request is being addressed to German (French) Government. It is important to have an early answer.

Nr. 14619. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Wird Belgien seine Neutralität behaupten?

Foreign Office, July 31, 1914.

(Telegraphic.) || In view of existing treaties, you should inform Minister for Foreign Affairs that, in consideration of the possibility of a European war, I have asked French and German Governments whether each is prepared to respect the neutrality of Belgium provided it is violated by no other Power. || You should say that I assume that the Belgian Government will maintain to the utmost of their power their neutrality, which I desire and expect other Powers to uphold and observe. || You should inform the Belgian Government that an early reply is desired.

Nr. 14620. GROSZBRITANNIEN. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. England kann sich noch nicht binden.

Foreign Office, July 31, 1914.

(Telegraphic.) || I have received your telegram of yesterday's date. || Nobody here feels that in this dispute, so far as it has yet gone, British treaties or obligations are involved. Feeling is quite different from what it was during the Morocco question. That crisis involved a dispute directly involving France, whereas in this case France is being drawn into a dispute which is not hers. || I believe it to be quite untrue that our attitude has been a decisive factor in situation. German Government do not expect our neutrality. || We cannot undertake a definite pledge to intervene in a war. I have so told the French Ambassador, who has urged His Majesty's Government to reconsider this decision. || I have told him that we should not be justified in giving any pledge at the present moment, but that we will certainly consider the situation again directly there is a new development.

Nr. 14621. GROSZBRITANNIEN. Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Welche Haltung wird England angesichts der deutschen Mobilisation einnehmen?

Paris, July 31, 1914 (*July* 31).

(Telegraphic.) || At 7 o'clock this evening I was sent for by Minister for Foreign Affairs. When I arrived the German Ambassador was leaving his Excellency. || German Ambassador had informed his Excellency that, in view of the fact that orders had been given for the total mobilisation of Russian army and fleet, German Government have in an ultimatum which they have addressed to the Russian Government required that Russian forces should be demobilised. || The German Government will consider it necessary to order the total mobilisation of the German army on the Russian and French frontiers if within twelve hours the Russian Government do not give an undertaking to comply with German demand. || The Minister for Foreign Affairs asks me to communicate this to you, and enquires what, in these circumstances, will be the attitude of England. || German Ambassador could not say when the twelve hours terminates. He is going to call at the Ministry for Foreign Affairs to-morrow (Saturday) at 1 p. m. in order to receive the French Government's answer as to the attitude they will adopt in the circumstances. || He intimated the possibility of his requiring his passports. || I am informed by the Russian Ambassador

that he is not aware of any general mobilisation of the Russian forces having taken place.

Nr. 14622. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Mobilisationsfrage, Konferenz.

Vienna, July 31, 1914 (*July* 31).

(Telegraphic.) || I am informed by Count Forgach, Under-Secretary of State, that although Austria was compelled to respond to Russian mobilisation, which he deplored, the Austrian Ambassador in London has received instructions to inform you that mobilisation was not to be regarded as a necessarily hostile act on either side. Telegrams were being exchanged between the Emperor of Russia and the German Emperor, and conversations were proceeding between Austrian Ambassador at St. Petersburgh and Russian Minister for Foreign Affairs. A general war might, he seriously hoped, be staved off by these efforts. On my expressing my fear that Germany would mobilise, he said that Germany must do something, in his opinion, to secure her position. As regards Russian intervention on behalf of Servia, Austria-Hungary found it difficult to recognise such a claim. I called his attention to the fact that during the discussion of the Albanian frontier at the London Conference of Ambassadors the Russian Government had stood behind Servia, and that a compromise between the views of Russia and Austria-Hungary resulted with accepted frontier line. Although he spoke in a conciliatory tone, and did not regard the situation as desperate, I could not get from him any suggestion for a similar compromise in the present case. Count Forgach is going this afternoon to see the Russian Ambassador, whom I have informed of the above conversation. || The Russian Ambassador has explained that Russia has no desire to interfere unduly with Servia; that, as compared with the late Russian Minister, the present Minister at Belgrade is a man of very moderate views; and that, as regards Austrian demands, Russia had counselled Servia to yield to them as far as she possibly could without sacrificing her independence. His Excellency is exerting himself strongly in the interests of peace.

Nr. 14623. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Haltung Englands in einem Weltkrieg.

Foreign Office, July 31, 1914.

Sir, || M. Cambon referred to-day to a telegram that had been shown to Sir Arthur Nicolson this morning from the French Ambassador in Berlin, saying that it was the uncertainty with regard to whether we would inter-

vene which was the encouraging element in Berlin, and that, if we would only declare definitely on the side of Russia and France, it would decide the German attitude in favour of peace. || I said that it was quite wrong to suppose that we had left Germany under the impression that we would not intervene. I had refused overtures to promise that we should remain neutral, I had not only definitely declined to say that we would remain neutral. I had even gone so far this morning as to say to the German Ambassador that, if France and Germany became involved in war, we should be drawn into it. That, of course, was not the same thing as taking an engagement to France, and I told M. Cambon of it only to show that we had not left Germany under the impression that we would stand aside. || M. Cambon then asked me for my reply to what he had said yesterday. || I said that we had come to the conclusion, in the Cabinet to-day, that we could not give any pledge at the present time. Though we should have to put our policy before Parliament, we could not pledge Parliament in advance. Up to the present moment, we did not feel, and public opinion did not feel, that any treaties or obligations of this country were involved. Further developments might alter this situation and cause the Government and Parliament to take the view that intervention was justified. The preservation of the neutrality of Belgium might be, I would not say a decisive, but an important factor, in determining our attitude. Whether we proposed to Parliament to intervene or not to intervene in a war, Parliament would wish to know how we stood with regard to the neutrality of Belgium, and it might be that I should ask both France and Germany whether each was prepared to undertake an engagement that she would not be the first to violate the neutrality of Belgium. || M. Cambon repeated his question whether we would help France if Germany made an attack on her. || I said that I could only adhere to the answer that, as far as things had gone at present, we could not take any engagement. || M. Cambon urged that Germany had from the beginning rejected proposals that might have made for peace. It could not be to England's interest that France should be crushed by Germany. We should then be in a very diminished position with regard to Germany. In 1870 we had made a great mistake in allowing an enormous increase of German strength, and we should now be repeating the mistake. He asked me whether I could not submit his question to the Cabinet again. || I said that the Cabinet would certainly be summoned as soon as there was some new development, but at the present moment the only answer I could give was that we could not undertake any definite engagement.

I am, &c.,

E. Grey.

Nr. 14624. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Rußland schlägt eine neue Verhandlungsgrundlage vor. *St. Petersburgh, July* 31, 1914 (*August* 1).

(Telegraphic.) || Minister for Foreign Affairs sent for me and French Ambassador and asked us to telegraph to our respective Governments subjoined formula as best calculated to amalgamate proposal made by you in your telegram of 30th July with formula recorded in my telegram of 30th July. He trusted it would meet with your approval: „Si l'Autriche consentira à arrêter marche de ses troupes sur le territoire serbe, si, reconnaissant que le conflit austro-serbe a assumé le caractère d'une question d'intérêt européen, elle admet que les Grandes Puissances examinent la satisfaction que la Serbie pourrait accorder au Gouvernement d'Autriche-Hongrie sans laisser porter atteinte à ses droits d'État souverain et à son indépendance, la Russie s'engage à conserver son attitude expectante". || His Excellency then alluded to the telegram sent to German Emperor by Emperor of Russia in reply to the former's telegram. He said that Emperor Nicholas had begun by thanking Emperor William for his telegram and for the hopes of peaceful solution which it held out. His Majesty had then proceeded to assure Emperor William that no intention whatever of an aggressive character was concealed behind Russian military preparations. So long as conversation with Austria continued, His Imperial Majesty undertook that not a single man should be moved across the frontier; it was, however, of course impossible, for reasons explained, to stop a mobilisation which was already in progress. || M. Sazonof said that undoubtedly there would be better prospect of a peaceful solution if the suggested conversation were to take place in London, where the atmosphere was far more favourable, and he therefore hoped that you would see your way to agreeing to this. || His Excellency ended by expressing his deep gratitude to His Majesty's Government, who had done so much to save the situation. It would be largely due to them if war were prevented. The Emperor, the Russian Government, and the Russian people would never forget the firm attitude adopted by Great Britain.

Nr. 14625. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Antwort auf Nr. 14 615. Deutschlands Haltung hängt von der Antwort Rußlands ab.

Berlin, July 31, 1914 (*August* 1).

(Telegraphic.) || Your telegram of 31st July. || I spent an hour with Secretary of State urging him most earnestly to accept your proposal and

make another effort to prevent terrible catastrophe of a European war. || He expressed himself very sympathetically towards your proposal, and appreciated your continued efforts to maintain peace, but said it was impossible for the Imperial Government to consider any proposal until they had received an answer from Russia to their communication of to-day; this communication, which he admitted had the form of an ultimatum, being that, unless Russia could inform the Imperial Government within twelve hours that she would immediately countermand her mobilisation against Germany and Austria, Germany would be obliged on her side to mobilise at once. || I asked his Excellency why they had made their demand even more difficult for Russia to accept by asking them to demobilise in south as well. He replied that it was in order to prevent Russia from saying all her mobilisation was only directed against Austria. || His Excellency said that if the answer from Russia was satisfactory he thought personally that your proposal merited favourable consideration, and in any case he would lay it before the Emperor and Chancellor, but he repeated that it was no use discussing it until the Russian Government had sent in their answer to the German demand. || He again assured me that both the Emperor William, at the request of the Emperor of Russia, and the German Foreign Office had even up till last night been urging Austria to show willingness to continue discussions — and telegraphic and telephonic communications from Vienna had been of a promising nature — but Russia's mobilisation had spoilt everything.

Nr. 14626. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Frage der belgischen Neutralität.

Berlin, July 31, 1914 (*August* 1).

(Telegraphic.) || Neutrality of Belgium, referred to in your telegram of 31st July to Sir F. Bertie. || I have seen Secretary of State, who informs me that he must consult the Emperor and the Chancellor before he could possibly answer. I gathered from what he said that he thought any reply they might give could not but disclose a certain amount of their plan of campaign in the event of war ensuing, and he was therefore very doubtful whether they would return any answer at all. His Excellency, nevertheless, took note of your request. || It appears from what he said that German Government consider that certain hostile acts have already been committed by Belgium. As an instance of this, he alleged that a consignment of corn for Germany had been placed under an embargo already. || I hope to see his Excellency to-morrow again to discuss the matter further, but the prospect of obtaining a definite answer seems to me remote. || In

speaking to me to-day the Chancellor made it clear that Germany would in any case desire to know the reply returned to you by the French Government.

Nr. 14627. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Belgische Neutralität. Haltung Englands.

Foreign Office, August 1, 1914.

Sir, || I told the German Ambassador to-day that the reply of the German Government with regard to the neutrality of Belgium was a matter of very great regret, because the neutrality of Belgium affected feeling in this country. If Germany could see her way to give the same assurance as that which had been given by France it would materially contribute to relieve anxiety and tension here. On the other hand, if there were a violation of the neutrality of Belgium by one combatant while the other respected it, it would be extremely difficult to restrain public feeling in this country. I said that we had been discussing this question at a Cabinet meeting, and as I was authorised to tell him this I gave him a memorandum of it. || He asked me whether, if Germany gave a promise not to violate Belgium neutrality we would engage to remain neutral. || I replied that I could not say that; our hands were still free, and we were considering what our attitude should be. All I could say was that our attitude would be determined largely by public opinion here, and that the neutrality of Belgium would appeal very strongly to public opinion here. I did not think that we could give a promise of neutrality on that condition alone. || The Ambassador pressed me as to whether I could not formulate conditions on which we would remain neutral. He even suggested that the integrity of France and her colonies might be guaranteed. || I said that I felt obliged to refuse definitely any promise to remain neutral on similar terms, and I could only say that we must keep our hands free.

I am, &c.,

E. Grey.

Nr. 14628. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Frankreich wünscht Englands Haltung zu erfahren.

Paris, July 31, 1914 (*August* 1).

(Telegraphic.) || On the receipt at 8,30 to-night of your telegram of this afternoon, I sent a message to Minister for Foreign Affairs requesting to see him. He received me at 10,30 to-night at the Elysée, where a Cabinet

Council was being held. He took a note of the enquiry as to the respecting by France of the neutrality of Belgium which you instructed me to make. || He told me that a communication had been made to you by the German Ambassador in London of the intention of Germany to order a general mobilisation of her army if Russia do not demobilise at once. He is urgently anxious as to what the attitude of England will be in the circumstances, and begs an answer may be made by His Majesty's Government at the earliest moment possible. || Minister for Foreign Affairs also told me that the German Embassy is packing up.

Nr. 14629. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Frankreich und die belgische Neutralität.

Paris, July 31, 1914 (*August* 1).

(Telegraphic.) || My immediately preceding telegram. || Political Director has brought me the reply of the Minister for Foreign Affairs to your enquiry respecting the neutrality of Belgium. It is as follows: || French Government are resolved to respect the neutrality of Belgium, and it would only be in the event of some other Power violating that neutrality that France might find herself under the necessity, in order to assure defence of her own security, to act otherwise. This assurance has been given several times. President of the Republic spoke of it to the King of the Belgians, and the French Minister at Brussels has spontaneously renewed the assurance to the Belgian Minister for Foreign Affairs to-day.

Nr. 14630. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Die französische Regierung ist befremdet über das deutsche Ultimatum.

Paris, August 1, 1914 (*August* 1).

(Telegraphic.) || I have had conversation with the Political Director, who states that the German Ambassador was informed, on calling at the Ministry for Foreign Affairs this morning, that the French Government failed to comprehend the reason which prompted his communication of yesterday evening. It was pointed out to his Excellency that general mobilisation in Russia had not been ordered until after Austria had decreed a general mobilisation, and that the Russian Government were ready to demobilise if all Powers did likewise. It seemed strange to the French Government that in view of this and of the fact that Russia and Austria were ready to converse, the German Government should have at that

moment presented an ultimatum at St. Petersburgh requiring immediate demobilisation by Russia. There were no differences at issue between France and Germany, but the German Ambassador had made a menacing communication to the French Government and had requested an answer the next day, intimating that he would have to break off relations and leave Paris if the reply were not satisfactory. The Ambassador was informed that the French Government considered that this was an extraordinary proceeding. || The German Ambassador, who is to see the Minister for Foreign Affairs again this evening, said nothing about demanding his passports, but he stated that he had packed up.

Nr. 14631. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Mobilmachung.

Vienna, August 1, 1914 (*August* 1).

(Telegraphic.) || General mobilisation of army and fleet.

Nr. 14632. **GROSZBRITANNIEN.** Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Belgien will neutral bleiben.

Brussels, August 1, 1914 (*August* 1).

(Telegraphic.) || Belgian neutrality. || The instructions conveyed in your telegram of yesterday have been acted upon. || Belgium expects and desires that other Powers will observe and uphold her neutrality, which she intends to maintain to the utmost of her power. In so informing me, Minister for Foreign Affairs said that, in the event of the violation of the neutrality of their territory, they believed that they were in a position to defend themselves against intrusion. The relations between Belgium and her neighbours were excellent, and there was no reason to suspect their intentions; but he thought it well, nevertheless, to be prepared against emergencies.

Nr. 14633. **LUXEMBURG.** Der Staatsminister an den Minister des Auswärtigen. Deutschland will Luxemburg durchziehen.

Luxembourg, 2 *août,* 1914 (August 2).

(Télégraphique.) || Ministre d'État du Luxembourg Eyschen vient de recevoir par l'intermédiaire du Ministre d'Allemagne à Luxembourg, M. de Buch, un télégramme du Chancelier de l'Empire allemand Bethmann-Hollweg disant que les mesures militaires à Luxembourg ne constituent

pas un acte hostile contre le Luxembourg, mais sont uniquement des mesures destinées à assurer contre attaque éventuelle d'une armée française. L'exploitation des voies ferrées affermées à l'Empire Luxembourg recevra complète indemnité pour dommages éventuels.

Nr. 14634. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Protest gegen die Festhaltung englischer Schiffe in Hamburg.

Foreign Office, August 1, 1914.

(Telegraphic.) || We are informed that authorities at Hamburg have forcibly detained steamers belonging to the Great Central Company and other British merchant-ships. || I cannot ascertain on what ground the detention of British ships has been ordered. || You should request German Government to send immediate orders that they should be allowed to proceed without delay. The effect on public opinion here will be deplorable unless this is done. His Majesty's Government, on their side, are most anxious to avoid any incident of an aggressive nature, and the German Government will, I hope, be equally careful not to take any step which would make the situation between us impossible.

Nr. 14635. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Hat noch gewisse Hoffnung.

Foreign Office, August 1, 1914.

(Telegraphic.) || I still believe that it might be possible to secure peace if only a little respite in time can be gained before any Great Power begins war. || The Russian Government has communicated to me the readiness of Austria to discuss with Russia and the readiness of Austria to accept a basis of mediation which is not open to the objections raised in regard to the formula which Russia originally suggested. || Things ought not to be hopeless so long as Austria and Russia are ready to converse, and I hope that German Government may be able to make use of the Russian communications referred to above, in order to avoid tension. His Majesty's Government are carefully abstaining from any act which may precipitate matters.

Nr. 14636. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Rußland stimmt Nr. 14614 zu.

Foreign Office, August 1, 1914.

(Telegraphic.) || Following telegram from M. Sazonof to Count Benckendorff of the 31st July communicated to me to-day: — || ,,(Urgent.) || Formule

amendée conformément à la proposition anglaise: ,Si Autriche consent à arrêter la marche de ses troupes sur le territoire serbe et si, reconnaissant que le conflit austro-serbe a assumé le caractère d'une question d'intérêt européen, elle admet que les Grandes Puissances examinent la satisfaction que la Serbie pourrait accorder au Gouvernement austro-hongrois sans laisser porter atteinte à ses droits d'État souverain et à son indépendance, la Russie s'engage à conserver son attitude expectante.'" || (Above communicated to all the Powers.)

Nr. 14637. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Österreich-Ungarn will sich zur Diskussion herbeilassen.

Foreign Office, August 1, 1914.

(Telegraphic.) || M. de Etter came to-day to communicate the contents of a telegram from M. Sazonof, dated the 31st July, which are as follows: || „The Austro-Hungarian Ambassador declared the readiness of his Government to discuss the substance of the Austrian ultimatum to Servia. M. Sazonof replied by expressing his satisfaction, and said it was desirable that the discussions should take place in London with the participation of the Great Powers. || M. Sazonof hoped that the British Government would assume the direction of these discussions. The whole of Europe would be thankful to them. It would be very important that Austria should meanwhile put a stop provisionally to her military action on Servian territory." || (The above has been communicated to the six Powers.)

Nr. 14638. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Frankreich ist durch Deutschland bedroht.

Paris, August 1, 1914 (*August* 1).

(Telegraphic.) || President of the Republic has informed me that German Government were trying to saddle Russia with the responsibility; that it was only after a decree of general mobilisation had been issued in Austria that the Emperor of Russia ordered a general mobilisation; that, although the measures which the German Government have already taken are in effect a general mobilisation, they are not so designated; that a French general mobilisation will become necessary in self-defence, and that France is already forty-eight hours behind Germany as regards German military

preparations; that the French troops have orders not to go nearer to the German frontier than a distance of 10 kilom. so as to avoid any grounds for accusations of provocation to Germany, whereas the German troops, on the other hand, are actually on the French frontier and have made incursions on it; that, notwithstanding mobilisations, the Emperor of Russia has expressed himself ready to continue his conversations with the German Ambassador with a view to preserving the peace; that French Government, whose wishes are markedly pacific, sincerely desire the preservation of peace and do not quite despair, even now, of its being possible to avoid war.

Nr. 14639. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Petersburg. Österreich-Ungarn will den englischen Vorschlag annehmen.

Foreign Office, August 1, 1914.

(Telegraphic.) || Information reaches me from a most reliable source that Austrian Government have informed German Government that though the situation has been changed by the mobilisation of Russia they would in full appreciation of the efforts of England for the preservation of peace be ready to consider favourably my proposal for mediation between Austria and Servia. The effect of this acceptance would naturally be that the Austrian military action against Servia would continue for the present, and that the British Government would urge upon Russian Government to stop the mobilisation of troops directed against Austria, in which case Austria would naturally cancel those defensive military counter-measures in Galicia, which have been forced upon Austria by Russian mobilisation. || You should inform M nister for Foreign Affairs and say that if, in the consideration of the acceptance of mediation by Austria, Russia can agree to stop mobilisation, it appears still to be possible to preserve peace. Presumably the matter should be discussed with German Government, also by Russian Government.

Nr. 14640. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Französische Mobilisation.

Paris, August 1, 1914 (*August* 1).

(Telegraphic.) || Minister of War informed military attaché this afternoon that orders had been given at 3-40 for a general mobilisation of the French Army. This became necessary because the Minister of War knows

that, under the system of „Kriegszustand“, the Germans have called up six classes. Three classes are sufficient to bring their covering troops up to war strength, the remaining three being the reserve. This, he says, being tantamount to mobilisation, is mobilisation under another name. || The French forces on the frontier have opposed to them eight army corps on a war footing, and an attack is expected at any moment. It is therefore of the utmost importance to guard against this. A zone of 10 kilom. has been left between the French troops and German frontier. The French troops will not attack, and the Minister of War is anxious that it should be explained that this act of mobilisation is one for purely defensive purposes.

Nr. 14641. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Wien. Österreichs Versicherungen über seine Politik gegen Serbien.

Foreign Office, August 1, 1914.

(Telegraphic.) || I saw the Austro-Hungarian Ambassador this morning. He supplied me with the substance of a telegram which the Austro-Hungarian Minister for Foreign Affairs had sent to the Austrian Ambassador in Paris. In this telegram his Excellency was given instructions to assure the French Minister for Foreign Affairs that there was no intention in the minds of the Austro-Hungarian Government to impair the sovereign rights of Servia or to obtain territorial aggrandisement. The Ambassador added that he was further instructed to inform the French Minister for Foreign Affairs that there was no truth in the report which had been published in Paris to the effect that Austria-Hungary intended to occupy the sanjak. || Count Mensdorff called again later at the Foreign Office. He informed me of a telegram sent yesterday to the Austro-Hungarian Ambassador at St. Petersburgh by Count Berchtold, and gave me the substance. || It states that Count Berchtold begged the Russian Ambassador, whom he sent for yesterday, to do his best to remove the wholly erroneous impression in St. Petersburgh that the „door had been banged“ by Austria-Hungary on all further conversations. The Russian Ambassador promised to do this. Count Berchtold repeated on this occasion to the Russian Ambassador the assurance which had already been given at St. Petersburgh, to the effect that neither an infraction of Servian sovereign rights nor the acquisition of Servian territory was being contemplated by Austria-Hungary. || Special attention was called by Count Mensdorff to the fact that this telegram contains a statement to the effect that conversations at St. Petersburgh had not been broken off by Austria-Hungary.

Nr. 14642. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutsche Mobilisation.

Berlin, August 1, 1914 (*August* 2).

(Telegraphic.) || Your telegram of to-day. || I have communicated the substance of the above telegram to the Secretary of State, and spent a long time arguing with him that the chief dispute was between Austria and Russia, and that Germany was only drawn in as Austria's ally. If therefore Austria and Russia were, as was evident, ready to discuss matters and Germany did not desire war on her own account, it seemed to me only logical that Germany should hold her hand and continue to work for a peaceful settlement. Secretary of State said that Austria's readiness to discuss was the result of German influence at Vienna, and, had not Russia mobilised against Germany, all would have been well. But Russia by abstaining from answering Germany's demand that she should demobilise, had caused Germany to mobilise also. Russia had said that her mobilisation did not necessarily imply war, and that she could perfectly well remain mobilised for months without making war. This was not the case with Germany. She had the speed and Russia had the numbers, and the safety of the German Empire forbade that Germany should allow Russia time to bring up masses of troops from all parts of her wide dominions. The situation now was that, though the Imperial Government had allowed her several hours beyond the specified time, Russia had sent no answer. Germany had therefore ordered mobilisation, and the German representative at St. Petersburgh had been instructed within a certain time to inform the Russian Government that the Imperial Government must regard their refusal to an answer as creating a state of war.

Nr. 14643. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Die russische Regierung schiebt der österreichischen Politik und der deutschen Mobilisation die Schuld an der gefährlichen Lage zu.

St. Petersburgh, August 1, 1914 (*August* 2).

(Telegraphic.) || My telegram of 31st July. || The Emperor of Russia read his telegram to the German Emperor to the German Ambassador at the audience given to his Excellency yesterday. No progress whatever was made. || In the evening M. Sazonof had an interview with the Austrian Am-

bassador who, not being definitely instructed by his Government, did his best to deflect the conversation towards a general discussion of the relations between Austria-Hungary and Russia instead of keeping to the question of Servia. In reply the Minister for Foreign Affairs expressed his desire that these relations should remain friendly, and said that, taken in general, they were perfectly satisfactory; but the real question which they had to solve at this moment was whether Austria was to crush Servia and to reduce her to the status of a vassal, or whether she was to leave Servia a free and independent State. In these circumstances, while the Servian question was unsolved, the abstract discussion of the relations between Austria-Hungary and Russia was a waste of time. The only place where a successful discussion of this question could be expected was London, and any such discussion was being made impossible by the action of Austria-Hungary in subjecting Belgrade, a virtually unfortified town, to bombardment. || M. Sazonof informed the French Ambassador and myself this morning of his conversation with the Austrian Ambassador. He went on to say that during the Balkan crisis he had made it clear to the Austrian Government that war with Russia must inevitably follow an Austrian attack on Servia. It was clear that Austrian domination of Servia was as intolerable for Russia as the dependence of the Netherlands on Germany would be to Great Britain. It was, in fact, for Russia a question of life and death. The policy of Austria had throughout been both tortuous and immoral, and she thought that she could treat Russia with defiance, secure in the support of her German ally. Similarly the policy of Germany had been an equivocal and double-faced policy, and it mattered little whether the German Government knew or did not know the terms of the Austrian ultimatum; what mattered was that her intervention with the Austrian Government had been postponed until the moment had passed when its influence would have been felt. Germany was unfortunate in her representatives in Vienna and St. Petersburgh: the former was a violent Russophobe who had urged Austria on, the latter had reported to his Government that Russia would never go to war. M. Sazonof was completely weary of the ceaseless endeavours he had made to avoid a war. No suggestion held out to him had been refused. He had accepted the proposal for a conference of four, for mediation by Great Britain and Italy, for direct conversation between Austria and Russia; but Germany and Austria-Hungary had either rendered these attempts for peace ineffective by evasive replies or had refused them altogether. The action of the Austro-Hungarian Government and the German preparations had forced the Russian Government to order mobilisation, and the mobilisation of Germany had created a desperate situation. || M. Sazonof

added that the formula, of which the text is contained in my telegram of 31st July, had been forwarded by the Russian Government to Vienna, and he would adhere to it if you could obtain its acceptance before the frontier was crossed by German troops. In no case would Russia begin hostilities first. || I now see no possibility of a general war being avoided unless the agreement of France and Germany can be obtained to keep their armies mobilised on their own sides of the frontier, as Russia has expressed her readiness to do, pending a last attempt to reach a settlement of the present crisis.

Nr. 14644. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Frankreich versichert seine Friedensliebe.

Paris, August 1, 1914 (*August* 1.)

(Telegraphic.) || The Minister of War again sent for the military attaché this evening, as he said he wished to keep him informed of the situation. He laid great stress on the fact that the zone of 10 kilom., which he had arranged between the French troops and the German frontier, and which was still occupied by peasants, was a proof of the French endeavours to commit no provocative act.

Nr. 14645. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Russische Vorwürfe gegen Deutschland.

Vienna, August 1, 1914 (*August* 2).

(Telegraphic.) || I am to be received to-morrow by Minister for Foreign Affairs. This afternoon he is to see the French and Russian Ambassadors. I have just been informed by the Russian Ambassador of German ultimatum requiring that Russia should demobilise within twelve hours. On being asked by the Russian Minister for Foreign Affairs whether the inevitable refusal of Russia to yield to this curt summons meant war, the German Ambassador replied that Germany would be forced to mobilise if Russia refused. Russian Ambassador at Vienna thinks that war is almost inevitable, and that as mobilisation is too expensive to be kept for long, Germany will attack Russia at once. He says that the so-called mobilisation of Russia amounted to nothing more than that Russia had taken military measures corresponding to those taken by Germany. There seems to be even greater tension between Germany and Russia than there is between Austria and Russia. Russia would, according to the Russian Ambassador, be satisfied

even now with assurance respecting Servian integrity and independence. He says that Russia had no intention to attack Austria. He is going again to-day to point out to the Minister for Foreign Affairs that most terrific consequences must ensue from refusal to make this slight concession. This time Russia would fight to the last extremity. I agree with his Excellency that the German Ambassador at Vienna desired war from the first, and that his strong personal bias probably coloured his action her. The Russian Ambassador is convinced that the German Government also desired war from the first. || It is the intention of the French Ambassador to speak earnestly to the Minister for Foreign Affairs to-day on the extreme danger of the situation, and to ask whether proposals to serve as a basis of mediation from any quarter are being considered. There is great anxiety to know what England will do. I fear that nothing can alter the determination of Austro-Hungarian Government to proceed on their present course, if they have made up their mind with the approval of Germany.

Nr. 14646. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Mobilisation.

Berlin, August 1, 1914 (*August* 2).

(Telegraphic.) || Orders have just been issued for the general mobilisation of the navy and army, the first day of mobilisation to be 2nd August.

Nr. 14647. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Festhaltung englischer Schiffe in Hamburg.

Berlin, August 1, 1914 (*August* 2).

(Telegraphic.) || Detention of British merchant ships at Hamburg. || Your telegram of 1st August acted on. || Secretary of State, who expressed the greatest surprise and annoyance, has promised to send orders at once to allow steamers to proceed without delay.

Nr. 14648. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Kriegszustand zwischen Deutschland und Rußland.

Berlin, August 2, 1914 (*August* 2).

(Telegraphic.) || Secretary of State has just informed me that, owing to certain Russian troops having crossed frontier, Germany and Russia are now in a state of war.

Nr. 14649. **GROSZBRITANNIEN.** Derselbe an denselben. Freigabe der englischen Schiffe.

Berlin, August 2, 1914 (*August* 2).

(Telegraphic.) || My telegram of 1st August. || Secretary of State informs me that orders were sent last night to allow British ships in Hamburg to proceed on their way. He says that this must be regarded as a special favour to His Majesty's Government, as no other foreign ships have been allowed to leave. Reason of detention was that mines were being laid and other precautions being taken.

Nr. 14650. **GROSZBRITANNIEN.** Der Gesandte in Belgien an den Minister des Auswärtigen. Besetzung Luxemburgs.

Brussels, August 2, 1914 (*August* 2).

(Telegraphic.) || The news that a German force has entered Grand Duchy of Luxemburg has been officially confirmed to the Belgian Government.

Nr. 14651. **LUXEMBURG.** Der Staatsminister an den englischen Minister des Auswärtigen. Protest gegen die deutsche Besetzung.

Luxembourg, le 2 *août*, 1914 (August 2).

(Télégraphique.) || J'ai l'honneur de porter à la connaissance de votre Excellence les faits suivants:

Dimanche, 2 août, de grand matin, les troupes allemandes, d'après les informations qui sont parvenues au Gouvernement Grand ducal à l'heure actuelle, ont pénétré sur le territoire luxembourgeois par les ponts de Wasserbillig et de Remich, se dirigeant spécialement vers le sud du pays et vers la ville de Luxembourg, capitale du Grand Duché. Un certain nombre de trains blindés avec des troupes et des munitions ont été acheminés par la voie de chemin de fer de Wasserbillig à Luxembourg, où l'on s'attend de les voir arriver. D'un instant à l'autre, ces faits impliquent des actes manifestement contraire à la neutralité du Grand Duché garantie par le Traité de Londres de 1867. Le Gouvernement luxembourgeois n'a pas manqué de protester énergiquement contre cette agression auprès des représentants de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne à Luxembourg. Une protestation identique va être transmise télégraphiquement au Secrétaire d'État pour les Affaires Etrangères à Berlin.

Nr. 14652. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Unterstützung Frankreichs durch England.

Foreign Office, August 2, 1914.

(Telegraphic.) || After the Cabinet this morning I gave M. Cambon the following memorandum: || „I am authorised to give an assurance that, if the German fleet comes into the Channel or through the North Sea to undertake hostile operations against French coasts or shipping, the British fleet will give all the protection in its power. || This assurance is of course subject to the policy of His Majesty's Government receiving the support of Parliament, and must not be taken as binding His Majesty's Government to take any action until the above contingency of action by the German fleet takes place." || I pointed out that we had very large questions and most difficult issues to consider, and that Government felt that they could not bind themselves to declare war upon Germany necessarily if war broke out between France and Germany to-morrow, but it was essential to the French Government, whose fleet had long been concentrated in the Mediterranean, to know how to make their dispositions with their north coast entirely undefended. We therefore thought it necessary to give them this assurance. It did not bind us to go to war with Germany unless the German fleet took the action indicated, but it did give a security to France that would enable her to settle the disposition of her own Mediterranean fleet. || M. Cambon asked me about the violation of Luxemburg. I told him the doctrine on that point laid down by Lord Derby and Lord Clarendon in 1867. He asked me what we should say about the violation of the neutrality of Belgium. I said that was a much more important matter; we were considering what statement we should make in Parliament to-morrow — in effect, whether we should declare violation of Belgian neutrality to be a *casus belli*. I told him what had been said to the German Ambassador on this point.

Nr. 14653. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Festhaltung englischer Schiffe in Hamburg.

Foreign Office, August 2, 1914.

(Telegraphic.) || Your telegram of 1st August. || I regret to learn that 100 tons of sugar was compulsorily unloaded from the British steamship

„Sappho“ at Hamburg and detained. Similar action appears to have been taken with regard to other British vessels loaded with sugar. || You should inform Secretary of State that, for reasons stated in my telegram of 1st August, I most earnestly trust that the orders already sent to Hamburg to allow the clearance of British ships covers also the release of their cargoes, the detention of which cannot be justified.

Nr. 14654. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Dasselbe.

Berlin, August 3, 1914 (*August* 3).

(Telegraphic.) || Your telegram of 2nd August: Detention of British ships at Hamburg. || No information available.

Nr. 14655. **GROSZBRITANNIEN.** Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Frankreich und die belgische Neutralität.

Brussels, August 3, 1914 (*August* 3).

(Telegraphic.) || French Government have offered through their military attaché the support of five French army corps to the Belgian Government. Following reply has been sent to-day: — || „We are sincerely grateful to the French Government for offering eventual support. In the actual circumstances, however, we do not propose to appeal to the guarantee of the Powers. Belgian Government will decide later on the action which they may think it necessary to take.“

Nr. 14656. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Italien bleibt neutral.

Foreign Office, August 3, 1914.

Sir, || On the 1st instant the French Ambassador made the following communication: || „In reply to the German Government's intimation of the fact that ultimatums had been presented to France and Russia, and to the question as to what were the intentions of Italy, the Marquis di San Giuliano replied: || ‚The war undertaken by Austria, and the consequences which might result, had, in the words of the German Ambassador himself, an aggressive object. Both were therefore in conflict with the

purely defensive character of the Triple Alliance, and in such circumstances Italy would remain neutral.‘ || In making this communication, M. Cambon was instructed to lay stress upon the Italian declaration that the present war was not a defensive but an aggressive war, and that, for this reason, the *casus foederis* under the terms of the Triple Alliance did not arise.

I am, &c.,

E. Grey.

Nr. 14657. GROSZBRITANNIEN. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. England verlangt Wahrung der belgischen Neutralität.

Foreign Office, August 4, 1914.

(Telegraphic.) || The King of the Belgians has made an appeal to His Majesty the King for diplomatic intervention on behalf of Belgium in the following terms: — || „Remembering the numerous proofs of your Majesty's friendship and that of your predecessor, and the friendly attitude of England in 1870, and the proof of friendship you have just given us again, I make a supreme appeal to the diplomatic intervention of your Majesty's Government to safeguard the integrity of Belgium.“ || His Majesty's Government are also informed that the German Government have delivered to the Belgian Government a note proposing friendly neutrality entailing free passage through Belgian territory, and promising to maintain the independence and integrity of the kingdom and its possessions at the conclusion of peace, threatening in case of refusal to treat Belgium as an enemy. An answer was requested within twelve hours. || We also understand that Belgium has categorically refused this as a flagrant violation of the law of nations. || His Majesty's Government are bound to protest against this violation of a treaty to which Germany is a party in common with themselves, and must request an assurance that the demand made upon Belgium will not be proceeded with and that her neutrality will be respected by Germany. You should ask for an immediate reply.

Nr. 14658. GROSZBRITANNIEN. Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Deutschland droht Belgien mit Gewalt.

Brussels, August 4, 1914 (*August* 4).

(Telegraphic.) || German Minister has this morning addressed note to Minister for Foreign Affairs stating that as Belgian Government have

declined the well-intentioned proposals submitted to them by the Imperial Government, the latter will, deeply to their regret, be compelled to carry out, if necessary by force of arms, the measures considered indispensable in view of the French menaces.

Nr. 14659. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. England wird die Verletzung Belgiens als Kriegsfall betrachten.

Foreign Office, August 4, 1914.

(Telegraphic.) || You should inform Belgian Government that if pressure is applied to them by Germany to induce them to depart from neutrality, His Majesty's Government expect that they will resist by any means in their power, and that His Majesty's Government will support them in offering such resistance, and that His Majesty's Government in this event are prepared to join Russia and France, if desired, in offering to the Belgian Government at once common action for the purpose of resisting use of force by Germany against them, and a guarantee to maintain their independence and integrity in future years.

Nr. 14660. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Fordert Freilassung englischer Schiffe.

Foreign Office, August 4, 1914.

(Telegraphic.) || I continue to receive numerous complaints from British firms as to the detention of their ships at Hamburg, Cuxhaven, and other German ports. This action on the part of the German authorities is totally unjustifiable. It is in direct contravention of international law and of the assurances given to your Excellency by the Imperial Chancellor. You should demand the immediate release of all British ships if such release has not yet been given.

Nr. 14661. **DEUTSCHES REICH.** Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London. Deutschland will kein belgisches Land annektieren.

(*Communicated by German Embassy, August* 4.)

Berlin, August 4, 1914.

(Telegraphic.) || Please dispel any mistrust that may subsist on the part of the British Government with regard to our intentions, by repeat-

ing most positively formal assurance that, even in the case of armed conflict with Belgium, Germany will, under no pretence whatever, annex Belgian territory. Sincerity of this declaration is borne out by fact that we solemnly pledged our word to Holland strictly to respect her neutrality. It is obvious that we could not profitably annex Belgian territory without making at the same time territorial acquisitions at expense of Holland. Please impress upon Sir E. Grey that German army could not be exposed to French attack across Belgium, which was planned according to absolutely unimpeachable information. Germany had consequently to disregard Belgian neutrality, it being for her a question of life or death to prevent French advance.

Nr. 14662. **GROSZBRITANNIEN.** Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Die Deutschen stehen vor Lüttich.

Brussels, August 4, 1914 (*August* 4).

(Telegraphic.) || Military attaché has been informed at War Office that German troops have entered Belgian territory, and that Liège has been summoned to surrender by small party of Germans who, however, were repulsed.

Nr. 14663. **GROSZBRITANNIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Ultimatum an Deutschland.

Foreign Office, August 4, 1914.

(Telegraphic.) || We hear that Germany has addressed note to Belgian Minister for Foreign Affairs stating that German Government will be compelled to carry out, if necessary, by force of arms, the measures considered indispensable. || We are also informed that Belgian territory has been violated at Gemmenich. || In these circumstances, and in view of the fact that Germany declined to give the same assurance respecting Belgium as France gave last week in reply to our request made simultaneously at Berlin and Paris, we must repeat that request, and ask that a satisfactory reply to it and to my telegram of this morning, be received here by 12 o'clock to-night. If not, you are instructed to ask for your passports, and to say that His Majesty's Government feel bound to take all steps in their power to uphold the neutrality of Belgium and the observance of a treaty to which Germany is as much a party as ourselves.

Nr. 14664. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Berichtet über seine letzten Verhandlungen in Berlin und seine Abreise.

London, August 8, 1914.

Sir, || In accordance with the instructions contained in your telegram of the 4th instant I called upon the Secretary of State that afternoon and enquired, in the name of His Majesty's Government, whether the Imperial Government would refrain from violating Belgian neutrality. Herr von Jagow at once replied that he was sorry to say that his answer must be „No", as, in consequence of the German troops having crossed the frontier that morning, Belgian neutrality had been already violated. Herr von Jagow again went into the reasons why the Imperial Government had been obliged to take this step, namely, that they had to advance into France by the quickest and easiest way, so as to be able to get well ahead with their operations and endeavour to strike some decisive blow as early as possible. It was a matter of life and death for them, as if they had gone by the more southern route they could not have hoped, in view of the paucity of roads and the strength of the fortresses, to have got through without formidable opposition, entailing great loss of time. This loss of time would have meant time gained by the Russians for bringing up their troops to the German frontier. Rapidity of action was the great German asset, while that of Russia was an inexhaustible supply of troops. I pointed out to Herr von Jagow that this *fait accompli* of the violation of the Belgian frontier rendered, as he would readily understand, the situation exceedingly grave, and I asked him whether there was not still time to draw back and avoid possible consequences, which both he and I would deplore. He replied that, for the reasons he had given me, it was now impossible for them to draw back. || During the afternoon I received your further telegram of the same date, and, in compliance with the instructions therein contained, I again proceeded to the Imperial Foreign Office and informed the Secretary of State that unless the Imperial Government could give the assurance by 12 o'clock that night that they would proceed no further with their violation of the Belgian frontier and stop their advance, I had been instructed to demand my passports and inform the Imperial Government that His Majesty's Government would have to take all steps in their power to uphold the neutrality of Belgium and the observance of a treaty to which Germany was as much a party as themselves. || Herr von Jagow replied that to his great regret he could give no other answer than that

which he had given me earlier in the day, namely, that the safety of the Empire rendered it absolutely necessary that the Imperial troops should advance through Belgium. I gave his Excellency a written summary of your telegram, and, pointing out that you had mentioned 12 o'clock as the time when His Majesty's Government would expect an answer, asked him whether, in view of the terrible consequences which would necessarily ensue, it were not possible even at the last moment that their answer should be reconsidered. He replied that if the time given were even twenty-four hours or more, his answer must be the same. I said that in that case I should have to demand my passports. This interview took place at about 7 o'clock. In a short conversation which ensued Herr von Jagow expressed his poignant regret at the crumbling of his entire policy and that of the Chancellor, which had been to make friends with Great Britain, and then, through Great Britain, to get closer to France. I said that this sudden end to my work in Berlin was to me also a matter of deep regret and disappointment, but that he must understand that under the circumstances and in view of our engagements, His Majesty's Government could not possibly have acted otherwise than they had done.|| I then said that I should like to go and see the Chancellor, as it might be, perhaps, the last time I should have an opportunity of seeing him. He begged me to do so. I found the Chancellor very agitated. His Excellency at once began a harangue, which lasted for about twenty minutes. He said that the step taken by His Majesty's Government was terrible to a degree; just for a word — „neutrality", a word which in war time had so often been disregarded — just for a scrap of paper Great Britain was going to make war on a kindred nation who desired nothing better than to be friends with her. All his efforts in that direction had been rendered useless by this last terrible step, and the policy to which, as I knew, he had devoted himself since his accession to office had tumbled down like a house of cards. What we had done was unthinkable; it was like striking a man from behind while he was fighting for his life against two assailants. He held Great Britain responsible for all the terrible events that might happen. I protested strongly against that statement, and said that, in the same way as he and Herr von Jagow wished me to understand that for strategical reasons it was a matter of life and death to Germany to advance through Belgium and violate the latter's neutrality, so I would wish him to understand that it was, so to speak, a matter of „life and death" for the honour of Great Britain that she should keep her solemn engagement to do her utmost to defend Belgium's neutrality if attacked. That solemn compact simply had to be kept, or what confidence could anyone have in engagements given by Great Britain in the future?

The Chancellor said, „But at what price will that compact have been kept. Has the British Government thought of that?“ I hinted to his Excellency as plainly as I could that fear of consequences could hardly be regarded as an excuse for breaking solemn engagements, but his Excellency was so excited, so evidently overcome by the news of our action, and so little disposed to hear reason that I refrained from adding fuel to the flame by further argument. As I was leaving he said that the blow of Great Britain joining Germany's enemies was all the greater that almost up to the last moment he and his Government had been working with us and supporting our efforts to maintain peace between Austria and Russia. I said that this was part of the tragedy which saw the two nations fall apart just at the moment when the relations between them had been more friendly and cordial than they had been for years. Unfortunately, notwithstanding our efforts to maintain peace between Russia and Austria, the war had spread and had brought us face to face with a situation which, if we held to our engagements, we could not possibly avoid, and which unfortunately entailed our separation from our late fellow-workers. He would readily understand that no one regretted this more than I. || After this somewhat painful interview I returned to the embassy and drew up a telegraphic report of what had passed. This telegram was handed in at the Central Telegraph Office a little before 9 p. m. It was accepted by that office, but apparently never despatched.*) || At about 9,30 p. m. Herr von Zimmermann, the Under-Secretary of State, came to see me. After expressing his deep regret that the very friendly official and personal relations between us were about to cease, he asked me casually whether a demand for passports was equivalent to a declaration of war. I said that such an authority on international law as he was known to be must know as well or better than I what was usual in such cases. I added that there were many cases where diplomatic relations had been broken off, and, nevertheless, war had not ensued; but that in this case he would have seen from my instructions, of which I had given Herr von Jagow a written summary, that His Majesty's Government expected an answer to a definite question by 12 o'clock that night and that in default of a satisfactory answer they would be forced to take such steps as their engagements required. Herr Zimmermann said that that was, in fact, a declaration of war, as the Imperial Government could not possibly give the assurance required either that night or any other night. || In the meantime, after Herr Zimmermann left me, a flying sheet, issued by the „Berliner Tageblatt“, was circulated stating that Great Britain had declared war against Germany. The immediate result

*) This telegram never reached the Foreign Office.

of this news was the assemblage of an exceedingly excited and unruly mob before His Majesty's Embassy. The small force of police which had been sent to guard the embassy was soon overpowered, and the attitude of the mob became threatening. We took no notice of this demonstration as long as it was confined to noise, but when the crash of glass and the landing of cobble stones into the drawing-room, where we were all sitting, warned us that the situation was getting unpleasant, I telephoned to the Foreign Office an account of what was happening. Herr von Jagow at once informed the Chief of Police, and an adequate force of mounted police, sent with great promptness, very soon cleared the street. From that moment on we were well guarded, and no more direct unpleasantness occurred. || After order had been restored Herr von Jagow came to see me and expressed his most heartfelt regrets at what had occurred. He said that the behaviour of his countrymen had made him feel more ashamed than he had words to express. It was an indelible stain on the reputation of Berlin. He said that the flying sheet circulated in the streets had not been authorised by the Government, in fact, the Chancellor had asked him by telephone whether he thought that such a statement should be issued, and he had replied, „Certainly not, until the morning“. It was in consequence of his decision to that effect that only a small force of police had been sent to the neighbourhood of the embassy, as he had thought that the presence of a large force would inevitably attract attention and perhaps lead to disturbances. It was the „pestilential ‚Tageblatt‘“, which had somehow got hold of the news, that had upset his calculations. He had heard rumours that the mob had been excited to violence by gestures made and missiles thrown from the embassy, but he felt sure that was not true (I was able soon to assure him that the report had no foundation whatever), and even if it was, it was no excuse for the disgraceful scenes which had taken place. He feared that I would take home with me a sorry impression of Berlin manners in moments of excitement. In fact, no apology could have been more full and complete. || On the following morning, the 5th August, the Emperor sent one of His Majesty's aides-de-camp to me with the following message: || „The Emperor has charged me to express to your Excellency his regret for the occurrences of last night, but to tell you at the same time that you will gather from those occurrences an idea of the feelings of his people respecting the action of Great Britain in joining with other nations against her old allies of Waterloo. His Majesty also begs that you will tell the King that he has been proud of the titles of British Field-Marshal and British Admiral, but that in consequence of what has occurred he must now at once divest himself of those titles.“ || I would add that the above message

lost none of its acerbity by the manner of its delivery.|| On the other hand, I should like to state that I received all through this trying time nothing but courtesy at the hands of Herr von Jagow and the officials of the Imperial Foreign Office. At about 11 o'clock on the same morning Count Wedel handed me my passports — which I had earlier in the day demanded in writing — and told me that he had been instructed to confer with me as to the route which I should follow for my return to England. He said that he had understood that I preferred the route viâ the Hook of Holland to that viâ Copenhagen; they had therefore arranged that I should go by the former route, only I should have to wait till the following morning. I agreed to this, and he said that I might be quite assured that there would be no repetition of the disgraceful scenes of the preceding night as full precautions would be taken. He added that they were doing all in their power to have a restaurant car attached to the train, but it was rather a difficult matter. He also brought me a charming letter from Herr von Jagow couched in the most friendly terms. The day was passed in packing up such articles as time allowed.|| The night passed quietly without any incident. In the morning a strong force of police was posted along the usual route to the Lehrter Station, while the embassy was smuggled away in taxi-cabs to the station by side streets. We there suffered no molestation whatever, and avoided the treatment meted out by the crowd to my Russian and French colleagues. Count Wedel met us at the station to say Good-bye on behalf of Herr von Jagow and to see that all the arrangements ordered for our comfort had been properly carried out. A retired colonel of the Guards accompanied the train to the Dutch frontier and was exceedingly kind in his efforts to prevent the great crowds which thronged the platforms at every station where we stopped from insulting us; but beyond the yelling of patriotic songs and a few jeers and insulting gestures we had really nothing to complain of during our tedious journey to the Dutch frontier.|| Before closing this long account of our last days in Berlin I should like to place on record and bring to your notice the quite admirable behaviour of my staff under the most trying circumstances possible. One and all, they worked night and day, with scarcely any rest, and I cannot praise too highly the cheerful zeal with which counsellor, naval and military attachés, secretaries, and the two young attachés buckled to their work and kept their nerve with often a yelling mob outside and inside hundreds of British subjects clamouring for advice and assistance. I was proud to have such a staff to work with, and feel most grateful to them all for the invaluable assistance and support, often exposing them to considerable personal risk, which they so readily and cheerfully gave to me.|| I should

also like to mention the great assistance rendered to us all by my American colleague, Mr. Gerard, and his staff. Undeterred by the hooting and hisses with which he was often greeted by the mob on entering and leaving the embassy, his Excellency came repeatedly to see me to ask how he could help us and to make arrangements for the safety of stranded British subjects. He extricated many of these from extremely difficult situations at some personal risk to himself, and his calmness and *savoir faire* and his firmness in dealing with the Imperial authorities gave full assurance that the protection of British subjects and interests could not have been left in more efficient and able hands.

I have, &c.
W. E. Goschen.

Nr. 14665. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Berichtet über seine letzten Verhandlungen in Wien und seine Abreise.

London, September 1, 1914.

Sir, || The rapidity of the march of events during the days which led up to the outbreak of the European war made it difficult, at the time, to do more than record their progress by telegraph. I propose now to add a few comments. || The delivery at Belgrade on the 23rd July of the Austrian note to Servia was preceded by a period of absolute silence at the Ballplatz. Except Herr von Tschirscky, who must have been aware of the tenour, if not of the actual words of the note, none of my colleagues were allowed to see through the veil. On the 22nd and 23rd July, M. Dumaine, French Ambassador, had long interviews with Baron Macchio, one of the Under-Secretaries of State for Foreign Affairs, by whom he was left under the impression that the words of warning he had been instructed to speak to the Austro-Hungarian Government had not been unavailing, and that the note which was being drawn up would be found to contain nothing with which a self-respecting State need hesitate to comply. At the second of these interviews he was not even informed that the note was at that very moment being presented at Belgrade, or that it would be published in Vienna on the following morning. Count Forgach, the other Under-Secretary of State, had indeed been good enough to confide to me on the same day the true character of the note, and the fact of its presentation about the time we were speaking. || So little had the Russian Ambassador been made aware of what was preparing that he actually left Vienna on a fortnight's leave of absence about the 20th July. He had only been absent a

few days when events compelled him to return. It might have been supposed that Duke Avarna, Ambassador of the allied Italian Kingdom, which was bound to be so closely affected by fresh complications in the Balkans, would have been taken fully into the confidence of Count Berchtold during this critical time. In point of fact his Excellency was left completely in the dark. As for myself, no indication was given me by Count Berchtold of the impending storm, and it was from a private source that I received on the 15th July the forecast of what was about to happen which I telegraphed to you the following day. It is true that during all this time the „Neue Freie Presse" and other leading Viennese newspapers were using language which pointed unmistakably to war with Servia. The official „Fremdenblatt", however, was more cautious, and till the note was published, the prevailing opinion among my colleagues was that Austria would shrink from courses calculated to involve her in grave European complications. || On the 24th July the note was published in the newspapers. By common consent it was at once styled an ultimatum. Its integral acceptance by Servia was neither expected nor desired, and when, on the following afternoon, it was at first rumoured in Vienna that it had been unconditionally accepted, there was a moment of keen disappointment. The mistake was quickly corrected, and as soon as it was known later in the evening that the Servian reply had been rejected and that Baron Giesl had broken off relations at Belgrade, Vienna burst into a frenzy of delight, vast crowds parading the streets and singing patriotic songs till the small hours of the morning. || The demonstrations were perfectly orderly, consisting for the most part of organised processions through the principal streets ending up at the Ministry of War. One or two attempts to make hostile manifestations against the Russian Embassy were frustrated by the strong guard of police which held the approaches to the principal embassies during those days. The demeanour of the people at Vienna and, as I was informed, in many other principal cities of the Monarchy, showed plainly the popularity of the idea of war with Servia, and there can be no doubt that the small body of Austrian and Hungarian statesmen by whom this momentous step was adopted gauged rightly the sense, and it may even be said the determination, of the people, except presumably in portions of the provinces inhabited by the Slav races. There had been much disappointment in many quarters at the avoidance of war with Servia during the annexation crisis in 1908 and again in connection with the recent Balkan war. Count Berchtold's peace policy had met with little sympathy in the Delegation. Now the flood-gates were opened, and the entire people and press clamoured impatiently for immediate and condign punishment of

the hated Servian race. The country certainly believed that it had before it only the alternative of subduing Servia or of submitting sooner or later to mutilation at her hands. But a peaceful solution should first have been attempted. Few seemed to reflect that the forcible intervention of a Great Power in the Balkans must inevitably call other Great Powers into the field. So just was the cause of Austria held to be, that it seemed to her people inconceivable that any country should place itself in her path, or that questions of mere policy or prestige should be regarded anywhere as superseding the necessity which had arisen to exact summary vengeance for the crime of Serajevo. The conviction had been expressed to me by the German Ambassador on the 24th July that Russia would stand aside. This feeling, which was also held at the Ballplatz, influenced no doubt the course of events, and it is deplorable that no effort should have been made to secure by means of diplomatic negotiations the acquiescence of Russia and Europe as a whole in some peaceful compromise of the Servian question by which Austrian fears of Servian aggression and intrigue might have been removed for the future. Instead of adopting this course the Austro-Hungarian Government resolved upon war. The inevitable consequence ensued. Russia replied to a partial Austrian mobilisation and declaration of war against Servia by a partial Russian mobilisation against Austria. Austria met this move by completing her own mobilisation, and Russia again responded with results which have passed into history. The fate of the proposals put forward by His Majesty's Government for the preservation of peace is recorded in the White Paper on the European crisis. On the 28th July I saw Count Berchtold and urged as strongly as I could that the scheme of mediation mentioned in your speech in the House of Commons on the previous day should be accepted as offering an honourable and peaceful settlement of the question at issue. His Excellency himself read to me a telegraphic report of the speech, but added that matters had gone too far; Austria was that day declaring war on Servia, and she could never accept the conference which you had suggested should take place between the less interested Powers on the basis of the Servian reply. This was a matter which must be settled directly between the two parties immediately concerned. I said His Majesty's Government would hear with regret that hostilities could not be arrested, as you feared they would lead to European complications. I disclaimed any British lack of sympathy with Austria in the matter of her legitimate grievances against Servia, and pointed out that whereas Austria seemed to be making these the starting point of her policy, His Majesty's Government were bound to look at the question

primarily from the point of view of the maintenance of the peace of Europe. In this way the two countries might easily drift apart.|| His Excellency said that he too was keeping the European aspect of the question in sight. He thought, however, that Russia would have no right to intervene after receiving his assurance that Austria sought no territorial aggrandisement. His Excellency remarked to me in the course of his conversation that, though he had been glad to co-operate towards bringing about the settlement which had resulted from the ambassadorial conferences in London during the Balkan crisis, he had never had much belief in the permanency of that settlement, which was necessarily of a highly artificial character, inasmuch as the interests which it sought to harmonise were in themselves profoundly divergent. His Excellency maintained a most friendly demeanour throughout the interview, but left no doubt in my mind as to the determination of the Austro-Hungarian Government to proceed with the invasion of Servia.|| The German Government claim to have persevered to the end in the endeavour to support at Vienna your successive proposals in the interest of peace. Herr von Tschirscky abstained from inviting my cooperation or that of the French and Russian Ambassadors in carrying out his instructions to that effect, and I had no means of knowing what response he was receiving from the Austro-Hungarian Government. I was, however, kept fully informed by M. Schebeko, the Russian Ambassador, of his own direct negotiations with Count Berchtold. M. Schebeko endeavoured on the 28th July to persuade the Austro-Hungarian Government to furnish Count Szapary with full powers to continue at St. Petersburgh the hopeful conversations which had there been taking place between the latter and M. Sazonof. Count Berchtold refused at the time, but two days later (30th July), though in the meantime Russia had partially mobilised against Austria, he received M. Schebeko again, in a perfectly friendly manner, and gave his consent to the continuance of the conversations at St. Petersburgh. From now onwards the tension between Russia and Germany was much greater than between Russia and Austria. As between the latter an arrangement seemed almost in sight, and on the 1st August I was informed by M. Schebeko that Count Szapary had at last conceded the main point at issue by announcing to M. Sazonof that Austria would consent to submit to mediation the points in the note to Servia which seemed incompatible with the maintenance of Servian independence. M. Sazonof, M. Schebeko added, had accepted this proposal on condition that Austria would refrain from the actual invasion of Servia. Austria, in fact, had finally yielded, and that she herself had at this point good hopes of a peaceful issue is shown by the communication made to you on the 1st August by Count

Mensdorff, to the effect that Austria had neither „banged the door“ on compromise nor cut off the conversations. M. Schebeko to the end was working hard for peace. He was holding the most conciliatory language to Count Berchtold, and he informed me that the latter, as well as Count Forgach, had responded in the same spirit. Certainly it was too much for Russia to expect that Austria would hold back her armies, but this matter could probably have been settled by negotiation, and M. Schebeko repeatedly told me he was prepared to accept any reasonable compromise. || Unfortunately these conversations at St. Petersburgh and Vienna were cut short by the transfer of the dispute to the more dangerous ground of a direct conflict between Germany and Russia. Germany intervened on the 31st July by means of her double ultimatums to St. Petersburgh and Paris. The ultimatums were of a kind to which only one answer is possible, and Germany declared war on Russia on the 1st August, and on France on the 3rd August. A few days' delay might in all probability have saved Europe from one of the greatest calamities in history. || Russia still abstained from attacking Austria, and M. Schebeko had been instructed to remain at his post till war should actually be declared against her by the Austro-Hungarian Government. This only happened on the 6th August when Count Berchtold informed the foreign missions at Vienna that „the Austro-Hungarian Ambassador at St. Petersburgh had been instructed to notify the Russian Government that, in view of the menacing attitude of Russia in the Austro-Servian conflict and the fact that Russia had commenced hostilities against Germany, Austria-Hungary considered herself also at war with Russia“. || M. Schebeko left quietly in a special train provided by the Austro-Hungarian Government on the 7th August. He had urgently requested to be conveyed to the Roumanian frontier, so that he might be able to proceed to his own country, but was taken instead to the Swiss frontier, and ten days later I found him at Berne. || M. Dumaine, French Ambassador, stayed on till the 12th August. On the previous day he had been instructed to demand his passport on the ground that Austrian troops were being employed against France. This point was not fully cleared up when I left Vienna. On the 9th August, M. Dumaine had received from Count Berchtold the categorical declaration that no Austrian troops were being moved to Alsace. The next day this statement was supplemented by a further one, in writing, giving Count Berchtold's assurance that not only had no Austrian troops been moved actually to the French frontier, but that none were moving from Austria in a westerly direction into Germany in such a way that they might replace German troops employed at the front. These two statements were made by Count Berchtold in reply to

precise questions put to him by M. Dumaine, under instructions from his Government. The French Ambassador's departure was not attended by any hostile demonstration, but his Excellency before leaving had been justly offended by a harangue made by the Chief Burgomaster of Vienna to the crowd assembled before the steps of the town hall, in which he assured the people that Paris was in the throes of a revolution, and that the President of the Republic had been assassinated. || The British declaration of war on Germany was made known in Vienna by special editions of the newspapers about midday on the 4th August. An abstract of your speeches in the House of Commons, and also of the German Chancellor's speech in the Reichstag of the 4th August, appeared the same day, as well as the text of the German ultimatum to Belgium. Otherwise few details of the great events of these days transpired. The „Neue Freie Presse“ was violently insulting towards England. The „Fremdenblatt“ was not offensive, but little or nothing was said in the columns of any Vienna paper to explain that the violation of Belgium neutrality had left His Majesty's Government no alternative but to take part in the war. || The declaration of Italian neutrality was bitterly felt in Vienna, but scarcely mentioned in the newspapers. || On the 5th August I had the honour to receive your instruction of the previous day preparing me for the immediate outbreak of war with Germany, but adding that, Austria being understood to be not yet at that date at war with Russia and France, you did not desire me to ask for my passport or to make any particular communication to the Austro-Hungarian Government. You stated at the same time that His Majesty's Government of course expected Austria not to commit any act of war against us without the notice required by diplomatic usage. || On Thursday morning, the 13th August, I had the honour to receive your telegram of the 12th, stating that you had been compelled to inform Count Mensdorff, at the request of the French Government, that a complete rupture had occurred between France and Austria, on the ground that Austria had declared war on Russia who was already fighting on the side of France, and that Austria had sent troops to the German frontier under conditions that were a direct menace to France. The rupture having been brought about with France in this way, I was to ask for my passport, and your telegram stated, in conclusion, that you had informed Count Mensdorff that a state of war would exist between the two countries from midnight of the 12th August. || After seeing Mr. Penfield, the United States Ambassador, who accepted immediately in the most friendly spirit my request that his Excellency would take charge provisionally of British interests in Austria-Hungary during the unfortunate interruption of relations, I proceeded, with Mr. Theo Russell, Counsellor

of His Majesty's Embassy, to the Ballplatz. Count Berchtold received me at midday. I delivered my message, for which his Excellency did not seem to be unprepared, although he told me that a long telegram from Count Mensdorff had just come in but had not yet been brought to him. His Excellency received my communication with the courtesy which never leaves him. He deplored the unhappy complications which were drawing such good friends as Austria and England into war. In point of fact, he added, Austria did not consider herself then at war with France, though diplomatic relations with that country had been broken off. I explained in a few words how circumstances had forced this unwelcome conflict upon us. We both avoided useless argument. Then I ventured to recommend to his Excellency's consideration the case of the numerous stranded British subjects at Carlsbad, Vienna, and other places throughout the country. I had already had some correspondence with him on the subject, and his Excellency took a note of what I said, and promised to see what could be done to get them away when the stress of mobilisation should be over. Count Berchtold agreed to Mr. Phillpotts, till then British Consul at Vienna under Consul-General Sir Frederick Duncan, being left by me at the Embassy in the capacity of Chargé des Archives. He presumed a similar privilege would not be refused in England if desired on behalf of the Austro-Hungarian Government. I took leave of Count Berchtold with sincere regret, having received from the day of my arrival in Vienna, not quite nine months before, many marks of friendship and consideration from his Excellency. As I left I begged his Excellency to present my profound respects to the Emperor Francis Joseph, together with an expression of my hope that His Majesty would pass through these sad times with unimpaired health and strength. Count Berchtold was pleased to say he would deliver my message.|| Count Walterskirchen, of the Austro-Hungarian Foreign Office, was deputed the following morning to bring me my passport and to acquaint me with the arrangements made for my departure that evening (14th August). In the course of the day Countess Berchtold and other ladies of Vienna society called to take leave of Lady de Bunsen at the embassy. We left the railway station by special train for the Swiss frontier at 7 p. m. No disagreeable incidents occurred. Count Walterskirchen was present at the station on behalf of Count Berchtold. The journey was necessarily slow, owing to the encumbered state of the line. We reached Buchs, on the Swiss frontier, early in the morning of the 17th August. At the first halting place there had been some hooting and stone throwing on the part of the entraining troops and station officials, but no inconvenience was caused, and at the other large stations on our route we found that

ample measures had been taken to preserve us from molestation as well as to provide us with food. I was left in no doubt that the Austro-Hungarian Government had desired that the journey should be performed under the most comfortable conditions possible, and that I should receive on my departure all the marks of consideration due to His Majesty's representative. I was accompanied by my own family and the entire staff of the embassy, for whose untiring zeal and efficient help in trying times I desire to express my sincere thanks. The Swiss Government also showed courtesy in providing comfortable accommodation during our journey from the frontier to Berne, and, after three days' stay there, on to Geneva, at which place we found that every provision had been made by the French Government, at the request of Sir Francis Bertie, for our speedy conveyance to Paris. We reached England on Saturday morning, the 22nd August.

I have, &c.,

Maurice de Bunsen.

Nr. 14666. **GROSZBRITANNIEN.** Rede des Ministers des Auswärtigen im Unterhause über die Lage.

3. *August* 1914.

Last week I stated that we were working for peace not only for this country, but to preserve the peace of Europe. To-day events move so rapidly that it is exceedingly difficult to state with technical accuracy the actual state of affairs, but it is clear that the peace of Europe cannot be preserved. Russia and Germany, at any rate, have declared war upon each other. || Before I proceed to state the position of His Majesty's Government, I would like to clear the ground so that, before I come to state to the House what our attitude is with regard to the present crisis, the House may know exactly under what obligations the Government is, or the House can be said to be, in coming to a decision on the matter. First of all let me say, very shortly, that we have consistently worked with a single mind, with all the earnestness in our power, to preserve peace. The House may be satisfied on that point. We have always done it. During these last years, as far as His Majesty's Government are concerned, we would have no difficulty in proving that we have done so. Throughout the Balkan crisis, by general admission, we worked for peace. The co-operation of the Great Powers of Europe was successful in working for peace in the Balkan crisis. It is true that some of the Powers had great difficulty in adjusting their points of view. It took much time and labour and discussion before they could settle their differences, but peace was secured, because peace was their

main object, and they were willing to give time and trouble rather than accentuate differences rapidly. || In the present crisis, it has not been possible to secure the peace of Europe; because there has been little time, and there has been a disposition — at any rate in some quarters on which I will not dwell — to force things rapidly to an issue, at any rate to the great risk of peace, and, as we now know, the result of that is that the policy of peace as far as the Great Powers generally are concerned, is in danger. I do not want to dwell on that, and to comment on it, and to say where the blame seems to us to lie, which Powers were most in favour of peace, which were most disposed to risk or endanger peace, because I would like the House to approach this crisis in which we are now from the point of view of British interests, British honour, and British obligations, free from all passion as to why peace has not been preserved. || We shall publish papers as soon as we can regarding what took place last week when we were working for peace; and when those papers are published I have no doubt that to every human being they will make it clear how strenuous and genuine and whole-hearted our efforts for peace were, and that they will enable people to form their own judgment as to what forces were at work which operated against peace. || I come first, now, to the question of British obligations. I have assured the House — and the Prime Minister has assured the House more than once — that if any crisis such as this arose we should come before the House of Commons and be able to say to the House that it was free to decide what the British attitude should be, that we would have no secret engagement which we should spring upon the House, and tell the House that because we had entered into that engagement there was an obligation of honour upon the country. I will deal with that point to clear the ground first. || There has been in Europe two diplomatic groups, the Triple Alliance and what came to be called the Triple *Entente*, for some years past. The Triple *Entente* was not an alliance — it was a diplomatic group. The House will remember that in 1908 there was a crisis — also a Balkan crisis — originating in the annexation of Bosnia and Herzegovina. The Russian Minister, M. Isvolsky, came to London, or happened to come to London, because his visit was planned before the crisis broke out. I told him definitely then, this being a Balkan crisis, a Balkan affair, I did not consider that public opinion in this country would justify us in promising to give anything more than diplomatic support. More was never asked from us, more was never given, and more was never promised. || In this present crisis, up till yesterday, we have also given no promise of anything more than diplomatic support — up till yesterday no promise of more than diplomatic support. Now I must make this question of obligation clear to the House. I must

go back to the first Moroccan crisis of 1906. That was the time of the Algeciras Conference, and it came at a time of very great difficulty to His Majesty's Government when a general election was in progress, and Ministers were scattered over the country, and I — spending three days a week in my constituency and three days at the Foreign Office — was asked the question whether, if that crisis developed into war between France and Germany, we would give armed support. I said then that I could promise nothing to any foreign Power unless it was subsequently to receive the whole-hearted support of public opinion here if the occasion arose. I said, in my opinion, if war was forced upon France then on the question of Morocco — a question which had just been the subject of agreement between this country and France, an agreement exceedingly popular on both sides — that if out of that agreement war was forced on France at that time, in my view public opinion in this country would have rallied to the material support of France.|| I gave no promise, but I expressed that opinion during the crisis, as far as I remember almost in the same words, to the French Ambassador and the German Ambassador at the time. I made no promise and I used no threats; but I expressed that opinion. That position was accepted by the French Government, but they said to me at the time, and I think very reasonably, „If you think it possible that the public opinion of Great Britain might, should a sudden crisis arise, justify you in giving to France the armed support which you cannot promise in advance, you will not be able to give that support, even if you wish it, when the time comes, unless some conversations have already taken place between naval and military experts." There was force in that. I agreed to it, and authorised those conversations to take place, but on the distinct understanding that nothing which passed between military or naval experts should bind either Government or restrict in any way their freedom to make a decision as to whether or not they would gives that support when the time arose.|| As I have told the House, upon that occasion a general election was in prospect; I had to take the responsibility of doing that without the Cabinet. It could not be summoned. An answer had to be given. I consulted Sir Henry Campbell-Bannerman, the Prime Minister; I consulted, I remember, Lord Haldane, who was then Secretary of State for War; and the present Prime Minister, who was then Chancellor of the Exchequer. That was the most I could do, and they authorised that, on the distinct understanding that it left the hands of the Government free whenever the crisis arose. The fact that conversations between military and naval experts took place was later on — I think much later on, because that crisis passed, and the thing ceased to be of importance — but later on it was brought to the knowledge

of the Cabinet.|| The Agadir crisis came — another Morocco crisis — and throughout that I took precisely the same line that had been taken in 1906. But subsequently, in 1912, after discussion and consideration in the Cabinet, it was decided that we ought to have a definite understanding in writing, which was to be only in the form of an unofficial letter, that these conversations which took place were not binding upon the freedom of either Government; and on the 22nd November, 1912, I wrote to the French Ambassador the letter which I will now read to the House, and I received from him a letter in similar terms in reply. The letter which I have to read to the House is this, and it will be known to the public now as the record that, whatever took place between military and naval experts, they were not binding engagements upon the Governments:|| „My dear Ambassador,|| From time to time in recent years the French and British naval and military experts have consulted together. It has always been understood that such consultation does not restrict the freedom of either Government to decide at any future time whether or not to assist the other by armed force. We have agreed that consultation between experts is not, and ought not, to be regarded as an engagements that commits either Government to action in a contingency that has not yet arisen and may never arise. The disposition, for instance, of the French and British fleets respectively at the present moment is not based upon an engagement to co-operate in war.|| You have, however, pointed out that, if either Government had grave reason to expect an unprovoked attack by a third Power, it might become essential to know whether it could in that event depend upon the armed assistance of the other.|| I agree that, if either Government had grave reason to expect an unprovoked attack by a third Power, or something that threatened the general peace, it should immediately discuss with the other whether both Governments should act together to prevent aggression and to preserve peace, and, if so, what measures they would be prepared to take in common."

Lord Charles Beresford. — What is the date of that?

Sir E. Grey. — The 22nd November, 1912. That is the starting point for the Government with regard to the present crisis. I think it makes it clear that what the Prime Minister and I said to the House of Commons was perfectly justified, and that, as regards our freedom to decide in a crisis what our line should be, whether we should intervene or whether we should abstain, the Government remained perfectly free, and, *a fortiori,* the House of Commons remains perfectly free. That I say to clear the ground from the point of view of obligation. I think it was due to prove our good

faith to the House of Commons that I should give that full information to the House now, and say what I think is obvious from the letter I have just read, that we do not construe anything which has previously taken place in our diplomatic relations with other Powers in this matter as restricting the freedom of the Government to decide what attitude they should take now, or restrict the freedom of the House of Commons to decide what their attitude should be. || Well, Sir, I will go further, and I will say this: The situation in the present crisis is not precisely the same as it was in the Morocco question. In the Morocco question it was primarily a dispute which concerned France — a dispute which concerned France and France primarily — a dispute, as it seemed to us, affecting France out of an agreement subsisting between us and France, and published to the whole world, in which we engaged to give France diplomatic support. No doubt we were pledged to give nothing but diplomatic support; we were, at any rate, pledged by a definite public agreement to stand with France diplomatically in that question. || The present crisis has originated differently. It has not originated with regard to Morocco. It has not originated as regards anything with which we had a special agreement with France; it has not originated with anything which primarily concerned France. It has originated in a dispute between Austria and Servia. I can say this with the most absolute confidence — no Government and no country has less desire to be involved in war over a dispute with Austria and Servia than the Government and the country of France. They are involved in it because of their obligation of honour under a definite alliance with Russia. Well, it is only fair to say to the House that that obligation of honour cannot apply in the same way to us. We are not parties to the Franco-Russian Alliance. We do not even know the terms of that alliance. So far I have, I think, faithfully and completely cleared the ground with regard to the question of obligation. || I now come to what we think the situation requires of us. For many years we have had a long-standing friendship with France. I remember well the feeling in the House — and my own feeling — for I spoke on the subject, I think, when the late Government made their agreement with France — the warm and cordial feeling resulting from the fact that these two nations, who had had perpetual differences in the past, had cleared these differences away; I remember saying, I think, that it seemed to me that some benign influence had been at work to produce the cordial atmosphere that had made that possible. But how far that friendship entails obligation — it has been a friendship between the nations and ratified by the nations — how far that entails an obligation, let every man look into his own heart, and his own feelings, and construe the extent of

the obligation for himself. I construe it myself as I feel it, but I do not wish to urge upon anyone else more than their feelings dictate as to what they should feel about the obligation. The House, individually and collectively, may judge for itself. I speak my personal view, and I have given the House my own feeling in the matter. || The French fleet is now in the Mediterranean, and the northern and western coasts of France are absolutely undefended. The French fleet being concentrated in the Mediterranean, the situation is very different from what it used to be, because the friendship which has grown up between the two countries has given them a sense of security that there was nothing to be feared from us. || The French coasts are absolutely undefended. The French fleet is in the Mediterranean, and has for some years been concentrated there because of the feeling of confidence and friendship which has existed between the two countries. My own feeling is that if a foreign fleet; engaged in a war which France had not sought, and in which she had not been the aggressor, came down the English Channel and bombarded and battered the undefended coasts of France, we could not stand aside, and see this going on practically within sight of our eyes, with our arms folded, looking on dispassionately, doing nothing. I believe that would be the feeling of this country. There are times when one feels that if these circumstances actually did arise, it would be a feeling which would spread with irresistible force throughout the land. || But I also want to look at the matter without sentiment, and from the point of view of British interests, and it is on that that I am going to base and justify what I am presently going to say to the House. If we say nothing at this moment, what is France to do with her fleet in the Mediterranean? If she leaves it there, with no statement from us as to what we will do, she leaves her northern and western coasts absolutely undefended, at the mercy of a German fleet coming down the channel to do as it pleases in a war which is a war of life and death between them. If we say nothing, it may be that the French fleet is withdrawn from the Mediterranean. We are in the presence of a European conflagration; can anybody set limits to the consequences that may arise out of it? Let us assume that to-day we stand aside in an attitude of neutrality, saying, „No, we cannot undertake and engage to help either party in this conflict." Let us suppose the French fleet is withdrawn from the Mediterranean; and let us assume that the consequences — which are already tremendous in what has happened in Europe even to countries which are at peace — in fact, equally whether countries are at peace or at war — let us assume that out of that come consequences unforeseen, which make it necessary at a sudden moment that, in defence of vital British interests, we shall go to war; and let us

assume — which is quite possible — that Italy, who is now neutral — because, as I understand, she considers that this war is an aggressive war, and the Triple Alliance being a defensive alliance her obligation did not arise — let us assume that consequences which are not yet foreseen and which, perfectly legitimately consulting her own interests, make Italy depart from her attitude of neutrality at a time when we are forced in defence of vital British interests ourselves to fight — what then will be the position in the Mediterranean? It might be that at some critical moment those consequences would be forced upon us because our trade routes in the Mediterranean might be vital to this country. || Nobody can say that in the course of the next few weeks there is any particular trade route, the keeping open of which may not be vital to this country. What will be our position then? We have not kept a fleet in the Mediterranean which is equal to dealing alone with a combination of other fleets in the Mediterranean. It would be the very moment when we could not detach more ships to the Mediterranean, and we might have exposed this country from our negative attitude at the present moment to the most appalling risk. I say that from the point of view of British interests. We feel strongly that France was entitled to know — and to know at once — whether or not in the event of attack upon her unprotected northern and western coasts she could depend upon British support. In that emergency, and in these compelling circumstances, yesterday afternoon I gave to the French Ambassador the following statement: || „I am authorised to give an assurance that if the German fleet comes into the Channel or through the North Sea to undertake hostile operations against the French coasts or shipping, the British fleet will give all the protection in its power. This assurance is, of course, subject to the policy of His Majesty's Government receiving the support of Parliament, and must not be taken as binding His Majesty's Government to take any action until the above contingency of action by the German fleet takes place.“ || I read that to the House, not as a declaration of war on our part, not as entailing immediate aggressive action on our part, but as binding us to take aggressive action should that contingency arise. Things move very hurriedly from hour to hour. Fresh news comes in, and I cannot give this in any very formal way; but I understand that the German Government would be prepared, if we would pledge ourselves to neutrality, to agree that its fleet would not attack the northern coast of France. I have only heard that shortly before I came to the House, but it is far too narrow an engagement for us. And, Sir, there is the more serious consideration — becoming more serious every hour — there is the question of the neutrality of Belgium. ||

I shall have to put before the House at some length what is our position in regard to Belgium. The governing factor is the treaty of 1839, but this is a treaty with a history — a history accumulated since. In 1870, when there was war between France and Germany, the question of the neutrality of Belgium arose, and various things were said. Amongst other things, Prince Bismarck gave an assurance to Belgium that — confirming his verbal assurance, he gave in writing a declaration which he said was superfluous in reference to the treaty in existence — that the German Confederation and its allies would respect the neutrality of Belgium, it being always understood that that neutrality would be respected by the other belligerent Powers. That is valuable as a recognition in 1870 on the part of Germany of the sacredness of these treaty rights. || What was our own attitude? The people who laid down the attitude of the British Government were Lord Granville in the House of Lords and Mr. Gladstone in the House of Commons. Lord Granville on the 8th August, 1870, used these words. He said: || „We might have explained to the country and to foreign nations, that we could not think this country was bound either morally or internationally, or that its interests were concerned in the maintenance of the neutrality of Belgium; though this course might have had some conveniences, though it might have been easy to adhere to it, though it might have saved us from some immediate danger, it is a course which Her Majesty's Government thought it impossible to adopt in the name of the country with any due regard to the country's honour or to the country's interests.“ || Mr. Gladstone spoke as follows two days later: || „There is, I admit, the obligation of the treaty. It is not necessary, nor would time permit me, to enter into the complicated question of the nature of the obligations of that treaty; but I am not able to subscribe to the doctrine of those who have held in this House what plainly amounts to an assertion, that the simple fact of the existence of a guarantee is binding on every party to it, irrespectively altogether of the particular position in which it may find itself at the time when the occasion for acting on the guarantee arises. The great authorities upon foreign policy to whom I have been accustomed to listen, such as Lord Aberdeen and Lord Palmerston, never to my knowledge took that rigid and, if I may venture to say so, that impracticable view of the guarantee. The circumstance, that there is already an existing guarantee in force, is, of necessity, an important fact, and a weighty element in the case, to which we are bound to give full and ample consideration. There is also this further consideration, the force of which we must all feel most deeply, and that is, the common interests against the unmeasured aggrandisement of any Power whatever.“ || The treaty is

an old treaty — 1839 — and that was the view taken of it in 1870. It is one of those treaties which are founded, not only on consideration for Belgium, which benefits under the treaty, but in the interests of those who guarantee the neutrality of Belgium. The honour and interests are, at least, as strong to-day as in 1870, and we cannot take a more narrow view or a less serious view of our obligations, and of the importance of those obligations, than was taken by Mr. Gladstone's Government in 1870.|| I will read to the House what took place last week on this subject. When mobilisation was beginning, I knew that this question must be a most important element in our policy — a most important subject for the House of Commons. I telegraphed at the same time in similar terms to both Paris and Berlin to say that it was essential for us to know whether the French and German Governments respectively were prepared to undertake an engagement to respect the neutrality of Belgium. These are the replies. I got from the French Government this reply:|| ,,The French Government are resolved to respect the neutrality of Belgium, and it would only be in the event of some other Power violating that neutrality that France might find herself under the necessity, in order to assure the defence of her security, to act otherwise. This assurance has been given several times. The President of the Republic spoke of it to the King of the Belgians, and the French Minister at Brussels has spontaneously renewed the assurance to the Belgian Minister of Foreign Affairs to-day.“|| From the German Government the reply was:|| ,,The Secretary of State for Foreign Affairs could not possibly give an answer before consulting the Emperor and the Imperial Chancellor.“|| Sir Edward Goschen, to whom I had said it was important to have an answer soon, said he hoped the answer would not be too long delayed. The German Minister for Foreign Affairs then gave Sir Edward Goschen to understand that he rather doubted whether they could answer at all, as any reply they might give could not fail, in the event of war, to have the undesirable effect of disclosing, to a certain extent, part of their plan of campaign. I telegraphed at the same time to Brussels to the Belgian Government, and I got the following reply from Sir Francis Villiers:|| ,,Belgium expects and desires that other Powers will observe and uphold her neutrality, which she intends to maintain to the utmost of her power. In so informing me, Minister for Foreign Affairs said, that, in the event of the violation of the neutrality of their territory they believed that they were in a position to defend themselves against intrusion. The relations between Belgium and her neighbours were excellent, and there was no reason to suspect their intentions; but he thought it well, nevertheless, to be prepared against emergencies.“|| It now appears from the news I have received

to-day — which has come quite recently, and I am not yet quite sure how far it has reached me in an accurate form — that an ultimatum has been given to Belgium by Germany, the object of which was to offer Belgium friendly relations with Germany on condition that she would facilitate the passage of German troops through Belgium. Well, Sir, until one has these things absolutely definitely, up to the last moment, I do not wish to say all that one would say it one were in a position to give the House full, complete, and absolute information upon the point. We were sounded in the course of last week as to whether, if a guarantee were given that, after the war, Belgian integrity would be preserved, that would content us. We replied that we could not bargain away whatever interests or obligations we had in Belgian neutrality. || Shortly before I reached the House I was informed that the following telegram had been received from the King of the Belgians by our King — King George: || „Remembering the numerous proofs of your Majesty's friendship and that of your predecessors, and the friendly attitude of England in 1870, and the proof of friendship she has just given us again, I make a supreme appeal to the diplomatic intervention of your Majesty's Government to safeguard the integrity of Belgium.“ || Diplomatic intervention took place last week on our part. What can diplomatic intervention do now? We have great and vital interests in the independence — and integrity is the least part — of Belgium. If Belgium is compelled to submit to allow her neutrality to be violated, of course the situation is clear. Even if by agreement she admitted the violation of her neutrality, it is clear she could only do so under duress. The smaller States in that region of Europe ask but one thing. Their one desire is that they should be left alone and independent. The one thing they fear is, I think, not so much that their integrity but that their independence should be interfered with. If in this war which is before Europe the neutrality of one of those countries is violated, if the troops of one of the combatants violate its neutrality and no action be taken to resent it, at the end of the war, whatever the integrity may be, the independence will be gone. || I have one further quotation from Mr. Gladstone as to what he thought about the independence of Belgium. It will be found in „Hansard“, volume 203, p. 1787. I have not had time to read the whole speech and verify the context, but the thing seems to me so clear that no context could make any difference to the meaning of it. Mr. Gladstone said: || „We have an interest in the independence of Belgium which is wider than that which we may have in the literal operation of the guarantee. It is found in the answer to the question whether, under the circumstances of the case, this country, endowed as it is with influence and power, would quietly stand

by and witness the perpetration of the direst crime that ever stained the pages of history, and thus become participators in the sin."|| No, Sir, if it be the case that there has been anything in the nature of an ultimatum to Belgium, asking her to compromise or violate her neutrality, whatever may have been offered to her in return, her independence is gone if that holds. If her independence goes, the independence of Holland will follow. I ask the House from the point of view of British interests, to consider what may be at stake. If France is beaten in a struggle of life and death, beaten to her knees, loses her position as a great Power, becomes subordinate to the will and power of one greater than herself — consequences which I do not anticipate, because I am sure that France has the power to defend herself with all the energy and ability and patriotism which she has shown so often — still, if that were to happen, and if Belgium fell under the same dominating influence, and then Holland, and then Denmark, then would not Mr. Gladstone's words come true, that just opposite to us there would be a common interest against the unmeasured aggrandisement of any Power?|| It may be said, I suppose, that we might stand aside, husband our strength, and that, whatever happened in the course of this war, at the end of it intervene with effect to put things right, and to adjust them to our own point of view. If, in a crisis like this, we run away from those obligations of honour and interest as regards the Belgian treaty, I doubt whether, whatever material force we might have at the end, it would be of very much value in face of the respect that we should have lost. And do not believe, whether a great Power stands outside this war or not, it is going to be in a position at the end of it to exert its superior strength. For us, with a powerful fleet, which we believe able to protect our commerce, to protect our shores, and to protect our interests, if we are engaged in war, we shall suffer but little more than we shall suffer even if we stand aside.|| We are going to suffer, I am afraid, terribly in this war, whether we are in it or whether we stand aside. Foreign trade is going to stop, not because the trade routes are closed, but because there is no trade at the other end. Continental nations engaged in war — all their populations, all their energies, all their wealth, engaged in a desperate struggle — they cannot carry on the trade with us that they are carrying on in times of peace, whether we are parties to the war or whether we are not. I do not believe for a moment, that at the end of this war, even if we stood aside and remained aside, we should be in a position, a material position, to use our force decisively to undo what had happened in the course of the war, to prevent the whole of the West of Europe opposite to us — if that had been the result of the war — falling under the domination of a single Power, and I am quite

sure that our moral position would be such as to have lost us all respect. I can only say that I have put the question of Belgium somewhat hypothetically, because I am not yet sure of all the facts, but, if the facts turn out to be as they have reached us at present, it is quite clear that there is an obligation on this country to do its utmost to prevent the consequences to which those facts will lead if they are undisputed. || I have read to the House the only engagements that we have yet taken definitely with regard to the use of force. I think it is due to the House to say that we have taken no engagement yet with regard to sending an expeditionary armed force out of the country. Mobilisation of the fleet has taken place; mobilisation of the army is taking place; but we have as yet taken no engagement, because I feel that — in the case of a European conflagration such as this, unprecedented, with our enormous responsibilities in India and other parts of the Empire, or in countries in British occupation, with all the unknown factors — we must take very carefully into consideration the use which we make of sending an expeditionary force out of the country until we know how we stand. One thing I would say. || The one bright spot in the whole of this terrible situation is Ireland. The general feeling throughout Ireland — and I would like this to be clearly understood abroad — does not make the Irish question a consideration which we feel we have now to take into account. I have told the House how far we have at present gone in commitments and the conditions which influence our policy, and I have put to the House and dwelt at length upon how vital is the condition of the neutrality of Belgium. || What other policy is there before the House? There is but one way in which the Government could make certain at the present moment of keeping outside this war, and that would be that it should immediately issue a proclamation of unconditional neutrality. We cannot do that. We have made the commitment to France that I have read to the House which prevents us doing that. We have got the consideration of Belgium which prevents us also from any unconditional neutrality, and, without these conditions absolutely satisfied and satisfactory, we are bound not to shrink from proceeding to the use of all the forces in our power. If we did take that line by saying, „We will have nothing whatever to do with this matter“ under no conditions — the Belgian treaty obligations, the possible position in the Mediterranean, with damage to British interests, and what may happen to France from our failure to support France — if we were to say that all those things mattered nothing, were as nothing, and to say we would stand aside, we should, I believe, sacrifice our respect and good name and reputation before the world, and should not escape the most serious and grave economic consequences. || My object has been

to explain the view of the Government, and to place before the House the issue and the choice. I do not for a moment conceal, after what I have said, and after the information, incomplete as it is, that I have given to the House with regard to Belgium, that we must be prepared, and we are prepared, for the consequences of having to use all the strength we have at any moment — we know not how soon — to defend ourselves and to take our part. We know, if the facts all be as I have stated them, though I have announced no intending aggressive action ou our part, no final decision to resort to force at a moment's notice, until we know the whole of the case, that the use of it may be forced upon us. As far as the forces of the Crown are concerned, we are ready. I believe the Prime Minister and my right hon. friend the First Lord of the Admiralty have no doubt whatever that the readiness and the efficiency of those forces were never at a higher mark than they are to-day, and never was there a time when confidence was more justified in the power of the navy to protect our commerce and to protect our shores. The thought is with us always of the suffering and misery entailed, from which no country in Europe will escape by abstention, and from which no neutrality will save us. The amount of harm that can be done by an enemy ship to our trade is infinitesimal, compared with the amount of harm that must be done by the economic condition that is caused on the Continent. || The most awful responsibility is resting upon the Government in deciding what to advise the House of Commons to do. We have disclosed our minds to the House of Commons. We have disclosed the issue, the information which we have, and made clear to the House, I trust, that we are prepared to face that situation, and that should it develop, as probably it may develop, we will face it. We worked for peace up to the last moment, and beyond the last moment. How hard, how persistently, and how earnestly we strove for peace last week the House will see from the papers that will be before it. || But that is over, as far as the peace of Europe is concerned. We are now face to face with a situation and all the consequences which it may yet have to unfold. We believe we shall have the support of the House at large in proceeding to whatever the consequences may be and whatever measures may be forced upon us by the development of facts or action taken by others. I believe the country, so quickly has the situation been forced upon it, has not had time to realise the issue. It perhaps is still thinking of the quarrel between Austria and Servia, and not the complications of this matter which have grown out of the quarrel between Austria and Servia. Russia and Germany we know are at war. We do not yet know officially that Austria, the ally whom Germany is to support, is yet at war with Russia. We know that a good deal

has been happening on the French frontier. We do not know that the German Ambassador has left Paris. || The situation has developed so rapidly that technically, as regards the condition of the war, it is most difficult to describe what has actually happened. I wanted to bring out the underlying issues which would affect our own conduct, and our own policy, and to put them clearly. I have now put the vital facts before the House, and if, as seems not improbable, we are forced, and rapidly forced, to take our stand upon those issues, then I believe, when the country realises what is at stake, what the real issues are, the magnitude of the impending dangers in the West of Europe, which I have endeavoured to describe to the House, we shall be supported throughout, not only by the House of Commons, but by the determination, the resolution, the courage, and the endurance of the whole country.

Nr. 14667. **GROSZBRITANNIEN.** Rede des Ministers des Auswärtigen im Unterhause über Deutschland und Belgien.

3. *August* 1914.

I want to give the House some information which I have received, and which was not in my possession when I made my statement this afternoon. It is information I have received from the Belgian Legation in London, and is to the following effect: || „Germany sent yesterday evening at 7 o'clock a note proposing to Belgium friendly neutrality, covering free passage on Belgian territory, and promising maintenance of independence of the kingdom and possession at the conclusion of peace, and threatening, in case of refusal, to treat Belgium as an enemy. A time limit of twelve hours was fixed for the reply. The Belgians have answered that an attack on their neutrality would be a flagrant violation of the rights of nations, and that to accept the German proposal would be to sacrifice the honour of a nation. Conscious of its duty, Belgium is firmly resolved to repel aggression by all possible means.“ || Of course, I can only say that the Government are prepared to take into grave consideration the information which it has received. I make no further comment upon it.

Nr. 14668. **GROSZBRITANNIEN.** Rede des Ministerpräsidenten im Unterhause über Deutschland und Belgien.

4. *August* 1914.

Mr. Bonar Law. — I wish to ask the Prime Minister whether he has any statement that he can now make to the House?

The Prime Minister (*Mr. Asquith*). — In conformity with the statement of policy made here by my right hon. friend the Foreign Secretary yesterday, a telegram was early this morning sent by him to our Ambassador in Berlin. It was to this effect: || „The King of the Belgians has made an appeal to His Majesty the King for diplomatic intervention on behalf of Belgium. His Majesty's Government are also informed that the German Government has delivered to the Belgian Government a note proposing friendly neutrality entailing free passage through Belgian territory, and promising to maintain the independence and integrity of the kingdom and its possessions at the conclusion of peace, threatening in case of refusal to treat Belgium as an enemy. An answer was requested within twelve hours. We also understand that Belgium has categorically refused this as a flagrant violation of the law of nations. His Majesty's Government are bound to protest against this violation of a treaty to which Germany is a party in common with themselves, and must request an assurance that the demand made upon Belgium may not be proceeded with, and that her neutrality will be respected by Germany. You should ask for an immediate reply." || We received this morning from our Minister at Brussels the following telegram: || „German Minister has this morning addressed note to the Belgian Minister for Foreign Affairs stating that, as Belgian Government have declined the well-intended proposals submitted to them by the Imperial Government, the latter will, deeply to their regret, be compelled to carry out, if necessary by force of arms, the measures considered indispensable in view of the French menaces." || Simultaneously — almost immediately afterwards — we received from the Belgian Legation here in London the following telegram: || „General staff announces that territory has been violated at Gemmenich (near Aix-la-Chapelle)." || Subsequent information tended to show that the German force has penetrated still further into Belgian territory. We also received this morning from the German Ambassador here the telegram sent to him by the German Foreign Secretary, and communicated by the Ambassador to us. It is in these terms: || „Please dispel any mistrust that may subsist on the part of the British Government with regard to our intentions by repeating most positively formal assurance that, even in the case of armed conflict with Belgium, Germany will, under no pretence whatever, annex Belgian territory. Sincerity of this declaration is borne out by fact that we solemnly pledged our word to Holland strictly to respect her neutrality. It is obvious that we could not profitably annex Belgic territory without making at the same time territorial acquisitions at expense of Holland. Please impress upon Sir E. Grey that German army could not be exposed to French attack across Belgium, which was planned

according to absolutely unimpeachable information. Germany had consequently to disregard Belgian neutrality, it being for her a question of life or death to prevent French advance.“ || I have to add this on behalf of His Majesty's Government: We cannot regard this as in any sense a satisfactory communication. We have, in reply to it, repeated the request we made last week to the German Government, that they should give us the same assurance in regard to Belgian neutrality as was given to us and to Belgium by France last week. We have asked that a reply to that request and a satisfactory answer to the telegram of this morning — which I have read to the House — should be given before midnight.

Nr. 14669. **GROSZBRITANNIEN.** Rede des Ministerpräsidenten im Unterhause über Belgien.

5. *August* 1914.

Mr. Bonar Law. — May I ask the Prime Minister if he has any information he can give us to-day?

The Prime Minister. — Our Ambassador at Berlin received his passports at 7 o'clock last evening, and since 11 o'clock last night a state of war has existed between Germany and ourselves. || We have received from our Minister at Brussels the following telegram: || „I have just received from Minister for Foreign Affairs“ || — that is the Belgian Minister for Foreign Affairs — || „a note of which the following is a literal translation: || ‚Belgian Government regret to have to inform His Majesty's Government that this morning armed forces of Germany penetrated into Belgian territory in violation of engagements assumed by treaty. || Belgian Government are further resolved to resist by all means in their power. || Belgium appeals to Great Britain and France and Russia to co-operate, as guarantors, in defence of her territory. || There would be concerted and common action with the object of resisting the forcible measures employed by Germany against Belgium, and at the same time of guarding the maintenance for future of the independence and integrity of Belgium. || Belgium is happy to be able to declare that she will assume defence of her fortified places.‘“ || We have also received to-day from the French Ambassador here the following telegram received by the French Government from the French Minister at Brussels: || „The Chef du Cabinet of the Belgian Ministry of War has asked the French military attaché to prepare at once for the co-operation and contact of French troops with the Belgian army pending the results of the appeal to the guaranteeing Powers now being made. Orders have therefore been given to Belgian provincial Governors not to regard movements of French troops

as a violation of the frontier."|| This is all the information I am at the moment able to give to the House, but I take the opportunity of giving notice that to-morrow, in Committee of Supply, I shall move a vote of credit of 100,000,000 *l*.

Nr. 14670. **GROSZBRITANNIEN.** Rede des Ministerpräsidenten über die Entstehung des Krieges zur Begründung des Kriegskredits. Polemik gegen den deutschen Reichskanzler.

6. *August* 1914.

Motion made, and Question proposed, „That a sum, not exceeding Lstr. 100,000,000, be granted to His Majesty, beyond the ordinary grants of Parliament, towards defraying expenses that may be incurred during the year ending March 31st, 1915, for all measures which may be taken for the security of the country, for the conduct of Naval and Military operations, for assisting the food supply, for promoting the continuance of trade, industry, and business communications, whether by means of insurance or indemnity against risk, or otherwise for the relief of distress, and generally for all expenses arising out of the existence of a state of war."

The Prime Minister (*Mr. Asquith*). — In asking the House to agree to the resolution which Mr. Speaker has just read from the Chair, I do not propose, because I do not think it is in any way necessary, to traverse the ground again which was covered by my right hon. friend the Foreign Secretary two or three nights ago. He stated — and I do not think any of the statements he made are capable of answer and certainly have not yet been answered — the grounds upon which, with the utmost reluctance and with infinite regret, His Majesty's Government have been compelled to put this country in a state of war with what, for many years and indeed generations past, has been a friendly Power. But, Sir, the papers which have since been presented to Parliament, and which are now in the hands of hon. Members will, I think, show how strenuous, how unremitting, how persistent, even when the last glimmer of hope seemed to have faded away, were the efforts of my right hon. friend to secure for Europe an honourable and a lasting peace. Everyone knows, in the great crisis which occurred last year in the East of Europe, it was largely, if not mainly, by the acknowledgment of all Europe, due to the steps taken by my right hon. friend that the area of the conflict was limited, and that, so far as the great Powers are concerned, peace was maintained. If his efforts upon this occasion have, unhappily, been less successful, I am certain that this House and the

country, and I will add posterity and history, will accord to him what is, after all, the best tribute that can be paid to any statesman: that, never derogating for an instant or by an inch from the honour and interests of his own country, he has striven, as few men have striven, to maintain and preserve the greatest interest of all countries — universal peace. These papers which are now in the hands of hon. Members show something more than that. They show what were the terms which were offered to us in exchange for our neutrality. I trust that not only the Members of this House, but all our fellow-subjects everywhere will read the communications, will read, learn and mark the communications which passed only a week ago to-day between Berlin and London in this matter. The terms by which it was sought to buy our neutrality are contained in the communication made by the German Chancellor to Sir Edward Goschen on the 29th July, No. 85 of the published Paper. I think I must refer to them for a moment. After referring to the state of things as between Austria and Russia, Sir Edward Goschen goes on:|| „He then proceeded to make the following strong bid for British neutrality. He said that it was clear, so far as he was able to judge the main principle which governed British policy, that Great Britain would never stand by and allow France to be crushed in any conflict there might be. That, however, was not the object at which Germany aimed. Provided that neutrality of Great Britain were certain, every assurance would be given to the British Government that the Imperial Government" —|| Let the House observe these words —|| „aimed at no territorial acquisition at the expense of France should they prove victorious in any war that might ensue."|| Sir Edward Goschen proceeded to put a very pertinent question:|| „I questioned His Excellency about the French colonies" —|| What are the French colonies? They mean every part of the dominions and possessions of France outside the geographical area of Europe —|| „and he said that he was unable to give a similar undertaking in that respect."|| Let me come to what, in my mind, personally, has always been the crucial, and almost the governing consideration, namely, the position of the small states:|| „As regards Holland, however, His Excellency said that so long as Germany's adversaries respected the integrity and neutrality of the Netherlands, Germany was ready to give His Majesty's Government an assurance that she would do likewise."|| Then we come to Belgium:|| „It depended upon the action of France what operations Germany might be forced to enter upon in Belgium, but, when the war was over, Belgian integrity would be respected if she had not sided against Germany."|| Let the House observe the distinction between those two cases. In regard to Holland it was not only independence and integrity

but also neutrality; but in regard to Belgium there was no mention of neutrality at all, nothing but an assurance that after the war came to an end the integrity of Belgium would be respected. Then His Excellency added:|| ,,Ever since he had been Chancellor the object of his policy had been to bring about an understanding with England. He trusted that these assurances" —|| the assurances I have read out to the House —|| ,,might form the basis of that understanding which he so much desired."

What does that amount to? Let me just ask the House. I do so, not with the object of inflaming passion, certainly not with the object of exciting feeling against Germany, but I do so to vindicate and make clear the position of the British Government in this matter. What did that proposal amount to? In the first place, it meant this: That behind the back of France — they were not made a party to these communications — we should have given, if we had assented to that, a free licence to Germany to annex, in the event of a successful war, the whole of the extra-European dominions and possessions of France. What did it mean as regards Belgium? When she addressed, as she has addressed in these last few days, her moving appeal to us to fulfil our selemn guarantee of her neutrality, what reply should we have given? What reply should we have given to that Belgian appeal? We should have been obliged to say that, without her knowledge, we had bartered away to the Power threatening her our obligation to keep our plighted word. The House has read, and the country has read, of course, in the last few hours, the most pathetic appeal addressed by the King of Belgium, and I do not envy the man who can read that appeal with an unmoved heart. Belgians are fighting and losing their lives. What would have been the position of Great Britain to-day in the face of that spectacle, if we had assented to this infamous proposal? Yes, and what are we to get in return for the betrayal of our friends and the dishonour of our obligations? What are we to get in return? A promise — nothing more; a promise as to what Germany would do in certain eventualities; a promise, be it observed — I am sorry to have to say it, but it must be put upon record — given by a Power which was at that very moment announcing its intention to violate its own treaty and inviting us to do the same. I can only say, if we had dallied or temporised, we, as a Government, should have covered ourselves with dishonour, and we should have betrayed the interests of this country, of which we are trustees. I am glad, and I think the country will be glad, to turn to the reply which my right hon. friend made, and of which I will read to the House two of the more salient passages. This document, No. 101 of my Paper, puts on record a week ago the attitude of the British Government, and, as I believe, of the British people. My

right hon. friend says:|| „His Majesty's Government cannot for a moment entertain the Chancellor's proposal that they should bind themselves to neutrality on such terms. What he asks us in effect is to engage to stand by while French Colonies are taken if France is beaten, so long as Germany does not take French territory as distinct from the Colonies. From the material point of view" || My right hon. friend, as he always does, used very temperate language:|| „such a proposal is unacceptable, for France, without further territory in Europe being taken from her, could be so crushed as to lose her position as a Great Power, and become subordinate to German policy."|| That is the material aspect. But he proceeded:|| „Altogether, apart from that, it would be a disgrace for us to make this bargain with Germany at the expense of France, a disgrace from which the good name of this country would never recover. The Chancellor also in effect asks us to bargain away whatever obligation or interest we have as regards the neutrality of Belgium. We could not entertain that bargain either."|| He then says:|| „We must preserve our full freedom to act, as circumstances may seem to us to require."|| And he added, I think, in sentences which the House will appreciate:|| „You should . . . add most earnestly that the one way of maintaining the good relations between England and Germany is that they should continue to work together to preserve the peace of Europe. . . . For that object this Government will work in that way with all sincerity and good will.|| If the peace of Europe can be preserved and the present crisis safely passed, my own endeavour will be to promote some arrangement to which Germany could be a party, by which she could be assured that no aggressive or hostile policy would be pursued against her or her allies by France, Russia, and ourselves, jointly or separately. I have desired this and worked for it" —|| The statement was never more true —|| „as far as I could, through the last Balkan crisis and Germany having a corresponding object, our relations sensibly improved. The idea has hitherto been too Utopian to form the subject of definite proposals, but if this present crisis, so much more acute than any that Europe has gone through for generations, be safely passed, I am hopeful that the relief and reaction which will follow may make possible, some more definite rapprochement between the Powers than has been possible hitherto."|| That document, in my opinion, states clearly, in temperate and convincing language the attitude of this Government. Can any one who reads it fail to appreciate the tone of obvious sincerity and earnestness which underlies it; can any one honestly doubt that the Government of this country in spite of great provocation — and I regard the proposals made to us as proposals which we might have thrown aside without consideration and almost without answer — can any

one doubt that in spite of great provocation the right hon. Gentleman, who had already earned the title — and no one ever more deserved it — of Peace Maker of Europe, persisted to the very last moment of the last hour in that beneficent but unhappily frustrated purpose? I am entitled to say, and I do so on behalf of this country — I speak not for a party, I speak for the country as a whole — that we made every effort any Government could possibly make for peace. But this war has been forced upon us. What is it we are fighting for? Every one knows, and no one knows better than the Government, the terrible incalculable suffering, economic, social, personal and political, which war, and especially a war between the Great Powers of the world, must entail. There is no man amongst us sitting upon this bench in these trying days — more trying perhaps than any body of statesmen for a hundred years have had to pass through, there is not a man amongst us who has not, during the whole of that time, had clearly before his vision the almost unequalled suffering which war, even in a just cause, must bring about, not only to the peoples who are for the moment living in this country and in the other countries of the world, but to posterity and to the whole prospects of European civilisation. Every step we took we took with that vision before our eyes, and with a sense of responsibility which it is impossible to describe. Unhappily, if — in spite of all our efforts to keep the peace, and with that full and overpowering consciousness of the result, if the issue be decided in favour of war — we have, nevertheless, thought it to be the duty as well as the interest of this country to go to war, the House may be well assured it was because we believe, and I am certain the country will believe, we are unsheathing our sword in a just cause.|| If I am asked what we are fighting for, I reply in two sentences. In the first place to fulfil a solemn international obligation, an obligation which, if it had been entered in between private persons in the ordinary concerns of life, would have been regarded as an obligation not only of law but of honour, which no self-respecting man could possibly have repudiated. I say, secondly, we are fighting to vindicate the principle which, in these days when force, material force, sometimes seems to be the dominant influence and factor in the development of mankind, we are fighting to vindicate the principle that small nationalities are not to be crushed, in defiance of international good faith, by the arbitrary will of a strong and over-mastering Power. I do not believe any nation ever entered into a great controversy — and this is one of the greatest history will ever know — with a clearer conscience and stronger conviction that it is fighting not for aggression, not for the maintenance even of its own selfish interest, but that it is fighting in defence of principles, the maintenance of which is vital to the civilisa-

tion of the world. With a full conviction, not only of the wisdom and justice, but of the obligations which lay upon us to challenge this great issue, we are entering into the struggle. Let us now make sure that all the resources, not only of this United Kingdom, but of the vast Empire of which it is the centre, shall be thrown into the scale, and it is that that object may be adequately secured, that I am now about to ask this Committee — to make the very unusual demand upon it — to give the Government a Vote of Credit of 100 000 000 *l*. I am not going, and I am sure the Committee do not wish it, into the technical distinctions between Votes of Credit and Supplementary Estimates and all the rarities and refinements which arise in that connection. There is a much higher point of view than that. If it were necessary, I could justify, upon purely technical grounds, the course we propose to adopt, but I am not going to do so, because I think it would be foreign to the temper and disposition of the Committee. There is one thing to which I do call attention, that is, the Title and Heading of the Bill. As a rule, in the past, Votes of this kind have been taken simply for naval and military operations, but we have thought it right to ask the Committee to give us its confidence in the extension of the traditional area of Votes of Credit so that this money, which we are asking them to allow us to expend, may be applied not only for strictly naval and military operations, but to assist the food supplies, promote the continuance of trade, industry, business, and communications — whether by means of insurance or indemnity against risk or otherwise — for the relief of distress, and generally for all expenses arising out of the existence of a state of war. I believe the Committee will agree with us that it was wise to extend the area of the Vote of Credit so as to include all these various matters. It gives the Government a free hand. Of course, the Treasury will account for it, and any expenditure that takes place will be subject to the approval of the House. I think it would be a great pity — in fact, a great disaster — if, in a crisis of this magnitude, we were not enabled to make provision — provision far more needed now than it was under the simpler conditions that prevailed in the old days — for all the various ramifications and developments of expenditure which the existence of a state of war between the great Powers of Europe must entail on any one of them. || I am asking also in my character of Secretary of State for War — a position which I held until this morning — for a Supplementary Estimate for men for the Army. Perhaps the Committee will allow me for a moment just to say on that personal matter that I took upon myself the office of Secretary of State for War under conditions, upon which I need not go back but which are fresh in the minds of everyone, in the hope and with the object that the condition

12*

of things in the Army, which all of us deplored, might speedily be brought to an end and complete confidence re-established. I believe that is the case; in fact, I know it to be. There is no more loyal and united body, no body in which the spirit and habit of discipline are more deeply ingrained and cherished than in the British Army. Glad as I should have been to continue the work of that office, and I would have done so under normal conditions, it would not be fair to the Army, it would not be just to the country, that any Minister should divide his attention between that Department and another, still less that the First Minister of the Crown, who has to look into the affairs of all departments and who is ultimately responsible for the whole policy of the Cabinet, should give, as he could only give, perfunctory attention to the affairs of our Army in a great war. I am very glad to say that a very distinguished soldier and administrator, in the person of Lord Kitchener, with that great public spirit and patriotism that everyone would expect from him, at my request stepped into the breach. Lord Kitchener, as everyone knows, is not a politician. His association with the Government as a Member of the Cabinet for this purpose must not be taken as in any way identifying him with any set of political opinions. He has, at a great public emergency, responded to a great public call, and I am certain he will have with him, in the discharge of one of the most arduous tasks that has ever fallen upon a Minister, the complete confidence of all parties and all opinions. || I am asking on his behalf for the Army, power to increase the number of men of all ranks, in addition to the number already voted, by no less than 500,000. I am certain the Committee will not refuse its sanction, for we are encouraged to ask for it not only by our own sense of the gravity and the necessities of the case, but by the knowledge that India is prepared to send us certainly two Divisions, and that every one of our self-governing Dominions, spontaneously and unasked, has already tendered to the utmost limits of their possibilities, both in men and in money, every help they can afford to the Empire in a moment of need. Sir, the Mother Country must set the example, while she responds with gratitude and affection to those filial overtures from the outlying members of her family. || Sir, I will say no more. This is not an occasion for controversial discussion. In all that I have said, I believe I have not gone, either in the statement of our case or in my general description of the provision we think it necessary to make, beyond the strict bounds of truth. It is not my purpose — it is not the purpose of any patriotic man — to inflame feeling, to indulge in rhetoric, to excite international animosities. The occasion is far too grave for that. We have a great duty to perform, we have a great trust to fulfil, and confidently we believe that Parliament and the country will enable us to do it.

Nr. 14671. BELGIEN.*) Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten in Paris, Berlin, London, Wien, Petersburg. Möglichkeit eines allgemeinen Konflikts. Belgische Neutralität. Mitteilung an die Mächte.

Bruxelles, le 24 juillet 1914.

Monsieur le Ministre. || Le Gouvernement du Roi s'est demandé si, dans les circonstances actuelles, il n'y aurait pas lieu d'adresser aux Puissances qui ont garanti son indépendance et sa neutralité une communication destinée à leur confirmer sa résolution de remplir les devoirs internationaux que lui imposent les traités au cas où une guerre viendrait à éclater aux frontières de la Belgique. || Il a été amené à la conclusion qu'une telle communication serait prématurée à l'heure présente mais que les événements pourraient se précipiter et ne point lui laisser le temps de faire parvenir, au moment voulu, les instructions opportunes à ses représentants à l'étranger. || Dans cette situation, j'ai proposé au Roi et à mes collègues du Cabinet, qui se sont ralliés à ma manière de voir, de vous donner, dès à présent, des indications précises sur la démarche que vous auriez à faire si l'éventualité d'une guerre franco-allemande devenait plus menaçante. || Vous trouverez, sous ce pli, une lettre signée, mais non datée dont vous aurez à donner lecture et à laisser copie au Ministre des Affaires étrangères si les circonstances exigent cette communication. || Je vous indiquerai par télégramme le moment d'agir. || Le télégramme vous sera adressé à l'heure où la mobilisation de l'armée belge sera décrétée, si, contrairement à notre sincère espoir, et aux apparences de solution pacifique, nos renseignements nous amenaient à prendre cette mesure extrême de précaution.

Veuillez agréer, etc. (s) Davignon.

Annexe.

Monsieur le Ministre, || La situation internationale est grave; l'éventualité d'un conflit entre plusieurs puissances ne peut être écartée des préoccupations du gouvernement du Roi. || La Belgique a observé avec la plus scrupuleuse exactitude les devoirs d'Etat neutre que lui imposent les traités du 19 avril 1839. Ces devoirs, elle s'attachera inébranlablement à les remplir, quelles que soient les circonstances. || Les dispositions amicales des puissances à son égard ont été affirmées si souvent que la Belgique a la confiance de voir son territoire demeurer hors de toute atteinte si des hostilités venaient à se produire à ses frontières. || Toutes les mesures nécessaires pour assurer

*) Nr. 14671 bis Nr. 14734 entstammen dem belgischen Graubuch Corresp. diplomatique relative à la guerre de 1914.

l'observation de sa neutralité n'en ont pas moins été prises par le Gouvernement du Roi. L'armée belge est mobilisée et se porte sur les positions stratégiques choisies pour assurer la défense du pays et le respect de sa neutralité. Les forts d'Anvers et de la Meuse sont en état de défense. || Il est à peine nécessaire, Monsieur le Ministre, d'insister sur le caractère de ces mesures. Elles n'ont d'autre but que de mettre la Belgique en situation de remplir ses obligations internationales; elles ne sont et n'ont pu être inspirées, cela va de soi, ni par le dessein de prendre part à une lutte armée des puissances, ni par un sentiment de défiance envers aucune d'elles. || Me conformant aux ordres reçus, j'ai l'honneur de remettre à Votre Excellence une copie de la déclaration du gouvernement du Roi et de La prier de bien vouloir en prendre acte. || Une communication identique a été faite aux autres Puissances garantes de la neutralité belge.

Je saisis, etc.

Nr. 14672. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten in Rom, Haag, Luxemburg. Dasselbe.

Bruxelles, le 25 juillet 1914.

Monsieur le Ministre, || J'ai adressé à vos Collègues accrédités auprès des Puissances garantes de l'indépendance et de la neutralité de la Belgique une circulaire, sans date, dont vous trouverez le texte sous ce pli. || Si la menace d'une guerre franco-allemande devenait imminente, cette circulaire serait communiquée aux Gouvernements des Puissances garantes, pour leur faire connaître notre résolution bien arrêtée de remplir les devoirs internationaux que nous imposent les traités de 1839. || La communication dont il s'agit ne serait effectuée que sur un ordre télégraphique de ma part. || Si les circonstances m'amènent à donner cet ordre, je vous prierai, également par la voie télégraphique, de donner connaissance de notre démarche au gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité, en lui communiquant une copie de la circulaire ci-jointe, à titre de renseignement, et sans demander qu'il vous soit donné acte de cette communication. || Mon télégramme vous indiquerait, éventuellement, la date qui devrait être attribuée à la circulaire, date que vous auriez soin d'inscrire sur la copie que vous remettriez au Ministre des Affaires Etrangères. || Il va de soi que la présente dépêche et son annexe doivent conserver un caractère strictement confidentiel, jusqu'au reçu de nouvelles instructions de ma part.

(s) Davignon.

(Anlage wie oben.)

Nr. 14673. **BELGIEN.** Der Gesandte in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Die englische Botschaft in Berlin über den österreichisch-serbischen Streit.

Berlin, 27 juillet 1914.

D'après un télégramme du Chargé d'Affaires Britannique à Belgrade, le Gouvernement serbe a cédé sur tous les points de la note autrichienne. Il admet même l'immixtion de fonctionnaires autrichiens si celle-ci peut s'accorder avec les usages du droit des gens. Le Chargé d'Affaires Britannique estime que cette réponse devrait satisfaire l'Autriche dans le cas où celle-ci ne voudrait pas la guerre. Néanmoins l'impression est plus favorable ici aujourd'hui, surtout parce que les hostilités contre la Serbie n'ont pas commencé. Le Gouvernement Britannique propose l'intervention de l'Angleterre, de l'Allemagne, de la France et de l'Italie à Saint-Pétersbourg et à Vienne pour trouver un terrain de conciliation. L'Allemagne seul n'a pas encore répondu. L'Empereur décidera. (Telegramm.)

Nr. 14674. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten in Berlin, Paris, London, Wien, Petersburg, Rom, Haag, Luxemburg. Verstärkter Friedensstand.

Bruxelles, le 29 juillet 1914.

Monsieur le Ministre,|| Le Gouvernement du Roi a décidé de mettre l'armée sur le pied de paix renforcé.|| Cette mesure ne doit être en aucune façon confondue avec la mobilisation.|| A cause du peu d'étendue de son territoire, la Belgique toute entière constitue en quelque sorte une zone frontière. Son armée, sur le pied de paix ordinaire, ne comporte qu'une classe de milice sous les armes. Sur le pied de paix renforcé ses divisions d'armée et sa division de cavalerie, grâce au rappel de 3 classes ont des effectifs analogues à ceux des corps entretenus en permanence dans les zones frontières des Puissances voisines.|| Ces renseignements vous permettraient de répondre aux questions qui pourraient vous être posées.

Veuillez agréer, etc.

(s) Davignon.

Nr. 14675. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten in Berlin, Paris und London. Frankreich will die belgische Neutralität achten.

Bruxelles, le 31 juillet 1914.

Monsieur le Ministre,|| M. le Ministre de France étant venu me montrer un télégramme de l'Agence Havas, décrétant l'état de guerre en Allemagne,

m'a dit: Je profite de cette occasion pour vous déclarer qu'aucune incursion des troupes françaises n'aura lieu en Belgique, même si des forces importantes étaient massées sur les frontières de votre pays. La France ne veut pas avoir la responsabilité d'accomplir vis-à-vis de la Belgique, le premier acte d'hostilité. Des instructions dans ce sens seront données aux autorités françaises.|| J'ai remercié M. Klobukowski de sa communication et j'ai cru devoir lui faire remarquer que nous avions toujours eu la plus grande confiance dans la loyauté que nos deux Etats voisins mettraient à tenir leurs engagements à notre égard. Nous avons aussi tout lieu de croire que l'attitude du Gouvernement allemand sera identique à celle du Gouvernement de la République française.

Veuillez agréer, etc.

(s) Davignon.

Nr. 14676. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandtschaften. Mobilisation (Telegramm).

Bruxelles, 31 juillet 1914.

Le Ministre de la Guerre me fait savoir que la mobilisation est décrétée et que le samedi 1er août est le premier jour de la mobilisation.

(s) Davignon.

Nr. 14677. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten in Berlin, London, Paris. England über die Neutralität Belgiens.

Bruxelles, le 31 juillet 1914.

Monsieur le Ministre,|| Le Ministre d'Angleterre a demandé à me voir d'urgence et m'a fait la communication suivante, qu'il souhaitait être à même de m'exposer depuis plusieurs jours. En raison de la possibilité d'une guerre européenne, Sir Edward Grey a demandé aux Gouvernements français et allemand, séparément, si chacun d'eux était prêt à respecter la neutralité de la Belgique pourvu qu'aucune puissance ne la viole.|| „Vu les traités qui existent, je suis chargé d'informer le Ministre des Affaires Etrangères de Belgique de ce qui précède et de dire que Sir Edward Grey présume que la Belgique fera tout son possible pour maintenir sa neutralité et qu'elle désire et s'attend à ce que les autres puissances l'observent et la maintiennent."|| Je me suis empressé de remercier Sir Francis Villiers de cette communication que le Gouvernement belge apprécie particulièrement et j'ai ajouté que la Grande-Bretagne et les autres nations garantes de notre indépendance pouvaient être assurées que nous ne négligerions aucun effort pour maintenir notre neutralité, et que nous étions convaincus que

les autres puissances, vu les excellents rapports d'amitié et de confiance, que nous avions toujours entretenus avec elles, observeraient et maintiendraient cette neutralité. || Je n'ai pas manqué d'affirmer que nos forces militaires, considérablement développées à la suite de notre réorganisation récente, étaient à même de nous permettre de nous défendre énergiquement en cas de violation de notre territoire. || Au cours de la conversation qui a suivi, Sir Francis m'a paru un peu surpris de la rapidité avec laquelle nous avions décidé la mobilisation de notre armée. J'ai fait remarquer que les Pays-Bas avaient pris une résolution identique avant nous et que d'autre part la date récente de notre nouveau régime militaire et les mesures transitoires que nous avions dû décider à cette occasion, nous imposaient des mesures urgentes et complètes. Nos voisins et garants devaient voir dans cette résolution le désir de manifester notre profonde volonté de maintenir nous-mêmes notre neutralité. || Sir Francis m'a paru satisfait de ma réponse et m'a annoncé que son Gouvernement attendait cette réponse pour continuer les négociations avec la France et l'Allemagne, négociations dont la conclusion me serait communiquée.

Veuillez agréer, etc.

(s) Davignon.

Nr. 14678. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten in Berlin, London, Paris. Unterredung mit dem deutschen Gesandten über die belgische Neutralität.

Bruxelles, le 31 juillet 1914.

Monsieur le Ministre, || Ce matin, au cours d'une conversation que le Secrétaire Général de mon Département a eue avec M. de Below, il a expliqué au Ministre d'Allemagne la portée des mesures militaires que nous avons prises et lui a dit qu'elles étaient une conséquence de notre volonté d'accomplir nos obligations internationales qu'elles n'impliquaient en aucune façon une attitude de défiance envers nos voisins. || Le Secrétaire Général a demandé ensuite au Ministre d'Allemagne s'il avait connaissance de la conversation qu'il avait eue avec son prédécesseur M. de Flotow, et de la réponse que le Chancelier de l'Empire avait chargé celui-ci de lui faire. || Au cours de la polémique soulevée en 1911 par le dépôt du projet hollandais concernant les fortifications de Flessingue, certains journaux avaient affirmé qu'en cas de guerre franco-allemande, notre neutralité serait violée par l'Allemagne. || Le Département des Affaires Etrangères avait suggéré l'idée qu'une déclaration faite au Parlement allemand à l'occasion d'un débat sur la politique étrangère serait de nature à apaiser

l'opinion publique et à calmer ses défiances, si regrettables au point de vue des relations des deux pays.|| M. de Bethman-Holweg fit répondre qu'il avait été très sensible aux sentiments qui avaient inspiré notre démarche. Il déclarait que l'Allemagne n'avait pas l'intention de violer notre neutralité, mais il estimait qu'en faisant publiquement une déclaration, l'Allemagne affaiblirait sa situation militaire vis-à-vis de la France qui, rassurée du côté du Nord, porterait toutes ses forces du côté de l'Est.|| Le Baron van der Elst poursuivant, dit qu'il comprenait parfaitement les objections qu'avaient faites M. de Bethman-Holweg à la déclaration publique suggérée et il rappela que depuis lors en 1913, M. de Jagow avait fait à la Commission du budget du Reichstag, des déclarations rassurantes quant au respect de la neutralité de la Belgique.|| M. de Below répondit qu'il était au courant de la conversation avec M. de Flotow et qu'il était certain que les sentiments exprimés à cette époque n'avaient pas changé.

Veuillez agréer, etc.

(s) Davignon.

Annexe.

Berlin, le 2 mai 1913.

Monsieur le Ministre,|| J'ai l'honneur de vous faire connaître d'après l'officieuse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", les déclarations faites, au cours de la séance du 29 avril de la commission du budget du Reichstag, par le secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères et le Ministre de la Guerre, relativement à la neutralité de la Belgique.|| „Un membre du parti social-démocrate dit: En Belgique on voit avec appréhension s'approcher une guerre franco-allemande, car on craint que l'Allemagne ne respectera pas la neutralité de la Belgique.|| M. de Jagow, Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères répondit: la neutralité de la Belgique est déterminée par des conventions internationales et l'Allemagne est décidée à respecter ces conventions.|| Cette déclaration ne satisfit pas un autre membre du parti social-démocrate. M. de Jagow observa qu'il n'avait rien à ajouter aux paroles claires qu'il avait prononcées relativement aux relations de l'Allemagne avec la Belgique.|| A de nouvelles interrogations d'un membre du parti social-démocrate M. de Heeringen, Ministre de la Guerre, répondit: la Belgique ne joue aucun rôle dans la justification du projet de réorganisation militaire allemand; celui-ci se trouve justifié par la situation en Orient. L'Allemagne ne perdra pas de vue que la neutralité belge est garantie par les traités internationaux.|| Un membre du parti progressiste ayant encore parlé de la Belgique, M. de Jagow fit remarquer à nouveau que sa déclaration concernant la Belgique était suffisamment claire."

Veuillez agréer, etc.

(s) Baron Beyens.

Nr. 14679. **BELGIEN.** Der Gesandte in London an den Minister des Auswärtigen. England fordert Respektierung der belgischen Neutralität. (Telegramm.)

Londres, 1er août 1914.

L'Angleterre a demandé séparément à la France et à l'Allemagne si elles respecteraient le territoire de la Belgique dans le cas où leur adversaire ne la violerait pas. On attend la réponse allemande. La France a accepté.

Nr. 14680. **BELGIEN.** Der Gesandte in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland und England über die belgische Neutralität. (Telegramm.)

Berlin, 1er août 1914.

L'Ambassadeur d'Angleterre a été chargé de demander au Ministre des Affaires Etrangères si en cas de guerre, l'Allemagne respecterait la neutralité de la Belgique et le Ministre aurait dit qu'il ne peut pas répondre à cette question.

Nr. 14681. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten in Berlin, Paris, London. Frankreich verspricht Respektierung der Neutralität.

Bruxelles, 1er août 1914.

Monsieur le Ministre,|| J'ai l'honneur de vous faire savoir que le Ministre de France m'a fait verbalement la communication suivante:|| „Je suis autorisé à déclarer qu'en cas de conflit international, le Gouvernement de la République, ainsi qu'il l'a toujours déclaré, respectera la neutralité de la Belgique. Dans l'hypothèse où cette neutralité ne serait pas respectée par une autre puissance, le Gouvernement français, pour assurer sa propre défense, pourrait être amené à modifier son attitude.“|| J'ai remercié Son Excellence et ai ajouté que de notre côté nous avions pris sans aucun retard toutes les mesures voulues pour faire respecter notre indépendance et nos frontières.

Veuillez agréer, etc.

(s) Davignon.

Nr. 14682. BELGIEN. Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten in Paris, Berlin, London, Wien, Petersburg. Ausführung der Instruktion von Nr. 14671. (Telegramm.)

Bruxelles, 1er août 1914.

Exécutez instructions données par lettre du 24 juillet.

(s) Davignon.

Nr. 14683. BELGIEN. Der Minister des Auswärtigen an die Gesandtschaften in Rom, Haag, Luxemburg. Dasselbe. (Telegramm).

Bruxelles, 1er août 1914.

Exécutez instructions données par lettre du 25 juillet.

(s) Davignon.

Nr. 14684. LUXEMBURG. Der Staatsminister an den belgischen Minister des Auswärtigen. Die Deutschen rücken ein. (Telegramm.)

Luxembourg, 2 août 1914.

J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence les faits suivants: Dimanche 2 août, de grand matin, les troupes allemandes, d'après les informations qui sont parvenues au Gouvernement Grand Ducal à l'heure actuelle, ont pénétré sur le territoire luxembourgeois par les ponts de Wasserbillig et de Remich, se dirigeant spécialement vers le Sud du pays et vers la ville de Luxembourg, capitale du Grand Duché. Un certain nombre de trains blindés avec des troupes et des munitions ont été acheminés par la voie de chemin de fer de Wasserbillig à Luxembourg, où l'on s'attend à les voir arriver d'un instant à l'autre. Ces faits impliquent des actes manifestement contraires à la neutralité du Grand Duché, garantie par le traité de Londres de 1867. Le Gouvernement Luxembourgeois n'a pas manqué de protester énergiquement contre cette agression auprès du Représentant de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne à Luxembourg. Une protestation identique va être transmise télégraphiquement au Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères à Berlin.

Le Ministre d'Etat,
Président du Gouvernement:
(s) Eyschen.

Nr. 14685. BELGIEN. Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten in Paris, Berlin, London, Wien, Petersburg. Hat von Deutschland eine formelle Erklärung gefordert.

Bruxelles, le 2 août 1914.

Monsieur le Ministre, || J'avais eu soin de faire avertir par M. de Bassompierre le Ministre d'Allemagne qu'un communiqué de M. Klobukowski, Ministre de France, à la presse bruxelloise, annoncerait la déclaration formelle que ce dernier m'avait faite le 1er août. Rencontrant M. de Below, ce dernier m'a remercié de cette attention et a ajouté que jusqu'à présent il n'avait pas été chargé de nous faire une communication officielle, mais que nous connaissions son opinion personnelle sur la sécurité avec laquelle nous avions le droit de considérer nos voisins de l'Est. J'ai immédiatement répondu que tout ce que nous connaissions des intentions de ceux-ci, intentions indiquées dans les multiples entretiens antérieurs, ne nous permettait pas de douter de leur parfaite correction vis-à-vis de la Belgique; je tenais cependant à ajouter que nous attacherions le plus grand prix à être en possession d'une déclaration formelle dont la nation prendrait connaissance avec joie et reconnaissance.

Veuillez agréer, etc.

(s) Davignon.

Nr. 14686. DEUTSCHES REICH. Der Gesandte in Brüssel an den belgischen Minister des Auswärtigen. Ankündigung des deutschen Einmarsches.

Brüssel, den 2. August 1914.

Kaiserlich
Deutsche Gesandtschaft
in Belgien.

Très confidentiel. || Der Kaiserlichen Regierung liegen zuverlässige Nachrichten vor über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maas-Strecke Givet-Namur. Sie lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzugehen. || Die Kaiserliche Regierung kann sich der Besorgnis nicht erwehren, daß Belgien, trotz besten Willens, nicht imstande sein wird, ohne Hilfe einen französischen Vormarsch mit so großer Aussicht auf Erfolg abzuwehren, daß darin eine ausreichende Sicherheit gegen die Bedrohung Deutschlands gefunden werden kann. Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung für Deutschland, dem feindlichen Angriff zuvorzukommen. Mit dem

größten Bedauern würde es daher die deutsche Regierung erfüllen, wenn Belgien einen Akt der Feindseligkeit gegen sich darin erblicken würde, daß die Maßnahmen seiner Gegner Deutschland zwingen, zur Gegenwehr auch seinerseits belgisches Gebiet zu betreten. || Um jede Mißdeutung auszuschließen, erklärt die Kaiserliche Regierung das Folgende: || 1. Deutschland beabsichtigt keinerlei Feindseligkeiten gegen Belgien. Ist Belgien gewillt, in dem bevorstehenden Kriege, Deutschland gegenüber eine wohlwollende Neutralität einzunehmen, so verpflichtet sich die deutsche Regierung, beim Friedensschluß Besitzstand und Unabhängigkeit des Königreichs in vollem Umfang zu garantieren. || 2. Deutschland verpflichtet sich unter obiger Voraussetzung, das Gebiet des Königreichs wieder zu räumen, sobald der Friede geschlossen ist. || 3. Bei einer freundschaftlichen Haltung Belgiens ist Deutschland bereit, im Einvernehmen mit den Königlich Belgischen Behörden alle Bedürfnisse seiner Truppen gegen Barzahlung anzukaufen und jeden Schaden zu ersetzen, der etwa durch deutsche Truppen verursacht werden könnte. || 4. Sollte Belgien den deutschen Truppen feindlich entgegen treten, insbesondere ihrem Vorgehen durch Widerstand der Maas-Befestigungen oder durch Zerstörungen von Eisenbahnen, Straßen, Tunneln oder sonstigen Kunstbauten Schwierigkeiten bereiten, so wird Deutschland zu seinem Bedauern gezwungen sein, das Königreich als Feind zu betrachten. In diesem Falle würde Deutschland dem Königreich gegenüber keine Verpflichtungen übernehmen können, sondern müßte die spätere Regelung des Verhältnisses beider Staaten zueinander der Entscheidung der Waffen überlassen. || Die Kaiserliche Regierung gibt sich der bestimmten Hoffnung hin, daß diese Eventualität nicht eintreten, und daß die Königliche Belgische Regierung die geeigneten Maßnahmen zu treffen wissen wird, um zu verhindern, daß Vorkommnisse, wie die vorstehend erwähnten, sich ereignen. In diesem Falle würden die freundschaftlichen Bande, die beide Nachbarstaaten verbinden, eine weitere und dauernde Festigung erfahren.

Nr. 14687. **BELGIEN.** Note sur l'entrevue demandée le 3 août à une heure et demie, par M. de Below Saleske, Ministre d'Allemagne, à M. le Baron van der Elst, Secrétaire Général au Ministère des Affaires Etrangères.

Brüssel, 3. August 1914.

A une heure et demie de la nuit, le Ministre d'Allemagne a demandé à voir le Baron van der Elst. Il lui a dit qu'il était chargé par son Gouverne-

ment de nous informer que des dirigeables français avaient jeté des bombes et qu'une patrouille de cavalerie française, violant le droit des gens, attendu que la guerre n'était pas déclarée, avait traversé la frontière. || Le Secrétaire Général a demandé à M. de Below où ces faits s'étaient passés; en Allemagne, lui fut-il répondu. Le Baron van der Elst fit remarquer que dans ce cas il ne pouvait s'expliquer le but de sa communication. M. de Below dit que ces actes, contraires au droit des gens, étaient de nature à faire supposer d'autres actes contre le droit des gens que poserait la France.

Nr. 14688. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den deutschen Gesandten in Brüssel. Protest gegen den Einmarsch.

Bruxelles, le 3 août 1914.
(7 heures du matin.)

Par sa note du 2 août 1914, le Gouvernement allemand a fait connaître que d'après des nouvelles sûres les forces françaises auraient l'intention de marcher sur la Meuse par Givet et Namur, et que la Belgique, malgré sa meilleure volonté ne serait pas en état de repousser sans secours une marche en avant des troupes françaises. || Le Gouvernement allemand s'estimerait dans l'obligation de prévenir cette attaque et de violer le territoire belge. Dans ces conditions, l'Allemagne propose au Gouvernement du Roi de prendre vis-à-vis d'elle une attitude amicale et s'engage au moment de la paix à garantir l'intégrité du Royaume et de ses possessions dans toute leur étendue. La note ajoute que si la Belgique fait des difficultés à la marche en avant des troupes allemandes, l'Allemagne sera obligée de la considérer comme ennemie et de laisser le règlement ultérieur des deux Etats l'un vis-à-vis de l'autre à la décision des armes. || Cette note a provoqué chez le Gouvernement du Roi un profond et douloureux étonnement. || Les intentions qu'elle attribue à la France sont en contradiction avec les déclarations formelles qui nous ont été faites le 1er août, au nom du Gouvernement de la République. || D'ailleurs, si contrairement à notre attente une violation de la neutralité belge venait à être commise par la France, la Belgique remplirait tous ses devoirs internationaux et son armée opposerait à l'envahisseur la plus vigoureuse résistance. || Les traités de 1839 confirmés par les traités de 1870 consacrent l'indépendence et la neutralité de la Belgique sous la garantie des Puissances et notamment du Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Prusse. || La Belgique a toujours été fidèle à ses obligations internationales; elle a accompli ses devoirs dans un esprit de loyale impartialité; elle n'a négligé aucun effort pour maintenir ou faire respecter

sa neutralité. || L'atteinte à son indépendance dont la menace le Gouvernement allemand constituerait une flagrante violation du droit des gens. Aucun intérêt stratégique ne justifie la violation du droit. || Le Gouvernement belge en acceptant les propositions qui lui sont notifiées sacrifierait l'honneur de la nation en même temps qu'il trahirait ses devoirs vis-à-vis de l'Europe. || Conscient du rôle que la Belgique joue depuis plus de 80 ans dans la civilisation du monde, il se refuse à croire que l'indépendance de la Belgique ne puisse être conservée qu'au prix de la violation de sa neutralité. || Si cet espoir était déçu le Gouvernement belge est fermement décidé à repousser par tous les moyens en son pouvoir toute atteinte à son droit.

Nr. 14689. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten in Petersburg, Berlin, London, Paris, Wien, Haag. Mitteilung vom vorigen. (Telegramm.)

Bruxelles, le 3 août 1914.

L'Allemagne a remis hier soir 7 heures une note proposant la neutralité amicale comportant le passage libre par notre territoire, promettant le maintien de l'indépendance du Royaume et de ses possessions à conclusion de la paix, menaçant en cas de refus de traiter la Belgique comme ennemie, délai de la réponse fixé à douze heures. Nous avons répondu que l'atteinte à notre neutralité serait une violation flagrante du droit des gens. L'acceptation de la proposition allemande sacrifierait l'honneur de la nation. Consciente de son devoir, la Belgique est fermement décidée à repousser une agression par tous moyens.

(s) Davignon.

Nr. 14690. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten in Paris, Berlin, London, Wien, Petersburg. Frankreich über das deutsche Ultimatum an Belgien.

Bruxelles, le 3 août 1914.
(à midi.)

Monsieur le Ministre, || Comme vous le savez, l'Allemagne a remis à la Belgique un ultimatum expirant ce matin 3 août, à 7 heures. Aucun fait de guerre ne s'étant encore produit à l'heure actuelle, le Conseil des Ministres a décidé qu'il n'y avait pas lieu, pour le moment, de faire appel aux Puissances garantes. || Le Ministre de France m'a dit à ce sujet: „Sans être chargé d'une déclaration de mon Gouvernement, je crois cependant, m'in-

spirant de ses intentions connues, pouvoir dire que si le Gouvernement royal faisait appel au Gouvernement français, comme puissance garante de sa neutralité, nous répondrions immédiatement à son appel; si cet appel n'était pas formulé, il est probable, à moins bien entendu que le souci de sa propre défense ne détermine des mesures exceptionnelles, qu'il attendra pour intervenir que la Belgique ait fait un acte de résistance effective.“|| J'ai remercié M. Klobukowski de l'appui que le Gouvernement français voulait bien nous offrir éventuellement et lui ai dit que le Gouvernement du Roi ne faisait pas appel, pour l'instant, à la garantie des Puissances et se réservait d'apprécier ultérieurement ce qu'il y aura lieu de faire.

(s) Davignon.

Nr. 14691. **BELGIEN.** Der König an den König von England. Erbittet englische Hilfe. (Telegramm.)

Bruxelles, le 3 août 1914.

Me souvenant des nombreuses marques d'amitié de Votre Majesté et de ses prédécesseurs, de l'attitude amicale de l'Angleterre en 1870, et de la preuve de sympathie qu'elle vient encore de nous donner, je fais un suprême appel à l'intervention diplomatique du Gouvernement de Sa Majesté pour la sauvegarde de la neutralité de la Belgique.

(s) Albert.

Nr. 14692. **BELGIEN.** Der Gesandte in London an den Minister des Auswärtigen. Verletzung der belgischen Neutralität ist Kriegsfall für England. (Telegramm.)

Londres, 3 août 1914.

J'ai montré votre télégramme au Ministre des Affaires Etrangères qui l'a communiqué au Conseil des Ministres. Le Ministre des Affaires Etrangères m'a dit que si notre neutralité était violée, c'était la guerre avec l'Allemagne.

(s) Comte de Lalaing.

(Vgl. Nr. 14 689.)

Nr. 14693. **DEUTSCHES REICH.** Der deutsche Gesandte in Brüssel an den belgischen Minister des Auswärtigen. Antwort auf Nr. 14 688.

Bruxelles, le 4 août 1914.
(6 heures du matin.)

Monsieur le Ministre,|| J'ai été chargé et j'ai l'honneur d'informer Votre Excellence que par suite du refus opposé par le Gouvernement de

Sa Majesté le Roi aux propositions bien intentionnées que lui avait soumises le Gouvernement Impérial, celui-ci se verra, à son plus vif regret, forcé d'exécuter — au besoin par la force des armes — les mesures de sécurité exposées comme indispensables vis-à-vis des menaces françaises.|| Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma haute considération.

(s) von Below.

Nr. 14694. GROSZBRITANNIEN. Der Gesandte in Brüssel an den belgischen Minister des Auswärtigen. Verspricht englische Hilfe.

Bruxelles, le 4 août 1914.

Je suis chargé d'informer le Gouvernement belge que si l'Allemagne exerce une pression dans le but d'obliger la Belgique à abandonner son rôle de pays neutre, le Gouvernement de Sa Majesté britannique s'attend à ce que la Belgique résiste par tous les moyens possibles.|| Le Gouvernement de S. M. Britannique, dans ce cas, est prêt à se joindre à la Russie et à la France, si la Belgique le désire, pour offrir au Gouvernement belge sans délai une action commune, qui aurait comme but de résister aux mesures de force employées par l'Allemagne contre la Belgique et en même temps d'offrir une garantie pour maintenir l'indépendance et l'intégrité de la Belgique dans l'avenir.

Nr. 14695. BELGIEN. Der Gesandte im Haag an den Minister des Auswärtigen. Scheldesperre im Kriegsfalle.

La Haye, le 4 août 1914.

Monsieur le Ministre,|| Le Ministre des Affaires Etrangères m'a dit hier soir que le Gouvernement de la Reine serait peut-être obligé, dans les circonstances graves actuelles, d'instituer sur l'Escaut le balisage de guerre.|| Le Jhr. Loudon m'a lu un projet de note qui allait m'annoncer cette décision.|| J'ai l'honneur de vous transmettre, sous ce pli, une copie de la note en question qui m'a été remise dans la soirée d'hier.|| Comme vous le verrez, l'Escaut ne sera fermé que pendant la nuit. Pendant le jour, la navigation sera possible mais seulement avec des pilotes néerlandais qui ont été munis des indications nautiques nécessaires à ce sujet. De cette façon les intérêts de la défense du territoire néerlandais et ceux de la navigation belge d'Anvers sont sauvegardés.|| Vous remarquerez qu'ensuite le Gouvernement des Pays-Bas nous demande qu'en cas où le balisage de guerre serait institué, nous fassions retirer les bateaux-phare „Wielingen“ et „Wandelaar“ en vue de faciliter le maintien de la neutralité du territoire des Pays-Bas.||

Je vous ferai remarquer que le terme employé dans cette note „remonter l'Escaut" n'est pas assez explicite; descendre le fleuve sera permis dans les mêmes conditions. Le Ministre vient de m'en donner l'assurance.|| Aussitôt que le Gouvernement néerlandais aura décidé cette mesure d'exception j'en serai informé.|| Il faut environ six heures pour effectuer ce balisage de guerre.|| Je vous télégraphierai aussitôt.

Veuillez agréer, etc. (s) Baron Fallon.

Note annexe.

Le Gouvernement de la Reine pourrait se voir obligé dans l'intérêt du maintien de la neutralité du territoire des Pays-Bas d'instituer sur l'Escaut le balisage de guerre, c'est-à-dire d'enlever ou de modifier une partie du balisage actuel et des phares.|| Toutefois, ce balisage de guerre a été conçu de manière à ce qu'après son institution il sera encore possible de remonter l'Escaut pour gagner Anvers pendant le jour, mais seulement avec des pilotes néerlandais, qui ont été munis des indications nautiques nécessaires à ce sujet. En agissant de la sorte, le Gouvernement de la Reine est convaincu de pouvoir tenir compte également des intérêts de la défense du territoire néerlandais et de ceux de la navigation belge d'Anvers.|| Après l'institution du balisage de guerre sur l'Escaut, il n'y aurait plus de raison d'entrer dans la passe de mer de Flessingue pendant la nuit et comme la présence des bateaux-phare „Wielingen" et „Wandelaar" n'est pas indispensable pour la navigation pendant le jour, le Gouvernement Néerlandais mettrait un haut prix à ce que le Gouvernement Royal Belge voulût bien, au cas ou le balisage de guerre serait institué par lui, faire retirer les dits bateaux en vue de faciliter le maintien de la neutralité du territoire des Pays-Bas.

Nr. 14696. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten in London und Paris. Verletzung des Gebietes. (Telegramm.)

Bruxelles, le 4 août 1914.

L'Etat Major fait savoir que le territoire national a été violé à Gemmenich.

(s) Davignon.

Nr. 14697. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den deutschen Gesandten. Übersendung der Pässe.

Bruxelles, le 4 août 1914.

Monsieur le Ministre,|| J'ai l'honneur de faire savoir à Votre Excellence que dès aujourd'hui le Gouvernement du Roi ne saurait plus Lui recon-

naître de caractère diplomatique et cesse d'avoir des relations officielles avec Elle. Votre Excellence trouvera sous ce pli les passeports qui sont nécessaires à son départ et à celui du personnel de la Légation.

Je saisis, etc. (s) Davignon.

Nr. 14698. **DEUTSCHES REICH.** Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Antwort auf das vorige.

Bruxelles, le 4 août 1914.

Monsieur le Ministre,|| J'ai l'honneur d'accuser réception à Votre Excellence de sa lettre du 4 août et de Lui faire savoir que j'ai remis la garde de la Légation Impériale à Bruxelles aux soins de mon collègue des Etats-Unis. (s) de Below.

Nr. 14699. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Madrid. Spanien soll die Vertretung in Berlin übernehmen (Telegramm.)

Bruxelles, le 4 août 1914.

Veuillez demander au Gouvernement espagnol s'il veut bien se charger de la protection des intérêts belges en Allemagne et, dans ce cas, donner les instructions nécessaires à son Ambassadeur à Berlin.

(s) Davignon.

Nr. 14700. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Berlin. Soll seine Pässe fordern.

Bruxelles, le 4 août 1914.

Le Ministre d'Allemagne quitte le pays ce soir; demandez vos passeports. Nous prions le gouvernement de Madrid d'autoriser l'Ambassadeur d'Espagne de vouloir bien se charger de la protection des intérêts belges en Allemagne. (s) Davignon.

Nr. 14701. **BELGIEN.** Der Gesandte in London an den Minister des Auswärtigen. England bietet Norwegen, Holland und Belgien Hilfe an. (Telegramm.)

Londres, 4 août 1914.

Le Ministre des Affaires Etrangères a fait savoir aux Ministres anglais en Norvège, Hollande, Belgique, que l'Angleterre s'attend à ce que ces trois Royaumes résistent à la pression de l'Allemagne et gardent la neu-

tralité. Dans leur résistance ils seront soutenus par l'Angleterre qui, dans ce cas, est prête à coopérer avec la France et la Russie si tel est le désir de ces trois Gouvernements en offrant alliance aux dits Gouvernements, pour repousser l'emploi contre eux de la force par l'Allemagne, et garantie, pour le maintien futur de l'indépendance et de l'intégrité des trois Royaumes. J'ai fait remarquer que la Belgique est neutre à perpétuité. Le Ministre des Affaires Etrangères a répondu: c'est pour le cas de neutralité violée.

(s) Comte de Lalaing.

Nr. 14702. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten des Königs in Paris, London, Petersburg. Bericht über die Beziehungen zu den Großmächten.

Bruxelles, le 4 août 1914.

J'ai l'honneur de porter à votre connaissance l'ordre des faits successifs qui ont marqué pendant les derniers jours les relations de la Belgique avec certaines des Puissances garantes de sa neutralité et de son indépendance. || Le 31 juillet le Ministre d'Angleterre me fit une communication verbale aux termes de laquelle, en prévision d'une guerre européenne, Sir E. Grey avait demandé aux Gouvernements allemand et français, séparément, si chacun d'eux était résolu à respecter la neutralité de la Belgique dans l'éventualité où cette neutralité ne serait pas violée par aucune autre puissance. || En raison des traités existants, Sir Francis Villiers était chargé de porter cette démarche à la connaissance du Gouvernement du Roi en ajoutant que Sir E. Grey présumait que la Belgique était résolue à maintenir sa neutralité et qu'elle s'attendait à ce que les autres Puissances la respectent. || J'ai dit à M. le Ministre d'Angleterre que nous appréciations hautement cette communication qui répondait à notre attente et j'ai ajouté que la Grande-Bretagne ainsi que les autres Puissances garantes de notre indépendance pourraient être pleinement assurées de notre ferme volonté de maintenir notre neutralité; celle-ci ne nous paraissant d'ailleurs pas pouvoir être menacée par aucun de ces Etats avec lesquels nous entretenons les rapports les plus cordiaux et les plus confiants. Le Gouvernement, ai-je fait remarquer, avait donné une preuve de cette résolution en prenant dès à présent toutes les mesures militaires que la situation lui paraissait comporter. || A son tour, M. le Ministre de France se déclara, le 1er août, dans une conversation verbale, autorisé à faire connaître au Gouvernement belge, qu'en cas de conflit international, le Gouvernement de la République, conformément à ses déclarations constantes, respecterait le

territoire de la Belgique et qu'il ne serait amené à modifier son attitude que dans le cas de violation de la neutralité belge par une autre Puissance.|| Je remerciai Son Excellence et ajoutai que nous avions déjà pris toutes les dispositions requises pour assurer le respect de notre indépendance et de nos frontières.|| Le 2 août, dans la matinée, j'eus avec Sir Francis Villiers un nouvel entretien au cours duquel il me fit part de ce qu'il avait transmis télégraphiquement samedi, dès la première heure, à son Gouvernement notre conversation du 31 juillet en ayant soin de reproduire fidèlement la déclaration solennelle qu'il avait recueillie de la volonté de la Belgique de défendre ses frontières, de quelque côté qu'elles soient envahies. Il ajouta: „Nous savons que la France vous a donné des assurances formelles; mais l'Angleterre n'a reçu à ce sujet aucune réponse de Berlin.|| Ce dernier fait ne provoqua en moi aucune émotion particulière, parce que la déclaration du Gouvernement allemand pouvait paraître surabondante en présence des traités existants. D'ailleurs le Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères avait affirmé à la séance de la commission du Reichstag du 29 avril 1913 „que la neutralité de la Belgique est établie conventionnellement et que l'Allemagne a l'intention de respecter ce traité.“|| Le même jour, M. de Below Saleske, Ministre d'Allemagne, se présenta au Ministère des Affaires Etrangères à 19 heures et me remit la note ci-jointe (voir pièee No. 20 [Nr. 14 686]). Le Gouvernement allemand accordait au Gouvernement belge un délai de douze heures pour lui faire connaître sa décision.|| Aucune hésitation ne pouvait se manifester au sujet de la réponse qu'appelait la proposition surprenante du Gouvernement allemand. Vous en trouverez une copie sous ce pli. (Voir pièce No. 22 [Nr. 14 688]).|| L'ultimatum expirait le 3 août, à 7 heures du matin; comme à 10 heures aucun fait de guerre ne s'était produit, le Conseil des Ministres décida qu'il n'y avait pas lieu, pour le moment, de faire appel aux Puissances garantes.|| Vers midi, le Ministre de France m'interrogea sur ce point et me dit:|| „Bien qu'en raison de la soudaineté des événements je ne sois encore chargé d'aucune déclaration, je crois cependant, m'inspirant des intentions bien connues de mon Gouvernement, pouvoir dire que si le Gouvernement Royal faisait appel au Gouvernement français comme puissance garante de sa neutralité, il répondrait immédiatement à son appel. Si cet appel n'était pas formulé il est probable, à moins bien entendu que le souci de sa propre défense ne détermine des mesures exceptionnelles, qu'il attendrait, pour intervenir, que la Belgique ait fait un acte de résistance effective.“|| J'ai remercié M. Klobukowski de l'appui que le Gouvernement français voulait bien nous offrir éventuellement et lui ai dit que le Gouvernement du Roi ne faisait pas appel, pour l'instant, à la garantie des Puissances et se réservait

d'apprécier ultérieurement ce qu'il y aura lieu de faire.|| Enfin, le 4 août, à 6 heures du matin, le Ministre d'Allemagne me fit la communication suivante: (voir pièce No. 27 [Nr. 14 693].)|| Le Conseil des Ministres délibère en ce moment au sujet de l'appel aux Puissances garantes de notre neutralité.

Veuillez agréer, etc. (s) Davignon.

Nr. 14703. **BELGIEN.** Der Gesandte in London an den Minister des Auswärtigen. Englisches Ultimatum an Deutschland.

Londres, 4 août 1914.

L'Angleterre a sommé ce matin l'Allemagne de respecter la neutralité belge. L'ultimatum dit que vu la note adressée par l'Allemagne à la Belgique menaçant cette dernière de la force des armes si elle s'oppose au passage de ses troupes, vu la violation du territoire belge à Gemmenich, vu le fait que l'Allemagne a refusé de donner à l'Angleterre la même assurance que celle donnée la semaine dernière par la France, l'Angleterre doit demander à nouveau une réponse satisfaisante au sujet du respect de la neutralité belge et d'un traité dont l'Allemagne est signataire aussi bien qu'elle-même. L'ultimatum expire à minuit.|| En conséquence de l'ultimatum de l'Angleterre à l'Allemagne la proposition anglaise que je vous ai transmise par télégramme est annulée pour le moment.

(s) Comte de Lalaing.

Nr. 14704. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten Großbritanniens, Frankreichs, Rußlands. Hilferuf gegen Deutschland.

Bruxelles, le 4 août 1914.

Monsieur le Ministre.|| Le Gouvernement belge a le regret de devoir annoncer à Votre Excellence que ce matin les forces armées de l'Allemagne ont pénétré sur le territoire belge en violation des engagements qui ont été pris par traité.|| Le Gouvernement du Roi est fermement décidé à résister par tous les moyens en son pouvoir. La Belgique fait appel à l'Angleterre, à la France et à la Russie pour coopérer, comme garantes, à la défense de son territoire. Il y aurait une action concertée et commune ayant pour but de résister aux mesures de forces employées par l'Allemagne contre la Belgique et en même temps de garantir le maintien de l'indépendance et de l'intégrité de la Belgique dans l'avenir.|| La Belgique est heureuse de pouvoir déclarer qu'elle assumera la défense des places fortes.

Je saisis, etc. (s) Davignon.

Nr. 14705. **BELGIEN.** Der Gesandte in London an den Minister des Auswärtigen. Kriegserklärung Englands. (Telegramm.)

Londres, 5 août 1914.

L'Allemagne ayant rejeté les propositions anglaises, l'Angleterre lui a déclaré que l'état de guerre existait entre les deux pays, à partir de onze heures. (s) Comte de Lalaing.

Nr. 14706. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten in Paris, London, Petersburg. Hilferuf. (Telegramm.)

Bruxelles, le 5 août 1914.

Après la violation du territoire à Gemmenich, la Belgique a fait appel, par l'intermédiaire de leurs Représentants accrédités à Bruxelles, à l'Angleterre, à la France et à la Russie pour coopérer, comme garantes, à la défense de son territoire.|| La Belgique assume la défense des places fortes.

(s) Davignon.

Nr. 14707. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an alle belgischen Vertreter im Auslande. Darstellung der Ereignisse.

Bruxelles, le 5 août 1914.

Monsieur le Ministre,|| Par le traité du 18 avril 1839, la Prusse, la France, l'Angleterre, l'Autriche et la Russie se sont déclarées garantes du traité conclu le même jour entre S. M. le Roi des Belges et S. M. le Roi des Pays-Bas. Ce traité porte: „La Belgique formera un Etat indépendant et perpétuellement neutre.“ La Belgique a rempli toutes ses obligations internationales, elle a accompli ses devoirs dans un esprit de loyale impartialité, elle n'a négligé aucun effort pour maintenir et faire respecter sa neutralité.|| Aussi est-ce avec une pénible émotion que le Gouvernement du Roi a appris que les forces armées de l'Allemagne, puissance garante de notre neutralité, ont pénétré sur le territoire de la Belgique en violation des engagements qui ont été pris par traité.|| Il est de notre devoir de protester avec indignation contre un attentat au droit des gens qu'aucun acte de notre part n'a pu provoquer.|| Le Gouvernement du Roi est fermement décidé à repousser par tous les moyens en son pouvoir l'atteinte portée à sa neutralité et il rappelle qu'en vertu de l'article 10 de la convention de La Haye de 1907, concernant les droits et les devoirs des Puissances et

des personnes neutres en cas de guerre sur terre, ne peut être considéré comme un acte hostile le fait, par une Puissance neutre, de repousser, même par la force, les atteintes à sa neutralité. || Vous voudrez bien demander d'urgence une audience au Ministre des Affaires Etrangères et donner lecture à Son Excellence de la présente lettre dont vous lui laisserez copie. Si l'audience ne pouvait vous être immédiatement accordée, vous ferez par écrit la communication dont il s'agit.

Veuillez agréer, etc. (s) Davignon.

Nr. 14708. **BELGIEN.** Der Gesandte in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Abreise. (Telegramm.)

Berlin, le 5 août 1914.

J'ai reçu mes passeports. Je quitterai Berlin demain matin avec personnel pour la Hollande. (s) Baron Beyens.

Nr. 14709. **BELGIEN.** Der Gesandte in Madrid an den Minister des Auswärtigen. Spanien übernimmt die Vertretung in Berlin. (Telegramm.)

Saint-Sébastien, 5 août 1914.

Le Gouvernement espagnol se charge des intérêts belges en Allemagne. Il donne aujourdhui télégraphiquement des instructions à son Ambassadeur à Berlin. (s) Baron Grenier.

Nr. 14710. **BELGIEN.** Der Gesandte in London an den Minister des Auswärtigen. England verspricht Hilfe und Freiheit der Schelde. (Telegramm.)

Londres, 5 août 1914.

L'Angleterre accepte de coopérer comme garante à la défense de notre territoire. La flotte anglaise assurera le libre passage de l'Escaut pour le ravitaillement d'Anvers. (s) Comte de Lalaing.

Nr. 14711. **BELGIEN.** Der Gesandte im Haag an den Minister des Auswärtigen. Scheldesperre. (Telegramm.)

La Haye, 5 août 1914.

Le balisage de guerre va être établi.

(s) Baron Fallon.

(Voir pièce No. 29 [Nr. 14 695].)

Nr. 14712. **NIEDERLANDE.** Neutralitätserklärung.

Haag, 6. August 1915.

Les Ministres des Affaires Etrangères, de la Justice, de la Marine, de la Guerre et des Colonies, autorisés à cette fin par Sa Majesté la Reine, portent à la connaissance de tous ceux que la chose concerne, que le Gouvernement néerlandais observera dans la guerre qui a éclaté entre les Puissances amies des Pays-Bas, Grande-Bretagne et Allemagne, et Belgique et Allemagne, une stricte neutralité et qu'en vue de l'observation de cette neutralité les dispositions suivantes ont été arrêtées:

Article 1.

Dans les limites du territoire de l'Etat, comprenant le territoire du Royaume en Europe, outre les colonies et possessions dans d'autres parties du monde, aucun genre d'hostilités n'est permis et ce territoire ne peut servir de base pour des opérations hostiles.

Article 2.

Ni l'occupation d'une partie quelconque du territoire de l'Etat par un belligérant, ni le passage à travers ce territoire par voie de terre par des troupes ou des convois de munitions appartenant à un des belligérants ne sont permis, non plus que le passage à travers le territoire situé à l'intérieur des eaux territoriales néerlandaises par des navires de guerre ou des bâtiments des belligérants assimilés à ceux-ci.

Article 3.

Les troupes ou les militaires, appartenant aux belligérants ou destinés à ceux-ci et arrivant sur le territoire de l'Etat par voie de terre seront immédiatement désarmés et internés jusqu'à la fin de la guerre. || Les navires de guerre ou bâtiments assimilés à ces derniers, appartenant à un belligérant, qui contreviendront aux prescriptions des articles 2, 4 ou 7, ne pourront quitter ce territoire avant la fin de la guerre.

Article 4.

Les navires de guerre ou bâtiments assimilés à ces derniers, qui appartiennent à un belligérant, n'auront pas accès au territoire de l'Etat.

Article 5.

La disposition de l'article 4 n'est pas applicable: || 1. aux navires de guerre ou bâtiments d'un belligérant assimilés à ces derniers, et qui par suite d'avarie ou de l'état de la mer sont tenus d'entrer dans un des ports

ou rades de l'Etat. Les navires pourront quitter les dits ports ou rades dès que les circonstances qui les ont contraints de s'y réfugier auront cessé d'exister;|| 2. aux navires de guerre ou bâtiments assimilés, appartenant à un belligérant, et qui font escale dans un port ou une rade situés dans le territoire des colonies et possessions d'outre-mer, exclusivement dans le but de compléter leur provision de denrées alimentaires ou de combustibles. Ces navires devront repartir dès que les circonstances qui les ont forcés à faire escale ont cessé d'exister, avec cette condition que le séjour en rade ou dans le port ne pourra durer plus de 24 heures.|| 3. aux navires de guerre ou bâtiments assimilés, appartenant à un belligérant, et qui sont utilisés exclusivement pour une mission religieuse, scientifique, ou humanitaire.

Article 6.

Les navires de guerre ou bâtiments assimilés, appartenant à un belligérant, ne peuvent réparer leurs avaries dans les ports ou rades de l'Etat qu'en tant que cette réparation est indispensable à la sécurité de la navigation, et ils ne pourront en aucune façon accroître leurs capacités de combat.

Article 7.

Les navires de guerre ou bâtiments assimilés, appartenant à un belligérant, et qui, au commencement de la guerre, se trouveraient sur le territoire de l'Etat, sont tenus de le quitter dans les 24 heures de la publication de la présente.

Article 8.

Si des navires de guerre ou bâtiments assimilés appartenant à divers belligérants se trouvent, en même temps, dans les conditions visées à l'article 5, dans une même partie du monde, et sur le territoire de l'Etat, un délai d'au moins 24 heures doit s'écouler entre le départ des navires de chacun des belligérants. A moins de circonstances spéciales l'ordre de départ est déterminé par l'ordre d'arrivée. Un navire de guerre ou un bâtiment assimilé, appartenant à un belligérant, ne peut quitter le territoire de l'Etat que 24 heures après le départ d'un navire de commerce portant le pavillon de l'autre belligérant.

Article 9.

Les navires de guerre ou bâtiments assimilés, appartenant à un belligérant, visés à l'article 5 et à l'article 7, ne peuvent être ravitaillés en denrées alimentaires dans les ports et les rades du pays que dans la mesure nécessaire pour parfaire leurs provisions jusqu'à la limite normale du temps de

paix. || De même, ils ne peuvent charger de combustible que dans la mesure nécessaire pour pouvoir atteindre, avec la provision qu'ils ont encore à bord, le port le plus rapproché de leur propre pays. || Un même bâtiment ne peut être ravitaillé à nouveau en combustible qu'à l'expiration d'une période de trois mois au moins après son précédent ravitaillement dans le territoire de l'Etat.

Article 10.

Une prise ne peut être amenée dans le territoire que lorsqu'elle est incapable de naviguer, qu'elle tient mal la mer, qu'elle manque de combustible ou de denrées alimentaires. || Elle doit s'éloigner dès que la cause de son entrée dans le territoire cesse d'exister. || Si elle ne le fait pas, l'ordre lui sera donné de partir immédiatement; en cas de refus, il sera fait usage des moyens disponibles pour libérer la prise avec ses officiers et son équipage et pour interner l'équipage placé à bord par le belligérant qui a fait la prise.

Article 11.

Il est interdit, sur le territoire de l'Etat, de former des corps combattants ou d'ouvrir des bureaux de recrutement au profit des belligérants.

Article 12.

Il est interdit, sur le territoire de l'Etat, de prendre du service à bord de navires de guerre ou de bâtiments assimilés.

Article 13.

Il est interdit, sur le territoire de l'Etat, d'aménager, d'armer ou d'équiper des navires destinés à des fins militaires au profit d'un belligérant, ou de fournir ou conduire à un belligérant de tels navires.

Article 14.

Il est interdit, sur le territoire de l'Etat, de fournir des armes ou des munitions à des navires de guerre ou bâtiments assimilés appartenant à un belligérant, ou de leur venir en aide d'une manière quelconque en vue de l'augmentation de leur équipage ou de leur aménagement.

Article 15.

Il est interdit, sur le territoire de l'Etat, sauf autorisation préalable des autorités locales compétentes, de faire des réparations aux navires de guerre ou bâtiments assimilés appartenant à un belligérant, ou de leur fournir des provisions de bouche ou de combustible.

Article 16.

Il est interdit, sur le territoire de l'Etat, de coopérer au dégréement ou à la réparation de prises, sauf en ce qui est nécessaire pour les rendre propres à tenir la mer; ainsi que d'acheter des prises ou des marchandises confisquées, et de les recevoir en échange, en don ou en dépôt.

Article 17.

Le territoire de l'Etat comprend la mer côtière sur une largeur de 3 milles marins à raison de 60 par degré de latitude, à partir de la laisse de la basse mer.|| En ce qui concerne les baies, cette distance de 3 milles marins est mesurée à partir d'une ligne droite tirée à travers la baie aussi près que possible de l'entrée, au point où l'ouverture de la baie ne dépasse pas dix milles marins, à raison de 60 par degré de latitude.

Article 18.

En outre, l'attention est attirée sur les articles 100, 1⁰, et 205 du Code pénal; Indisch Staatsblad 1905, No. 62; Art. 7, 4⁰, de la loi sur la qualité de Néerlandais et sur le domicile (Nederlandsch Staatsblad 1892, No. 268; 1910, No. 216); art. 2, No. 3, de la loi sur la qualité de sujet néerlandais (Nederlandsch Staatsblad 1910, No. 55; Indisch Staatsblad 1910, No. 296; art. 54 et 55 du Code pénal de Suriname; art. 54 et 55 du Code pénal de Curaçao).|| De même, l'attention des commandants de navires, armateurs et affréteurs, est attirée sur le danger et les inconvénients auxquels ils s'exposeraient en ne respectant pas le blocus effectif des belligérants, en transportant de la contrebande de guerre ou des dépêches militaires pour les belligérants (à moins qu'il ne s'agisse du service postal régulier) ou en exécutant pour eux d'autres services de transport.|| Quiconque se rendrait coupable d'actes prévus ci-dessus, s'exposerait à toutes les conséquences de ces actes, et ne pourrait obtenir à cet egard aucune protection ni intervention du Gouvernement néerlandais.

Nr. 14713. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten im Haag. Antwort auf Nr. 14711. (Telegramm.)

Bruxelles, 6 août 1914.

Veuillez communiquer au Gouvernement néerlandais la note suivante:|| Le Gouvernement belge a pris note de l'établissement du balisage de guerre sur l'Escaut et de ce que le Gouvernement hollandais assurera le maintien de la navigation.|| Il conviendrait que la navigation pût se faire à partir

de 30 minutes avant le lever du soleil jusqu'à 30 minutes après son coucher et que l'échange des pilotes se fit à Bath.|| Si désireux qu'il soit de consentir aux demandes du gouvernement hollandais, le Gouvernement belge estime qu'il y a lieu, à raison des ports du littoral, de maintenir les bateaux-phares de Wielingen et de Wandelaar, ainsi que les bouées du chenal de Wielingen. (s) Davignon.

Nr. 14714. **BELGIEN.** Der Gesandte im Haag an den Minister des Auswärtigen. Scheldeschiffahrt. (Telegramm.)

La Haye, 6 août 1914.

La navigation sur l'Escaut peut se faire dès l'aube et tant qu'il fait clair. Les bouées de Wielingen seront rétablies. L'échange des pilotes à Hansweert est plus facile et mieux organisé. Insistez-vous pour Bath.

(s) Baron Fallon.

Nr. 14715. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten im Haag. Dasselbe. (Telegramm.)

Bruxelles, 7 août 1914.

Veuillez exprimer au Gouvernement néerlandais les remerciements sincères du Gouvernement belge pour les mesures prises pour assurer la navigation sur l'Escaut. Le Gouvernement est d'accord avec le Gouvernement hollandais au sujet de la durée de la navigation. Il avait proposé Bath, mais accepte Hansweert, puisque ce port est mieux outillé pour l'échange des pilotes. (s) Davignon.

Nr. 14716. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten in Paris und London. Kein Krieg in Afrika.

Bruxelles, 7 août 1914.

La Belgique souhaite que la guerre ne soit pas étendue en Afrique centrale. Le Gouverneur du Congo belge a reçu pour instructions d'observer une attitude strictement défensive. Priez le Gouvernement français (anglais) de faire savoir si son intention est de proclamer la neutralité au Congo français (colonies britanniques du bassin conventionnel du Congo), conformément à l'article onze de l'Acte général de Berlin. Un télégramme de Boma annonce que les hostilités sont probables entre Français et Allemands dans l'Ubangi. (s) Davignon.

Nr. 14717. BELGIEN. Derselbe an dieselben. Dasselbe.

Bruxelles, le 7 août 1914.

Monsieur le Ministre, || Comme suite à mon télégramme de ce matin, j'ai l'honneur de vous prier de porter à la connaissance du Gouvernement français (anglais) l'information suivante: || Tout en prescrivant au Gouverneur Général du Congo de prendre des mesures de défense sur les frontières communes de la colonie belge et des colonies allemandes de l'Est africain et du Kameroun, le Gouvernement du Roi a invité ce haut fonctionnaire à s'abstenir de toute action offensive contre ces colonies. || Vu la mission civilisatrice commune aux nations colonisatrices, le Gouvernement belge désire, en effet, par un souci d'humanité, ne pas étendre le champ des hostilités à l'Afrique centrale. Il ne prendra donc point l'initiative d'infliger une pareille épreuve à la civilisation dans cette région et les forces militaires qu'il y possède n'entreront en action que dans le cas où elles devraient repousser une attaque directe contre ses possessions africaines. || J'attacherais du prix à savoir si le Gouvernement de la République (de S. M. britannique) partage cette manière de voir et, le cas échéant, s'il entre dans ses intentions, à l'occasion du conflit actuel, de se prévaloir de la disposition de l'article *II* de l'Acte général de Berlin pour placer sous le régime de la neutralité celles de ses colonies qui sont comprises dans le Bassin conventionnel du Congo. || J'adresse une communication identique à votre collègue à Londres (Paris).

Veuillez, agréer, etc. (s) Davignon.

Nr. 14718. BELGIEN. Der Gesandte im Haag an den Minister des Auswärtigen. Deutschland bietet Frieden an. (Telegramm.)

La Haye, 9 août 1914.

Le Ministre des Affaires Etrangères m'a prié de vous transmettre les informations suivantes, parce que le Ministre d'Amérique à Bruxelles s'y refuse. || La forteresse de Liége a été prise d'assaut après une défense courageuse. Le Gouvernement allemand regrette très profondément que par suite de l'attitude du Gouvernement belge contre l'Allemagne, on en est arrivé à des rencontres sanglantes. L'Allemagne ne vient pas en ennemie en Belgique, c'est seulement par la force des événements qu'elle a dû, à cause des mesures militaires de la France, prendre la grave détermination d'entrer en Belgique et d'occuper Liége comme point d'appui pour ses opérations militaires ultérieures. Après que l'armée belge a par sa résistance

héroïque contre une grande supériorité, maintenu l'honneur de ses armes, le Gouvernement allemand prie le Roi des Belges et le Gouvernement belge d'éviter à la Belgique les horreurs ultérieures de la guerre. Le Gouvernement est prêt à tous accords avec la Belgique qui peuvent se concilier avec ses arrangements (voir pièce No. 70 [No. 14 727]) avec la France. L'Allemagne assure encore solennellement qu'elle n'a pas l'intention de s'approprier le territoire belge et que cette intention est loin d'elle. L'Allemagne est toujours prête à évacuer la Belgique aussitôt que l'état de guerre le lui permettra. || L'Ambassadeur des Etats-Unis avait prié son collègue de se charger de cette tentative de médiation. Le Ministre des Affaires Etrangères a accepté sans enthousiasme cette mission. Je m'en suis chargé pour lui faire plaisir.

(s) Baron Fallon.

Nr. 14719. **BELGIEN.** Der Gesandte in Paris an den Minister des Auswärtigen. Frankreich ist einverstanden mit Nr. 14 716. (Telegramm.)

Paris, 9 août 1914.

Le Gouvernement français est très disposé à proclamer la neutralité des possessions du Bassin conventionnel du Congo et prie l'Espagne de le proposer à Berlin.

(s) Baron Guillaume.

Nr. 14720. **BELGIEN.** Der Gesandte im Haag an den Minister des Auswärtigen. Näheres über Nr. 14 718.

La Haye, le 10 août 1914.

Monsieur le Ministre, || Répondant à un appel téléphonique, hier à 9 heures du soir, je me suis rendu au Département des Affaires Etrangères. || Le Jhr. Loudon m'a dit que mon collègue d'Allemagne sortait de son Cabinet et lui avait remis un document que le Représentant des Etats-Unis à Bruxelles avait refusé de vous transmettre. || Le diplomate américain, chargé de la Légation d'Allemagne à Bruxelles a prétendu qu'il n'a pas reçu d'ordres spéciaux de Washington pour intervenir officiellement auprès du Gouvernement belge dans l'intérêt de l'Allemagne. || Le Ministre d'Amérique a, en conséquence, télégraphié à son collègue à La Haye, lequel a informé le Représentant allemand du refus de Mr. Whitlock. || La première démarche a donc été faite par le Gouvernement allemand auprès de l'ambassadeur des Etats-Unis à Berlin. || Dans ces conditions et vu l'urgence que présentent

ces affaires, M. von Müller a prié le Jhr. Loudon de servir d'intermédiaire du Gouvernement allemand auprès de vous.|| Son Excellence m'a lu le texte allemand du document. Je n'ai pas caché mon étonnement de cette tentative de médiation et sa faible chance de succès dans cette forme; mais uniquement pour être agréable au Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas j'ai promis de vous télégraphier immédiatement; ce que j'ai fait hier.|| Vous trouverez, sous ce pli, le document allemand dans son texte original et en traduction.

(s) Baron Fallon.

1re Annexe au No. 14720.

Die Festung Lüttich ist nach tapfrer Gegenwehr im Sturm genommen worden. Die Deutsche Regierung bedauert es auf das tiefste, daß es infolge der Stellungnahme der Belgischen Regierung gegen Deutschland zu blutigen Zusammenstößen gekommen ist. Deutschland kommt nicht als Feind nach Belgien. Nur unter dem Zwang der Verhältnisse hat es angesichts der militärischen Maßnahmen Frankreichs den schweren Entschluß fassen müssen, in Belgien einzurücken und Lüttich als Stützpunkt für seine weiteren militärischen Operationen besetzen zu müssen. Nachdem die Belgische Armee in heldenmütigem Widerstand gegen die große Überlegenheit ihre Waffenehre auf das glänzendste gewahrt hat, bittet die Deutsche Regierung seine Majestät den König und die Belgische Regierung, Belgien die weiteren Schrecken des Krieges zu ersparen. Die Deutsche Regierung ist zu jedem Abkommen mit Belgien bereit, das sich irgendwie mit Rücksicht auf seine (voir pièce No. 70 [Nr. 14 728]) Auseinandersetzung mit Frankreich vereinigen läßt. Deutschland versichert nochmals feierlichst, daß es nicht von der Absicht geleitet gewesen ist, sich Belgisches Gebiet anzueignen, und daß ihm diese Absicht durchaus fernliegt. Deutschland ist noch immer bereit, das Belgische Königreich unverzüglich zu räumen, sobald die Kriegslage es ihm gestattet. „Der hiesige Amerikanische Botschafter ist mit diesem Vermittlungsversuch seines Brüsseler Kollegen einverstanden.“

Nr. 14721. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten im Haag. Antwort auf Nr. 14 718. (Telegramm.)

Bruxelles, le 10 août 1914.

Le Gouvernement du Roi a reçu les propositions que le Gouvernement allemand lui a fait parvenir par l'entremise du gouvernement néerlandais. Il vous transmettra prochainement sa réponse.

(s) Davignon.

Nr. 14722. **BELGIEN.** Derselbe an denselben. Was heißt „Auseinandersetzung?“ (Telegramm.)

Bruxelles, 10 août 1914.

Un doute subsiste quant à la signification du mot „auseinandersetzung“ que vous traduisez par „arrangement“. Veuillez vous informer si dans la pensée du Gouvernement allemand il s'agit des arrangements que nous aurions pris avec la France ou du règlement du différend entre la France et l'Allemagne. (s) Davignon.

Nr. 14723. **BELGIEN.** Der Minister des Auswärtigen an die Gesandten Englands, Rußlands, Frankreichs, Belgiens. Antwort an Deutschland.

Bruxelles, le 10 août 1914.

Monsieur le Ministre,|| J'ai l'honneur de faire savoir à Votre Excellence que le Ministre du Roi à La Haye, à la demande du Ministre des Affaires Etrangères des Pays-Bas, nous a transmis la proposition suivante du Gouvernement allemand ... (s. oben).|| Voici le texte de la réponse que le Gouvernement du Roi se propose de faire à cette communication:|| „La proposition que nous fait le Gouvernement allemand reproduit la proposition qui avait été formulée dans l'ultimatum du 2 août. Fidèle à ses devoirs internationaux, la Belgique ne peut que réitérer sa réponse à cet ultimatum, d'autant plus que depuis le 3 août sa neutralité a été violée, qu'une guerre douloureuse a été portée sur son territoire et que les garants de sa neutralité ont loyalement et immédiatement répondu à son appel.“|| Le Gouvernement du Roi tient à ce que les Puissances garantes de la neutralité de Belgique aient connaissance de ces documents.

Je saisis, etc. (s) Davignon.

Nr. 14724. **BELGIEN.** Derselbe an dieselben. Abreise des Gesandten aus Luxemburg.

Bruxelles, le 10 août 1914.

Monsieur le Ministre,|| J'ai l'honneur de vous faire connaître les circonstances que ont amené le départ de Luxembourg du Représentant du Roi.|| Le général commandant des troupes allemandes dans le Grand-Duché de Luxembourg fit part, le 8 août, au Ministre d'Allemagne en cette ville, de la volonté des autorités militaires de provoquer le départ du Représentant du Roi près la Cour Grand Ducale.|| M. von Buch adressa à M. Eyschen, Président du Gouvernement, une lettre dont la traduction suit:

„Luxembourg, le 8 août 1914.

Excellence,|| En conséquence de l'attitude complètement hostile que la Belgique a prise vis-à-vis de l'Allemagne, les autorités militaires se voient contraintes d'insister pour le départ d'ici du Ministre de Belgique.|| Son Excellence le général commandant fait prier le Comte van den Steen de Jehay, d'organiser son voyage de départ de telle façon qu'il puisse, endéans les 23 heures, entrer en relation personnellement à Coblence avec le général de Ploetz, au sujet de son voyage ultérieur. Le départ n'est possible que par la voie Trèves-Coblence."

(s) de Buch.

M. Eyschen transmit cette lettre le même jour au Comte van den Steen de Jehay, dans les termes suivants:

„Luxembourg, le 8 août 1914.

Monsieur le Ministre,|| J'ai le très vif regret de vous communiquer ci-joint copie d'une lettre du Ministre d'Allemagne m'informant que l'autorité militaire allemande demande votre départ.|| Vous y trouverez les conditions y attachées.|| M. von Buch me dit que les autorités militaires conseilleraient plutôt le voyage per chemin de fer, parce que le voyage par automobile vous exposerait à être arrêté trop souvent pour des motifs de contrôle. Mais le choix vous est abandonné. || Le Ministre d'Allemagne viendra chez moi. prendre votre réponse.|| Je ne saurais vous dire combien la tâche que je remplis en ce moment m'est pénible. Je n'oublierai jamais les relations si agréables que nous avons eues et je fais des vœux pour que votre voyage se fasse dans les meilleures conditions.

(s) Eyschen."

Le Gouvernement belge estimant que le Gouvernement Grand Ducal n'avait pas eu le choix de son attitude et que celle qu'il avait été obligé d'adopter· n'impliquait en aucune manière une intention discourtoise à l'égard du Roi et de la Belgique, décida qu'il n'y avait pas lieu, dans ces conditions, de prier le Chargé d'Affaires du Grand Duché de quitter la Belgique.

Veuillez agréer, etc. (s) Davignon.

Nr. 14725. **VEREINIGTE STAATEN.** Der Gesandte in Brüssel an den belgischen Minister des Auswärtigen. Vertritt die Deutschen in Belgien.

Bruxelles, le 11 août 1914.

Monsieur le Ministre,|| La Légation a reçu aujourd'hui de Washington une dépêche l'informant que le Gouvernement des Etats-Unis avait, à la

demande du Gouvernement allemand, consenti à titre de courtoisie internationale, à accepter la protection des intérêts des sujets allemands en Belgique. || En vertu des instructions qui accompagnaient cette dépêche, nous nous occuperons donc, si vous n'y voyez pas d'inconvénient, d'exercer nos bons et amicaux offices auprès du Gouvernement du Roi, pour la protection des sujets allemands. Les agréables rapports que nous avons eus à ce sujet jusqu'à présent me donnent la conviction que c'est avec le même et mutuel sentiment que nous pourrons les poursuivre, dans le même but. || Je saisis cette occasion, Monsieur le Ministre, pour vous renouveler l'assurance de ma haute considération.

(s) Brand Whitlock.

Nr. 14726. **GROSZBRITANNIEN.** Der Gesandte in Brüssel an den belgischen Minister des Auswärtigen. Stimmt Nr. 14723 zu.

Bruxelles, le 11 août 1914.

(Traduction.) || Monsieur le Ministre, || J'ai télégraphié à Sir Edward Grey la communication allemande et la réponse projetée. || J'ai reçu l'ordre d'exprimer à Votre Excellence l'entière approbation du Gouvernement de Sa Majesté britannique. Ce dernier ne peut que se déclarer d'accord sur les termes de la réponse que le Gouvernement belge se propose de faire à une tentative de semer la désunion parmi les pays maintenant unis, pour la défense des Traités violés par l'Allemagne.

Je saisis, etc. (s) F. H. Villiers.

Nr. 14727. **FRANKREICH.** Der Gesandte in Brüssel an den belgischen Minister des Auswärtigen. Dasselbe.

Bruxelles, le 11 août 1914.

Monsieur le Ministre, || J'ai l'honneur de faire savoir à Votre Excellence que le Gouvernement français donne son entière adhésion à la réponse que le gouvernement belge se propose de faire au nouvel ultimatum de l'Allemagne. || Cette réponse est bien celle qu'on pouvait attendre d'un Gouvernement et d'un peuple qui ont résisté aussi héroïquement à la violation odieuse de leur territoire. || La France continuera à remplir ses devoirs de garante de la neutralité belge et de fidèle amie de la Belgique.

Je saisis, etc. (s) Klobukowski.

Nr. 14728. BELGIEN. Der Gesandte im Haag an den Minister des Auswärtigen. Berichtigung zu Nr. 14 720. (Telegramm.)

La Haye, 12 août 1914.

Le texte allemand contenait une faute; au lieu de „seine auseinandersetzung“ il faut lire „ihre“ et donc traduire „son conflit avec la France“.

(s) Baron Fallon.

Nr. 14729. RUSZLAND. Der Minister des Auswärtigen an den belgischen Minister des Auswärtigen. Stimmt Nr. 14 723 zu.

Saint-Pétersbourg, 13 août 1914.

Veuillez remercier le Gouvernement Royal pour sa communication et lui exprimer le plaisir que le Gouvernement Impérial éprouve à voir son attitude ferme et digne dont il le félicite très vivement.

(s) Sazonoff.

Nr. 14730. BELGIEN. Der Gesandte in Paris an den Minister des Auswärtigen. Ausdehnung des Krieges auf Afrika.

Paris, le 16 août 1914.

Monsieur le Ministre, || Au cours de l'entretien que j'ai eu ce matin avec M. de Margerie, j'ai amené la conversation sur les affaires coloniales et sur la démarche que vous m'avez chargé de faire par votre télégramme et votre dépêche du 7 de ce mois. || Mon interlocuteur m'a rappelé que le Gouvernement de la République s'était adressé à l'Espagne qui n'avait pas donné réponse avant d'avoir l'avis de l'Angleterre. Il paraît que celle-ci continue à ne pas donner de réponse. || M. de Margerie estime qu'en présence de la situation actuelle, il importe de frapper l'Allemagne partout où on peut l'atteindre; il croit que telle est aussi l'opinion de l'Angleterre qui aura certes des prétentions à faire valoir; la France désire reprendre la partie du Congo, qu'elle a dû céder à la suite des incidents d'Agadir. Un succès, me dit mon interlocuteur, ne serait pas difficile à obtenir.

Veuillez agréer, etc. (s) Baron Guillaume.

Nr. 14731. BELGIEN. Der Gesandte in London an den Minister des Auswärtigen. Dasselbe.

Londres, le 17 août 1914.

Monsieur le Ministre, || En réponse à votre dépêche du 7 août, j'ai l'honneur de vous faire savoir que le Gouvernement britannique ne peut

se rallier à la proposition belge tendant à respecter la neutralité des possessions des Puissances belligérantes dans le bassin conventionnel du Congo. || Les troupes allemandes de l'Est Africain allemand ont déjà pris l'offensive contre le protectorat anglais de l'Afrique centrale. D'autre part, des troupes britanniques ont déjà attaqué le port allemand de Dar-Es-Salaam, où elles ont détruit la station de télégraphie sans fil. || Dans ces circonstances, même si le Gouvernement anglais était persuadé de l'utilité politique et stratégique de la proposition belge, il ne pourrait l'adopter. || Le Gouvernement de Londres croit que les forces qu'il envoie en Afrique seront suffisantes pour vaincre toute opposition. Il fera tous ses efforts pour empêcher des soulèvements dans la population indigène. || La France est du même avis que l'Angleterre, vu l'activité allemande que l'on remarque près de Bonar et Ekododo.

Veuillez agréer, etc.

(s) Comte de Lalaing.

Nr. 14732. **BELGIEN.** Der Vizegouverneur von Katanga an den Kolonialminister. Deutsche Angriffe. (Telegramm.)

Elisabethville, 26 août 1914.

Allemands continuant leurs escarmouches au Tanganika ont attaqué le 22 août le port de Lukuga. Ils ont eu deux noirs tués et deux blessés. De nouvelles attaques sont attendues.

(s) Tombeur.

Nr. 14733. **OESTERREICH-UNGARN.** Kriegserklärung an Belgien.

La Haye, le 28 août 1914.

D'ordre de mon Gouvernement j'ai l'honneur de notifier à Votre Excellence ce qui suit: ,,Vu que la Belgique, après avoir refusé d'accepter les propositions qui lui avaient été adressées à plusieurs reprises par l'Allemagne, prête sa coopération militaire à la France et à la Grande-Bretagne qui toutes deux ont déclaré la guerre à l'Autriche-Hongrie, et en présence du fait que, comme il vient d'être constaté, les ressortissants autrichiens et hongrois se trouvant en Belgique ont sous les yeux des autorités Royales, dû subir un traitement contraire aux exigences les plus primitives de l'humanité et inadmissable même vis-à-vis des sujets d'un Etat ennemi, l'Autriche-Hongrie se voit dans la nécessité de rompre les relations diplomatiques et se considère dès ce moment en état de guerre avec la Belgique.

Je quitte le pays avec le personnel de la Légation et confie la protection de mes administrés au Ministre des Etats-Unis d'Amérique en Belgique. De la part du Gouvernement Impérial et Royal les passeports sont remis au Comte Errembault de Dudzeele.“ (s) Clary.

Nr. 14734. BELGIEN. Antwort auf das vorige.

Anvers, le 29 août 1914.

Prière accuser réception à Légation Autriche par intermédiaire Ministre Affaires Etrangères déclaration de guerre Autriche-Hongrie à Belgique et ajouter ce qui suit: || „La Belgique a toujours entretenu des relations d'amitié avec tous ses voisins sans distinction. Elle a scrupuleusement rempli les devoirs que la neutralité lui impose. Si elle n'a pas cru pouvoir accepter les propositions de l'Allemagne, c'est que celles-ci avaient pour objet la violation des engagements qu'elle a pris à la face de l'Europe, engagements qui ont été les conditions de la création du Royaume de Belgique. Elle n'a pas cru qu'un peuple, quelque faible qu'il soit, puisse méconnaître ses devoirs et sacrifier son honneur en s'inclinant devant la force. Le Gouvernement a attendu, non seulement les délais de l'ultimatum, mais la violation de son territoire par les troupes allemandes avant de faire appel à la France et à l'Angleterre, garantes de sa neutralité au même titre que l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie, pour coopérer au nom et en vertu des traités à la défense du territoire belge. || En repoussant par les armes les envahisseurs, elle n'a même pas accompli un acte d'hostilité aux termes de l'article 10 de la convention de La Haye, sur les droits et devoirs des Puissances neutres. || L'Allemagne a reconnu elle-même que son agression constitue une violation du droit des gens et ne pouvant la justifier elle a invoqué son intérêt stratégique. || La Belgique oppose un démenti formel à l'affirmation que les ressortissants autrichiens et hongrois auraient subi en Belgique un traitement contraire aux exigences les plus primitives de l'humanité. || Le Gouvernement Royal a donné, dès le début des hostilités, les ordres les plus stricts quant à la sauvegarde des personnes et des propriétés austro-hongroises. (s) Davignon.

Nr. 14735. BELGIEN. Der Minister des Auswärtigen an alle Gesandtschaften im Auslande. Polemik gegen Deutschland. Verteidigung der belgischen Politik vor dem Kriege.

Anvers, le 29 août 1914.

Monsieur le Ministre, || Sous la date du 17 août, j'ai adressé au Ministre du Roi à Londres une lettre dans laquelle j'ai cru devoir relever certaines

allégations produites par le Gouvernement allemand, et dont faisait mention le *Blue Book* publié récemment par le Gouvernement anglais.|| J'ai l'honneur de placer sous vos yeux une copie de cette lettre et de ses annexes. Veuillez, je vous prie, en donner connaissance au Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité.

Veuillez agréer, etc. (s) Davignon.

1re Annexe au No. 14 735.

Lettre adressée par M. Davignon, Ministre des Affaires Etrangères, au Comte de Lalaing, Ministre du Roi à Londres.

Bruxelles, le 17 août 1914.

Monsieur le Comte,|| Le *Blue Book* publié récemment par le Gouvernement britannique reproduit, sous le No. 122 (page 65), le texte d'un télégramme adressé de Berlin, le 31 juillet, par Sir E. Goschen à Sir E. Grey, télégramme dont j'extrais le passage suivant:|| „It appears from what he (His Excellency The Secretary of State) said that German Government consider that certain hostile acts have been already committed by Belgium. As an instance of this, he alleged that a consignement of corn of Germany had been placed under an embargo already.“|| Le fait auquel le Secrétaire d'Etat allemand des Affaires Etrangères a fait allusion dans son entretien avec Sir E. Goschen, et qu'il considérait comme un acte hostile de la part de la Belgique, se rapporte sans doute à l'application des arrêtés royaux du 30 juillet, qui ont prohibé provisoirement l'exportation de Belgique de certains produits. Comme vous le constaterez par l'exposé que je tiens à vous faire ci-après, le fait qui nous est reproché n'a nullement le caractère qu'on a voulu lui donner en Allemagne.|| Des arrêtés royaux datés du 30 juillet et publiés au *Moniteur belge* du lendemain ont prohibé à titre provisoire, par toutes les frontières de terre et de mer, l'exportation d'une série de produits, des céréales notamment. Sous la date du 31 juillet, M. le Ministre d'Allemagne à Bruxelles me signala que la douane d'Anvers retenait des chargements de grains à destination de l'Allemagne qui, simplement transbordés dans notre port, ne faisaient en réalité qu'y *transiter*. M. de Below Saleske demandait la libre sortie des bateaux portant ces chargements. Le jour même où il reçut la réclamation du Ministre d'Allemagne, mon Département en saisit le Ministère des Finances, et dès le surlendemain 2 août, celui-ci nous annonça qu'il avait été transmis à la douane belge des instructions donnant pleine et entière satisfaction à l'Allemagne.|| Je crois ne pouvoir mieux faire, Monsieur le Comte, que de placer sous vos yeux une copie de la correspondance échangée à ce sujet avec M. de

Below Saleske. Vous y verrez que rien dans notre attitude ne pouvait être considéré comme témoignant de dispositions hostiles à l'égard de l'Allemagne; les mesures prises par le Gouvernement belge à ce moment ne constituaient que les simples précautions que tout Etat a le droit et le devoir de prendre dans des circonstances aussi exceptionnelles.|| Il serait bon que vous adressiez au Gouvernement de S. M. Britannique une communication afin de l'éclairer sur la réalité des faits.

Veuillez agréer, etc. (s) Davignon.

2me Annexe au No. 14 735.

Lettre adressée par M. Davignon, Ministre des Affaires Etrangères, à M. de Below Saleske, Ministre d'Allemagne.

Bruxelles, 3 août 1914.

Monsieur le Ministre,|| Comme suite à la lettre que Votre Excellence a bien voulu m'adresser le 31 juillet, j'ai l'honneur de Lui faire savoir que mon collègue des Finances a porté à la connaissance du service des douanes que les prohibitions établies par les arrêtés royaux du 30 juillet écoulé ne visent que l'exportation proprement dite et ne s'étendent donc pas aux marchandises régulièrement déclarées en transit lors de l'importation. Au surplus, lorsque des marchandises libres de droits sont déclarées en consommation, bien qu'elles soient en réalité destinées à l'exportation, elles font communément l'objet de déclarations de libre entrée spéciales, qui sont considérées comme des documents de transit. Enfin, s'il arrivait que de telles marchandises avaient été déclarées en consommation sans restrictions, comme si elles devaient rester effectivement dans le pays, la douane en permettrait encore la sortie du moment où il serait dûment établi, par les documents d'expédition-manifestes, connaissements, etc., qu'elles devaient être exportées immédiatement en transit.|| Je puis ajouter que l'exportation des grains auxquels se rapportait la lettre précitée de la Légation Impériale a été autorisé le 1er août.

Je saisis, etc. (s) Davignon.

3me Annexe au No. 14 735.

Lettre adressée par M. Davignon, Ministre des Affaires Etrangères, à M. de Below Saleske, Ministre d'Allemagne.

Bruxelles, le 1er août 1914.

Monsieur le Ministre,|| En réponse à la lettre de Votre Excellence du 31 juillet, j'ai l'honneur de Lui faire savoir que l'arrêté belge du 30 juillet

ne vise que l'exportation et non le transit des produits cités.|| J'ai eu soin de faire part de votre communication à mon collègue des Finances, en le priant de vouloir bien donner aux bureaux de la douane des instructions précises de nature à prévenir toute erreur dans l'application de l'arrêté précité.

Je saisis, etc. (s) Davignon.

4me Annexe au No. 14735.

Lettre adressée par M. de Below Saleske, Ministre d'Allemagne, à M. Davignon, Ministre des Affaires Etrangères.

Bruxelles, le 31 juillet 1914.

Monsieur le Ministre,||On m'a informé d'Anvers que la douane a défendu le départ des bateaux chargés de grains pour l'Allemagne.|| Vu qu'il ne s'agit dans ces cas d'une *exportation* de grains, mais d'un *transit*, parce que la marchandise a été seulement transbordée à Anvers, j'ai l'honneur de recourir à votre bienveillante entremise afin qu'on laisse partir pour l'Allemagne les bateaux en question.|| En même temps, je prie Votre Excellence de me faire savoir si le port d'Anvers est fermé pour le transit des marchandises énumérées au *Moniteur* d'aujourd'hui.|| En attendant la réponse de Votre Excellence dans le plus bref délai possible, je profite de cette occasion, etc. (s) de Below Saleske.

Nr. 14736. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in Belgrad an den Minister des Auswärtigen. Überreichung des österreichischen Ultimatums*).

Belgrade, le 10/23 Juillet 1914.

(Télégramme.)|| Le Ministre d'Autriche vient de transmettre, à 6 heures du soir, au Ministre des Finances Patchou, qui remplace Pachitch, une note ultimative de son Gouvernement fixant un délai de 48 heures pour l'acceptation des demandes y contenues. Giesl a ajouté verbalement que pour le cas où la note ne serait pas acceptée intégralement dans un délai de 48 heures, il avait l'ordre de quitter Belgrade avec le personnel de la Légation. Pachitch et les autres Ministres qui se trouvent en tournée électorale ont été rappelés et sont attendus à Belgrade demain Vendredi à 10 heures du matin. Patchou qui m'a communiqué le contenu de la note, sollicite l'aide de la Russie et déclare qu'aucun Gouvernement Serbe ne pourra accepter les demandes de l'Autriche.

(Signé) Strandtman.

---

*) Nr. 14736 bis 14805 entstammen dem russischen Orangebuch Petrograde 1914.

Nr. 14737. RUSZLAND. Der Minister des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Wien. Begehrt Verlängerung der Frist im Ultimatum.

St.-Pétersbourg, le 11/24 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Veuillez transmettre au Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie ce qui suit. || La communication du Gouvernement austro-hongrois aux Puissances le lendemain de la présentation de l'ultimatum à Belgrade ne laisse aux Puissances qu'un délai tout-à-fait insuffisant pour entreprendre quoi qu'il soit d'utile pour l'aplanissement des complications surgies. Pour prévenir les conséquences incalculables et également néfastes pour toutes les Puissances qui peuvent suivre le mode d'action du Gouvernement austro-hongrois, il nous paraît indispensable qu'avant tout le délai donné à la Serbie pour répondre soit prolongé. L'Autriche-Hongrie se déclarant disposée à informer les Puissances des données de l'enquête sur lesquelles le Gouvernement Impérial et Royal base ses accusations, devrait leur donner également le temps de s'en rendre compte. En ce cas, si les Puissances se convainquaient du bienfondé de certaines des exigences autrichiennes, elles se trouveraient en mesure de faire parvenir au Gouvernement Serbe des conseils en conséquence. Un refus de prolonger le terme de l'ultimatum priverait de toute portée la démarche du Gouvernement austro-hongrois auprès des Puissances et se trouverait en contradiction avec les bases mêmes des relations internationales.

Communiqué à Londres, Rome, Paris, Belgrade.

(Signé) Sazonow.

Nr. 14738. SERBIEN. Der Prinzregent an den Zaren. (Telegramm). Protest gegen das Ultimatum. Bitte um Hilfe.

Belgrade, le 11/24 Juillet 1914.

Le Gouvernement Austro-Hongrois a remis hier soir au Gouvernement serbe une note concernant l'attentat de Sarajevo. Consciente de ses devoirs internationaux, la Serbie dès les premiers jours de l'horrible crime a déclaré qu'elle le condamnait et qu'elle était prête à ouvrir une enquête sur son territoire si la complicité de certains de ses sujets était prouvée au cours du procès instruit par les autorités Austro-hongroises. Cependant les demandes contenues dans la note Austro-hongroise sont inutilement humiliantes pour la Serbie et incompatibles avec sa dignité comme Etat indépendant. Ainsi on nous demande sur un ton péremptoire

une déclaration du gouvernement dans l'officiel et un ordre du souverain à l'armée, où nous réprimerions l'esprit hostile contre l'Autriche en nous faisant à nous mêmes des reproches d'une faiblesse criminelle envers nos menées perfides. — On nous impose ensuite l'admission des fonctionnaires austro-hongrois en Serbie pour participer avec les notres à l'instruction et pour surveiller l'exécution des autres conditions indiquées dans la note. Nous avons reçu un délai de 48 heures pour accepter le tout, faute de quoi la Légation d'Autriche-Hongrie quittera Belgrade. Nous sommes prêts à accepter les conditions austro-hongroises qui sont compatibles avec la situation d'un Etat indépendant, ainsi que celles dont l'acception nous sera conseillée par Votre Majesté; toutes les personnes dont la participation à l'attentat sera démontrée seront sévèrement punis par nous. Certaines parmi ces demandes ne pourraient être exécutées sans des changements de notre législation, ce qui exige du temps. On nous a donné un délai trop court. Nous pouvons être attaqués après l'expiration du délai par l'armée austro-hongroise qui se concentre sur notre frontière. Il nous est impossible de nous défendre et nous supplions Votre Majesté de nous donner Son aide le plus tôt possible. La bienveillance précieuse de Votre Majesté qui s'est manifestée tant de fois à notre égard nous fait espérer fermement que cette fois encore notre appel sera entendu par Son généreux cœur slave. || En ces moments difficiles J'interprête les sentiments du peuple serbe qui supplie Votre Majesté de vouloir bien s'intéresser au sort du Royaume de Serbie.

(Signé) Alexandre.

Nr. 14739. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Antiserbische Stimmung in Deutschland.

Berlin, le 11/24 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Tous les journaux du matin, même ceux, rares, qui reconnaissent l'impossibilité pour la Serbie d'accepter les conditions posées, accueillent avec une grande sympathie le ton énergique adopté par l'Autriche. L'officieux „Local-Anzeiger" est particulièrement agressif; il qualifie de superflus les recours éventuels de la Serbie à St. Pétersbourg, à Paris, à Athènes et à Bucarest, et termine en disant que le peuple allemand respirera librement quand il aura appris que la situation dans la péninsule Balcanique va enfin s'éclaircir.

(Signé) Bronewsky.

Nr. 14740. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in Paris an den Minister des Auswärtigen. Mitteilung des Ultimatums durch Österreich. Besprechung des französischen Ministers mit dem deutschen Botschafter.

Paris, le 11/24 Juillet 1914.

(Télégramme.) || La copie de la note officiellement remise à Belgrade a été communiquée par l'Ambassadeur d'Autriche au Gouvernement Français. Plus tard l'Ambassadeur d'Allemagne a visité le Ministre et lui a lu une communication reproduisant les arguments autrichiens et indiquant qu'en cas de refus de la part de la Serbie, l'Autriche serait obligée de recourir à une pression et, en cas de besoin, à des mesures militaires; la communication se terminait par la remarque qu'à l'avis de l'Allemagne cette question devrait être résolue directement entre l'Autriche et la Serbie et qu'il était de l'intérêt des Puissances de circonscrire l'affaire en l'abandonnant aux Parties intéressées. Le Gérant du Département Politique, qui assistait à l'entretien, demanda à l'Ambassadeur s'il fallait considérer l'action autrichienne comme un ultimatum — en d'autres termes, si, dans le cas où la Serbie ne se soumettrait pas entièrement aux demandes autrichiennes, les hostilités étaient inévitables? L'ambassadeur évita une réponse directe en alléguant l'absence d'instructions.

(Signé) Sevastopoulo.

Nr. 14741. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in Belgrad an den Minister des Auswärtigen. Paschitsch ist zum Kriege entschlossen.

Belgrade, le 11/24 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Pachitch est rentré à Belgrade. Il a l'intention de donner dans le délai fixé, c'est à dire demain Samedi à 6 heures du soir, une réponse à l'Autriche indiquant les points acceptables et inacceptables. On adressera aujourd'hui même aux Puissances la prière de défendre l'indépendance de la Serbie. Ensuite, ajouta Pachitch, si la guerre est inévitable — nous ferons la guerre.

(Signé) Strandtman.

Nr. 14742. **RUSZLAND.** Offizielle Mitteilung über Einmischung in den serbisch-österreichischen Streit.

St.-Pétersbourg, le 12/25 Juillet 1914.

Les derniers événements et l'envoi par l'Autriche-Hongrie d'un ultimatum à la Serbie préoccupent le Gouvernement Impérial au plus haut

degré. Le Gouvernement suit attentivement l'évolution du conflit serbo-autrichien qui ne peut pas laisser la Russie indifférente.

Nr. 14743. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in Wien an den Minister des Auswärtigen. Keine Aussicht auf Verlängerung (14 737).

Vienne, le 12/25 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Le comte Berchtold se trouve à Ischl. Vu l'impossibilité d'y arriver à temps, je lui ai télégraphié notre proposition de prolonger le délai de l'ultimatum et l'ai répétée verbalement au Baron Macchio. Ce dernier m'a promis de la communiquer à temps au Ministre des Affaires Etrangères, mais a ajouté qu'il pouvait prédire avec assurance un refus catégorique.

(Signé) Koudachew.

Nr. 14744. **RUSZLAND.** Derselbe an denselben. Dasselbe.

Vienne, le 12/25 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Suite à mon télégramme d'aujourd'hui. Viens de recevoir de Macchio la réponse négative du Gouvernement Austro-Hongrois à notre proposition de prolonger le délai de la note.

(Signé) Koudachew.

Nr. 14745. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Frage der Fristverlängerung.

Berlin, le 12/25 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Ai reçu Votre télégramme du 11/24 Juillet. Ai communiqué son contenu au Ministre des Affaires Etrangères. Il me dit que le Gouvernement Anglais l'a également prié de conseiller à Vienne la prolongation du délai de l'ultimatum; il a communiqué cette démarche télégraphiquement à Vienne, il va en faire autant pour notre démarche, mais il craint qu'à la suite de l'absence de Berchtold parti pour Ischl, et vu le manque de temps, ses télégrammes ne restent sans résultats; il a, en outre, des doutes sur l'opportunité pour l'Autriche de céder au dernier moment et il se demande si cela ne pouvait pas augmenter l'assurance de la Serbie. J'ai répondu qu'une grande Puissance comme l'Autriche pourrait céder sans porter atteinte à son prestige et ai fait valoir tous les arguments con-

formes cependant je n'ai pu obtenir des promesses plus précises. Même lorsque je laissais entendre qu'il fallait agir à Vienne pour éviter la possibilité de conséquences redoutables, le Ministre des Affaires Etrangères répondait chaque fois négativement.

(Signé) Bronewsky.

Nr. 14746. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in London an den Minister des Auswärtigen. Fristverlängerung.

Londres, le 12/25 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Reçu télégramme du 11 Juillet. Grey a prescrit à l'Ambassadeur d'Angleterre à Vienne d'appuyer notre démarche concernant la prolongation du délai de l'ultimatum. Il m'a dit en même temps que l'Ambassadeur d'Autriche était venu le voir et avait expliqué qu'on ne devrait pas attribuer à la note autrichienne le caractère d'un ultimatum; il faudrait la considérer comme une démarche qui, en cas d'absence de réponse ou en cas de réponse insuffisante au terme fixé, aurait comme suite la rupture des relations diplomatiques et le départ immédiat de Belgrade du Ministre d'Autriche-Hongrie, sans entraîner cependant le commencement immédiat des hostilités. — Grey a ajouté qu'à la suite de cette explication il a indiqué à l'Ambassadeur d'Angleterre à Vienne que dans le cas où il serait trop tard pour soulever la question de la prolongation du délai de l'ultimatum, celle de l'arrêt des hostilités pourrait peut-être servir de base à la discussion.

(Signé) Benckendorff.

Nr. 14747. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an den Geschäftsträger in London. Verlangt Englands Beistand für den Fall eines Krieges.

St.-Pétersbourg, le 12/25 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Dans le cas d'une nouvelle aggravation de la situation, pouvant provoquer de la part des Grandes Puissances des actions conformes, nous comptons que l'Angleterre ne tardera pas de se ranger nettement du côté de la Russie et de la France, en vue de maintenir l'équilibre européen, en faveur duquel elle est intervenue constamment dans le passé et qui serait sans aucun doute compromis dans le cas du triomphe de l'Autriche.

(Signé) Sazonow.

Nr. 14748. **DEUTSCHES REICH.** Der Botschafter in St. Petersburg an den russischen Minister des Auswärtigen. Entstehung des österreichischen Ultimatums.

Petersburg, 12./25. Juli 1914.

Il nous revient de source autoritative que la nouvelle répandue par quelques journaux d'après laquelle la démarche du Gouvernement d'Autriche-Hongrie à Belgrade aurait été faite à l'instigation de l'Allemagne est absolument fausse. Le Gouvernement Allemand n'a pas eu connaissance du texte de la note Autrichienne avant qu'elle ait été remise et n'a exercé aucune influence sur son contenu. C'est à tort qu'on attribue à l'Allemagne une attitude comminatoire. || L'Allemagne appuie naturellement comme allié de l'Autriche les revendications à son avis légitimes du Cabinet de Vienne contre la Serbie. || Avant tout elle désire comme elle l'a déjà déclaré dès le commencement du différend Austro-Serbe que ce conflit reste localisé.

Nr. 14749. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in Paris an den Minister des Auswärtigen. Ergänzung zu Nr. 14 740.

Paris, le 12/25 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Me réfère à mon télégramme du 11/24 Juillet. || Aujourd'hui un journal du matin a publié, sous une forme pas entièrement exacte, les déclarations d'hier de l'Ambassadeur d'Allemagne, en les faisant suivre de commentaires qui attribuent à cette démarche le caractère d'une menace. L'Ambassadeur d'Allemagne, très impressionné par ces divulgations, a visité aujourd'hui le Gérant du Département Politique pour lui dire que ses paroles n'avaient nullement eu le caractère de menace qu'on leur attribue. Il a déclaré que l'Autriche avait présenté sa note à la Serbie sans entente précise avec Berlin, mais que cependant l'Allemagne approuvait le point de vue de l'Autriche et que certainement „la flèche une fois partie“ (ce sont là ses propres paroles), l'Allemagne ne pouvait se laisser guider que par ses devoirs d'alliée.

(Signé) Sevastopoulo.

Nr. 14750. **RUSZLAND.** Der Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. Greys Besprechung mit dem deutschen Botschafter.

Londres, le 12/25 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Grey m'a dit que l'Ambassadeur d'Allemagne lui a déclaré que le Gouvernement Allemand n'avait pas été informé du texte

de la note autrichienne, mais qu'il soutenait entièrement la démarche autrichienne. L'Ambassadeur a demandé en même temps si l'Angleterre pouvait consentir à agir à St.-Pétersbourg dans un esprit de conciliation. Grey a répondu que cela était complètement impossible. Le Ministre a ajouté que tant que les complications n'existaient qu'entre l'Autriche et la Serbie, les intérêts Anglais n'étaient engagés qu'indirectement, mais qu'il devait prévoir que la mobilisation autrichienne aurait comme suite la mobilisation de la Russie et que dès ce moment on se trouverait en présence d'une situation à laquelle seraient intéressées toutes les Puissances. L'Angleterre se réservait pour ce cas une complète liberté d'action.

(Signé) Benckendorff.

Nr. 14751. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in Belgrad an den Minister des Auswärtigen. — Abreise des österreichischen Gesandten. Verlegung der serbischen Regierung.

Belgrade, le 12/25 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Malgré le caractère extrêmement conciliant de la réponse serbe à l'ultimatum, le Ministre d'Autriche vient d'informer, à 6½ du soir, le Gouvernement Serbe par note, que n'ayant pas reçu au délai fixé une réponse satisfaisante il quitte Belgrade avec tout le personnel de la Légation. La Scoupchtina est convoquée à Nich pour le 14/27 Juillet. Le Gouvernement Serbe et le Corps Diplomatique partent ce soir pour la même ville.

(Signé) Strandtman.

Nr. 14752. **RUSZLAND.** Der Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. — Grey wünscht die deutsche Mobilisation zu hintertreiben.

Londres, le 12/25 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Grey a dit à l'Ambassadeur d'Allemagne qu'à son avis la mobilisation autrichienne devait entraîner la mobilisation de la Russie, qu'alors surgirait le danger aigu d'une guerre générale et qu'il ne voyait qu'un seul moyen pour une solution pacifique: qu'en présence des mobilisations autrichienne et russe, l'Allemagne, la France, l'Italie et l'Angleterre s'abstiennent d'une mobilisation immédiate et proposent tout d'abord leurs bons offices. Grey m'a dit que ce plan nécessitait avant tout l'agrément de l'Allemagne et l'engagement de cette Puissance de ne pas mobiliser. En conséquence il a adressé tout d'abord à Berlin une question à ce sujet.

(Signé) Benckendorff.

Nr. 14753. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Rom. — Italien soll Österreich beeinflussen.

St.-Pétersbourg, le 13/26 Juillet 1914.

(Télégramme.) || L'Italie pourrait jouer un rôle de tout premier ordre en faveur du maintien de la paix, en exerçant l'influence nécessaire sur l'Autriche et en adoptant une attitude nettement défavorable au conflit, car ce dernier ne saurait être localisé. Il est désirable que vous exprimiez la conviction qu'il est impossible pour la Russie de ne pas venir en aide à la Serbie.

(Signé) Sazonow.

Nr. 14754. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Wien. — Unterredung mit dem österreichischen Botschafter. Schlägt eine Verhandlung zwischen Österreich und Rußland vor.

St.-Pétersbourg, le 13/26 Juillet 1914.

(Télégramme.) || J'ai eu aujourd'hui un long entretien sur un ton amical avec l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie. Après avoir examiné avec lui les 10 demandes adressées à la Serbie, j'ai fait observer qu'à part la forme peu habile sous laquelle elles sont présentées, quelques unes parmi elles sont absolument inexécutables, même dans le cas où le gouvernement Serbe déclarerait les vouloir accepter. Ainsi, par exemple, les points 1 et 2 ne pourraient être exécutés sans un remaniement des lois serbes sur la presse et sur les associations, pour lequel le consentement de la Scoupchtina pourrait être difficilement obtenu; quant à l'exécution des points 4 et 5, elle pourrait produire des conséquences fort dangereuses et même faire naître le danger d'actes de terrorisme dirigés contre les membres de la Maison Royale et contre Pachitch, ce qui ne saurait entrer dans les vues de l'Autriche. En ce qui regarde les autres points, il me semble, qu'avec certains changements dans les détails, il ne serait pas difficile de trouver un terrain d'entente si les accusations y contenues étaient confirmées par des preuves suffisantes. || Dans l'intérêt de la conservation de la paix qui, aux dires de Szapary, est précieuse à l'Autriche au même degré qu'à toutes les Puissances, il serait nécessaire de mettre au plus tôt possible une fin à la situation tendue du moment. Dans ce but il me semblerait très désirable que l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie fût autorisé d'entrer avec moi dans

un échange de vues privé aux fins d'un remaniement en commun de quelques articles de la note autrichienne du 10/23 Juillet. Ce procédé permettrait peut-être de trouver une formule qui fût acceptable pour la Serbie, tout en donnant satisfaction à l'Autriche quant au fond de ses demandes. Veuillez avoir une explication prudente et amicale dans le sens de ce télégramme avec le Ministre des Affaires Etrangères. Communiqué aux Ambassadeurs en Allemagne, en France, en Angleterre et en Italie.

(Signé) Sazonow.

Nr. 14755. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. — Dasselbe.

St.-Pétersbourg, le 13/26 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Veuillez communiquer le contenu de mon télégramme à Vienne d'aujourd'hui au Ministre des Affaires Etrangères Allemand et lui exprimer l'espoir, que de son côté il trouvera possible de conseiller à Vienne d'aller au devant de notre proposition.

(Signé) Sazonow.

Nr. 14756. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Auffassung in Frankreich.

Paris, le 13/26 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Le Directeur du Département Politique m'informe, que lors de la communication qu'il a faite à l'Ambassadeur d'Autriche du contenu de la réponse serbe à l'ultimatum, l'Ambassadeur n'a pas caché son étonnement de ce qu'elle n'ait pas donné satisfaction à Giesl. L'attitude conciliante de la Serbie doit, selon l'avis du Directeur du Département Politique, produire la meilleure impression en Europe.

(Signé) Sevastopoulo.

Nr. 14757. **RUSZLAND.** Derselbe an denselben. — Deutschland und Österreich sind solidarisch.

Paris, le 13/26 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Aujourd'hui l'Ambassadeur d'Allemagne a de nouveau rendu visite au Gérant du Ministère des Affaires Etrangères et lui a fait les déclarations suivantes: || „L'Autriche a déclaré à la Russie qu'elle ne recherche pas des acquisitions territoriales et qu'elle ne menace pas l'intégrité de la Serbie. Son but unique est d'assurer sa propre tranquillité.

Par conséquent il dépend de la Russie d'éviter la guerre. L'Allemagne se sent solidaire avec la France dans le désir ardent de conserver la paix et espère fermement que la France usera de son influence à Pétersbourg dans un sens modérateur.“ Le Ministre fit observer que l'Allemagne pourrait de son côté entreprendre des démarches analogues à Vienne, surtout en présence de l'esprit de conciliation dont a fait preuve la Serbie. L'Ambassadeur répondit que cela n'était pas possible, vu la résolution prise de ne pas s'immiscer dans le conflit austro-serbe. Alors le Ministre demanda, si les quatre Puissances — l'Angleterre, l'Allemagne, l'Italie et la France — ne pouvaient pas entreprendre des démarches à St.-Pétersbourg et à Vienne, puisque l'affaire se reduisait en somme à un conflit entre la Russie et l'Autriche. L'Ambassadeur allégua l'absence d'instructions. Finalement le Ministre refusa d'adhérer à la proposition allemande.

(Signé) Sevastopoulo.

Nr. 14758. **RUSZLAND.** Derselbe an denselben. — Deutschland will Frankreich einschüchtern.

Paris, le 13/26 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Le Directeur du Département Politique a déclaré qu'à son avis personnel, les démarches successives allemandes à Paris ont pour but d'intimider la France et d'amener son intervention à St.-Pétersbourg.

(Signé) Sevastopoulo.

Nr. 14759. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in Berlin an den Minister des Auswärtigen. — Kriegerische Demonstrationen in Berlin.

Berlin, le 13/26 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Après la réception à Berlin de la nouvelle de la mobilisation de l'armée autrichienne contre la Serbie une grande foule, composée, aux dires des journaux, en partie d'éléments autrichiens, se livra à une série de bruyantes manifestations en faveur de l'Autriche. A une heure avancée de la soirée les manifestants se massèrent à plusieurs reprises devant le palais de l'Ambassade Impériale en poussant des cris hostiles à la Russie; la police était presque absente et ne prenait aucune mesure.

(Signé) Bronewsky.

Nr. 14760. **RUSZLAND.** Der Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. — Wie steht Rußland zu einer internationalen Vermittlung?

Londres, le 14/27 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Ai reçu votre télégramme du 13/26 Juillet. Prie me télégraphier si, à Votre avis, Vos pourparlers directs avec le cabinet de Vienne s'accordent avec le projet de Grey concernant la médiation des 4 Gouvernements. Ayant appris de l'Ambassadeur d'Angleterre à St.-Pétersbourg que Vous étiez disposé à accepter cette combinaison, Grey a décidé de la transformer en une proposition officielle qu'il a faite hier soir à Berlin, à Paris et à Rome.

(Signé) Benckendorff.

Nr. 14761. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Frankreich und England. — Bereit zu einer internationalen Konferenz, wenn sich die direkten Verhandlungen mit Österreich zerschlagen.

St.-Pétersbourg, le 14/27 Juillet 1914.

(Télégramme.) || L'Ambassadeur d'Angleterre est venu s'informer s nous jugeons utile que l'Angleterre prenne l'initiative de convoquer à Londres une conférence des représentants de l'Angleterre, la France, l'Allemagne et l'Italie, pour étudier une issue à la situation actuelle. || J'ai répondu à l'Ambassadeur que j'ai entamé des pourparlers avec l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie, en conditions que j'espère favorables. Pourtant je n'ai pas encore reçu de réponse à la proposition que j'ai faite d'une revision de la note entre les deux Cabinets. || Si des explications directes avec le Cabinet de Vienne se trouvaient irréalisables, je suis prêt à accepter la proposition anglaise ou toute autre de nature à résoudre favorablement le conflit.

(Signé) Sazonow.

Nr. 14762. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in Paris, London, Berlin, Wien, Rom. — Scharfes Urteil über die österreichische Politik.

St.-Pétersbourg, le 14/27 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Ai pris connaissance de la réponse transmise par le Gouvernement Serbe au Baron Giesl. Elle dépasse toutes nos prévisions

par sa modération et son désir de donner la plus complète satisfaction à l'Autriche. Nous ne voyons pas quelles pourraient être encore les demandes de l'Autriche, à moins que le Cabinet de Vienne ne cherche un prétexte pour une guerre avec la Serbie.

(Signé) Sazonow.

Nr. 14763. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Deutschland gegen eine Konferenz.

Paris, le 14/27 Juillet 1914.

(Télégramme.) || L'Ambassadeur d'Allemagne a conféré aujourd'hui de nouveau longuement sur la situation avec le Directeur du Département Politique. L'Ambassadeur a beaucoup insisté sur l'exclusion de toute possibilité d'une médiation ou d'une conférence.

(Signé) Sevastopoulo.

Nr. 14764. **RUSZLAND.** Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Bemühungen Deutschlands in Paris.

Paris, le 14/27 Juillet 1914.

(Télégramme). || Ai conféré avec le Gérant du Ministère des Affaires Etrangères, en présence de Berthelot, immédiatement après mon retour à Paris. Tous les deux m'ont confirmé les détails concernant les démarches de l'Ambassadeur d'Allemagne que Sevastopoulo Vous a communiqués dans ses télégrammes. Ce matin le Baron de Schoen a confirmé par écrit sa déclaration d'hier, savoir: 1) l'Autriche a déclaré à la Russie qu'elle ne recherche pas d'acquisitions et n'attente pas à l'intégrité de la Serbie. Son unique but est d'assurer sa propre tranquillité. 2) Par conséquent il dépend de la Russie d'éviter la guerre. 3) L'Allemagne et la France, complètement solidaires dans l'ardent désir de ne pas rompre la paix, doivent agir sur la Russie dans un sens modérateur. Le Baron de Schoen a spécialement souligné l'expression de la solidarité entre l'Allemagne et la France. D'après la conviction du Ministre de la Justice, les démarches susdites de l'Allemagne ont pour but évident de désunir la Russie et la France, d'entraîner le Gouvernement Français dans la voie des représentations à St. Pétersbourg et de compromettre ainsi notre allié à nos yeux; enfin, en cas de guerre, d'en rejeter la responsabilité non sur l'Allemagne, qui employe soi disant tous ses efforts pour le maintien de la paix, mais sur la Russie et la France.

(Signé) Iswolsky.

Nr. 14765. RUSZLAND. Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Mitteilung des österreichischen Botschafters über den Bruch mit Serbien.

Paris, le 14/27 Juillet 1914.

(Télégramme.) || D'ordre de son Gouvernement, l'Ambassadeur d'Autriche a communiqué au Gérant du Ministère des Affaires Etrangères que la réponse de la Serbie a été jugée insuffisante à Vienne et que demain, mardi, l'Autriche procéderait à des „actions énergiques“ dont le but serait de forcer la Serbie de lui donner les garanties nécessaires. Le Ministre ayant demandé en quoi consisteraient ces actions, l'Ambassadeur répondit qu'il n'avait pas de renseignements exacts à ce sujet, mais qu'il pouvait s'agir d'un passage de la frontière serbe, d'un ultimatum et même d'une déclaration de guerre.

(Signé) Iswolsky.

Nr. 14766. RUSZLAND. Der Geschäftsträger in Berlin an den Minister des Auswärtigen. — Jagow lehnt eine Pression auf Österreich ab.

Berlin, le 14/27 Juillet 1914.

(Télégramme.) || J'ai prié le Ministre des Affaires Etrangères d'appuyer à Vienne votre proposition tendant à autoriser Szapary d'élaborer, par la voie d'un échange de vues privé avec Vous, une rédaction des demandes austro-hongroises acceptable pour les deux parties. Jagow a répondu qu'il était au courant de cette proposition et qu'il partageait l'avis de Pourtalès que, puisque Szapary avait commencé cette conversation, il pourrait aussi bien la continuer. Il télégraphiera dans ce sens à l'Ambassadeur d'Allemagne à Vienne. Je l'ai prié de conseiller d'une façon plus pressante à Vienne de s'engager dans cette voie de conciliation; Jagow a répondu qu'il ne pouvait pas conseiller à l'Autriche de céder.

(Signé) Bronewsky.

Nr. 14767. RUSZLAND. Der Geschäftsträger in Berlin an den Minister des Auswärtigen. — Jagow lehnt eine Aufforderung Frankreichs zu einer internationalen Vermittlung ab.

Berlin, le 14/27 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Aujourd'hui, avant ma visite au Ministre des Affaires Etrangères, ce dernier avait reçu celle de l'Ambassadeur de France qui

avait tenté de lui faire accepter la proposition anglaise relative à une action en faveur de la paix, action qui serait exercée simultanément à St.-Pétersbourg et à Vienne par l'Angleterre, l'Allemagne, l'Italie et la France. Cambon a proposé que ces Puissances donnent à Vienne un conseil dans les termes suivants: „S'abstenir de tout acte qui pourrait aggraver la situation de l'heure actuelle.“ En adoptant cette formule voilée on éviterait de mentionner la nécessité de s'abstenir d'une invasion de la Serbie. Jagow a opposé à cette proposition un refus catégorique, et cela malgré les instances de l'Ambassadeur qui a fait valoir, comme un bon côté de la proposition, le groupement mixte des Puissances grâce auquel on évitait l'opposition de l'Alliance à l'Entente, ce dont s'était si souvent plaint Jagow lui-même.

(Signé) Bronewsky.

Nr. 14768. **RUSZLAND.** Telegramm des Zaren an den serbischen Prinzen Alexander. — Schutzversprechen.

St.-Pétersbourg, le 14/27 Juillet 1914.

Votre Altesse Royale en s'adressant à Moi dans un moment particulièrement difficile ne s'est pas trompée sur les sentiments qui M'animent à Son égard et sur Ma sympathie cordiale pour le peuple serbe. || Ma plus sérieuse attention est attirée par la situation actuelle et Mon Gouvernement s'applique de toutes ses forces à aplanir les présentes difficultés. Je ne doute point que Votre Altesse et le Gouvernement Royal ne veuillent faciliter cette tâche en ne negligeant rien pour arriver à une solution qui permette de prévenir les horreurs d'une nouvelle guerre tout en sauvegardant la dignité de la Serbie. || Tant qu'il y a le moindre espoir d'éviter une effusion de sang, tous nos efforts doivent tendre vers ce but. Si, malgré Notre plus sincère désir, Nous ne réussissons pas, Votre Altesse peut être assurée qu'en aucun cas la Russie ne se désintéressera du sort de la Serbie.

(Signé) Nicolas.

Nr. 14769. **RUSZLAND.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. — Rolle des deutschen Botschafters. Eindruck der russischen Erklärung (14 742).

Vienne, le 14/27 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Le Ministre des Affaires Etrangères est absent. Pendant un entretien prolongé, que j'ai eu aujourd'hui avec Macchio, j'ai, en

termes tout à fait amicaux, attiré son attention sur l'impression défavorable qu'a produite en Russie la présentation par l'Autriche à la Serbie de demandes absolument inacceptables pour chaque état indépendant, bien que petit. J'ai ajouté que ce procédé, qui pourrait amener des complications les moins désirables, a provoqué en Russie une profonde surprise et une réprobation générale. Il faut supposer que l'Autriche, sous l'influence des assurances du Représentant Allemand à Vienne, lequel pendant toute cette crise a joué un rôle d'instigateur, a compté sur la probabilité de la localisation de son conflit avec la Serbie et sur la possibilité de porter à cette dernière impunément un coup grave. La déclaration du Gouvernement Impérial concernant l'impossibilité pour la Russie de rester indifférente en présence d'un tel procédé a provoqué ici une grande impression.

(Signé) Schébéko.

Nr. 14770. **RUSZLAND.** Der Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. — Grey über die serbische Antwort.

Londres, le 14/27 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Grey vient de répondre à l'Ambassadeur d'Allemagne, qui était venu le questionner sur la possibilité d'une action à St.-Pétersbourg, que cette action devrait se produire à Vienne et que le cabinet de Berlin serait le mieux qualifié pour l'exercer. Grey a fait observer en même temps que la réponse serbe à la note autrichienne dépassait par sa modération et son esprit de conciliation tout ce à quoi on pouvait s'attendre. Grey a ajouté qu'il en concluait que la Russie avait conseillé à Belgrade de donner une réponse modérée et qu'il pensait que la réponse serbe pouvait servir de base à une solution pacifique et acceptable de la question. || Dans ces conditions, a continué Grey, si l'Autriche malgré cette réponse commençait les hostilités, elle prouverait son intention d'anéantir la Serbie. La question placée sur ce terrain produirait une situation qui pourrait amener une guerre dans laquelle seraient impliquées toutes les Puissances. || Grey a enfin déclaré que le Gouvernement Anglais était bien sincèrement disposé à collaborer avec le gouvernement Allemand tant qu'il s'agirait de la conservation de la paix; mais que pour le cas contraire l'Angleterre se réservait une pleine liberté d'action.

(Signé) Benckendorff.

Nr. 14771. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. — England soll auf Deutschland einen Druck ausüben.

St.-Pétersbourg, le 15/28 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Mes entretiens avec l'Ambassadeur d'Allemagne confirment mon impression que l'Allemagne est plutôt favorable à l'intransigeance de l'Autriche. || Le Cabinet de Berlin, qui aurait pu arrêter tout le développement de la crise, paraît n'exercer aucune action sur son alliée. || L'ambassadeur trouve insuffisante la réponse de la Serbie. || Cette attitude allemande est tout particulièrement alarmante. || Il me semble que mieux que toute autre Puissance l'Angleterre serait en mesure de tenter encore d'agir à Berlin pour engager le Gouvernement Allemand à l'action nécessaire. C'est à Berlin qu'indubitablement se trouve la clef de la situation.

(Signé) Sazonow.

Nr. 14772. **RUSZLAND.** Der Generalkonsul in Fiume an den Minister des Auswärtigen. — Österreichische Rüstungen*).

Fiume, le 15/28 Juillet 1914.

(Télégramme.) || L'état de siége a été proclamé en Slavonie, en Croatie et à Fiume et en même temps les réservistes de toutes les catégories ont été mobilisés.

(Signé) Salviati.

Nr. 14773. **RUSZLAND.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit Berchtold, der jedes Entgegenkommen ablehnt.

Vienne, le 15/28 Juillet 1914.

(Télégramme.) || J'ai entretenu aujourd'hui le Comte Berchtold dans le sens des instructions de Votre Excellence. Je lui fis observer, en termes les plus amicaux, combien il était désirable de trouver une solution qui, en consolidant les bons rapports entre l'Autriche-Hongrie et la Russie, donnerait à la Monarchie Austro-Hongroise des garanties sérieuses pour ses rapports futurs avec la Serbie. || J'attirais l'attention du Comte Berchtold sur tous les dangers pour la paix de l'Europe qu'entraînerait un conflit

*) An demselben Tage teilt der Botschafter den Beschluß der allgemeinen Mobilisation in Österreich-Ungarn mit. Red.

armé entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie.|| Le Comte Berchtold me répondit qu'il se rendait parfaitement compte du sérieux de la situation et des avantages d'une franche explication avec le Cabinet de Saint-Pétersbourg. Il me dit que d'un autre côté le Gouvernement Austro-Hongrois, qui ne s'était décidé que très mal volontiers aux mesures énergiques qu'il avait prises contre la Serbie, ne pouvait plus ni reculer, ni entrer en discussion aucune des termes de la note Austro-Hongroise.|| Le Comte Berchtold ajouta que la crise était devenue si aiguë, et que l'excitation de l'opinion publique avait atteint tel degré, que le Gouvernement, le voulait-il, ne pouvait plus y consentir, d'autant moins, me dit-il, que la réponse même de la Serbie donne la preuve du manque de sincérité de ses promesses pour l'avenir.

(Signé) Schébéko.

Nr. 14774. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in Berlin an den Minister des Auswärtigen. — Die deutsche Regierung und die serbische Antwort.

Berlin, le 15/28 Juillet 1914.

(Télégramme.)|| Le Bureau Wolff n'a pas publié le texte de la note responsive serbe qui lui avait été communiqué. Jusqu'à ce moment cette note n'a paru in extenso dans aucun des journaux locaux, qui selon toute évidence ne veulent pas lui donner place dans leurs colonnes, se rendant compte de l'effet calmant que cette publication produirait sur les lecteurs Allemands.

(Signé) Bronewsky.

Nr. 14775. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. — England muß angesichts der serbisch-österreichischen Feindseligkeiten vorgehen.

St.-Pétersbourg, le 15/28 Juillet 1914.

(Télégramme.)|| En présence des hostilités entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie il est nécessaire que l'Angleterre entreprenne d'urgence une action médiatrice et que l'action militaire de l'Autriche contre la Serbie soit immédiatement suspendue. Autrement la médiation ne servira que de prétexte pour tirer en longueur la solution de la question et donnera entre temps à l'Autriche la possibilité d'écraser complètement la Serbie et d'occuper une situation dominante dans les Balcans.|| Communiqué à Paris, Berlin, Vienne et Rome.

(Signé) Sazonow.

Nr. 14776. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an den Geschäftsträger in Berlin. — Politisch-militärische Unterredung mit dem deutschen Botschafter.

St.-Pétersbourg, le 16/29 Juillet 1914.

(Télégramme.) || L'Ambassadeur d'Allemagne m'informe, au nom du Chancelier, que l'Allemagne n'a pas cessé d'exercer à Vienne une influence modératrice et qu'elle continuera cette action même après la déclaration de guerre. Jusqu'à ce matin il n'y avait aucune nouvelle que les armées autrichiennes aient franchi la frontière Serbe. J'ai prié l'Ambassadeur de transmettre au Chancelier mes remercîments pour la teneur amicale de cette communication. Je l'ai informé des mesures militaires prises par la Russie, dont aucune, lui dis-je, n'était dirigée contre l'Allemagne; j'ajoutais qu'elles ne préjugeaient pas non plus des mesures agressives contre l'Autriche-Hongrie, ces mesures s'expliquant par la mobilisation de la plus grande partie de l'armée austro-hongroise. L'ambassadeur se prononçant en faveur d'explications directes entre le Cabinet de Vienne et nous, je répondis que j'y étais tout disposé, pour peu que les conseils du Cabinet de Berlin dont il parlait trouvent écho à Vienne. || En même temps je signalais que nous étions tout disposés à accepter le projet d'une conférence des quatre Puissances, un projet auquel, paraissait-il, l'Allemagne ne sympathisait pas entièrement. || Je dis que, dans mon opinion, le meilleur moyen pour mettre à profit tous les moyens propres à produire une solution pacifique consisterait en une action parallèle des pourparlers d'une conférence à quatre de l'Allemagne, de la France, de l'Angleterre et de l'Italie et d'un contact direct entre l'Autriche-Hongrie et la Russie, à l'instar à peu près de ce qui avait eu lieu aux moments les plus critiques de la crise de l'an dernier. || Je dis à l'Ambassadeur qu'après les concessions faites par la Serbie, un terrain de compromis pour les questions restées ouvertes ne serait pas très difficile à trouver, à condition toutefois de quelque bonne volonté de la part de l'Autriche et à condition que toutes les Puissances usent de toute leur influence dans un sens de conciliation. || Communiqué aux Ambassadeurs en Angleterre, en France, en Autriche-Hongrie et en Italie.

(Signé) Sazonow.

Nr. 14777. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in London und Paris. — England allein kann die Initiative zur Vermittlung ergreifen.

St.-Pétersbourg, le 16/29 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Lors de mon entretien avec l'Ambassadeur d'Allemagne, dont traite mon télégramme précédent, je n'avais pas encore reçu le télégramme du 15/28 Juillet de M. Schébéko. || Le contenu de ce télégramme constitue un refus du Cabinet de Vienne de procéder à un échange d'idées direct avec le Gouvernement Impérial. || Dès lors, il ne nous reste plus qu'à nous en remettre entièrement au Gouvernement britannique pour l'initiative des démarches qu'il jugera utile de provoquer.

Communiqué à Vienne, Rome et Berlin. (Signé) Sazonow.

Nr. 14778. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in Berlin an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit Jagow über Vermittlung der Mobilisation.

Berlin, le 16/29 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Sur ma question s'il avait une réponse de Vienne relativement à Votre proposition de pourparlers privés à St.-Pétersbourg, le Secrétaire d'Etat a répondu négativement. || Il déclare qu'il lui est fort difficile d'agir sur Vienne, surtout ouvertement. Parlant à Cambon, il a même ajouté qu'en cas d'une pression trop évidente l'Autriche se hâterait de mettre l'Allemagne en présence d'un fait accompli. || Le Secrétaire d'Etat dit qu'il a reçu aujourd'hui un télégramme de Pourtalès d'où il constate que plus que les premiers jours Vous êtes disposé à trouver un compromis acceptable pour tous. J'ai repliqué que probablement Vous avez été dès le commencement en faveur d'un compromis, bien entendu à la condition qu'il soit acceptable non seulement pour l'Autriche, mais également pour nous. Il m'a dit ensuite qu'il paraissait que nous avions commencé à mobiliser sur la frontière autrichienne et qu'il craignait que ceci rendrait plus difficile pour l'Autriche la possibilité de s'entendre avec nous, d'autant plus que l'Autriche ne mobilisait que contre la Serbie et ne faisait pas de préparatifs sur notre frontière. J'ai répondu que, d'après les renseignements dont je disposais, l'Autriche mobilisait également sur notre frontière et que par conséquent nous devions prendre des mesures analogues. J'ai ajouté que les mesures que nous avons peut-être prises de notre côté n'étaient nullement dirigées contre l'Allemagne. (Signé) Bronewsky.

Nr. 14779. **RUSZLAND.** Der Geschäftsträger in Serbien an den Minister des Auswärtigen. — Bulgariens Haltung.

Nich, le 16/29 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Aujourd'hui le Ministre de Bulgarie, au nom de son Gouvernement, a déclaré à Pachitch que la Bulgarie observerait la neutralité.

(Signé) Strandtman.

Nr. 14780. **RUSZLAND.** Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Verurteilung der Politik Österreichs und Deutschlands durch die französische Regierung.

Paris, le 16/29 Juillet 1914.

(Télégramme.) || A l'occasion de l'arrivée du Président de la République Française le Ministre des Affaires Etrangères avait préparé un court exposé de la situation politique actuelle, à peu près dans les termes suivants: L'Autriche, craignant la décomposition intérieure, s'est emparée du prétexte de l'assassinat de l'Archiduc pour essayer d'obtenir des garanties qui pourront revêtir la forme de l'occupation des communications militaires serbes ou même du territoire serbe. L'Allemagne soutient l'Autriche. Le maintien de la paix dépend de la seule Russie, parce qu'il s'agit d'une affaire qui doit être „localisée“ entre l'Autriche et la Serbie, c'est à dire de la punition de la politique précédente de la Serbie et des garanties pour l'avenir. De ceci l'Allemagne conclue qu'il faut exercer une action modératrice à Pétersbourg. Ce sophisme a été réfusé à Paris comme à Londres. A Paris, le Baron de Schoen a en vain tâché d'entraîner la France à une action solidaire avec l'Allemagne sur la Russie en faveur du maintien de la paix. Les mêmes tentatives ont été faites à Londres. Dans les deux capitales il a été répondu que l'action devrait être exercée à Vienne, car les demandes excessives de l'Autriche, son refus de discuter les rares réserves de la Serbie, et la déclaration de guerre menacent de provoquer la guerre générale. La France et l'Angleterre ne peuvent exercer une action modératrice sur la Russie laquelle jusqu'ici a fait preuve de la plus grande modération, surtont en conseillant à la Serbie d'accepter ce qui était possible de la note autrichienne. Aujourd'hui l'Allemagne paraît renoncer à l'idée d'une action sur la Russie seule et incline vers une action médiatrice à Pétersbourg et à Vienne, mais en même temps l'Allemagne comme l'Au-

triche tâchent de faire traîner l'affaire. L'Allemagne s'oppose à la Conférence sans indiquer aucune autre manière d'agir pratique. L'Autriche mène des pourparlers manifestement dilatoires à Pétersbourg. En même temps elle prend des mesures actives, et si ces mesures sont tolérées, ses prétentions augmenteront proportionellement. Il est très désirable que la Russie prête tout son appui au projet de médiation que présentera Sir E. Grey. Dans le cas contraire l'Autriche, sous prétexte de „garantie“, pourra, en fait, changer le statut territorial de l'Europe orientale.

(Signé) Iswolsky.

Nr. 14781. **RUSZLAND.** Der Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. — Verhandlungen zwischen England und Deutschland.

Londres, le 16/29 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Ai communiqué le contenu de Vos télégrammes du 15/28 Juillet à Grey. Il a déclaré aujourd'hui à l'Ambassadeur d'Allemagne que les pourparlers directs entre la Russie et l'Autriche avaient échoué, et que les correspondants des journaux mandaient de St.-Pétersbourg que la Russie mobilisait contre l'Autriche à la suite de la mobilisation de cette dernière. Grey dit qu'en principe le Gouvernement Allemand s'est déclaré en faveur de la médiation, mais qu'il rencontre des difficultés quant à la forme. Grey a insisté pour que le Gouvernement Allemand indiquât la forme laquelle à l'avis de l'Allemagne pourrait permettre aux 4 Puissances d'exercer leur médiation pour éviter la guerre; vu le consentement de la France, de l'Italie et de l'Angleterre la médiation pourrait avoir lieu seulement dans le cas où l'Allemagne consentirait à se ranger du côté de la paix.

(Signé) Benckendorff.

Nr. 14782. **RUSZLAND.** Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland; Frankreich steht unbedingt zu Rußland.

Paris, le 16/29 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Viviani vient de me confirmer l'entière résolution du Gouvernement Français d'agir d'accord avec nous. Cette résolution est soutenue par les cercles les plus étendus et par les partis y compris les radicaux-socialistes qui viennent de lui présenter une déclaration exprimant la confiance absolue et les dispositions patriotiques du groupe. Dès son

arrivée à Paris, Viviani a télégraphié d'urgence à Londres que vu la cessation des pourparlers directs entre Pétersbourg et Vienne il était nécessaire que le Cabinet de Londres renouvelât le plus tôt possible sous telle ou autre forme sa proposition concernant la médiation des Puissances. Avant moi Viviani a reçu aujourd'hui l'Ambassadeur d'Allemagne qui lui a renouvelé l'assurance des tendances pacifiques de l'Allemagne. Viviani ayant fait observer que si l'Allemagne désirait la paix elle devrait se hâter d'adhérer à la proposition de médiation anglaise, le Baron Schoen a répondu que les mots „conférence“ ou „arbitrage“ effrayaient l'Autriche. Viviani a répliqué qu'il ne s'agissait pas de mots et qu'il serait facile de trouver une autre forme de médiation. D'après l'avis du Baron de Schoen, pour le succès des négociations entre les Puissances il serait nécessaire de savoir ce que l'Autriche compterait demander à la Serbie. Viviani a répondu que le Cabinet de Berlin pourrait bien facilement s'en enquérir auprès de l'Autriche, mais qu'en attendant la note responsive serbe pourrait servir de base à la discussion; il a ajouté que la France désirait sincèrement la paix, mais qu'elle était en même temps résolue d'agir en pleine harmonie avec ses alliés et amis, et que lui, le Baron de Schoen, avait pu se convaincre que cette résolution rencontrait la plus vive approbation du pays.

(Signé) Iswolsky.

Nr. 14783. **SERBIEN.** Telegramm des Prinzen Alexander an den Zaren. — Antwort auf Nr. 14 768.

15/28 Juli 1914.

Profondément touché par le télégramme que Votre Majesté a bien voulu M'adresser hier, Je M'empresse de La remercier de tout mon coeur. Je prie Votre Majesté d'être persuadée que la cordiale sympathie, dont Votre Majesté est animée envers Mon pays, nous est particulièrement précieuse et remplit notre âme de l'espoir que l'avenir de la Serbie est assuré étant devenu l'objet de la Haute sollicitude de Votre Majesté. — Ces moments pénibles ne peuvent que raffermir les liens de l'attachement profond qui unissent la Serbie à la sainte Russie slave, et les sentiments de reconnaissance éternelle pour l'aide et la protection de Votre Majesté seront conservés pieusement dans l'âme de tous les Serbes.

(Signé) Alexandre.

Nr. 14784. RUSZLAND. Der Geschäftsträger in Serbien an den Minister des Auswärtigen. Paschitsch über Nr. 14 768.

Nich, le 16/29 Juillet 1914.

(Télégramme.) || J'ai communiqué à Pachitch le texte du télégramme responsif de Sa Majesté l'Empereur au Prince Alexandre. Pachitsch après l'avoir lu, se signa et dit: „Seigneur! Le Tzar est grand et clément!“ Ensuite il m'embrassa, ne pouvant contenir l'émotion qui l'avait gagné. L'héritier est attendu à Nich dans la nuit. (Signé) Strandtman.

Nr. 14785. RUSZLAND. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Deutschlands Mobilisationsdrohung.

St. Pétersbourg, le 16/29 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Aujourd'hui l'Ambassadeur d'Allemagne m'a communiqué la résolution prise par son gouvernement de mobiliser, si la Russie ne cessait pas ses préparatifs militaires. Or, nous n'avons commencé ces derniers qu'à la suite de la mobilisation à laquelle avait déjà procédé l'Autriche et vu l'absence évidente chez cette dernière du désir d'accepter un mode quelconque d'une solution pacifique de son conflit avec la Serbie. || Puisque nous ne pouvons pas accéder au désir de l'Allemagne, il ne nous reste que d'accélérer nos propres armements et de compter avec l'inévitabilité probable de la guerre. — Veuillez en avertir le Gouvernement Français et lui exprimer en même temps notre sincère reconnaissance pour la déclaration que l'Ambassadeur de France m'a faite en son nom en disant que nous pouvons compter entièrement sur l'appui de notre alliée la France. Dans les circonstances actuelles cette déclaration nous est particulièrement précieuse. Communiqué aux Ambassadeurs en Angleterre, Autriche-Hongric, Italie, Allemagne. (Signé) Sazonow.

Nr. 14786. RUSZLAND. Der Geschäftsträger in Serbien an den Minister des Auswärtigen. Demonstration in der Skuptschina.

Nich, le 17/30 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Le Prince-Régent a publié hier un manifeste signé par tous les Ministres à l'occasion de la déclaration de la guerre par l'Autriche à la Serbie. Le manifeste se termine par les paroles suivantes: „Défendez de toutes vos forces vos foyers et la Serbie.“ Lors de l'ouverture solennelle

de la Scouptchina, le Régent lut en son nom le discours du trône, au début duquel il indiqua que le lieu de la convocation démontrait l'importance des événements actuels. Suit l'exposé des faits des derniers jours — l'ultimatum autrichien, la réponse serbe, les efforts du gouvernement Royal de faire tout ce qui était compatible avec la dignité le l'Etat pour éviter la guerre et enfin l'agression armée du voisin plus puissant contre la Serbie, aux côtés de laquelle se tient le Montenégro. En passant à l'examen de l'attitude des Puissances en présence du conflit, le Prince insista tout d'abord sur les sentiments dont est animée la Russie et sur la Toute Gracieuse Communication de sa Majesté l'Empereur disant que la Russie en aucun cas n'abandonnera la Serbie. A chaque mention du nom de Sa Majesté Impériale et de la Russie un „jivio" formidable et fébrile secouait la salle des séances. Les marques de sympathie de la part de la France et de l'Angleterre furent aussi relevées séparément et provoquèrent des „jivio" d'approbation de la part des députés. Le discours du trône se termine par la déclaration d'ouverture de la Scouptchina et par l'expression du voeu que toutes les mesures soient prises pour faciliter la tâche du Gouvernement. (Signé) Strandtman.

Nr. 19787. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter bei den Großmächten. Letzte Forderung an Österreich; wie ist Deutschlands Haltung dazu?

St.-Pétersbourg, le 17/30 Juillet 1914.

(Télégramme.) || L'Ambassadeur d'Allemagne qui vient de me quitter m'a demandé si nous ne pouvions pas nous contenter de la promesse que l'Autriche pourrait donner — de ne pas porter atteinte à l'intégrité du Royaume de Serbie — et indiquer à quelles conditions nous pourrions encore consentir à suspendre nos armements; je lui ai dicté, pour être transmise d'urgence à Berlin, la déclaration suivante: „Si l'Autriche, reconnaissant que la question austro-serbe a assumé le caractère d'une question européenne, se déclare prête à éliminer de son ultimatum les points qui portent atteinte aux droits souverains de la Serbie, la Russie s'engage à cesser ses préparatifs militaires." || Veuillez télégraphier d'urgence quelle sera l'attitude du Gouvernement Allemand en présence de cette nouvelle preuve de notre désir de faire le possible pour la solution pacifique de la question, car nous ne pouvons pas admettre que de semblables pourparlers ne servent qu'à faire gagner du temps à l'Allemagne et à l'Autriche pour leurs préparatifs militaires. (Signé) Sazonow.

Nr. 17488. **RUSZLAND.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Allgemeine Mobilisation.

Berlin, le 17/30 Juillet 1914.

(Télégramme.) || J'apprends que le décret de mobilisation de l'armée et de la flotte allemandes vient d'être promulgué.

(Signé) Swerbéew.

Nr. 14789. **RUSZLAND.** Derselbe an denselben. Widerruf des vorigen.

Berlin, le 17/30 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Le Ministre des Affaires Etrangères vient de me téléphoner pour me communiquer que la nouvelle lancée tout à l'heure de la mobilisation de l'armée et de la flotte allemandes est fausse; que les feuillets des journaux étaient imprimés d'avance en prévision de toutes éventualités, et mis en vente à l'heure de l'après-midi, mais que maintenant ils sont confisqués.

(Signé) Swerbéew.

Nr. 14790. **RUSZLAND.** Derselbe an denselben. Antwort auf Nr. 14 785.

Berlin, le 17/30 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Ai reçu Votre télégramme du 16/29 Juillet et ai transmis le texte de Votre proposition au Ministre des Affaires Etrangères que je viens de voir; il m'a dit qu'il avait reçu un télégramme identique de l'Ambassadeur d'Allemagne à St.-Pétersbourg et m'a déclaré ensuite qu'il trouvait notre proposition inacceptable pour l'Autriche.

(Signé) Swerbéew.

Nr. 14791. **RUSZLAND.** Der Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. Grey hält die Lage für sehr ernst.

Londres, le 17/30 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Ai communiqué le contenu de Vos télégrammes du 16 et 17 Juillet à Grey lequel considère la situation comme très sérieuse, mais désire continuer les pourparlers. J'ai fait observer à Grey que depuis que Vous lui aviez fait la proposition d'accepter tout ce qu'il proposerait en faveur du maintien de la paix, pourvu que l'Autriche ne pût profiter

de ces atermoiements pour écraser la Serbie, la situation dans laquelle Vous vous trouviez s'était apparemment modifiée. A cette époque nos rapports avec l'Allemagne n'étaient pas compromis. Après la déclaration de l'Ambassadeur d'Allemagne à St.-Pétersbourg concernant la mobilisation allemande, ces rapports avaient changé et sa demande avait reçu de Votre part la seule réponse que pouvait donner une grande Puissance. Lorsque l'Ambassadeur d'Allemagne était revenu auprès de Vous et s'était enquis de Vos conditions, Vous les aviez formulées dans des circonstances tout-à-fait spéciales. J'ai en même temps de nouveau insisté auprès de Grey sur la nécessité de prendre en considération la situation nouvelle créée par la faute de l'Allemagne à la suite de l'action de l'Ambassadeur d'Allemagne. Grey a répondu qu'il le comprenait et qu'il tiendrait compte de ces arguments.

(Signé) Benckendorff.

Nr. 14792. **RUSZLAND.** Derselbe an denselben. Deutschland fordert Auskunft über die englischen Rüstungen.

Londres, le 17/30 Juillet 1914.

(Télégramme.) || L'Ambassadeur d'Allemagne a demandé à Grey pour quelle raison l'Angleterre prenait des mesures militaires sur terre et sur mer. Grey a répondu que ces mesures n'avaient pas un caractère agressif, mais que la situation était telle que chaque Puissance devait se préparer.

(Signé) Benckendorff.

Nr. 11793. **RUSZLAND.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Vergebliche Verhandlungen mit Berchtold.

Vienne, le 18/31 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Malgré la mobilisation générale je continue à échanger des vues avec le Comte Berchtold et ses collaborateurs. Tous insistent sur l'absence chez l'Autriche d'intentions agressives quelconques contre la Russie et de visées de conquête à l'égard de la Serbie, mais tous insistent également sur la nécessité pour l'Autriche de poursuivre jusqu'au bout l'action commencée et de donner à la Serbie une leçon sérieuse qui pourrait constituer une certaine garantie pour l'avenir.

(Signé) Schébéko.

Nr. 14794. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter bei den Großmächten. Neue Vermittlungsformel.

St.-Pétersbourg, le 18/31 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Me réfère à mon télégramme du 17/30 Juillet. D'ordre de son gouvernement, l'Ambassadeur d'Angleterre m'a transmis le désir du Cabinet de Londres d'introduire quelques modifications dans la formule que j'ai proposée hier à l'Ambassadeur d'Allemagne. J'ai répondu que j'acceptais la proposition anglaise. Ci-dessous je vous transmets la formule modifiée en conséquence. || „Si l'Autriche consent à arrêter la marche de ses armées sur le territoire Serbe et si, reconnaissant que le conflit austro-serbe a assumé le caractère d'une question d'intérêt européen, elle admet que les Grandes Puissances examinent la satisfaction que la Serbie pourrait accorder au gouvernement d'Autriche-Hongrie sans laisser porter atteinte à ses droits d'Etat souverain et à son indépendance, — la Russie s'engage à conserver son attitude expectante."

(Signé) Sazonow.

Nr. 14795. **RUSZLAND.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Besprechung mit Jagow über die Rüstungen.

Berlin, le 18/31 Juillet 1914.

(Télégramme.) || Le Ministre des Affaires Etrangères vient de me dire que nos pourparlers, qui étaient déjà difficiles à la suite de la mobilisation contre l'Autriche, le deviennent encore davantage en présence des graves mesures militaires que nous prenons contre l'Allemagne; des nouvelles y relatives sont, d'après lui, reçues ici de tous les côtés et devront provoquer inévitablement des mesures analogues de la part de l'Allemagne. A cela j'ai répondu que, d'après des renseignements sûrs dont je disposais et qui étaient confirmés par tous nos compatriotes arrivant à Berlin, la prise contre nous des mesures susdites se poursuivait également en Allemagne avec grande activité. Malgré cela, le Ministre des Affaires Etrangères affirme qu'ici on n'a fait que rappeler les officiers de leurs congés et les troupes des champs de manœuvres.

(Signé) Swerbéew.

Nr. 17496. RUSZLAND. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. Allein in London kann die internationale Verhandlung beginnen.

St.-Pétersbourg, le 18/31 Juillet 1914.

(Télégramme.) || J'ai prié l'Ambassadeur d'Angleterre de transmettre à Grey l'expression de ma plus sincère reconnaissance pour le ton amical et ferme dont il a usé pendant les pourparlers avec l'Allemagne et l'Autriche, grâce à quoi l'espoir de trouver une issue pacifique de la situation actuelle n'est pas encore perdu. || Je l'ai aussi prié de dire au Ministre Anglais que je pensais que ce n'était qu'à Londres que les pourparlers auraient encore quelques chances d'un succès quelconque, en facilitant à l'Autriche la nécessité d'un compromis. || Communiqué à l'Ambassadeur en France.

(Signé) Sazonow.

Nr. 14797. RUSZLAND. Geheimes Telegramm des Ministers des Auswärtigen an die russischen Vertreter im Auslande. Deutsches Ultimatum.

Le 19 Juillet/1 Août 1914.

(Télégramme.) || A minuit l'Ambassadeur d'Allemagne m'a déclaré, d'ordre de son Gouvernement, que si dans les 12 heures, c'est à dire à midi, Samedi, nous ne commencions pas la démobilisation, non seulement à l'egard de l'Allemagne, mais aussi à l'égard de l'Autriche, le Gouvernement Allemand serait forcé de donner l'ordre de mobilisation. A ma question si c'était la guerre, l'Ambassadeur a répondu par la négative, mais en ajoutant que nous étions fort près d'elle.

(Signé) Sazonow.

Nr. 14798. RUSZLAND. Der Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. Grey stimmt Nr. 14 794 zu.

Londres, 19 Juillet/1 Août 1914.

(Télégramme.) || Grey m'a dit qu'il a télégraphié à Berlin qu'à son avis la dernière formule acceptée par le Gouvernement Russe constitue la base de négociations qui présente le plus de chances pour une solution pacifique du conflit. Il a exprimé en même temps l'espoir qu'aucune grande Puissance ne commencerait les hostilités avant l'examen de cette formule.

(Signé) Benckendorff.

Nr. 14799. RUSZLAND. Derselbe an denselben. Neutralität Belgiens.

Londres, le 19 Juillet/1 Août 1914.

(Télégramme.) || Le Gouvernement de la Grande Bretagne a posé aux Gouvernements Français et Allemand la question s'ils respecteraient la neutralité de la Belgique. || La France a répondu dans l'affirmative, tandis que le Gouvernement Allemand a déclaré ne pouvoir répondre à cette question catégoriquement.

(Signé) Benckendorff.

Nr. 14800. RUSZLAND. Der Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Französische Besorgnisse vor den deutschen Rüstungen.

Paris, le 19 Juillet/1 Août 1914.

(Télégramme.) || L'Ambassadeur d'Autriche a visité hier Viviani et lui a déclaré que l'Autriche non seulement n'avait pas le dessein de porter atteinte à l'intégrité territoriale de la Serbie, mais était prête à discuter avec les autres Puissances le fond de son conflit avec la Serbie. Le Gouvernement Français est très préoccupé par les préparatifs militaires extraordinaires de l'Allemagne sur la frontière française, car il est convaincu que sous le voile du „Kriegszustand" se produit une véritable mobilisation.

(Signé) Iswolsky.

Nr. 14801. RUSZLAND. Derselbe an denselben. Allgemeine Mobilisation in Frankreich.

Paris, le 19 Juillet/1 Août 1914.

(Télégramme.) || A la réception ici du télégramme de l'Ambassadeur de France à St.-Pétersbourg contenant la communication que Vous a faite l'Ambassadeur Allemand concernant la résolution de l'Allemagne de décreter aujourd'hui la mobilisation générale, le Président de la République a signé le décret de mobilisation. Dans les rues on procède à l'affichage des listes d'appel des réservistes. L'Ambassadeur d'Allemagne vient de rendre visite à Viviani, mais ne lui a fait aucune nouvelle communication, en alléguant l'impossibilité de déchiffrer les télégrammes qu'il a reçus. Viviani l'a informé de la signature du décret de mobilisation en réponse à la mobilisation allemande et lui a fait part de son étonnement de ce que l'Allemagne

eût pris une telle mesure à un moment où se poursuivait encore un échange de vues amical entre la Russie, l'Autriche et les Puissances; il a ajouté que la mobilisation ne préjugeait pas nécessairement la guerre et que l'Ambassadeur d'Allemagne pourrait rester à Paris comme l'Ambassadeur de Russie est resté à Vienne et celui d'Autriche à St.-Pétersbourg.

(Signé) Iswolsky.

Nr. 14802. **RUSZLAND.** Derselbe an denselben. Österreichische Versicherungen in Paris.

Paris, le 19 Juillet/1 Août 1914.

(Télégramme). || Je tiens du Président que pendant les dernières journées l'Ambassadeur d'Autriche a assuré avec force le Président du Conseil des Ministres et lui-même, que l'Autriche nous aurait déclaré être prête à respecter non seulement l'intégrité territoriale de la Serbie, mais aussi ses droits souverains, mais que nous aurions intentionnellement fait le silence sur cette déclaration. J'ai opposé un démenti catégorique à cela.

(Signé) Iswolsky.

Nr. 14803. **DEUTSCHES REICH.** Kriegserklärung an Rußland. (Vgl. Nr. 14 505 Anlage 26.)

Le Gouvernement Impérial s'est efforcé dès les débuts de la crise de la mener à une solution pacifique. Se rendant à un désir qui lui en avait été exprimé par Sa Majesté l'Empereur de Russie, Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne d'accord avec l'Angleterre s'était appliqué à accomplir un rôle médiateur auprès des Cabinets de Vienne et de St.-Pétersbourg, lorsque la Russie, sans en attendre le résultat, procéda à la mobilisation de la totalité de ses forces de terre et de mer. A la suite de cette mesure menaçante motivée par aucun présage militaire de la part de l'Allemagne l'Empire Allemand c'est trouvé vis-à-vis d'un danger grave et imminent. Si le Gouvernement Impérial eût manqué de parer à ce péril, il aurait compromis la sécurité et l'existence même de l'Allemagne. Par conséquent le Gouvernement Allemand se vit forcé de s'adresser au Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies en insistant sur la cessation des dits actes militaires. La Russie ayant refusé de faire droit à (n'ayant pas cru devoir répondre à*) cette demande et ayant manifesté par ce refus (cette attitude*) que son action était dirigée contre l'Allemagne, j'ai l'honneur, d'ordre

*) Les mots placés entre parenthèses se trouvent dans l'original. Il faut supposer que deux variantes avaient été préparées d'avance et que par erreur elles ont été insérées toutes les deux dans la note.

de mon Gouvernement, de faire savoir à Votre Excellence ce qui suit: || Sa Majesté l'Empereur Mon Auguste Souverain au nom de l'Empire, relevant le défi se considère en état de guerre avec la Russie.

St.-Pétersbourg, le 19 Juillet/1 Août 1914.

(Signé) F. Pourtalès.

Nr. 14804. **RUSZLAND.** Communiqué du Ministre des Affaires Etrangères concernant les événements des derniers jours.

Le 20 Juillet/2 Août 1914.

Un exposé défigurant les événements des derniers jours ayant paru dans la presse étrangère, le Ministère des Affaires Etrangères croit de son devoir de publier l'aperçu suivant des pourparlers diplomatiques pendant le temps susvisé. || Le 10/23 Juillet a. c. le Ministre d'Autriche-Hongrie à Belgrade présenta au Ministre Président Serbe une note où le Gouvernement Serbe était accusé d'avoir favorisé le mouvement panserbe qui avait abouti à l'assassinat de l'héritier du trône austro-hongrois. En conséquence l'Autriche-Hongrie demandait au Gouvernement Serbe non seulement de condamner sous une forme solennelle la susdite propagande, mais aussi de prendre, sous le contrôle de l'Autriche-Hongrie, une série de mesures tendant à la découverte du complot, à la punition des sujets serbes y ayant participé et à la prévention dans l'avenir de tout attentat sur le sol du Royaume. Un délai de 48 heures fut fixé au Gouvernement Serbe pour la réponse à a susdite note. || Le Gouvernement Impérial, auquel l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à St.-Pétersbourg avait communiqué le texte de la note 17 heures après sa remise à Belgrade, ayant pris connaissance des demandes y contenues, dut s'apercevoir que quelques unes parmi elles étaient inexécutables quant au fond, tandisque d'autres étaient présentées sous une forme incompatible avec la dignité d'un Etat indépendant. Trouvant inadmissibles la diminution de la dignité de la Serbie contenue dans ces demandes, ainsi que la tendance de l'Autriche-Hongrie d'assurer sa prépondérance dans les Balcans démontrée par ces mêmes exigences, le Gouvernement Russe fit observer dans la forme la plus amicale à l'Autriche-Hongrie qu'il serait désirable de soumettre à un nouvel examen les points contenus dans la note austro-hongroise. Le Gouvernement Austro-Hongrois ne crut possible de consentir à une discussion de la note. L'action modératrice des autres Puissances à Vienne ne fut non plus couronnée de succès. || Malgré que la Serbie eût reprouvé le crime et se fût montrée prête à donner satisfaction à l'Autriche dans une mesure qui dépassa les

prévisions non seulement de la Russie, mais aussi des autres Puissances, le Ministre d'Autriche-Hongrie à Belgrade jugea la réponse serbe insuffisante et quitta cette ville. || Reconnaissant le caractère exagéré des demandes présentées par l'Autriche, la Russie avait déclaré encore auparavant qu'il lui serait impossible de rester indifférente, sans se refuser toutefois à employer tous ses efforts pour trouver une issue pacifique qui fût acceptable pour l'Autriche et menageât son amour-propre de grande puissance. En même temps la Russie établit fermement qu'elle admettait une solution pacifique de la question seulement dans une mesure qui n'impliquerait pas la diminution de la dignité de la Serbie comme Etat indépendant. Malheureusement tous les efforts déployés par le Gouvernement Impérial dans cette direction restèrent sans effet. Le Gouvernement Austro-Hongrois, après s'être dérobé à toute intervention conciliatrice des Puissances dans son conflit avec la Serbie, procéda à la mobilisation, déclara officiellement la guerre à la Serbie, et le jour suivant Belgrade fut bombardée. Le manifeste qui a accompagné la déclaration de guerre accuse ouvertement la Serbie d'avoir préparé et exécuté le crime de Seraïewo. Une pareille accusation d'un crime de droit commun lancée contre tout un peuple et tout un Etat attira à la Serbie par son inanité évidente les larges sympathies des cercles de la société européenne. || A la suite de cette manière d'agir du Gouvernement Austro-Hongrois, malgré la déclaration de la Russie qu'elle ne pourrait rester indifférente au sort de la Serbie, le Gouvernement Impérial jugea nécessaire d'ordonner la mobilisation des circonscriptions militaires de Kiew, d'Odessa, de Moscou et de Kazan. Une telle décision s'imposait parce que depuis la date de la remise de la note austro-hongroise au Gouvernement Serbe et les premières démarches de la Russie cinq jours s'étaient écoulés, et cependant le Cabinet de Vienne n'avait fait aucun pas pour aller au devant de nos efforts pacifiques; au contraire, la mobilisation de la moitié de l'armée austro-hongroise avait été décrétée. || Le Gouvernement Allemand fut mis au courant des mesures prises par la Russie; il lui fut en même temps expliqué qu'elles n'étaient que la conséquence des armements autrichiens et nullement dirigées contre l'Allemagne. En même temps, le Gouvernement Impérial déclara que la Russie était prête à continuer les pourparlers en vue d'une solution pacifique du conflit, soit par la voie de négociations directes avec le Cabinet de Vienne, soit, en suivant la proposition de la Grande-Bretagne, par la voie d'une Conférence des quatre Grandes Puissances non intéressées directement, voire, l'Angleterre, la France, l'Allemagne et l'Italie. || Cependant cette tentative de la Russie échoua également. L'Autriche-Hongrie déclina un échange de vues ultérieur avec nous, et le Cabinet de Vienne se déroba à la participation à la

Conférence des Puissances projetée. || Néanmoins, la Russie ne discontinua pas ses efforts en faveur de la paix. Répondant à la question de l'Ambassadeur l'Allemagne, à quelles conditions nous consentirions encore à suspendre nos armements, le Ministre des Affaires Etrangères déclara que ces conditions seraient la reconnaissance par l'Autriche-Hongrie que la question Austro-Serbe avait revêtu le caractère d'une question européenne, et la déclaration de cette même Puissance qu'elle consentait à ne pas insister sur des demandes incompatibles avec les droits souverains de la Serbie. || La proposition de la Russie fut jugée par l'Allemagne inacceptable pour l'Autriche-Hongrie. Simultanément on reçut à St.-Pétersbourg la nouvelle de la proclamation de la mobilisation générale par l'Autriche-Hongrie. || En même temps les hostilités continuaient sur le territoire Serbe et Belgrade fut bombardée de rechef. || L'insuccès de nos propositions pacifiques nous obligea d'élargir les mesures de précaution militaires. || Le Cabinet de Berlin nous ayant adressé une question à ce sujet, il lui fut répondu que la Russie était forcée de commencer ses armements pour se prémunir contre toutes éventualités. || Tout en prenant cette mesure de précaution, la Russie n'en discontinuait pas moins de rechercher de toutes ses forces une issue de cette situation et déclara être prête à accepter tout moyen de solution du conflit qui comporterait l'observation des conditions posées par nous. || Malgré cette communication conciliante, le Gouvernement Allemand, le 18/31 Juillet, adressa au Gouvernement Russe la demande d'avoir à suspendre ses mesures militaires à midi du 19 Juillet/1 Août, en menaçant, dans le cas contraire, de procéder à une mobilisation générale. || Le lendemain, 19 Juillet/1 Août, l'Ambassadeur d'Allemagne transmit au Ministre des Affaires Etrangères, au nom de son Gouvernement, la déclaration de guerre.

Nr. 14805. **RUSZLAND.** Der Minister des Auswärtigen an die Vertreter im Auslande. Kritik der deutschen Politik.

St.-Pétersbourg, le 20 Juillet/2 Août 1914.

(Télégramme.) || Il est absolument clair que l'Allemagne s'efforce dès à présent de rejeter sur nous la responsabilité de la rupture. Notre mobilisation a été provoquée par l'énorme responsabilité que nous aurions assumée, si nous n'avions pas pris toutes les mesures de précaution à un moment où l'Autriche, se bornant à des pourparlers d'un caractère dilatoire, bombardait Belgrade et procédait à une mobilisation générale. || Sa Majesté l'Empereur s'était engagé vis-à-vis de l'Empereur d'Allemagne par sa parole

à n'entreprendre aucun acte agressif tant que dureraient les pourparlers avec l'Autriche. Après une telle garantie et après toutes les preuves de l'amour de la Russie pour la paix, l'Allemagne ne pouvait ni avait le droit de douter de notre déclaration que nous accepterions avec joie toute issue pacifique compatible avec la dignité et l'indépendance de la Serbie. Une autre issue, tout en étant complètement incompatible avec notre propre dignité, aurait certainement ébranlé l'équilibre Europeen, en assurant l'hégémonie de l'Allemagne. Ce caractère Européen, voire mondial, du conflit est infiniment plus important que le prétexte qui l'a créé. Par sa décision de nous déclarer la guerre à un moment où se poursuivaient les négociations entre les Puissances, l'Allemagne a assumé une lourde responsabilité.

(Signé) Sazonow.

Nr. 14806. OESTERREICH-UNGARN. Kriegserklärung an Rußland.

D'ordre de son Gouvernement le soussigné Ambassadeur d'Autriche-Hongrie a l'honneur de notifier à Son Excellence Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères de Russie ce qui suit: ‖ „Vu l'attitude menaçante prise par la Russie dans le conflit entre la Monarchie Austro-Hongroise et la Serbie et en présence du fait qu'en suite de ce conflit la Russie d'après une communication du Cabinet de Berlin a cru devoir ouvrir les hostilités contre l'Allemagne et que celle-ci se trouve par conséquent en état de guerre avec la dite Puissance, l'Autriche-Hongrie se considère également en état de guerre avec la Russie à partir du présent moment.

St.-Pétersbourg, le 6 Août/24 Juillet 1914.

(Signé) Szapary.

Bündnisse, Verträge, Konventionen usw.

Nr. 14807. PREUSZEN UND VEREINIGTE STAATEN.*)
Freundschafts- und Handelsvertrag.

Berlin, 11. Juli 1799.

Sa Majesté le Roi de Prusse et les Etats-Unis de l'Amérique désirant d'entretenir sur un pied stable et permanent les liaisons de bonne intelligence, qui ont si heureusement subsisté jusqu'ici entre Leurs Etats respectifs, et de renouveller pour cet effet le Traité d'Amitié et de Commerce, qui a été conclu entre les deux Puissances à la Haye le 10 Septembre 1785 pour le terme de dix années, Sa Majesté Prussienne a nommé et constitué Ses Plénipotentiaires, le Sieur Charles Guillaume Comte de Finkenstein, Son Ministre d'Etat, de Guerre et de Cabinet, Chevalier des ordres de l'Aigle-noir et de l'Aigle-rouge et Commandeur de celui de St. Jean de Jérusalem le Sieur Philippe-Charles Baron d'Alvensleben, Son Ministre d'Etat, de Guerre et de Cabinet, Chevalier des ordres de l'Aigle-noir et de l'Aigle-rouge, et de celui de St. Jean de Jérusalem; et le Sieur Chrétien-Henri-Curce Comte de Haugwitz, Son Ministre d'Etat, de Guerre et de Cabinet, Chevalier des Ordres de l'Aigle-noir et de l'Aigle-rouge et le Président des Etats-Unis a muni de Leur pleinpouvoir Jean-Quincy Adams, Citoyen des Etats-Unis et Leur Ministre Plénipotentiaire à la Cour de Sa Majesté Prussienne; Lesquels Plénipotentiaires après avoir échangés leur

*) Durch den Artikel XII des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 1. Mai 1828 sind die Artikel XIII bis XXIV des Freundschafts- und Handelsvertrages zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 11. Juli 1799 mit Ausnahme des letzten Satzes von Artikel XIX wieder in Kraft gesetzt worden. Diese Artikel, insbesondere der Artikel XIII, sind sowohl von den Deutschen als von der Amerikanischen Regierung in Fragen des Seevölkerrechts angezogen und damit als zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu Recht bestehend anerkannt worden. || Der Text dieser Artikel ist in den bisherigen Veröffentlichungen nicht völlig wortgetreu wiedergegeben. Sowohl in „Martens Recueil de Traités", Band VI, S. 669ff., als auch in der vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Sammlung der Handelsverträge des Deutschen Reichs, S. 1266ff., wie in der im Auftrag des amerikanischen Senats veranstalteten Sammlung „Treaties and Conventions, international Acts, Protocols and Agreements between the United States of America and other Powers", S. 1490ff. finden sich Abweichungen von dem in dem Königlich Preußischen Geheimen Staatsarchiv aufbewahrten Original. | Dieses Original ist in französischer und englischer Fassung unterzeichnet worden. Die geltenden Artikel nebst Eingangs- und Schlußformel sind hier in der französischen Fassung abgedruckt; der ungültige Satz des Artikel XIX ist eingeklammert. Red.

pleinpouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont conclu, arrêté et signé les Articles suivants.

Articles I—XII pp.

Article XIII.

Dans les cas où l'une des Parties contractantes se trouveroit en guerre avec une autre puissance, il a été convenu que pour prévenir les difficultés et les discussions qui surviennent ordinairement par rapport aux marchandises de contrebande, telles que armes et munitions de toute espèce, aucun de ces articles, chargés à bord des vaisseaux des sujets ou citoyens de l'une des Parties et destinés pour l'ennemi de l'autre, ne sera censé contrebande, au point d'impliquer confiscation ou condamnation, et d'entraîner la perte de la propriété des individus. Néanmoins il sera permis d'arrêter ces sortes de vaisseaux et effets, et de les retenir pendant tout le tems que le Preneur croira nécessaire pour prévenir les inconvéniens et les dommages qui pourroient en résulter autrement; mais dans ce cas on accordera une compensation raisonnable pour les pertes qui auront été occasionnées par la saisie. Et il sera permis en outre aux Preneurs d'employer à leur service en tout ou en partie les munitions militaires détenues, en payant aux Propriétaires la pleine valeur, à déterminer sur le prix qui aura cours à l'endroit de leur destination; mais si dans le cas énoncé d'un vaisseau arrêté pour des articles de contrebande, le maître du navire consent à délivrer les marchandises suspectes, il aura la liberté de le faire, et le navire ne sera plus amené dans le port, ni détenu plus longtems, mais aura toute liberté de poursuivre sa route. || Seront censés objets de contrebande, les canons, mortiers, armes à feu, pistolets, bombes, grenades, boulets, bâles, fusils, pierres à feu, mêches, poudre salpêtre, souffre, cuirasses, piques, espées, ceinturons, poches à cartouches, selles et brides, au délà de la quantité nécessaire pour l'usage du vaisseau, et au délà de celle que doit avoir chaque homme servant sur le vaisseau ou passager et en général tout ce qui est compris sous la dénomination d'armes et de munitions de guerre, de quelque espèce qu'elles puissent être.

Article XIV.

Pour assurer aux vaisseaux des deux Parties contractantes, l'avantage d'être promptement et sûrement reconnus en tems de guerre, on est convenu qu'ils devront être munis des lettres de mer et documens spécifiés ci-après. || 1mo d'un Passeport exprimant le nom, le propriétaire et le port du navire, ainsique le nom et le domicile du maître. Ces Passeports qui seront expédiés en bonne et due forme, devront être renouvellés toutes

les fois que le vaisseau retournera dans son port, et seront exhibés à chaque réquisition tant en pleine mer, que dans le port. Mais si le navire se trouve sous le convoy d'un ou de plusieurs vaisseaux de guerre, appartenants à la Partie neutre, il suffira que l'Officier commandant le convoy, déclare que le navire est de son parti; moyennant quoi, cette simple déclaration sera censée établir le fait et dispensera les deux Parties de toute visite ultérieure. || 2do) de la Certe-partie, c'est-à-dire du contrât passé pour le frêt de tout le navire ou des connoissemens donnés pour la cargaison en général; et || 3tio) du rôle d'équipage, contenant l'indication nominale et détaillée des personnes qui composent l'équipage du navire. || Ces documens seront toujours expédiés dans la forme etablie à l'endroit d'où le navire aura mis à la voile. Comme leur production ne doit être exigée que dans le cas, où l'une des Parties Contractantes seroit en guerre, et que leur exhibition ne doit avoir d'autre but, que de prouver la neutralité des vaisseaux, de leurs équipages et de leurs cargaisons, ils ne seront pas censés absolument nécessaires à bord des navires de la partie neutre, qui seront sortis de ses ports, avant, ou trois mois après, que le Gouvernement aura eu connaissance de l'état de guerre, où se trouve la partie belligérante. Pendant cet intervalle le navire pourra au défaut des documens ci-dessus spécifiés, prouver sa neutralité par tel autre témoignage, que les Tribunaux, appellés à juger du cas, trouveront suffisans.

Article XV.

Pour prévenir entièrement tout désordre et toute violence en pareil cas, il a été stipulé, que lorsque les navires de la Partie neutre, navigeant sans convoi, rencontreront quelque vaisseau de guerre public ou particulier de l'autre Partie, le vaisseau de guerre n'enverra pas plus de deux ou trois hommes dans sa chaloupe à bord du navire neutre, pour examiner les passeports et documens. Et toutes les personnes appartenantes à quelque vaisseau de guerre public ou particulier, qui molesteront ou insulteront en quelque manière que ce soit l'équipage, les vaisseaux ou effets de l'autre partie, seront responsables en leurs personnes et en leurs biens de tous dommages et intérêts, pour lesquels il sera donné caution suffisante par tous les commandans des vaisseaux armés en course, avant qu'ils reçoivent leurs commissions.

Article XVI.

Dans les tems de guerre et les cas de nécessité urgente, où l'une des Parties contractantes se verroit obligée d'établir un embargo général soit dans tous les ports de sa domination, soit dans certains ports particuliers, les vaisseaux de l'autre Partie resteront assujettis à cette mesure, sur le

même pied, que le seront les navires des nations les plus avantagées, sans pouvoir réclamer l'exemption qui avoit été stipulée en leur faveur dans l'article 16 de l'ancien Traité de 1785. Mais d'un autre côté les propriétaires des vaisseaux, qui auront été retenus, soit pour quelque expédition militaire, soit pour tel autre usage que ce soit, obtiendront du Gouvernement qui les aura employés une indemnité équitable, tant pour le frêt, que pour les pertes occasionnées par le retard.|| De plus et dans tous les cas de saisie, de détention ou d'arrêt, soit pour dettes contractées, ou offenses commises par quelque citoyen ou sujet de l'une des Parties contractantes dans la juridiction de l'autre, on procédera uniquement par ordre et par autorité de la justice, et suivant les voyes ordinaires en pareil cas usitées.

Article XVII.

S'il arrivoit que les bâtimens ou effets de la Puissance neutre, fussent pris par l'ennemi de l'autre ou par un pirate et ensuite repris par la puissance en guerre, ils seront restitués au premier propriétaire aux conditions qui seront stipulées ci-après dans l'Article vingt-un, pour les cas de reprise.

Article XVIII.

Lorsque les citoyens ou sujets de l'une des deux Parties contractantes, seront forcés par des tempêtes, ou par la poursuite des corsaires ou vaisseaux ennemis, ou par quelque autre accident, à se réfugier avec leurs vaisseaux ou effets, dans les havres ou dans la juridiction de l'autre, ils seront reçus, protégés et traités avec humanité et honnêteté. Il leur sera permis de se pourvoir à un prix raisonnable de rafraichissemens, de provisions et de toutes choses nécessaires, pour leur subsistance, santé et commodité, et pour la réparation de leurs vaisseaux.

Article XIX.

Les vaisseaux de guerre publics et particuliers des deux Parties contractantes, pourront conduire en toute liberté, partout où il leur plaira, les vaisseaux et effets, qu'ils auront pris sur leurs ennemis, sans être obligés de payer aucuns impôts, charges ou droits, aux officiers de l'amirauté, des douanes, ou autres. Ces prises ne pourront être non plus ni arrêtées, ni visitées, ni soumises à des procédures légales, en entrant dans le port de l'autre partie, mais elles pourront en sortir librement, et être conduites en tout tems par le vaisseau preneur aux endroits portés par les commissions, dont l'officier commandant le dit vaisseau sera obligé de faire montre. |Mais, conformément aux Traités subsistans entre les Etats-Unis et la Grande-Bretagne, tout vaisseau qui aura fait une prise sur des sujets de

cette dernière Puissance, ne sauroit obtenir un droit d'asile dans les ports des Etats-Unis; et s'il est forcé d'y rélâcher par des tempêtes ou quelque autre danger ou accident de mer, il sera obligé d'en repartir le plus tôt possible.]

Article XX.

Aucun citoyen ou sujet de l'une des deux Parties contractantes n'acceptera d'une Puissance avec laquelle l'autre pourroit être en guerre, ni commission, ni lettre de marque, pour armer en course contre cette dernière, sous peine d'être puni comme pirate. Et ni l'un ni l'autre des deux Etats, ne louera, prêtera ou donnera une partie de ses forces navales ou militaires à l'ennemi de l'autre pour l'aider à agir offensivement ou défensivement contre l'Etat qui est en guerre.

Article XXI.

S'il arrivoit que les deux Parties contractantes fussent en même temps, en guerre contre un ennemi commun, on observera de part et d'autre les points suivans. || 1o) Lorsqu'un navire de l'une des deux nations sera repris par les vaisseaux de guerre ou armateurs de l'autre, avant d'avoir été conduit dans un port ennemi ou neutre, il sera restitué avec sa cargaison au premier propriétaire, moyennant une retribution d'un huitième de la valeur du navire et de la cargaison, si la reprise a été faite par un vaisseau de guerre, et d'un sixième, si elle a été faite par un armateur. || 2do) Dans ces cas la restitution n'aura lieu, qu'après les preuves faites de la propriété, sous caution de la quote-part, qui en revient à ceux qui ont repris le navire. || 3tio) Les vaisseaux de guerre publics et particuliers des deux Parties contractantes, seront admis reciproquement avec leurs prises, dans les ports respectifs; cependant ces prises ne pourront y être déchargées ni vendues, qu'après que la légitimité de la prise aura été décidée, suivant les lois et règlemens de l'Etat dont le preneur est sujet, mais par la justice du lieu, où la prise aura été conduite. || 4to) Il sera libre à chacune des Parties contractantes de faire tels règlemens qu'Elles jugeront nécessaires, relativement à la conduite que devront tenir respectivement leurs vaisseaux de guerre publics et particuliers à l'égard des batimens qu'ils auront pris et amenés dans les ports des deux Puissances.

Article XXII.

Lorsque les Parties contractantes, seront engagées en guerre contre un ennemi commun, ou qu'Elles seront neutres toutes deux, les vaisseaux de guerre de l'une prendront en toute occasion sous leur protection les

navires de l'autre qui font avec eux la même route, et ils les défendront aussi longtems qu'ils feront voile ensemble, contre toute force et violence et de la même manière qu'ils protégeroient et défendroient les navires de leur propre nation.

Article XXIII.

S'il survient une guerre entre les Parties contractantes, les marchands de l'un des deux Etats, qui résideront dans l'autre, auront la permission d'y rester encore neuf mois, pour récueillir leurs dettes actives et arranger leurs affaires; après quoi ils pourront partir en toute liberté, et emporter tous leurs biens, sans être molestés ni empêchés. Les femmes et les enfants, les gens de lettres de toutes les facultés, les cultivateurs, artisans, manufacturiers et pêcheurs qui ne sont point armés, et qui habitent des villes, villages ou places non-fortifiées, et en général tous ceux dont la vocation tend à la subsistance et à l'avantage commun du genre humain, auront la liberté de continuer leurs proffessions respectives, et ne seront point molestés en leurs personnes, ni leurs maisons ou leurs biens incendiés, ou autrement détruits, ni leurs champs ravagés par les armées de l'ennemi, au pouvoir duquel ils pourroient tomber par les événemens de la guerre; mais si l'on se trouve dans la nécessité de prendre quelque chose de leurs propriétés pour l'usage de l'armée ennemie, la valeur en sera payée à un prix raisonnable.

Article XXIV.

Afin d'adoucir le sort des prisonniers de guerre, et de ne les point exposer à être envoyés dans des climâts éloignés et rigoureux, ou resserrés dans des habitations étroites et malsaines, les deux Parties contractantes s'engagent solemnellement l'une envers l'autre et à la face de l'univers, qu'Elles n'adopteront aucun de ces usages; que les prisonniers qu'Elles pourroient faire l'une sur l'autre ne seront transportés ni aux Indes orientales, ni dans aucune contrée de l'Asie ou de l'Afrique, mais qu'on leur assignera en Europe ou en Amérique, dans les territoires respectifs des Parties contractantes un séjour situé dans un air sain; qu'ils ne seront point confinés dans des cachots, ni dans des prisons, ni dans des vaisseaux de prison; qu'ils ne seront pas mis aux fers, ni garottés, ni autrement privés de l'usage de leurs membres; que les Officiers seront relâchés sur leur parole d'honneur dans l'enceinte de certains districts, qui leur seront fixés, et qu'on leur accordera des logemens commodes; que les simples soldats seront distribués dans des cantonnemens ouverts, assez vastes pour prendre l'air et l'exercice, et qu'ils seront logés dans des barraques aussi spatieuses et

aussi commodes, que le sont celles des trouppes de la Puissance, au pouvoir de laquelle se trouvent les prisonniers; que cette Puissance fera pouvoir journellement les officiers d'autant de rations, composés des mêmes articles et de la même qualité, dont jouïssent en nature ou en équivalent les officiers du même rang qui sont à son propre service; qu'Elle fournira également à tous les autres prisonniers, une ration pareille à celle qui est accordée au soldat de sa propre armée. Le montant de ces dépenses sera payé par l'autre Puissance, d'après une liquidation de compte, à arrêter reciproquement pour l'entretien des prisonniers à la fin de la guerre, et ces comptes ne seront point confondus ou balancés avec d'autres comptes; ni la solde qui en est due, retenue comme compensation, ou répresailles pour tel autre article, ou telle autre prétention réelle ou supposée. Il sera permis à chacune des deux Puissances, d'entretenir un commissaire de leur choix, dans chaque cantonnement des prisonniers, qui sont au pouvoir de l'autre. Ces commissaires auront la liberté de visiter les prisonniers, aussi souvent qu'ils le désireront; ils pourront également recevoir et distribuer les douceurs que les parents ou amis des prisonniers leur feront parvenir; enfin il leur sera libre encore de faire leurs rapports, par lettres ouvertes, à ceux qui les employent. Mais si un officier manquoit à sa parole d'honneur, ou qu'un autre prisonnier sortit des limites, qui auront été fixées à son cantonnement, un tel officier ou autre prisonnier sera frustré individuellement des avantages stipulés dans cet article pour sa relaxation sur parole d'honneur, ou pour son cantonnement. Les deux Puissances contractantes ont déclaré en outre, que ni le pretexte que la guerre rompt les Traités, ni tel autre motif quelconque ne sera censé annuller ou suspendre cet Article et le précédent; mais qu'au contraire le tems de la guerre est précisement celui, pour lequel ils ont été stipulés et durant lequel ils seront observés aussi saintement que les articles les plus universellement reconnus par le droit de la nature et des gens.

Articles XXV—XXVII pp.

En foi de quoi les Plénipotentiaires susnommés, ont signé le present Traité et y ont apposé le cachet de leurs armes. Fait à Berlin le onze Juillet, l'an mille sept-cents quatre-vingt-dix-neuf.

(L. S.) Charles Guillaume Comte de Finkenstein. (L. S.) John Quincy Adams.

(L. S.) Philippe Charles d'Alvensleben.

(L. S.) Chretien Henri Curce Comte de Haugwitz.

Nr. 14808. **GROSZBRITANNIEN UND ITALIEN,** Ausdehnung des englisch-italienischen Handelsvertrages auf Britisch-Indien.

Rom, 15. Juni 1914.

His Majesty the King of Italy, and His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, with a wiew to the conclusion of the present Convention, have appointed as their Plenipotentiaries:

His Majesty the King of Italy:

His Excellency the Marquis Antonino di San Giuliano, Minister for Foreign Affairs, Knight of the Supreme Order of the Annunziata, Knight Grand Cross of the Orders of St. Maurice and St. Lazarus and of the Crown of Italy; and || His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions Beyond the Seas, Emperor of India: || His Excellency the Right Honourable Sir James Rennell Rodd, Knight Grand Cross of the Royal Victorian Order, Knight Commander of the Order of St. Michael and St. George, Companion of the Order of the Bath, His Majesty's Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary at Rome; || Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon the following Articles:

Art. 1.

The Treaty of Commerce and Navigation of the 15th june, 1883, in force between Italy and Great Britain, together with its final protocol, is understood to apply to British India, including the territories of any native Prince or Chief under the suzerainty of Great Britain, subject to the modifications and reservations hereinafter specified.

Art. 2.

The Government of India reserves the discretionary power to prevent foreigners, whose presence it may consider undesirable, from residing or travelling in India, as above defined, without its consent.

Art. 3.

In regard to native States of India, the rights of subjects of the Kingdom of Italy under Articles 1, 13, and 15 and the last paragraph of article 16 of the said Treaty, are subject to the same limitations as those which are, or may be, in force as regards European British subjects.

Art. 4.

The provisions of articles 4 and 11 respectively shall not be held to apply: || *a*) to any privilege, favour, or immunity which has been or may be granted by the Government of India in respect of trade to or from countries or States on the land borders or India; || *b*) to merchandise passing in transit through India to countries or States on the land borders of India.

Art. 5.

The right to appoint Consuls under Article 12 of the said Treaty shall in India be restricted to the seaport towns of the provinces under the direct administration of the Government of India; and such Consuls and their Consulates shall enjoy immunities and exemptions in the matter of customs duties similar to those granted to British Consuls and Consulates in Italy.

Art. 6.

The Italian Government and the British Government, the latter on behalf of India, shall be able to denounce the present Convention in the manner laid down in Article 20 of the Treaty of the 15th June, 1883, independently of the maintenance of the same Treaty in regard to Italy and the United Kingdom.

Art. 7.

The present Convention shall be ratified, and the ratifications exchanged at Rome as soon as possible. It shall come into force two months after the exchange of ratifications. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the present Convention and have affixed thereto their seals.

Done at Rome, the 15th day of june, 1914.

(L. S.) RENNELL RODD.

Nr. 14809. **VERTRAGSSTAATEN.** Abkommen der amerikanischen Staaten über den Schutz literarischen und künstlerischen Eigentums.

Buenos Aires, 11. Aug. 1910.

LL. EE. les Présidents des États Unis d'Amérique, de la République Argentine, du Brésil, du Chili, de la Colombie, de Costa-Rica, de Cuba, de la République Dominicaine, de l'Équateur, du Guatémala, d'Haïti, du Honduras, du Mexique, de Nicaragua, de Panama, du Paraguay, du Pérou, de San Salvador, de l'Uruguay et de Vénézuéla. || Désirant que leurs pays respectifs fussent représentés à la Quatrième Conférence Internationale

Américaine, y envoyèrent, dûment autorisés, pour approuver les Recommandations, Résolutions, Conventions et Traités qu'ils jugeraient utiles aux intérêts de l'Amérique, MM. les Délégués dont les noms suivent: || *États Unis d'Amérique:* Henry White, Enoch H. Crowder, Lewis Nixon, John Bassett Moore, Bernard Moses, Lamar C. Quintero, Paul S. Reinsch, David Kinley. || *République Argentine:* Antonio Bermejo, Eduardo Bidau, Manuel A. Montes de Oca, Epifanio Portela, Carlos Rodríguez Larreta, Carlos Salas, José A. Terry, Estanislao S. Zeballos. || *États Unis du Brésil:* Joaquim Murtinho, Domicio da Gama, José L. Almeida Nogueira, Olavo Bilac, Gastão da Cunha, Herculano de Freitas. || *République du Chili:* Miguel Cruchaga Tocornal, Emilio Bello Codecido, Aníbal Cruz Díaz, Beltrán Mathieu. || *République de Colombie*: Roberto Ancízar. || *République de Costa-Rica:* Alfredo Volio. || *République de Cuba*: Carlos García Vélez, Rafael Montoro y Valdés, Gonzalo de Quesada y Aróstegui, Antonio Gonzalo Pérez, José M. Carbonell. || *République Dominicaine:* Américo Lugo. || *République de l'Équateur:* Alejandro Cárdenas. || *République du Guatémala*: Luis Toledo Herrarte, Manuel Arroyo, Mario Estrada. || *République d'Haïti:* Constantin Fouchard. || *République du Honduras*: Luis Lazo Arriaga. || *Étáts Unis Mexicains*: Victoriano Salado Alvarez, Luís Pérez Verdía, Antonio Ramos Pedrueza, Roberto A. Esteva Ruiz. || *République de Nécaragua*: Manuel Peréz Alonso. || *République de Panamá:* Belisario Porras. || *République du Paraguay:* Teodosio González, José P. Montero. || *République du Pérou:* Eugenio Larrabure, y Unánue, Carlos Alvarez Calderón, José Antonio de Lavalle y Pardo. || *République du Salvador*: Federico Mejía, Francisco Martínez Suárez: || *République l'Uruguay*: Gonzálo Ramírez, Carlos M. de Pena, Antonio M. Rodríguez, Juan José Amézaga. || *États Unis de Vénézuéla*: Manuel Díaz Rodríguez, César Zumeta. || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs et avoir reconnu qu'ils étaient en bonne et due forme, ont décidé de célébrer la Convention suivante sur la Propriété Littéraire et Artistique:

Art. 1. Les États signataires reconnaissent et protègent les droits de propriété littéraire et artistique, conformément à ce qui est stipulé dans la présente Convention.

Art. 2. Dans l'expression "œuvres littéraires et artistiques" sont compris les livres, les écrits, les brochures de toutes sortes, quels que soient la matière que l'on y traite et le nombre des pages; les œuvres dramatiques ou dramatico-musicales, les œuvres chorégraphiques, les compositions musicales, avec ou sans paroles, les dessins, les peintures, les sculptures, les gravures, les travaux photographiques, les sphères astronomiques ou géographiques, les plans, croquis ou travaux plastiques se rapportant à géographie, géologie ou topographie, architecture, ou toute autre science;

et enfin toute production qui puisse se publier au moyen de la presse ou de la reproduction.

Art. 3. La connaissance du droit de propriété obtenu dans un État, conformément à ses lois, produira de plein droit, ses effets dans tous les autres, sans qu'il y ait à remplir d'autres formalités, pourvu, qu'apparaisse dans l'œuvre quelque indication faisant savoir, que la propriété en est réservée.

Art. 4. Le droit de propriété d'une œuvre littéraire ou artistique comprend, pour son auteur ou ses ayant-droits, la faculté exclusive d'en disposer, de la publier, de l'aliéner, de la traduire ou d'en autoriser la traduction, et de la reproduire de quelque manière que ce soit, en tout ou en partie.

Art. 5. Sera considéré comme auteur d'une œuvre protégée, sauf preuve du contraire, celui dont le nom ou le pseudonyme connu y est indiqué; en conséquence, les Tribunaux des divers pays signataires, admettront les poursuites entamées par l'auteur ou par ses représentants contre les contrefacteurs ou les infracteurs.

Art. 6. Les auteurs ou leurs ayant-droits, nationaux ou étrangers domiciliés, jouiront, dans les pays signataires, des droits que les lois respectives y accordent, sans que ces droits puissent excéder le terme de protection accordé dans le pays d'origine.

Quant aux œuvres composées de plusieurs volumes, qui ne se publieraient pas ensemble, ainsi que les bulletins, livraisons ou publications périodiques, le temps de la propriété commencera à se compter pour chaque volume, bulletin, livraison ou publication périodique, à partir de la date respective de leur publication.

Art. 7. Sera considéré comme pays d'origine d'une œuvre, celui de sa première *publication* en Amérique, et si elle s'est effectuée simultanément dans plusieurs des pays signataires, celui dont la loi fixe le temps le plus court de protection.

Art. 8. L'ouvrage qui à son origine n'obtint pas la propriété littéraire, ne pourra pas l'acquérir pour les éditions suivantes.

Art. 9. Les traductions licites sont protégées comme les œuvres originales. || Les traducteurs d'ouvrages, en faveur desquels n'existerait pas, ou serait périmé, le droit de propriété garanti, pourront obtenir, pour leurs traductions, les droits de propriété indiqués dans l'article 3, mais ils ne pourront aucunement s'opposer à la publication d'autres traductions des mêmes ouvrages.

Art. 10. Par la presse périodique, et sans qu'il y ait besoin d'aucune autorisation, il pourra être publié les discours prononcés ou lus dans des assemblées délibérantes, devant les tribunaux de justice ou dans les réunions

publiques, sans autres limites que les dispositions légales internes de chaque État à ce sujet.

Art. 11. Les œuvres littéraires, scientifiques ou artistiques, quelle que soit la matière qu'on y traite, publiées dans des journaux ou dans des revues, de n'importe quel pays de l'Union, ne peuvent être reproduites en aucun autre sans le consentement des auteurs. Exception faite des œuvres mentionnées, tout article de journal pourra être reproduit par d'autres journaux, si le premier ne le défend pas expressément, et en tout cas, en reproduisant un article, la source devra en être indiquée. || Les nouvelles, l'ensemble des faits divers, qui n'ont que le caractère de simple presse informative, ne jouissent pas de la protection de cette Convention.

Art. 12. La reproduction de fragments d'œuvres littéraires ou artistiques dans des publications destinées à l'enseignement ou pour chrestomathie, ne donne aucun droit de propriété et peut, en conséquence, être faite librement dans tous les pays signataires.

Art. 13. Seront reconnues reproductions illicites, aux effets de la responsabilité civile, les appropriations indirectes, non autorisées, d'une œuvre littéraire ou artistique, et qui ne présentent pas le caractère d'œuvre originale. ||Sera aussi considérée comme illicite la reproduction, quelle qu'en soit la forme, d'une œuvre complète, ou de sa plus grande partie, accompagnée de notes ou de commentaires, sous prétexte de critique littéraire, d'amplification ou de complément de l'œuvre originale.

Art. 14. Toute œuvre falsifiée pourra être séquestrée dans les pays signataires, où l'œuvre originale ait droit à être protégée légalement, sans préjudice des indemnités ou des peines encourues par les falsificateurs, selon les lois du pays où la fraude aurait été commise.

Art. 15. Chaque Gouvernement des pays signataires conservera la liberté de permettre, de surveiller ou de prohiber que circulent, se représentent ou s'exposent les œuvres ou productions sur lesquelles l'autorité compétente aurait le droit d'exercer son action.

Art. 16. La présente Convention entrera en vigueur dans les États signataires qui la ratifieront, trois mois après qu'ils auront communiqué leur ratification au Gouvernement Argentin, et restera en vigueur entre eux pendant une année à partir de la date de la dénonciation. Cette dénonciation sera adressée au Gouvernement Argentin et n'aura d'effets qu'envers le pays qui l'aura faite. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires et Délégués signent la présente Convention et y apposent le sceau de la Quatrième Conférence Internationale Américaine. || Fait et signé à Buenos-Aires, le onzième jour du mois d'Août mil neuf cent dix, en espagnol, en anglais, en portugais et en francais, et déposé au Ministère des Affaires Étrangères

de la République Argentine, afin qu'il en soit fait des copies authentiquées qui seront envoyées, par la voie diplomatique, à chacun des États signataires.

(Unterschriften.)

Nr. 14810. **VERTRAGSSTAATEN.** Abkommen der amerikanischen Staaten über Geltendmachung pekuniärer Ansprüche.

Buenos Aires, 11. Aug. 1910.

LL. EE. les Présidents des États Unis d'Amérique, de la République Argentine, du Brésil, du Chili, de Colombie, de Costa-Rica, de Cuba, de la République Dominicaine, de l'Équateur, du Guatémala, d'Haïti, du Honduras, du Mexique, de Nicaragua, de Panama, du Paraguay, du Pérou, du Salvador, de l'Uruguay et de Vénézuéla.|| Désirant que leurs pays respectifs fussent représentés à la Quatrième Conférence Internationale Américaine, y envoyèrent, dûment autorisés, pour approuver les Recommandations, Résolutions, Conventions et Traités qu'ils jugeraient utiles aux intérêts de l'Amérique, Messieurs les Délégués dont les noms suivent:|| *États Unis d'Amérique:* Henry White, Enoch H. Crowder, Lewis Nixon, John Bassett Moore, Bernard Moses, Lamar C. Quintero, Paul S. Reinsch, David Kinley. || *République Argentine:* Antonio Bermejo, Eduardo Bidau, Manuel A. Montes de Oca, Epifanio Portela, Carlos Rodríguez Larreta, Carlos Salas, José A. Terry, Estanislao S. Zeballos. || *États Unis du Brésil:* Joaquim Murtinho, Domicio da Gama, José L. Almeida Nogueira, Olavo Bilac, Gastão da Cunha, Herculano de Freitas. || *République du Chili:* Miguel Cruchaga Tocornal, Emilio Bello Codecido Aníbal Cruz Díaz, Beltrán Mathieu. || *République de Colombie:* Roberto Ancízar. || *République de Costa-Rica:* Alfredo Volio. || *République de Cuba:* Carlos García Vélez, Rafael Montoro y Valdés, Gonzalo de Quesada y Aróstegui, Antonio Gonzalo Pérez, José M. Carbonell. || *République Dominicaine:* Américo Lugo. || *République de l'Équateur:* Alejandro Cárdenas. || *République du Guatémala:* Luis Toledo Herrarte, Manuel Arroyo, Mario Estrada. || *République d'Haïti:* Constantin Fouchard. || *République du Honduras:* Luis Lazo Arriaga. || *États Unis Mexicains:* Victoriano Salado Alvarez, Luis Pérez Verdía, Antonio Ramos Pedrueza, Roberto A. Esteva Ruiz. || *République de Nicaragua:* Manuel Pérez Alonso. || *République de Panamá:* Belisario Porras. || *République du Paraguay:* Teodosio González, José P. Montero. || *République du Pérou:* Eugenio Larrabure, y Unánue, Carlos Alvarez Calderón, José Antonio de Lavalle y Pardo. || *République du Salvador:* Federico Mejía, Francisco Martínez

Suárez: || *République de l'Uruguay:* Gonzalo Ramírez, Carlos M. de Pena, Antonio M. Rodríguez, Juan José de Amézaga. || *États Unis de Vénézuéla:* Manual Díaz Rodríguez, César Zumeta. || Lesquels, après s'être communiqué leurs pouvoirs et les avoir trouvés en bonne et due forme, ont décidé de célébrer la Convention suivante sur les Réclamations Pécuniaires:

Article 1. Les Hautes Parties Contractantes s'obligent à soumettre à l'arbitrage toutes les réclamations pour dommages et préjudices pécuniaires qui pourraient être présentées par leurs ressortissants respectifs et qui ne pourraient pas être réglées à l'amiable par la voie diplomatique, tout autant que les dites réclamations seront d'une importance suffisante pour justifier les frais d'arbitrage. || Le jugement sera rendu conformément aux principes du Droit International.

Art. 2. Les Hautes Parties Contractantes conviennent de soumettre à la décision de la Cour Permanente d'Arbitrage de la Haye, toutes les controverses qui se rapporteraient à ce traité, à moins que les parties ne se mettent d'accord pour constituer une juridiction spéciale. || Au cas où l'affaire en litige serait soumise à la Cour Permanente de la Haye, les Hautes Parties Contractantes acceptent les dispositions de la Convention relatives à l'organisation du Tribunal d'Arbitrage, à la procédure que celui-ci est obligé de suivre, et à l'obligation d'exécuter le jugement rendu.

Art. 3. Au cas où il y aurait accord pour constituer une juridiction spéciale, seront consignées dans la Convention qui en décidera ainsi, les règles suivant lesquelles fonctionnera le Tribunal qui devra connaître les questions que peuvent soulever les réclamations auxquelles fait allusion l'Article 1 du présent traité.

Art. 4. Ce Traité entrera en vigueur immédiatement après le 31 Décembre 1912, date à laquelle expire la Convention sur les Réclamations Pécuniaires, signée à Mexico le 31 Janvier 1902 et prorogée par la Convention signée à Rio de Janeiro le 13 Août 1906. || Il restera en vigueur pour un temps indéfini, aussi bien pour les Nations qui l'auront ratifié à cette date que pour celles qui le ratifieront postérieurement. || Les ratifications seront transmises au Gouvernement de la République Argentine qui les communiquera aux autres parties contractantes.

Art. 5. Chacune des Nations qui ratifie le présent Traité pourra le dénoncer, pour ce qui la concerne, en donnant, avec deux ans d'anticipation, avis par écrit de sa décision. || Cet avis sera transmis au Gouvernement de la République Argentine, et par l'intermédiaire de celui-ci, aux autres parties contractantes.

Art. 6. Le traité de Mexico continuera à être en vigueur, même après la date du 31 Décembre 1912, pour toutes les controverses qui auraient pu

être soumises à l'arbitrage avant cette date, dans les conditions dudit traité. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires et Délégués signent la présente Convention et y apposent le sceau de la Quatrième Conférence Internationale Américaine.

Fait et signé à Buenos Aires le onzième jour du mois d'Août mil neuf cent-dix, en espagnol, portugais, anglais et français et déposé au Ministère des Affaires Étrangères de la République Argentine afin qu'il en soit fait des copies authentiquées qui seront envoyées, par la voie diplomatique, à chacun des États signataires.

(Unterschriften.)

Nr. 14811. VERTRAGSSTAATEN. Abkommen der amerikanischen Länder über Werke und Musterschutz.

Buenos Aires, 20. Aug. 1910.

LL. EE. les Présidents des États Unis d'Amérique, de la République Argentine, du Brésil, du Chili, de la Colombie, de Costa-Rica, de Cuba, de la République Dominicaine, de l'Équateur, du Guatémala, d'Haïti, du Honduras, du Mexique, de Nicaragua, de Panama, du Paraguay, du Pérou, du Salvador, de l'Uruguay et de Vénézuéla. || Désirant que leurs pays respectifs fussent représentés à la Quatrième Conférence Internationale Américaine, y envoyèrent, dûment autorisés, pour approuver les Recommandations et Traités qu'ils jugeraient utiles aux intérêts de l'Amérique, Messieurs les Délégués dont les noms suivent: || *États Unis d'Amérique*: Henry White, Enoch H. Crowder, Lewis Nixon, John Bassett Moore, Bernard Moses, Lamar C. Quintero, Paul S. Reinsch, David Kinley. || *République Argentine*: Antonio Bermejo, Eduardo Bidau, Manuel A. Montes de Oca, Epifanio Portela, Carlos Rodríguez Larreta, Carlos Salas, José A. Terry, Estanislao S. Zeballos. || *États Unis du Brésil:* Joaquim Murtinho, Domicio da Gama, José L. Almeida Nogueira, Olavo Bilac, Gastão da Cunha, Herculano de Freitas. || *République du Chili:* Miguel Cruchaga Tocornal, Emilio Bello Codecido, Aníbal Cruz Díaz, Beltrán Mathieu. || *République de Colombie*: Roberto Ancízar. || *République de Costa-Rica:* Alfredo Volio. || *République de Cuba:* Carlos García Vélez, Rafael Montoro y Valdés, Gonzalo de Quesada y Aróstegui, Antonio Gonzalo Pérez, José M. Carbonell. || *République Dominicaine:* Américo Lugo. || *République de l'Équateur:* Alejandro Cárdenas. || *République du Guatémala:* Luis Toledo Herrarte, Manuel Arroyo, Mario Estrada. || *République d'Haïti:* Constantin Fouchard. || *République du Honduras:* Luis Lazo Arriaga. || *États Unis Mexicains:* Victoriano Salado Alvarez, Luís Pérez Verdía, Antonio Ramos Pedrueza, Roberto

A. Esteva Ruiz.|| *République de Nicaragua:* Manuel Peréz Alonso.|| *République de Panamá:* Belisario Porras.||*République du Paraguay:* Teodosio González, José P. Montero.||*République du Pérou*: Eugenio Larrabure, y Unánue, Carlos Alvarez Calderón, José Antonio de Lavalle y Pardo.|| *République du Salvador:* Federico Mejía, Francisco Martínez Suárez:||*République l'Uruguay:* Gonzálo Ramírez, Carlos M. de Pena, Antonio M. Rodríguez, Juan José Amézaga.|| *États Unis de Vénézuéla:* Manuel Díaz Rodríguez, César Zumeta. || Lesquels, après s'être communiqué leurs pouvoirs et les avoir reconnus comme étant en bonne et due forme, ont décidé de célébrer la Convention suivante:

Article I.

Les Nations signataires adoptent la présente Convention pour la protection des Brevets d'Invention, patentes de dessins et modèles industriels.

Article II.

Toute personne de l'un quelconque des États signataires jouira, dans chacun des autres États, de tous les avantages accordés par les lois relatives aux brevets d'invention, patentes de dessins et modèles industriels. En conséquence, elle aura la même protection et recours légaux identiques contre toute attaque à ces droits, sans préjudice de l'accomplissement des formalités et conditions imposées par les dispositions de la législation intérieure de chaque État.

Article III.

Toute personne qui aurait régulièrement déposé une demande de brevet d'invention, ou patente de dessins ou modèles industriels, dans l'un des États contractants, jouira d'un droit de priorité pendant douze mois pour les brevets d'invention, et pendant quatre mois pour les patentes de dessins ou modèles industriels afin qu'elle puisse faire de dépôt dans les autres États, sans préjudice des droits d'un tiers. || En conséquence, le dépôt effectué ultérieurement dans quelqu'un des États signataires, et avant l'échéance des termes ci-dessus indiqués, ne pourra être déclaré nul par des faits survenus dans l'intervalle, que ce soit spécialement par un autre dépôt, par la publication de l'invention ou par son exploitation, ou par la vente d'exemplaires du dessin ou du modèle.

Article IV.

Quand, aux délais ci-dessus fixés, une personne aura déposé dans plusieurs États des demandes de brevets pour la même invention, les droits résultants des brevets ainsi sollicités seront indépendants les uns des autres.|| Ces droits seront aussi indépendants des droits qui résulteraient des brevets

ou patentes qui auraient été acquis pour la même invention dans les pays qui ne font pas partie de cette Convention.

Article V.

Les questions qui seront soulevées sur la priorité des brevets d'invention, seront résolues en tenant compte de la date de la demande des brevets respectifs dans les pays où ils auront été concédés.

Article VI.

On considère invention: un nouveau système de fabrication de produits industriels; une nouvelle machine ou appareil mécanique ou manuel servant à la fabrication des dits produits; la découverte d'un nouveau produit industriel; l'application de moyens connus dans le but d'obtenir des résultats supérieurs, et tout dessin nouveau, original et d'ornement, pour un article industriel. || Le prérepte précédent se comprendra sans préjudice des décisions de la législation de chaque pays.

Article VII.

L'un quelconque des États signataires, pourra refuser la reconnaissance des brevets et patentes pour l'une quelconque des causes suivantes: || a) Parce que les inventions ou découvertes auraient été rendues publiques dans un pays quelconque antérieurement à la date de l'invention faite par le sollicitant. || b) Parce qu'elles auraient été enregistrées, publiées ou décrites, dans un pays quelconque, une année avant la date de la demande d'inscription, dans le pays où la patente ou le brevet ait été sollicité. || c) Pour être en usage public ou mises en vente dans le pays, où la patente ou le brevet aurait été sollicité, une année avant la date de ladite demande d'inscription. || d) Parce que les inventions ou découvertes seraient de quelque manière, contraires à la morale ou à la législation.

Article VIII.

La propriété d'un brevet d'invention comprend la faculté de jouir des bénéfices de cette invention, et le droit de la céder ou transférer en se conformant aux lois de chaque pays.

Article IX.

Les personnes qui encourraient des responsabilités, civiles ou criminelles, pour avoir nui ou porté préjudice aux droits des inventeurs, seront poursuivies et châtiées conformément aux lois du pays dans lequel l'infraction criminelle aurait été perpétrée, ou le préjudice causé.

Article X.

Les copies des brevets d'invention certifiées dans le pays d'origine, conformément aux lois de la Nation recevront entière foi et créance, en tant que preuve du droit de priorité, sans préjudice des dispositions de l'article VII.

Article XI.

Les Traités relatifs aux brevets d'invention, patentes de dessins ou modèles industriels, établis antérieurement entre les pays signataires de la présente Convention, seront remplacés par ladite, dès que celle-ci aura été ratifiée en ce qui concerne le Règlement des relations entre les États signataires.

Article XII.

Les adhésions des Nations Américaines à la présente Convention, seront adressées au Gouvernement de la République Argentine afin que celui-ci les communique aux autres États. Ces communications rempliront le rôle d'échange.

Article XIII.

La Nation signataire qui voudrait se rendre libre de l'engagement résultant de la présente Convention, devra en donner avis au Gouvernement de la République Argentine; et après le délai d'une année, à compter du jour de la réception de cet avis, cette Convention cessera d'être en vigueur à l'égard de la Nation qui l'aura dénoncée.|| En foi de quoi, les Plénipotentiaires et Délégués signent la présente Convention et y apposent le sceau de la Quatrième Conférence Internationale Américaine.||Fait et signé à Buenos Aires le vingtième jour du mois d'Août mil neuf cent dix, en espagnol, en anglais, en portugais et en français, et déposé au Ministère des Affaires Étrangères de la République Argentine, pour qu'il en soit fait des copies authentiquées qui seront envoyées, par la voie diplomatique, à chacun des États signataires.

(Unterschriften.)

Nr. 14812. VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA UND DÄNEMARK. Schiedsgerichtsvertrag.

Washington, 17. April 1914.

The United States of America and His Majesty the King of Denmark being desirous to strengthen the bonds of amity that bind them together and also to advance the cause of general peace, have resolved to enter into a treaty for that purpose and to that end have appointed as their plenipotentiaries:|| The President of the United States: The Honorable William

Jennings Bryan, Secretary of State; and || His Majesty the King of Denmark: Mr. Constantin Brun, His Chamberlain and Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to the United States;

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found to be in proper form, have agreed upon the following articles:

Article I.

The High Contracting Parties agree that all disputes between them, of every nature whatsover, which diplomacy shall fail to adjust, shall be submitted for investigation and report to an International Commission, to be constituted in the manner prescribed in the next succeeding article; and they agree not to declare war or begin hostilities during such investigation and report.

Article II.

The International Commission shall be composed of five members, to be appointed as follows: One member shall be chosen from each country, by the Government thereof; one member shall be chosen by each Government from some third country; the fifth member shall be chosen by common agreement between the two Governments. It is understood that the fifth member of the Commission shall not be a citizen of either country. The expenses of the Commission shall be paid by the two Governments in equal proportion. || The International Commission shall be appointed within four months after the exchange of the ratifications of this treaty; and vacancies shall be filled according to the manner of the original appointment. || Unless otherwise agreed between the parties the procedure of the International Commission shall be regulated by the prescriptions contained in the Convention signed at The Hague on October 18, 1907, for the peaceful settlement of international disputes, Chapter III.

Article III.

In case the High Contracting Parties shall have failed to adjust a dispute by diplomatic methods, they shall at once refer it to the International Commission for investigation and report. The International Commission may, however, act upon its own initiative, and in such case it shall notify both Governments and request their cooperation in the investigation. || The High Contracting Parties agree to furnish the Permanent International Commission with all the means and facilities required for its investigation and report. || The report of the International Commission shall be completed within one year after the date on which it shall declare its investigation to have begun, unless the High Contracting Parties shall

extend the time by mutual agreement. The report shall be prepared in triplicate; one copy shall be presented to each Government, and the third retained by the Commission for its files.

Article IV.

The High Contracting Parties agree that, upon the receipt of the report of the International Commission as provided in Article III, they will immediately endeavor to adjust the dispute directly between them upon the basis of the Commission's findings. The High Contracting Parties, however, reserve the right to act independently on the subject matter of the dispute after the report of the Commission shall have been submitted.

Article V.

The present treaty shall be ratified by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof, and by His Majesty the King of Denmark. || The ratifications shall be exchanged at Washington as soon as possible. It shall take effect immediately after the exchange of ratifications, and shall continue in force for a period of five years; and it shall thereafter remain in force until twelve months after one of the High Contracting Parties shall have given notice to the other of an intention to terminate it.

In witness whereof the respective plenipotentiaries have signed the present treaty and have affixed thereunto their seals.

Done in duplicate in the English and Danish languages at Washington this 17th day of April, in the year 1914.

Nr. 14813. **VEREINIGTE STAATEN UND ITALIEN.** Schiedsgerichtsvertrag.

Washington, 5. Mai 1914.

The President of the United States of America and His Majesty the King of Italy, being desirous to strengthen the bonds of amity that bind the two countries, and also to advance the cause of general peace, have resolved to enter into a treaty for those purposes, and to that end have appointed as their Plenipotentiaries: || The President of the United States of America, the Honorable William Jennings Bryan, Secretary of State; and || His Majesty the King of Italy, His Excellency the Marquis Cusani Confalonieri, Commander of the Order of Saint Maurice and Saint Lazarus, Grand Cordon of the Order of the Crown of Italy, etc., His Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary at Washington; || Who, after having communicated to each other their respective full powers, found to be in proper form, have agreed upon the following articles:

Article I.

The High Contracting Parties engage to submit for investigation and report to a Commission, to be constituted according to the provisions of the following Article, all differences of whatever nature they may be which may occur between them which can not be composed by diplomatic methods or are not submitted to a tribunal of arbitration; they bind themselves not to declare war nor to open hostilities during the examination by the Commission and before the Commission has presented its report.

Article II.

The International Commission shall be composed of five members appointed according to the following rules: || Each country, by means of its Government, chooses two members, one from among its own subjects, the other from among those of a third State; the two Governments, after agreement, will name the fifth member, on condition, however, that he be not a citizen of either of these two countries. Each Commissioner shall hold his place during a term of four years; at the expiration of this term, or in the event of vacancy, the corfirmation or the substitution of the Commissioner whose term may have expired or whose place may be vacant shall be made in the same manner. || Each of the High Contracting Parties shall have the right, before the investigation has begun, to substitute for one of the members of the Commission appointed by it another one chosen from the category to which the Commissioner to be replaced belonged. || When the Commissioners be actually occupied in the examination of a question they shall receive a compensation which will be mutually agreed upon by the High Contracting Parties. || The expenses of the Commission shall be borne by the two Governments in equal proportion. The International Commission shall be appointed within six months after the exchange of the ratifications of this Treaty.

Article III.

In case the High Contracting Parties shall have failed to adjust a dispute by diplomatic methods or by means of a tribunal of arbitration, it shall at once be referred, either by common agreement or by one or the other party, to the International Commission for investigation and report. || The Commission must inform the two Governments of the date on which it will begin its labors, inviting them to furnish it with all the documents and to lend it the cooperation necessary for the investigation. || The High Contracting Parties engage to furnish all the documents and to afford all facilities for the investigation and the report, provided that in their

judgment this does not conflict with the laws or with the supreme interests of the State, and provided that the interests and rights of third States shall not thereby suffer damage. || In the absence of an agreement to the contrary between the High Contracting Parties, the Commission will itself adopt regulations governing its procedure. || The report of the Commission must be presented within a period of one year after the date on which it shall declare its investigation to have begun, unless the High Contracting Parties may have shortened or prolonged by mutual agreement this term. The report shall be prepared in triplicate; one copy shall be presented to each Government, and the third shall be placed in the archives of the Commission. || The High Contracting Parties reserve to themselves the right to act independently on the subject matter of the dispute after the Commission shall have presented its report.

Article IV.

The present Treaty shall be ratified by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate, and by His Majesty the King of Italy, and the ratifications shall be exchanged as soon as possible. || The Treaty will come into force, for a period of five years, immediately after the exchange of ratifications. It will thereafter remain in force for twelve months more after one of the High Contracting Parties shall have notified the other of its intention to terminate it. || In witness whereof the respective plenipotentiaries have signed the present Treaty and have affixed thereunto their seals. || Done in duplicate in the English and Italian languages at Washington this fifth day of May, in the year 1914.

William Jennings Bryan. (Seal.)
Cusani. (Seal.)

Nr. 14814. **VEREINIGTE STAATEN UND PARAGUAY.** Schiedsgerichtsvertrag.

Asuncion, 29. Aug. 1914.

The United States of America and the Republic of Paraguay, being desirous to strengthen the bonds of amity that bind them together and also to advance the cause of general peace, have resolved to enter into a treaty for that purpose and to that end have appointed as their plenipotentiaries: || The President of the United States, His Excellency Daniel F. Mooney, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary; and || the President of Paraguay, His Excellency D. Manuel Gondra, Minister of Foreign Relations; || Who, after having communicated to each other their respective full powers, found to be in proper form, have agreed upon the following articles:

Article I.

The high contracting parties agree that all disputes between them, of every nature whatsoever, which diplomacy shall fail to adjust, shall be submitted for investigation and report to an International Commission, to be constituted in the manner prescribed in the next succeeding Article; and they agree not to declare war or begin hostilities during such investigation, and before the report is submitted.

Article II.

The International Commission shall be composed of five members, to be appointed as follows: One member shall be chosen from each country, by the Government thereof; one member shall be chosen by each Government from some third country; the fifth member shall be chosen by common agreement between the two Governments. The expenses shall be paid by the two Governments in equal proportion. || The International Commission shall be appointed within the four months following the exchange of the ratifications of this treaty; and vacancies shall be filled according to the manner of the original appointment.

Article III.

In case the high contracting parties shall have failed to adjust a dispute by diplomatic methods, they shall at once refer it to the International Commission for investigation and report. || The International Commission may, however, act upon its own initiative, and in such case it shall notify both Governments and request their cooperation in the investigation. || The report of the International Commission shall be completed within one year after the date on which it shall declare its investigation to have been initiated, unless the high contracting parties shall protract the term by mutual consent. The report shall be prepared in triplicate; one copy shall be presented to each Government, and the third retained by the Commission for its archives. || The high contracting parties reserve the right to act independently on the subject-matter of the dispute after the report of the Commission shall have been submitted.

Article IV.

The present treaty shall be ratified by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof; and by the President of the Republic of Paraguay, with the approval of the Congress thereof; and the ratifications shall be exchanged as soon as possible. It shall take effect immediately after the exchange of ratifications,

and shall continue in force for a period of five years, and it shall thereafter remain in force until one year after one of the high contracting parties have given notice to the other of an intention to terminate it. || In witness whereof the respective plenipotentiaries have signed the present treaty and have affixed thereunto their seals. || Done in Asuncion on the twenty-ninth of August, in the year of our Lord nineteen hundred and fourteen.

Daniel F. Mooney. (Seal.)
M. Gondra. (Seal.)

Nr. 14815. **VEREINIGTE STAATEN UND RUSZLAND.** Schiedsgerichtsvertrag.

Washington, 18. Sept./1. Okt. 1914.

Treaty for the settlement of disputes.

The President of the United States of America and His Majesty the Emperor of all the Russias, desiring to strengthen the friendly relations which unite their countries and to serve the cause of general peace, have decided to conclude a Treaty for these purposes and have consequently appointed their Plenipotentiaries designated hereinafter, to wit: || The President of the United States of America, the Honorable William Jennings Bryan, Secretary of State of the United States; and || His Majesty the Emperor of all the Russias, His Excellency G. Bakhmeteff, Master of His Court and His Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary to the United States of America; || Who, after exhibiting to each other their Full Powers found to be in due and proper form, have agreed upon the following articles:

Article I.

Any differences arising between the Government of the United States of America and the Imperial Government of Russia, of whatever nature they may be, shall, when diplomatic proceedings have failed, be submitted for examination and report to a Permanent International Commission constituted in the manner prescribed in the following article; likewise the High Contracting Parties agree not to resort, with respect to each other, to any acts of force during the examination to be made by the Commission and before its report is handed in.

Article II.

The International Commission shall be composed of five members appointed as follows: Each Government shall designate two members; the fifth member shall be designated by common consent and shall not belong to any of the nationalities already represented on the Commission;

he shall perform the duties of President. || The two Governments shall bear by halves the expenses of the Commission. || The Commission shall be organized within six months from the exchange of ratifications of the present Convention. || The members shall be appointed for one year and their appointment may be renewed. They shall remain in office until superseded or reappointed, or until the work on which they are engaged at the time their office expires is completed. || Any vacancies which may arise shall be filled in the manner followed for the original appointment.

Article III.

In case a difference should arise between the High Contracting Parties which is not settled by diplomatic methods, each Party shall have a right to ask that the examination thereof be intrusted to the International Commission charged with making a report. Notice shall be given to the President of the International Commission, who shall at once communicate with his colleagues. || As regards the procedure which it is to follow, the Commission shall as far as possible be guided by the provisions contained in articles 9 to 36 of Convention I of The Hague of 1907. || The High Contracting Parties agree to afford the Commission, as fully as they may think possible, all means and all necessary facilities for its examination and its report. || The work of the Commission shall be completed within one year from the date on which it has taken jurisdiction of the case, unless the High Contracting Parties should agree to set a different period. || The conclusion of the Commission and the terms of its report shall be adopted by a majority. The report, signed only by the President acting by virtue of his office, shall be transmitted by him to each of the Contracting Parties. || The High Contracting Parties reserve full liberty as to the action to be taken on the report of the Commission.

Article IV.

The present Treaty shall be ratified by the President of the United States of America, with the advice and consent of the Senate of the United States, and by His Majesty the Emperor of all the Russias. || It shall go into force immediately after the exchange of ratifications and shall last five years.

If it has not been denounced at least six months before the expiration of this period it shall be tacitly renewed for a period of twelve months after either party shall have notified the other of its intention to terminate it.

In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the present Treaty and have affixed thereunto their seals.

Done at Washington this $\frac{\text{1 Octobre,}}{\text{18 September,}}$ 1914.

William Jennings Bryan. (Seal.)
G. Bakhméteff. (Seal.)

Nr. 14816. SCHWEDEN UND SPANIEN. Erklärung über die Konsulargerichtsbarkeit in Marokko.

Stockholm, 5. Mai 1915.

Déclaration.

Les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, font d'un commun accord la déclaration suivante: || Prenant en considération les garanties d'égalité juridique offertes aux étrangers par les tribunaux espagnols du Protectorat, le Gouvernement suédois renonce à réclamer pour ses consuls, ses ressortissants et ses établissements, dans la zône espagnole de l'Empire chérifien, tous droits et privilèges issus du régime des capitulations.

Les traités et conventions de toute nature en vigueur entre la Suède et l'Espagne s'étendent de plein droit, sauf clause contraire, à la zône espagnole de l'Empire chérifien.

Cette déclaration entrera en vigueur immédiatement après la signature.

Fait en double à Stockholm, le 5me mai 1915.

K. A. Wallenberg. (L. S.)
Le Duc de Amalfi. (L. S.)

Nr. 14817. SCHWEDEN UND RUSZLAND. Abkommen über Aktiengesellschaften. Arrangement concernant la reconnaissance réciproque dans le Royaume de Suède et dans l'Empire de Russie des sociétés par actions (anonymes) et autres associations commerciales, industrielles ou financières russes et suédoises.

Petersburg, 16./29. Mai 1914.

Le Gouvernement Royal de Suède et le Gouvernement Impérial de Russie ayant jugé utile de régler réciproquement la situation des sociétés par actions (anonymes) et autres associations commerciales, industrielles ou financières, les soussignés, en vertu de l'autorisation qui leur a été conférée, sont convenus de ce qui suit:

1) Les sociétés par actions (anonymes) et autres associations commerciales, industrielles ou financières domiciliées dans l'un des deux pays et à

condition qu'elles y aient été validement constituées conformément aux lois en vigueur, seront reconnues comme ayant l'existence légale dans l'autre pays et elles y auront notamment le droit d'ester en justice devant les tribunaux, soit pour intenter une action, soit pour s'y défendre.

2) Il est entendu que la stipulation qui précède ne concerne point la question de savoir si une pareille société constituée dans l'un des deux pays sera admise ou non dans l'autre pays pour y exercer son commerce ou son industrie, cette admission restant toujours soumise aux presriptions qui existent à cet égard dans ce dernier pays.

En tout cas les dites sociétés et associations jouiront dans l'autre pays des mêmes droits qui sont ou seront accordés à des sociétés et associations similaires de tout autre pays.

Le présent arrangement entrera en vigueur le trentième jour après sa signature et il ne cessera ses effets qu'un an après la dénonciation qui en serait faite de part ou d'autre.

En foi de quoi les soussignés ont signé le présent arrangement et l'ont revêtu du cachet de leurs armes.

Fait en double à Pétrograd le 29/16 Mai 1915.

Brändström. Sazonow.
(L. S.) (L. S.)

Nr. 14818. **SCHWEDEN UND FRANKREICH.** Abkommen über die Konsulargerichtsbarkeit in Marokko.

Stockholm, 4. Juni 1914.

Déclaration.

Les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, font d'un commun accord la déclaration suivante: || Prenant en considération les garanties d'égalité juridique offertes aux étrangers par les tribunaux français du Protectorat, le Gouvernement suédois renonce à réclamer pour ses Consuls, ses ressortissants et ses établissements, dans la zône française de l'Empire chérifien, tous droits et privilèges issus du régime des capitulations. || Les traités et conventions de toute nature en vigueur entre la Suède et la France s'étendent de plein droit, sauf clause contraire, à la zône française de l'Empire chérifien. || La présente déclaration sera soumise à l'approbation de la Représentation nationale en Suède; elle sera ratifiée et les ratifications en seront échangées aussitôt que possible.

Fait en double à Stockholm, le quatre juin 1914.

K. A. Wallenberg. Thiébaut.
(L. S.) (L. S.)

Nr. 14819. SCHWEDEN UND GROSZBRITANNIEN. Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrags.

London, 9. Nov. 1914.

His Majesty the King of Sweden, and His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, signatories of the Convention for the pacific settlement of international disputes, concluded at The Hague on the 29th July 1899; || Taking into consideration that by Article 19 of that Convention the High Contracting Parties have reserved to themselves the right of concluding Agreements, with a view to referring to arbitration all questions which they shall consider possible to submit to such treatment. || Have named as their Plenipotentiaries: || His Majesty the King of Sweden: Count H. Wrangel, His Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at the Court of His Britannic Majesty; and || His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India: the Right Honourable Sir Edward Grey, a Baronet of the United Kingdom, a Member of Parliament, His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs; || Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed as follows:—

Article I.

The High Contracting Parties hereby undertake to renew for a further period of 5 years, dating from the 9th instant, the Convention signed at London on the 11th August, 1914, and renewed by the Convention signed at London on the 9th November, 1909, for the settlement by arbitration of certain classes of questions which may arise between the two Governments in so far as the provisions of the aforesaid Convention apply to the Kingdom of Sweden.

Done in duplicate at London, the 9th day of November, 1914.

(L. S.) Wrangel.
(L. S.) E. Grey.

Nr. 14820. SCHWEDEN UND VEREINIGTE STAATEN. Schiedsgerichtsvertrag.

Washington, 13. Okt. 1914.

Traité pour le Règlement des Litiges.

Sa Majesté le Roi de Suède et le Président des Etats-Unis d'Amérique, désirant affirmer les relations amicales qui unissent leurs deux pays

et servir la cause de la paix générale, ont décidé de conclure un traité à ces fins et nommé, en conséquence, les plénipotentiaires ci-après désignés, savoir:|| Sa Majesté le Roi de Suède: Monsieur W. A. F. Ekengren, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Washington; et|| Le Président des Etats-Unis d'Amérique; l'Honorable William Jennings Bryan, Secrétaire d'Etat des Etats-Unis;|| Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1er.

Tous différends s'élevant entre le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Suède et le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, de quelque nature qu'ils soient, lorsque les procédés diplomatiques ordinaires auront échoué et que les Hautes Parties contractantes n'ont pas recours à l'arbitrage, seront soumis, pour examen et rapport, à une Commission Internationale permanente, constituée de la manière prescrite dans l'article suivant.|| Les Hautes Parties contractantes conviennent de ne se livrer, l'une vis-à-vis de l'autre, à aucun acte de force durant l'examen auquel procèdera la Commission et avant la remise de son rapport.

Article 2.

La Commission Internationale sera composée de cinq membres nommés comme il suit: chaque Gouvernement désignera deux membres, dont un seulement de sa nationalité: le cinquième membre sera désigné d'un commun accord et ne pourra appartenir à une des nationalités déjà représentées dans la Commission: il remplira les fonctions de Président.|| Au cas où les deux Gouvernements ne pourraient se mettre d'accord sur le choix du cinquième commissaire, les quatre autres seraient appelés à le désigner, et à défaut d'entente entre ceux-ci, les dispositions de l'article 45 de la Convention de la Haye de 1907 seraient appliquées.|| La Commission sera constituée dans les six mois de l'échange des ratifications de la présente convention.|| Les membres sont nommés pour une année et leur mandat peut être renouvelé. Ils restent en fonctions jusqu'à leur remplacement ou jusqu'au renouvellement de leur mandat, ou encore jusqu'à l'achèvement de leurs travaux en cours au moment de l'expiration de leur mandat.|| Il sera pourvu dans le plus bref délai aux vacances qui se produiraient (décès, démission, cas de force majeure) suivant le mode employé pour la nomination.

Les Hautes Parties contractantes s'entendront avant qu'il soit procédé à la désignation des commissaires relativement à la rémunération de ceux-ci. Elles supporteront par moitié les frais auxquels donnerait lieu la réunion de la Commission.

Article 3.

Les différends, qui viendraient à se produire entre les Hautes Parties contractantes et qui n'auraient pu être réglés par la voie diplomatique, seront aussitôt renvoyés à l'examen de la Commission internationale, qui se chargera de faire un rapport. Par une note, adressée au Bureau International de la Cour Permanent à la Haye, qui doit la communiquer sans délai aux deux Gouvernements, le Président peut rappeler aux parties que les services de la Commission Internationale seront à leur disposition.

Article 4.

Les deux Hautes Parties contractantes auront le droit de préciser, chacune de son côté, auprès du Président de la Commission, quel est l'objet du litige. Nulle différence dans ces exposés, fournis à titre d'indication, n'arrêtera l'action de la Commission.

Dans le cas où la cause du différend consisterait en actes déterminés déjà effectués ou sur le point de l'être, la Commission indiquera, dans le plus bref délai possible, quelles mesures, conservatoires des droits de chacun, devraient, selon son avis, être prises à titre provisoire et en attendant le dépôt de son rapport.

Article 5.

La Commission s'inspirera, dans la mesure du possible, quant à la procédure qu'elle aura à suivre, des dispositions contenues dans les articles 9 à 36 de la Convention 1 de la Haye de 1907. || Les Hautes Parties contractantes conviennent de fournir à la Commission tous les moyens et toutes les facilités nécessaires à son examen et à son rapport. || Les travaux de la Commission devront être terminés dans l'année du jour où elle aura été saisie, à moins que les Hautes Parties contractantes ne tombent d'accord pour la fixation d'un autre délai. || Les conclusions de la Commission et les termes de son rapport seront arrêtés à la majorité. Le rapport, signé par le Président seul, agissant en vertu de sa qualité, sera transmis par ses soins à chacune des Parties contractantes. || Les Hautes Parties contractantes se réservent une entière liberté pour la suite à donner au rapport de la Commission.

Article 6.

Le présent traité sera ratifié par Sa Majesté le Roi de Suède et par le Président des Etats-Unis, après y avoir été autorisé par le Sénat américain.

Les ratifications seront échangées à Washington aussitôt que faire se pourra et le traité entrera en vigueur le jour de l'échange des ratifications. || Il aura une durée de cinq années à partir de l'échange des ratifications.

S'il n'a pas été dénoncé au moins six mois avant l'expiration de ce délai, il sera renouvelé par tacite reconduction pour une nouvelle période de cinq ans et ainsi de suite de cinq ans en cinq ans, sauf dénonciation. || En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Washington le 13 Octobre de l'an mille neuf cent quatorze.

(L. S.) W. A. F. Ekengren.

(L. S.) William Jennings Bryan.

Zum Weltkrieg.

Nr. 14821. FRANKREICH.*) Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Bericht der französischen Militär- und Marine-Attachés über die deutschen Rüstungen. Deutsche Offensiv-Absichten gegen Frankreich.

Berlin, le 17 mars 1913.

Nos attachés militaire et naval adressent à leurs Ministres respectifs des rapports sur la nouvelle loi militaire allemande. J'appelle l'attention de Votre Excellence sur ces importants documents. || L'étude des moyens financiers destinés à pourvoir aux mesures militaires que l'Allemagne a en vue retarde seule la publication des propositions définitives du Gouvernement. Malgré le patriotisme affecté avec lequel les classes riches acceptent le sacrifice qui leur sera demandé, elles n'en sont pas moins, particulièrement dans le monde des affaires, mécontentes des mesures financières annoncées, et elles sentent qu'une contribution forcée, imposée en pleine paix, crée pour l'avenir un précédent redoutable. D'autre part, les Gouvernements confédérés ont opposé une vive résistance à l'innovation qui attribuera à l'Empire des ressources tirées de l'impôt direct. Jusqu'ici les impôts de cette nature étaient réservés aux États confédérés, et ceux-ci voient dans l'abandon de cette règle une affirmation nouvelle de la personnalité de l'Empire, qui constitue une certaine diminution de leur propre souveraineté. || Quoi qu'il en soit, en augmentant la force de l'armée allemande, l'Empire veut ne rien laisser à l'imprévu, au cas où une crise éclaterait. || Les innovations de l'Allemagne ont fait surgir un fait inattendu pour elle: la proposition du Gouvernement de la République rétablissant le service de trois ans, et la résolution virile avec laquelle cette proposition a été accueillie en France. L'impression d'étonnement que ces projets ont produite a été mise à profit par le Gouvernement Impérial pour insister sur la nécessité absolue de l'augmen-

---

*) Die folgenden Aktenstücke entstammen dem französischen Gelbbuch, la guerre européenne 1914.

tation des forces militaires de l'Allemagne; ses projets ont été présentés comme une réponse. C'est le contraire de la vérité, puisque l'immense effort militaire que la France accepte n'est que la conséquence des initiatives de l'Allemagne. || Les Autorités Impériales ne cessent d'exalter le sentiment patriotique. L'Empereur se complaît à rappeler tous les jours les souvenirs de 1813. Hier soir, une retraite militaire a parcouru les rues de Berlin et des discours ont été prononcés dans lesquels la situation présente était assimilée à celle d'il y a un siècle. L'entraînement de l'opinion aura sa répercussion dans les discussions qui s'ouvriront le mois prochain au Reichstag, et j'ai lieu de craindre que le Chancelier lui-même ne soit poussé à faire dans ses déclarations des allusions aux relations de la France et de l'Allemagne. Il fallait s'attendre à ce qu'on exaltât le patriotisme de la nation au moment où on lui demande de nouveaux sacrifices, mais c'est abuser du rapprochement historique que de comparer le temps présent à 1813. Si le mouvement qui, il y a un siècle, emportait le peuple allemand contre l'homme de génie qui aspirait à la domination universelle, pouvait trouver aujourd'hui quelque équivalent, c'est en France qu'il le faudrait chercher, puisque le peuple français ne songe qu'à se défendre contre la domination de la force. || Il n'en est pas moins vrai que cet état de l'opinion dans les deux pays rend la situation grave.

Jules Cambon.

Annexe I.

Rapport du Lieutenant-Colonel Serret, Attaché militaire près l'Ambassade de la République Française à Berlin, à M. Étienne, Ministre de la Guerre.

Berlin, le 15 mars 1913.

Le mouvement patriotique qui s'est manifesté en France a causé dans certains milieux une véritable colère. || Je ne prétends certes pas que l'article virulent de la *Gazette de Cologne* soit l'expression d'un sentiment général. C'est l'explosion de rage d'un journaliste impulsif, aussitôt désavoué par le Gouvernement. || Mais, malgré son inconvenance, la manifestation de la *Gazette de Cologne* n'est pas négligeable; elle a été approuvée dans son esprit, sinon dans sa forme, par plusieurs journaux assez importants, et elle me paraît correspondre à un sentiment réel, à une colère latente. || Il est intéressant de le constater, parce que le sens des armements actuels s'en trouve éclairé d'une lumière plus vive. || Depuis quelque temps déjà, on rencontre des gens qui déclarent les projets militaires de la France extraordinaires et injustifiés. Dans un salon, un membre du Reichstag et non un

énergumène, parlant du service de trois ans en France, allait jusqu'à dire: „C'est une provocation, nous ne le permettrons pas.“ De plus modérés, militaires ou civils, soutiennent couramment la thèse que la France, avec ses quarante millions d'âmes, n'a pas le droit de rivaliser ainsi avec l'Allemagne. || En somme, on est furieux, et cette colère ne résulte pas des criailleries de certaines feuilles françaises auxquelles les gens sérieux ne s'arrêtent guère. C'est du dépit. On enrage de voir que, malgré l'effort énorme entrepris l'année dernière, continué et accru encore cette année, on ne pourra probablement pas encore cette fois mettre la France hors de course. || Nous mettre définitivement hors de course, puisque nous ne voulons ni ne pouvons être avec elle, c'est cela en effet que poursuit l'Allemagne. On ne saurait trop le répéter et la prochaine loi, que l'opinion française regarde un peu trop comme une explosion spontanée, n'est que la suite fatale, attendue, de la loi de juin 1912. || Celle-ci, en effet, en créant deux corps d'armée nouveaux, avait laissé à dessein, suivant la manière allemande, de grandes unités et des régiments incomplets. Il était évident qu'on n'attendrait pas longtemps pour combler les lacunes.*) La crise balkanique a fourni une merveilleuse occasion, éclatant juste à point voulu, pour permettre d'exploiter le centenaire des guerres de délivrance, d'obtenir plus facilement des sacrifices au souvenir de ceux consentis naguère, déjà contre nous. || Pour bien montrer la genèse de ce programme militaire, je me permets de rappeler ce qu'écrivait, il y a un an, lors de l'apparition de la loi de 1912, mon prédécesseur, le colonel Pellé: || „Nous découvrons tous les jours combien sont profonds et durables les sentiments d'orgueil froissé et de rancunes contre nous provoqués par les événements de l'an dernier. || „Le traité du 4 novembre 1911 est une profonde désillusion. || „Le ressentiment éprouvé dans toutes les parties du pays est le même. Tous les Allemands, jusqu'aux socialistes, nous en veulent de leur avoir pris part au Maroc. || „Il semblait, il y a un ou deux ans, que les Allemands fussent partis à la conquête du monde. Ils s'estimaient assez forts pour que personne n'osât entamer la lutte contre eux. Des possibilités indéfinies s'ouvraient à l'industrie allemande, au commerce allemand, à l'expansion allemande. || „Naturellement, ces idées et ces ambitions n'ont pas disparu aujourd'hui. Les Allemands ont toujours besoin de débouchés, d'expansion économique et coloniale. Ils estiment qu'ils y ont droit parce qu'ils grandissent tous les jours, parce que l'avenir leur appartient. Ils nous regardent, avec nos 40 millions d'habitants, comme une nation secondaire. || „Dans la crise de 1911, cette

---

* Le problème qui nous est posé aujourd'hui se serait donc posé quelques années plus tard et d'une manière plus angoissante encore, puisque la diminution de nos contingents amoindrit sans cesse le chiffre de notre effectif de paix.

nation secondaire leur a tenu tête, et l'Empereur et le Gouvernement ont cédé. L'opinion publique ne l'a pardonné ni à eux, ni à nous. *Elle ne veut pas qu'un pareil fait puisse se reproduire.*" || Et au moment où la seconde et formidable partie du programme va être réalisée, où la force militaire allemande est sur le point d'acquérir cette supériorité définitive qui nous forcerait à subir, le cas échéant, l'humiliation ou l'écrasement, voici que soudain la France refuse d'abdiquer, et qu'elle montre, comme disait Renan, „son pouvoir éternel de renaissance et de résurrection". On comprend à merveille le dépit allemand. || Sans doute le Gouvernement invoque la situation générale de l'Europe et parle du péril slave. Pour ma part, l'opinion me semble en réalité indifférente au péril slave et cependant elle a accepté avec une très belle tenue, sinon plus, les charges énormes de ces deux lois consécutives. || Le 10 mars dernier, centenaire de l'organisation de la levée en masse de l'Allemagne contre nous, une foule énorme s'est pressée, malgré une pluie battante, à la parade militaire devant le château, au milieu du Tiergarten devant les statues de la reine Louise et de Frédéric-Guillaume III, entourées de monceaux de fleurs. || Ces anniversaires, rappelant la lutte contre la France, vont se répéter toute l'année. En 1914 on célébrera le centenaire de la première campagne de France, de la première entrée des Prussiens à Paris. || En résumé, si l'opinion publique allemande ne montre pas la France du doigt, comme le fait la *Gazette de Cologne*, c'est cependant contre nous qu'elle est et restera longtemps braquée. Elle trouve que pour nos 40 millions d'habitants nous tenons au soleil une place vraiment trop grande. || Les Allemands désirent la paix, ne cesse-t-on de proclamer, et l'Empereur plus que tout autre, mais ils ne l'entendent pas dans le sens de concessions mutuelles ni d'équilibre des armements. Ils veulent qu'on les craigne et ils sont en train de faire les sacrifices nécessaires. Si, à quelque occasion, leur orgueil national se trouve blessé, la confiance que pourra avoir le pays dans l'énorme supériorité de son armée favorisera une explosion de colère nationale devant laquelle la modération du Gouvernement impérial sera peut-être impuissante. || Il faut constater d'ailleurs que le Gouvernement met tout en œuvre pour chauffer le sentiment national, en fêtant avec éclat tous les anniversaires de 1813. || Au reste, la tournure de l'opinion n'aurait pour effet que de donner à une guerre un caractère plus ou moins national. Par quelque prétexte que l'Allemagne justifie une conflagration européenne, nul ne peut faire que les premiers coups décisifs ne soient pas portés contre la France.

Annexe II.

M. de Faramond, attaché naval près l'Ambassade de France à Berlin, à M. Baudin, Ministre de la Marine.

Berlin, le 15 mars 1913.

En vous rendant compte de l'examen du budget de la marine par la Commission du Reichstag, j'ai dit qu'aucune loi navale ayant pour objet un accroissement de la flotte ne serait présentée cette année et que tout l'effort militaire serait dirigé contre nous. || Bien que le nouveau projet de loi destiné à augmenter les effectifs allemands ne soit pas encore déposé devant le Reichstag, nous savons qu'il s'agit „d'un renforcement militaire de grande envergure", suivant l'expression de la *Gazette de l'Allemagne du Nord.* || Les journaux officieux ont d'ailleurs commenté le projet militaire dans les termes qui permettent de tenir pour exact le communiqué du *Lokal Anzeiger.* || Les effectifs allemands s'élèvent actuellement à 720,000 hommes; nous sommes autorisés à conclure que, le 1er octobre 1914, l'armée impériale sera portée à un chiffre voisin de 860,000 hommes. || L'importance du chiffre serait moindre si les prévisions de la nouvelle loi (d'après ce que nous ont laissé entrevoir les feuilles officielles) n'avaient pas pour tendance, comme du reste les dispositions de la loi de 1912, de mettre les corps d'armée voisins de notre frontière dans un état aussi rapproché que possible du pied de guerre, afin de pouvoir, le jour même de l'ouverture des hostilités, nous attaquer brusquement avec des forces très supérieures aux nôtres. C'est pour le Gouvernement impérial une nécessité impérieuse d'obtenir un succès dès le début des opérations. || Les conditions dans lesquelles l'Empereur allemand engagerait aujourd'hui une lutte contre la France ne sont plus les mêmes qu'il y a quarante ans. Au début de la guerre de 1870, l'État-Major prussien avait envisagé la possibilité d'une offensive victorieuse des Français et Moltke, prévoyant que nous pourrions à la rigueur parvenir jus'qu'à Mayence, avait dit à son souverain: „Là ils se heurteront". Guillaume II ne peut pas admettre une retraite dans ses calculs, quoique le soldat allemand ne soit plus aujourd'hui, comme il y a quarante ans, un homme simple, religieux et prêt à mourir sur un ordre de son roi. Tenant compte des quatre millions de suffrages socialistes exprimés aux dernières élections et du fait que le droit de vote n'est acquis en Allemagne qu'à 25 ans, on peut penser que l'armée active, composée de jeunes gens de 20 à 25 ans, doit comporter dans ses rangs une proportion sérieuse de socialistes. || Certes, ce serait folie de croire que les socialistes allemands lèveront la crosse en l'air le jour où la France et l'Allemagne en viendront aux mains; mais il sera extrêmement impor-

tant, pour le Gouvernement impérial de leur persuader, d'une part que nous sommes les agresseurs, et d'autre part qu'ils peuvent avoir pleine confiance dans le commandement et le résultat. || Lors du dernier serment des recrues de la garde à Potsdam, j'ai été frappé d'entendre l'Empereur prendre pour thème de son discours aux jeunes soldats „le devoir d'être plus courageux et plus discipliné dans la mauvaise fortune que dans la bonne". || Et c'est parce qu'une première défaite allemande aurait pour l'Empire une portée incalculable que l'on trouve dans tous les projets militaires élaborés par le grand État-Major l'objectif d'une offensive foudroyante contre la France. || En réalité, le Gouvernement impérial veut se mettre en état de faire face à toutes les éventualités possibles. C'est du côté de la France que le danger lui paraît le plus grand. La *Gazette de Cologne* l'a dit dans un article haineux et violent dont la Wilhelmstrasse a désavoué la forme plutôt que le fond. || Mais nous devons nous persuader que l'opinion exprimée par la *Gazette de Cologne* est à l'heure actuelle celle de l'immense majorité du peuple allemand. || A cet égard, je crois intéressant de citer une conversation qu'un membre de notre ambassade a eue l'autre soir avec le vieux prince Henckel de Donnersmark, parce qu'elle pourrait bien refléter la pensée qui domine dans les milieux de la Cour. || Faisant allusion au nouveau projet militaire allemand, le prince de Donnersmark a dit: „Les Français ont tout à fait tort de croire que nous nourrissons de sombres desseins et que nous désirons une guerre. Mais nous ne pouvons pas oublier qu'en 1870 l'opinion populaire a forcé le Gouvernement Français à nous attaquer follement, sans être prêt. Qui peut nous assurer que l'opinion publique, si prompte à s'enflammer en France, ne mettra pas quelque jour le Gouvernement de la République dans l'obligation de nous faire la guerre? C'est contre ce danger que nous voulons nous prémunir." || Et le prince a ajouté: „On m'a souvent regardé en France comme un des artisans de la guerre de 1870. Cela est tout à fait faux. Si j'ai travaillé aux conséquences de la guerre j'avais au contraire fait mon possible pour en empêcher l'explosion. Quelque temps avant la guerre, me trouvant à un dîner où étaient réunies les personnalités les plus considérables du régime impérial, je pris la parole pour déplorer les sentiments d'inimitié qui se manifestaient déjà entre la France et la Prusse. On me répondit que si je parlais ainsi, c'est que j'avais peur d'une lutte dont l'issue serait certainement défavorable à la Prusse. Je répliquai: Non, ce n'est pas parce que j'ai peur que je répudie l'idée d'une guerre entre la France et la Prusse, mais bien parce que je crois qu'il est de l'intérêt des deux pay de l'éviter. Et puisque vous avez fait allusion aux chances d'une telle lutte, je vais vous dire mon opinion. J'ai la conviction que vous serez

battus pour la raison que voici: en dépit des brillantes qualités que je reconnais aux Français et que j'admire, vous n'êtes pas exacts. Par exactitude, je n'entends pas le fait d'arriver à l'heure à un rendez-vous, mais j'entends la ponctualité dans toute l'étendue du mot. Le Français, qui a une grande facilité de travail, n'est pas aussi ponctuel que l'Allemand dans l'accomplissement de ses devoirs. Dans la prochaine guerre, la nation victorieuse sera celle dont tous les serviteurs du haut en bas de l'échelle seront exacts à remplir leur devoir, si important ou si infime que soit ce devoir." Et le prince de Donnersmark a ajouté: „La ponctualité, qui a joué un si grand rôle lorsqu'il s'est agi, il y a quarante ans, de mouvoir une armée de 500,000 hommes, aura une importance encore bien plus grande au cours de la prochaine guerre où l'on devra mettre en action des masses autrement nombreuses". || Sous cette forme, le vieux prince a exprimé la confiance qu'ont tous les Allemands dans la supériorité de leur organisation militaire. || Lorsque j'ai parlé plus haut du nouveau projet allemand, je n'ai fait allusion qu'à un accroissement des effectifs. Mais le projet comportera aussi une augmentation du matériel et des ouvrages de défense dont le détail n'est pas connu, mais dont on peut se faire une idée par le chiffre des dépenses envisagées pour y faire face: 1,250,000,000 de francs. || L'exécution de la loi du quinquennat de 1911 n'avait pas nécessité de mesure financière spéciale. || La loi militaire et navale de 1912 avait été provisoirement couverte par les excédents budgétaires des années 1910 et 1911, par une réforme de la loi sur l'alcool et par l'ajournement de l'abaissement de l'impôt sur les sucres (ces deux dernières ressources ne représentent d'ailleurs ensemble qu'une somme d'une soixantaine de millions de francs). || Il faut en outre rappeler que de gros emprunts ont été fait récemment par l'Empire et la Prusse: cinq cents millions de marks le 29 janvier 1912 et trois cent cinquante millions de marks le 7 mars 1913. Une part assez importante des ces emprunts a dû être affectée aux dépenses militaires. || La loi militaire de 1913 exigera des mesures financières tout à fait exceptionnelles. || D'après les indications données par la presse officieuse, les dépenses dites „d'une fois" s'élèveraient à un milliard de marks et les dépenses „permanentes" annuelles résultant de l'augmentation des effectifs dépasseraient deux cents millions de marks. || Il paraît à peu près certain que les dépenses non renouvelables seront couvertes par une contribution de guerre prélevée sur le capital. On exempterait les petites fortunes et l'on frapperait d'une taxe progressive les fortunes supérieures à 20,000 marks. Présenté sous cette forme l'impôt de guerre ne saurait déplaire aux socialistes, qui pourront ainsi, suivant leur tactique habituelle, repousser le principe de la loi militaire et voter les crédits qui

en assurent l'exécution. || Le Gouvernement craint que parmi les classes riches et bourgeoises, cette imposition extraordinaire d'un milliard portant exclusivement sur la fortune acquise ne crée un durable mécontentement; aussi fait-il tout ce qui est en son pouvoir pour persuader ceux qu'il va rançonner si durement que la sécurité de l'Empire est menacée et pour établir une analogie entre les temps belliqueux de 1813 et la période actuelle. || En fêtant bruyamment le centenaire de la guerre de l'Indépendance, on veut convaincre le peuple de la nécessité du sacrifice et lui rappeler que la France est, aujourd'hui comme il y a cent ans, l'ennemi héréditaire. || Si nous constatons que le Gouvernement allemand s'efforce d'obtenir que cette énorme taxe ne soit pas acquittée en plusieurs échéances; et si, comme le disent certains journaux, le payement intégral devait être réalisé avant le 1er juillet 1914, il y aurait là pour nous une indication redoutable, car rien ne saurait expliquer une telle hâte des autorités militaires à posséder un trésor de guerre liquide d'un milliard dans leur caisse. || En ce qui concerne la couverture des dépenses permanentes qui résulteront de l'application de lois de 1912 et 1913, rien n'a encore été dit. Une nouvelle législation sera évidemment nécessaire pour procurer les ressources annuelles. || Je conclus: en Allemagne l'exécution d'une réforme militaire suit toujours de très près la décision prise de l'accomplir. Toutes les dispositions nouvelles prévues par la loi du quinquennat de 1911 et par la loi de 1912 sont déjà mises en vigueur. Il est fort possible qu'une partie du matériel dont la nouvelle loi va autoriser l'achat soit en cours de fabrication. Les secrets militaires sont si bien gardés ici qu'il est extrêmement difficile de suivre les mouvements du personnel et du matériel. || Avec 700,000 hommes sous les armes (sans compter les réservistes fort nombreux qui sont actuellement en instruction) une organisation militaire parfaite et une opinion publique qui se laisse dominer par les appels belliqueux de la Ligue militaire et de la Ligue navale, le peuple allemand est à cette heure un voisin bien dangereux. || Si le service de trois ans est adopté et immédiatement appliqué en France, les conditions seront moins inégales l'an prochain. Les effectifs allemands seront encore sensiblement plus considérables que les nôtres, mais l'appel de tout le contingent disponible ne permettra plus la sélection et amènera dans les rangs de l'armée allemande des éléments de second ordre et même des unités peu désirables. La valeur morale de l'armée active y perdra. || Les Allemands ont voulu rompre l'équilibre des deux camps qui divisent l'Europe, par un grand effort suprême, au delà duquel ils ne peuvent plus grand'chose. || Ils n'avaient pas cru la France capable d'un grand sacrifice. L'adoption du service de trois ans chez nous déjouera leurs calculs. Faramond.

Nr. 14822. **FRANKREICH.** Der Kriegsminister an den Minister des Auswärtigen. Übersendet einen offiziellen deutschen Geheimbericht über die Heeresverstärkung. — Feindliche Absichten Deutschlands, Kriegsvorbereitung.

M. Etienne, Ministre de la Guerre,

à M. Jonnart, Ministre des Affaires étrangères.

Paris, le 2 avril 1913.

Je viens de recevoir d'une source sûre communication d'un rapport officiel et secret sur le renforcement de l'armée allemande: il se divise en deux parties: une première de généralités, et une seconde, d'ordre technique, précisant dans le plus grand détail, arme par arme, les mesures à prendre; ce qui concerne l'emploi des automobiles et l'utilisation de l'aéronautique est particulièrement frappant. || J'ai l'honneur de vous adresser ci-joint une copie de la première partie de ce document, qui me paraît devoir retenir votre attention.

Étienne.

Annexe.

Note sur le renforcement de l'armée allemande.

Berlin, le 19 mars 1913.

I. — Généralités sur les nouvelles lois militaires.

L'augmentation a eu lieu en trois étapes: || 1° La Conférence d'Algésiras a enlevé les derniers doutes sur l'existence d'une entente entre la France, l'Angleterre et la Russie. Nous avons vu, d'autre part, que l'Autriche-Hongrie était obligée d'immobiliser des forces contre la Serbie et l'Italie: enfin, notre flotte n'était pas, à ce moment-là, assez forte. A la fin du conflit, on s'occupa donc en première ligne de renforcer la défense de nos côtes, d'augmenter notre force navale. Contre l'intention anglaise d'envoyer un corps d'expédition de 100,000 hommes sur le continent, on devait répondre par une meilleure formation des réserves qui devaient être employées, d'après les circonstances, au service sur les côtes, dans les forteresses et dans les siéges. Il était clair déjà à cette époque qu'il serait indispensable de faire un grand effort. || 2° Les Français ayant violé les conventions marocaines, amenèrent l'incident d'Agadir. A cette époque, les progrès de l'armée française, le relèvement moral de la nation, l'avance technique prise dans le domaine de l'aviation et dans celui des mitrailleuses, rendait une attaque contre les Français moins facile que dans la

période précédente. De plus, il fallait s'attendre à une attaque de la flotte anglaise. Cette situation difficile ouvrit les yeux sur la nécessité d'une augmentation de l'armée. Cette augmentation fut, dès cette époque, considérée comme un minimum. || 3° La guerre des Balkans aurait pu nous entraîner à la guerre pour soutenir notre allié. La nouvelle situation au sud de l'Autriche-Hongrie diminuait la valeur de l'aide que cet allié pouvait nous apporter. D'autre part, la France s'était renforcée par une nouvelle loi des cadres; il fallait donc avancer les dates d'exécution prévues pour la nouvelle loi militaire. || On prépare l'opinion à un renforcement nouveau de l'armée active, qui assurerait à l'Allemagne une paix honorable, et la possibilité de garantir comme il convient son influence dans les affaires du monde. La nouvelle loi militaire et le complément qui doit la suivre, permettront presque complètement de répondre à ce but. || Ni les ridicules criailleries de revanche des chauvinistes français, ni les grincements de dents des Anglais, ni les gestes désordonnés des Slaves ne nous détourneront de notre but qui est de fortifier et d'étendre le Deutschthum (puissance germanique) dans le monde entier. || Les Français peuvent armer tant qu'ils voudront; ils ne peuvent, du jour au lendemain, augmenter leur population. L'emploi d'une armée noire sur les théâtres d'opérations européens restera pour longtemps un rêve, du reste dépourvu de beauté.

II. — But et devoirs de notre politique nationale, de notre armée et de nos organes spéciaux au service de l'armée.

Notre nouvelle loi militaire n'est qu'une extension de l'œuvre d'éducation militaire du peuple allemand. Nos ancêtres de 1813 ont fait de plus gros sacrifices. C'est notre devoir sacré d'aiguiser l'épée que l'on nous a mise en main, et de la tenir prête pour nous défendre comme pour porter des coups à notre ennemi. *Il faut faire pénétrer dans le peuple l'idée que nos armements sont une réponse aux armements et à la politique française.* Il faut l'habituer à penser qu'une guerre offensive de notre part est une nécessité pour combattre les provocations de l'adversaire. Il faudra agir avec prudence pour n'éveiller aucun soupçon, et éviter les crises qui pourraient nuire à notre vie économique. Il faut mener les affaires de telle façon que sous la pesante impression d'armements puissants, de sacrifices considérables, et d'une situation politique tendue, un déchaînement (*Losschlagen*) soit considéré comme une délivrance, parce qu'après lui viendraient des décades de paix et de prospérité comme après 1870. Il faut préparer la guerre au point de vue financier; il y a beaucoup à faire de ce côté-là. Il ne faut pas éveiller la méfiance de nos financiers, mais bien

des choses cependant ne pourront être cachées. || Il n'y aurait pas à s'inquiéter du sort de nos colonies. Le résultat final en Europe le règlera pour elles. Par contre, il faudra susciter des troubles dans le Nord de l'Afrique et en Russie. C'est un moyen d'absorber des forces de l'adversaire. Il est donc absolument nécessaire que nous nous mettions en relations, par des organes bien choisis, avec des gens influents en Égypte, à Tunis, à Alger et au Maroc, pour préparer les mesures nécessaires en cas de guerre européenne. Bien entendu, en cas de guerre, on reconnaîtrait ouvertement ces alliés secrets; et on leur assurerait, à la conclusion de la paix, la conservation des avantages conquis. On peut réaliser ces désiderata. Un premier essai, qui a été fait il y a quelques années, nous avait procuré le contact voulu. Malheureusement, on n'a pas consolidé suffisamment les relations obtenues. Bon gré mal gré, il faudra en venir à des préparatifs de ce genre, pour mener rapidement à sa fin une campagne. || Les soulèvements provoqués en temps de guerre par des agents politiques demandent à être soigneusement préparés, et par des moyens matériels. Ils doivent éclater simultanément avec la destruction des moyens de communication; ils doivent avoir une tête dirigeante que l'on peut trouver dans des chefs influents, religieux ou politiques. L'école égyptienne y est particulièrement apte, elle relie de plus en plus entre eux les intellectuels du monde musulman. || Quoi qu'il en soit, nous devons être forts pour pouvoir anéantir d'un puissant élan nos ennemis de l'Est et de l'Ouest. Mais dans la prochaine guerre européenne, il faudra aussi que les petits États soient contraints à nous suivre, ou soient domptés. Dans certaines conditions, leurs armées et leurs places fortes peuvent être rapidement vaincues ou neutralisées, ce qui pourrait être vraisemblablement le cas pour la Belgique et la Hollande, afin d'interdire à notre ennemi de l'Ouest un territoire qui pourrait lui servir de base d'opération dans notre flanc. Au Nord, nous n'avons à craindre aucune menace du Danemark ou des États scandinaves, d'autant plus que dans tous les cas, nous pourvoirons à la concentration d'une forte armée du Nord, capable de répondre à toute mauvaise intention de ce côté. Au cas le plus défavorable, le Danemark pourrait être forcé par l'Angleterre à abandonner sa neutralité; mais à ce moment, la décision serait déjà intervenue sur terre et sur mer. Notre armée du Nord, dont les forces pourraient être notablement augmentées par les formations hollandaises, répondrait par une défensive extrêmement active à toute offensive de ce côté. || Au Sud, la Suisse forme un boulevard extrêmement solide, et nous pouvons compter qu'elle défendra énergiquement sa neutralité contre la France, protégeant ainsi notre flanc. || Comme on l'a dit plus haut, on ne peut considérer de même la situation vis-à-vis des petits

États de notre frontière Nord-Ouest. Là, ce sera pour nous une question vitale, et le but vers lequel il faudra tendre, c'est de prendre l'offensive avec une grande supériorité dès les premiers jours. Pour cela, il faudra concentrer une grande armée, suivie de fortes formations de landwehr, qui détermineront les armées des petits États à nous suivre, ou tout au moins à rester inactives sur le théâtre de la guerre, et qui les écraseraient en cas de résistance armée. Si l'on pouvait décider ces États à organiser leur système fortifié de telle façon qu'il constitue une protection efficace de notre flanc, on pourrait renoncer à l'invasion projetée. Mais, pour cela, il faudrait aussi, particulièrement en Belgique, qu'on réformât l'armée, pour qu'elle offrît des garanties sérieuses de résistance efficace. Si, au contraire, son organisation défensive était établie contre nous, ce qui donnerait des avantages évidents à notre adversaire de l'Ouest, nous ne pourrions, en aucune façon, offrir à la Belgique une garantie de la sécurité de sa neutralité. Un vaste champ est donc ouvert à notre diplomatie pour travailler, dans ce pays, dans le sens de nos intérêts. || Les dispositions arrêtées dans ce sens permettent d'espérer que l'offensive peut être prise aussitôt après la concentration complète de l'armée du Bas-Rhin. Un ultimatum à brève échéance, que doit suivre immédiatement l'invasion, permettra de justifier, suffisamment notre action au point de vue du droit des gens. || Tels sont les devoirs qui incombent à notre armée, et qui exigent un effectif élevé. Si l'ennemi nous attaque, ou si nous voulons le dompter, nous ferons comme nos frères d'il y a cent ans; l'aigle provoqué prendra son vol, saisira l'ennemi dans ses serres acérées, et le rendra inoffensif. Nous nous souviendrons alors que les provinces de l'ancien empire allemand: Comté de Bourgogne et une belle part de la Lorraine, sont encore aux mains des Francs; que des milliers de frères allemands des provinces baltiques gémissent sous le joug slave. C'est une question nationale de rendre à l'Allemagne ce qu'elle a autrefois possédé.

Nr. 14823. **FRANKREICH.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Wirkung der Balkankrisis auf Deutschland. Absichten der Kriegspartei.

Berlin, le 6 mai 1913.

Je parlais ce soir avec le Secrétaire d'État de la Conférence des Ambassadeurs et des résultats obtenus à la séance d'hier à Londres. La crise dont l'Europe était menacée est, à ses yeux, écartée, mais seulement pour quelque temps: „Il semble, me disait M. de Jagow, que nous marchons dans un pays de montagnes. Nous venons de passer un col difficile et nous

voyons d'autres hauteurs se dresser devant nous.“ — „Celle que nous venons de surmonter, lui répondis-je, était peut-être la plus dure à passer.“ || La crise que nous venons de traverser a été très sérieuse. Ici, on a considéré le danger de guerre comme imminent. J'ai eu la preuve des préoccupations de l'Allemagne par un certain nombre de faits qu'il importe que Votre Excellence connaisse. || J'ai reçu hier la visite d'un de mes collègues avec qui j'entretiens des relations particulières et cordiales. Lors de la visite qu'il a faite à M. de Jagow, celui-ci lui a demandé, à titre confidentiel quelle était exactement la situation de la Russie en Extrême-Orient et si cette Puissance a, en ce moment, quelque chose à redouter de ce côté qui y puisse retenir ses forces. L'Ambassadeur lui répondit qu'il ne voyait rien, absolument rien, qui pût être une cause de préoccupation pour le Gouvernement russe et que celui-ci avait les mains libres en Europe. || Je disais plus haut que le danger d'une guerre avait été envisagé ici comme très proche. Aussi ne s'est-on pas contenté de tâter le terrain en Extrême-Orient, on s'est préparé ici-même. || La mobilisation de l'armée allemande ne se borne pas à l'appel des réservistes à la caserne. Il y a, en Allemagne, une mesure préparatoire qui n'existe pas chez nous et qui consiste à prévenir les officiers et les hommes de la réserve de se tenir prêts pour l'appel, afin qu'ils puissent prendre les arrangements qui leur sont nécessaires. C'est un „garde à vous“ général, et il faut l'incroyable esprit de soumission, de discipline et de secret qui existe en ce pays, pour qu'une pareille disposition puisse exister. Si un pareil avertissement était donné en France, le pays frémirait tout entier et la presse le dirait le lendemain. || Cet avertissement a été lancé, en 1911, au cours des négociations que je poursuivais sur le Maroc. || Or, il a été lancé de nouveau, il y a une dizaine de jours, c'est-à-dire au moment de la tension austro-albanaise. Je le sais, et le tiens de plusieurs sources différentes, notamment d'officiers de réserve qui l'ont dit à des amis dans la plus stricte intimité. Ces messieurs ont pris les mesures nécessaires pour assurer à leur famille, en coffre-fort, les moyens de vivre pendant un an. On a même dit que c'était pour cette même raison que le Kronprinz, qui devait faire le voyage d'essai de l'*Imperator*, ne s'est pas embarqué. || La décision qui a fait prendre cette mesure préparatoire à la mobilisation répond aux idées du Grand État-Major général. Sur ce point, j'ai été mis au courant d'une conversation tenue dans un milieu allemand par le général de Moltke, qui est considéré ici comme l'officier le plus distingué de l'armée allemande. || La pensée de l'État-Major général est d'agir par surprise. „Il faut laisser de côté, a dit le général de Moltke, les lieux communs sur la responsabilité de l'agresseur. Lorsque la guerre est devenue nécessaire, il faut la faire en

mettant toutes les chances de son côté. Le succès seul la justifie. L'Allemagne ne peut ni ne doit laisser à la Russie le temps de mobiliser; car elle serait obligée de maintenir sur sa frontière Est une force telle qu'elle se trouverait en situation d'égalité, sinon d'infériorité, avec la France. Donc, a ajouté le général, il faut prévenir notre principal adversaire dès qu'il y aura neuf chances sur dix d'avoir la guerre, et la commencer sans attendre pour écraser brutalement toute résistance.“ || Voilà exactement l'état d'âme des milieux militaires, qui répond à l'état d'âme des milieux politiques, ceux-ci ne considérant pas la Russie, au contraire de nous, comme un ennemi nécessaire. || Voilà ce qu'on pensait et disait entre soi il y a quinze jours. || Il faut retenir de cette aventure la leçon que renferment les faits que j'ai présentés plus haut: ces gens-ci ne craignent pas la guerre, ils en acceptent pleinement la possibilité et ils ont pris leurs mesures en conséquence. *Ils veulent être toujours prêts.* || Comme je le disais, cela exige des conditions de secret et de discipline et une volonté persévérante: l'enthousiasme ne suffit pas à tout. Cette leçon peut être utile à méditer dans le moment où le Gouvernement de la République demande au Parlement les moyens de fortifier le pays. Jules Cambon.

Nr. 14824. **FRANKREICH.** Der Gesandte in München an den Minister des Auswärtigen. Die bayerische öffentliche Meinung betrachtet die Rüstungen als Kriegsvorbereitung.

Munich, le 10 juillet 1913.

Au point de vue politique, on se demande à quoi serviront les nouveaux armements. Reconnaissant que personne ne menace l'Allemagne, on considère que la diplomatie allemande disposait déjà de forces assez considérables et d'alliances assez puissantes pour défendre avec succès les intérêts allemands. Comme je le relevais déjà au lendemain de l'accord marocain de 1911, on estime que la Chancellerie impériale sera aussi incapable dans l'avenir que dans le passé d'adopter une politique extérieure active et de remporter, tout au moins sur ce terrain, des succès qui justifieraient les sacrifices que la nation s'impose. || Cet état d'esprit est d'autant plus inquiétant que le Gouvernement impérial se trouverait actuellement soutenu par l'opinion publique dans toute entreprise où il s'engagerait vigoureusement, même aux risques d'un conflit. L'état de guerre, auquel tous les événements d'Orient habituent les esprits depuis deux ans, apparaît, non plus comme une catastrophe lointaine, mais comme une solution aux difficultés politiques et économiques qui n'iront qu'en s'aggravant. || Puisse l'exemple de la Bulgarie exercer en Allemagne une in-

fluence salutaire. Comme me le disait naguère le Prince-Régent: „Le sort des armes est toujours incertain; toute guerre est une aventure, et bien fou est celui qui la court se croyant assuré de la victoire.“

Allizé.

Nr. 14825. **FRANKREICH.** Rache für Agadir; Furcht vor einem starken Frankreich; Treiben der Kriegspartei.

Note à M. Stephen Pichon, Ministre des Affaires étrangeres (sur l'opinion publique en Allemagne, d'après les rapports des agents diplomatiques et consulaires).

Paris, le 30 juillet 1913.

Des observations que nos agents en Allemagne ont pu recueillir auprès de personnes en mesure de pénétrer dans les milieux les plus divers, l'on peut tirer cette conclusion que deux sentiments dominent et irritent les esprits: || 1⁰ Le traité du 4 novembre 1911 serait, pour l'Allemagne, un déboire; || 2⁰ La France — une France nouvelle — insoupçonnée jusqu'à l'été de 1911 — serait *belliqueuse.* Elle voudrait la guerre.

Députés de tous les partis du Reichstag, depuis les conservateurs jusqu'aux socialistes, et représentant les contrées les plus différentes de l'Allemagne, universitaires de Berlin, de Halle, d'Iéna et de Marbourg, étudiants, instituteurs, employés de commerce, commis de banque, banquiers, artisans, commerçants, industriels, médecins, avocats, rédacteurs de journaux démocrates et de journaux socialistes, publicistes juifs, membres des syndicats ouvriers, pasteurs et boutiquiers de la Marche de Brandenbourg, hobereaux de Poméranie et cordonniers de Stettin fêtant le 505ᵉ anniversaire de leur association, châtelains, fonctionnaires, curés et gros cultivateurs de Westphalie sont unanimes sur ces deux points, sans nuances notables, selon les milieux et les partis. Voici la synthèse de toutes ces opinions: || Le traité du 4 novembre est une défaite diplomatique, une preuve de l'incapacité de la diplomatie allemande et de l'incurie du Gouvernement, si souvent dénoncées, la preuve que l'avenir de l'Empire n'est pas assuré sans un nouveau Bismarck, une humiliation nationale, une déconsidération européenne, une atteinte au prestige allemand, d'autant plus grave que, jusqu'en 1911, la suprématie militaire de l'Allemagne était incontestée et que l'anarchie française, l'impuissance de la République étaient une sorte de dogme allemand. || En juillet 1911, le „coup d'Agadir“ posa vraiment, pour la première fois, la question marocaine comme une question nationale, important à la vie et à l'expansion de l'Empire. Les révélations et procès de presse qui suivirent ont

suffisamment démontré comment la campagne avait été organisée, quelles convoitises pangermaniques elle avait allumées et quelles rancunes elle a laissées. Si l'Empereur est discuté, le Chancelier impopulaire, M. de Kiderlen, fut l'homme le plus haï de l'Allemagne, l'hiver dernier. Cependant il commence à n'être plus que déconsidéré, car il laisse entendre qu'il prendra sa revanche. || Donc, pendant l'été de 1911, l'opinion publique allemande se cabra en face de l'opinion française pour le Maroc. Et l'attitude de la France, son calme tranquille, son unité morale refaite, sa résolution de faire valoir son droit jusqu'au bout, le fait qu'elle a l'insolence de n'avoir pas peur de la guerre, sont le plus constant, le plus grave sujet d'inquiétude et de mauvaise humeur de l'opinion publique allemande. || Pourquoi donc l'Allemagne n'a-t-elle pas fait la guerre pendant l'été de 1911, puisque l'opinion publique, encore que moins unanime et résolue que l'opinion française, y était cependant favorable? Outre la volonté pacifique de l'Empereur et du Chancelier, on fait valoir dans les milieux compétents des raisons militaires et financières. || Mais ces événements de 1911 ont causé une profonde désillusion en Allemagne. Une France nouvelle, unie, résolue, décidée à ne plus se laisser intimider, est sortie du suaire dans lequel on la contemplait s'ensevelissant depuis dix ans. Avec une surprise mêlée d'irritation, l'opinion publique allemande a découvert, de décembre à mai, à travers la presse de tous les partis qui reprochaient au Gouvernement impérial son incapacité, sa lâcheté: que la vaincue de 1870 n'avait cessé depuis de guerroyer, de promener en Asie et en Afrique son drapeau et le prestige de ses armes, de conquérir de vastes territoires; que l'Allemagne avait vécu d'héroïsme honoraire, que la Turquie est le seul pays où elle ait fait, sous le règne de Guillaume II, des conquêtes morales, bien compromises maintenant par la honte de la solution marocaine. Chaque fois que la France faisait une conquête coloniale, on consolait cette même opinion en disant „Oui, mais cela n'empêche pas la décadence, l'anarchie, la décomposition de la France à l'intérieur." || On se trompait, et on trompait l'opinion. || Étant donné ces sentiments de l'opinion publique allemande, qui tient la France pour belliqueuse, que peut-on augurer de l'avenir au point de vue d'une guerre possible et prochaine? || L'opinion publique allemande est divisée, sur la question de l'éventualité d'une guerre possible et prochaine, en deux courants. || Il y a dans le pays des forces de paix, mais inorganiques et sans chefs populaires. Elles considèrent que la guerre serait un malheur social pour l'Allemagne, que l'orgueil de caste, la domination prussienne et les fabricants de canons et de plaques de cuirassés en tireraient le meilleur bénéfice, que la guerre profiterait surtout à l'Angleterre.

Elles se décomposent ainsi qu'il suit: || La masse profonde des ouvriers, des artisans et des paysans qui sont pacifiques d'instinct. || La noblesse dégagée des intérêts de carrière militaire et engagée dans les affaires industrielles — tels les grands seigneurs de Silésie et quelques autres personnalités très influentes à la Cour — et assez éclairée pour se rendre compte des conséquences politiques et sociales désastreuses d'une guerre, même victorieuse. || Un grand nombre d'industriels, de commerçants et de financiers de moyenne importance, dont la guerre, même victorieuse, amènerait la banqueroute, parce que leurs entreprises vivent de crédit et sont surtout commanditées par des capitaux étrangers. || Les Polonais, les Alsaciens-Lorrains, les habitants du Schleswig-Holstein conquis, mais non assimilés, et en hostilité sourde contre la politique prussienne, soit environ 7 millions d'Allemands annexés. || Enfin, les Gouvernements et les classes dirigeantes des grands États du Sud, la Saxe, la Bavière, le Wurtemberg et le Grand-Duché de Bade, sont partagés entre ce double sentiment: une guerre malheureuse compromettrait la Confédération, dont ils ont tiré de grands avantanges économiques; une guerre victorieuse ne profiterait qu'à la Prusse et à la prussianisation, contre laquelle ils défendent avec peine leur indépendance politique et leur autonomie administrative. || Ces éléments préfèrent, par raison ou par instinct, la paix à la guerre; mais ce ne sont que des forces politiques de contrepoids, dont le crédit sur l'opinion est limité, ou des forces sociales de silence, passives et sans défense contre la contagion d'une poussée belliqueuse. || Un exemple éclairera cette idée: les 110 députés socialistes sont des partisans de la paix. Ils ne sauraient empêcher la guerre, car elle ne dépend pas d'un vote du Reichstag, et, en présence de cette éventualité, le gros de leurs troupes ferait chorus dans la colère ou dans l'enthousiasme avec le reste du pays. || Il faut noter enfin que ces partisans de la paix dans la masse croient à la guerre, parce qu'ils ne voient pas de solution à la situation actuelle. Dans certains contrats, notamment dans les contrats d'éditeurs, on a introduit la clause de résiliation en cas de guerre. Ils espèrent cependant que la volonté de l'Empereur, d'une part, et les difficultés de la France au Maroc, d'autre part, sont pour quelque temps des garanties de paix. Quoi qu'il en soit leur pessimisme laisse libre jeu aux partisans de la guerre. || On parle quelquefois de parti militaire allemand. L'expression est inexacte, même pour dire que l'Allemagne est le pays de la suprématie du pouvoir militaire, comme on dit que la France est le pays de la suprématie du pouvoir civil. Il y a un état d'esprit plus digne d'attention que ce fait historique, parce qu'il constitue un danger plus évident et plus prochain. Il y a un parti de la guerre, avec des chefs, des troupes, une presse con-

vaincue ou payée pour fabriquer l'opinion, des moyens variés et redoutables pour intimider le Gouvernement. Il agit sur le pays avec des idées claires, des sentiments ardents, une volonté frémissante et tendue. || Les partisans de la guerre se divisent en plusieurs catégories, chacun tire de sa caste, de sa classe, de sa formation intellectuelle et morale, de ses intérêts, de ses rancunes, des raisons particulières qui créent en un état d'esprit général et accroissent la force et la rapidité du courant belliqueux. || Les uns veulent la guerre parce qu'elle est *inévitable* étant données les circonstances actuelles. Et pour l'Allemagne, il vaut mieux plus tôt que plus tard. || D'autres la considèrent comme nécessaire pour des raisons économiques tirées de la surpopulation, de la surproduction, du besoin de marchés et de débouchés; ou pour des raisons sociales: la diversion à l'extérieur peut seule empêcher ou retarder la montée vers le pouvoir des masses démocratiques et socialistes. || D'autres, insuffisamment rassurés sur l'avenir de l'Empire, et croyant que le temps travaille pour la France, pensent qu'il faut précipiter l'événement. Il n'est pas rare de rencontrer, à la traverse des conversations ou des brochures patriotiques, le sentiment obscur, mais profond, qu'une Allemagne libre et une France ressuscitée sont deux faits historiques incompatibles. || D'autres sont belliqueux par „Bismarckisme", si l'on peut ainsi dire. Ils se sentent humiliés d'avoir à discuter avec des Français, à parler droit, raison, dans des négociations ou des conférences où ils n'ont pas facilement eu toujours raison, alors qu'ils ont la force plus décisive. Ils tirent d'un passé récent un orgueil sans cesse alimenté par des souvenirs vécus, par la tradition orale et par les livres, et blessé par les événements de ces dernières années. Le dépit irrité caractérise l'esprit d'association des „Wehrvereine" et autres groupements de la Jeune Allemagne. || D'autres veulent la guerre par haine mystique de la France révolutionnaire. D'autres enfin, par rancune. Ce sont ces derniers qui amassent les prétextes.

Dans la réalité, ces sentiments se concrétisent ainsi: les hobereaux, représentés au Reichstag par le parti conservateur, veulent éluder à tout prix l'impôt sur les successions, inévitable si la paix se prolonge. Le Reichstag, dans la dernière séance de la session qui vient de se clore, en a voté le principe. C'est une atteinte grave aux intérêts et aux privilèges de la noblesse terrienne. D'autre part, cette noblesse est une aristocratie militaire, et il est instructif de comparer l'annuaire de l'armée avec l'annuaire de la noblesse. La guerre seule peut faire durer son prestige et servir ses intérêts familiaux. Dans la discussion de la loi militaire, un orateur du parti a fait valoir en faveur du vote la nécessité de l'avancement des officiers. Enfin, cette classe sociale, qui forme une hiérarchie dont le roi de

Prusse est le couronnement suprême, constate avec terreur la démocratisation de l'Allemagne et la force grandissante du parti socialiste et considère que ses jours sont comptés. Non seulement ses intérêts matériels sont menacés par un formidable mouvement hostile au protectionnisme agraire, mais encore sa représentation politique diminue à chaque législature. Dans le Reichstag de 1878, il y avait 162 membres (sur 397) appartenant à la noblesse; dans celui de 1898, 83; dans le Reichstag de 1912, 57. Sur ce dernier nombre, 27 seulement siégent à droite, 14 au centre, 7 à gauche, un sur les bancs socialistes. || La grande bourgeoisie, représentée par le parti national libéral, parti des satisfaits, n'a pas les mêmes raisons que les hobereaux de vouloir la guerre. Elle est belliqueuse cependant, sauf exceptions. Elle a ses raisons d'ordre social. || La grande bourgeoisie n'est pas moins affligée que la noblesse de la démocratisation de l'Allemagne. En 1871, elle avait 125 représentants au Reichstag; 155 en 1874; 99 en 1887; en 1912, 45. Elle n'oublie pas qu'ils jouèrent le grand rôle parlementaire au lendemain de la guerre en servant les desseins de Bismarck contre les hobereaux. Aujourd'hui, mal assise entre des instincts conservateurs et des idées libérales, elle demande à la guerre des solutions que ne trouvent pas ses représentants incapables et pitoyables. En outre, les industriels doctrinaires professent que les difficultés qu'ils ont avec leurs ouvriers ont leurs origines en France, foyer révolutionnaire des idées d'émancipation — sans la France, l'industrie serait tranquille. || Enfin, fabricants de canons et de plaques d'acier, grands marchands qui demandent de plus grands marchés, banquiers qui spéculent sur l'âge d'or et la prochaine indemnité de guerre, pensent que la guerre serait une bonne affaire. || Parmi les „Bismarckiens" il faut compter les fonctionnaires de toutes carrières, représentés assez exactement au Reichstag par les conservateurs libres ou parti d'Empire, parti des retraités dont les idées fougueuses se déversent dans la *Post*. Ils font école et souche dans les groupements de jeunes gens dont l'esprit a été préparé et tendu par l'école ou l'université. || L'université, exception faite pour quelques esprits distingués, développe une idéologie guerrière. Les économistes démontrent à coups de statistiques la nécessité pour l'Allemagne d'avoir un empire colonial et commercial qui réponde au rendement industriel de l'Empire. Il y a des sociologues fanatiques qui vont plus loin. La paix armée, disent-ils, est un écrasant fardeau pour les nations, elle empêche l'amélioration du sort des masses et favorise la poussée socialiste. La France, en s'obstinant à vouloir la revanche, s'oppose au désarmement. Il faut une fois pour toutes la réduire à l'impuissance pour un siècle, c'est la meilleure et la plus rapide façon de résoudre la question sociale. || Historiens, philosophes,

publicistes politiques et autres apologistes de la „deutsche Kultur“ veulent imposer au monde une manière de sentir et de penser qui soit spécifiquement allemande. Ils veulent conquérir la suprématie intellectuelle qui, de l'avis des esprits lucides, reste à la France. C'est à cette source que s'alimente la phraséologie des pangermanistes comme aussi les sentiments et les contingents des *Kriegervereine*, des *Wehrvereine* et autres associations de ce genre, trop connues pour qu'il soit nécessaire d'insister sur ce point. Il convient de noter seulement que le mécontentement causé par le traité du 4 novembre a considérablement accru le nombre des membres des sociétés coloniales. || Il y a enfin les partisans de la guerre par rancune, par ressentiment. Ce sont les plus dangereux. Ils se recrutent surtout parmi les diplomates. Les diplomates allemands ont très mauvaise presse dans l'opinion publique. Les plus acharnés sont ceux qui, depuis 1905, ont été mêlés aux négociations entre la France et l'Allemagne; ils accumulent et additionnent les griefs contre nous, et un jour, ils présenteront des comptes dans la presse belliqueuse. On a l'impression que c'est surtout au Maroc qu'ils les chercheront, bien qu'un incident soit toujours possible sur tous les points du globe où la France et l'Allemagne sont en contact. || Il leur faut une revanche, car ils se plaignent d'avoir été dupés. Pendant la discussion de la loi militaire, un de ces diplomates belliqueux déclarait: „L'Allemagne ne pourra causer sérieusement avec la France que quand elle aura tous ses hommes valides sous les armes“.

Comment s'engagera cette conversation? C'est une opinion assez répandue, même dans les milieux pangermanistes, que l'Allemagne ne déclarerait pas la guerre, étant donné le système d'alliances défensives et les dispositions de l'Empereur. Mais quand le moment sera venu, il devra, par tous les moyens, contraindre la France à l'attaquer. On l'offensera, s'il le faut. C'est la tradition prussienne. || Faut-il donc tenir la guerre pour fatale? || Il est peu probable que l'Allemagne ose risquer l'aventure, si la France peut faire aux yeux de l'opinion la preuve décisive que l'entente cordiale et l'alliance russe ne sont pas seulement des fictions diplomatiques, mais des réalités qui existent et qui joueront. La flotte anglaise inspire une salutaire terreur. Mais on sait bien que la victoire sur mer laissera tout en suspens, que c'est sur terre que se régleront les comptes décisifs. || Quant à la Russie, si elle a dans l'opinion un poids plus considérable qu'il y a trois ou quatre ans, dans les milieux politiques et militaires, on ne croit pas que son concours soit assez rapide et énergique pour être efficace. || Les esprits s'habituent ainsi à considérer la prochaine guerre comme un duel entre la France et l'Allemagne.

Nr. 14826. **FRANKREICH.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Unterredung des Kaisers mit dem König der Belgier. Kriegerische Gedanken des Kaisers und Moltkes.

Berlin, le 22 novembre 1913.

Je tiens d'une source absolument sûre la relation d'une conversation que l'Empereur aurait eue avec le Roi des Belges, en présence du Chef d'État-Major Général de Moltke, il y a une quinzaine de jours, conversation qui aurait, paraît-il, vivement frappé le Roi Albert; je ne suis nullement surpris de son impression, qui répond à celle que moi-même je ressens depuis quelque temps: l'hostilité contre nous s'accentue et l'Empereur a cessé d'être partisan de la paix. || L'interlocuteur de l'Empereur d'Allemagne pensait jusqu'ici, comme tout le monde, que Guillaume II, dont l'influence personnelle s'était exercée dans bien des circonstances critiques au profit du maintien de la paix, était toujours dans les mêmes dispositions d'esprit. Cette fois, il l'aurait trouvé complètement changé: l'Empereur d'Allemagne n'est plus à ses yeux le champion de la paix contre les tendances belliqueuses de certains partis allemands. Guillaume II en est venu à penser que la guerre avec la France est inévitable et qu'il faudra en venir là un jour ou l'autre. Il croit naturellement à la supériorité écrasante de l'armée allemande et à son succès certain. || Le Général de Moltke parla exactement comme son souverain. Lui aussi, il déclara la guerre nécessaire et inévitable, mais il se montra plus assuré encore du succès, „car, dit-il au Roi, cette fois, il faut en finir, et Votre Majesté ne peut se douter de l'enthousiasme irrésistible qui, ce jour-là, entraînera le peuple allemand tout entier“. || Le Roi des Belges protesta que c'était travestir les intentions du Gouvernement français que les traduire de la sorte et se laisser abuser sur les sentiments de la nation française par les manifestations de quelques esprits exaltés ou d'intrigants sans conscience. || L'Empereur et son Chef d'État-Major n'en persistèrent pas moins dans leur manière de voir. || Au cours de cette conversation l'Empereur était, du reste, apparu surmené et irritable. A mesure que les années s'appesantissent sur Guillaume II, les traditions familiales, les sentiments rétrogrades de la Cour, et surtout l'impatience des militaires prennent plus d'empire sur son esprit. Peut-être éprouve-t-il on ne sait quelle jalousie de la popularité acquise par son fils, qui flatte les passions des pangermanistes et ne trouve pas la situation de l'Empire dans le monde égale à sa puissance. Peut-être aussi la réplique de la France à la dernière augmentation de l'armée allemande, dont l'objet était d'établir sans conteste la supériorité

germanique, est-elle pour quelque chose dans ces amertumes, car, quoi qu'on dise, on sent qu'on ne peut guère aller plus loin. || On peut se demander ce qu'il y a au fond de cette conversation. L'Empereur et son Chef d'État-Major Général ont pu avoir pour objectif d'impressionner le Roi des Belges et de le disposer à ne point opposer de résistance au cas où un conflit avec nous se produirait. Peut-être aussi voudrait-on la Belgique moins hostile à certaines ambitions qui se manifestent ici à propos du Congo belge, mais cette dernière hypothèse ne me paraît pas concorder avec l'intervention du Général de Moltke. || Au reste, l'Empereur Guillaume est moins maître de ces impatiences qu'on ne le croit communément. Je l'ai vu plus d'une fois laisser échapper le fond de sa pensée. Quel qu'ait été son objectif dans la conversation qui m'a été rapportée, la confidence n'en a pas moins le caractère le plus grave. Elle correspond à la précarité de la situation générale et à l'état d'une certaine partie de l'opinion en France et en Allemagne. || S'il m'était permis de conclure, je dirais qu'il est bon de tenir compte de ce fait nouveau que l'Empereur se familiarise avec un ordre d'idées qui lui répugnait autrefois, et que, pour lui emprunter une locution qu'il aime à employer, nous devons tenir notre poudre sèche.

Jules Cambon.

Nr. 14827. **FRANKREICH.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Nachricht von der Ermordung des Erzherzogs.

Vienne, le 28 juin 1914.

La nouvelle vient de parvenir à Vienne que l'Archiduc héritier d'Autriche et sa femme ont été assassinés aujourd'hui à Serajevo par un étudiant originaire de Grahovo. Quelques instants avant l'attentat auquel ils ont succombé, ils avaient échappé à l'explosion d'une bombe qui a blessé plusieurs officiers de leur suite. || L'Empereur, en ce moment à Ischl, en a été aussitôt avisé télégraphiquement.

Dumaine.

Nr. 14828. **FRANKREICH.** Derselbe an denselben. Dasselbe.

Vienne, le 2 juillet 1914.

Le crime de Serajevo suscite les plus vives rancunes dans les milieux militaires autrichiens et chez tous ceux qui ne se résignent pas à laisser la Serbie garder dans les Balkans le rang qu'elle a conquis. || L'enquête sur les origines de l'attentat qu'on voudrait exiger du Gouvernement

de Belgrade dans des conditions intolérables pour sa dignité, fournirait, à la suite d'un refus, le grief permettant de procéder à une exécution militaire.

Dumaine.

Nr. 14829. FRANKREICH. Die Botschaft in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Deutschland hofft, daß Serbien Genugtuung geben wird.

Berlin, le 4 juillet 1914.

Le Sous-Secrétaire d'État des Affaires étrangères m'a dit hier, et a répété aujourd'hui à l'Ambassadeur de Russie, qu'il espérait que la Serbie donnerait satisfaction aux demandes que l'Autriche pouvait avoir à lui adresser en vue de la recherche et de la poursuite des complices du crime de Serajevo. Il a ajouté qu'il avait confiance qu'il en serait ainsi parce que la Serbie, si elle agissait autrement, aurait contre elle l'opinion de tout le monde civilisé. || Le Gouvernement allemand ne paraît donc pas partager les inquiétudes qui se manifestent dans une partie de la presse allemande au sujet d'une tension possible des rapports entre les Gouvernements de Vienne et de Belgrade, ou du moins il ne veut pas en avoir l'apparence.

De Manneville.

Nr. 14830. FRANKREICH. Der Botschafter in Petersburg an den Minister des Auswärtigen. Sasonoff warnt Österreich vor aggressiven Schritten gegen Serbien.

Saint-Petersbourg, 6 juillet 1914.

Au cours d'un entretien qu'il avait tenu à avoir avec le Chargé d'affaires d'Autriche-Hongrie, M. Sazonoff a signalé amicalement à ce diplomate l'irritation inquiétante que les attaques de la presse autrichienne contre la Serbie risquent de produire dans son pays. || Le Comte Czernin ayant laissé entendre que le Gouvernement austro-hongrois serait peut-être obligé de rechercher sur le territoire serbe les instigateurs de l'attentat de Serajevo, M. Sazonoff l'interrompit: „Aucun pays plus que la Russie, a-t-il dit, n'a eu à souffrir des attentats préparés sur territoire étranger. Avons-nous jamais prétendu employer contre un pays quelconque les procédés dont vos journaux menacent la Serbie? Ne vous engagez pas dans cette voie". || Puisse cet avertissement n'être pas perdu.

Paléologue.

Nr. 14831. **FRANKREICH.** Der Generalkonsul in Budapest an den Minister des Auswärtigen. Angeblicher Optimismus der Regierung; kriegerische Vorbereitungen.

Budapest, le 11 juillet 1914.

Interpellé à la Chambre sur l'état de la question austro-serbe, M. Tisza a déclaré qu'il fallait avant toute chose attendre le résultat de l'enquête judiciaire, dont il s'est refusé pour l'instant à révéler quoi que ce soit. Et la Chambre l'a approuvé hautement. Il s'est montré tout aussi discret sur les décisions prises dans la réunion des ministres à Vienne, et n'a pas laissé deviner si on donnerait suite au projet de démarche à Belgrade dont les journaux des deux mondes ont retenti. La Chambre s'est inclinée derechef. || En ce qui concerne cette démarche, il semble qu'il y ait un mot d'ordre pour en atténuer la portée: la colère hongroise s'est comme évaporée à travers les articles virulents de la presse, unanime maintenant à déconseiller ce pas qui pourrait être dangereux. Les journaux officieux notamment voudraient que l'on substituât à ce mot de „démarche", aux apparences comminatoires, le terme qui leur paraît plus amical et plus poli de „pourparlers". Ainsi, officiellement, pour le quart d'heure, tout est à la paix. || Tout est à la paix, dans les journaux. Mais le gros public ici croit à la guerre et la craint. Et par ailleurs, des personnes en qui j'ai toute raison d'avoir confiance m'ont affirmé savoir que chaque jour des canons et des munitions étaient dirigés en masse vers la frontière. Vrai ou non, ce bruit m'a été rapporté de divers côtés avec des détails concordants; il indique au moins quelles sont les préoccupations générales. Le Gouvernement, soit qu'il veuille sincèrement la paix, soit qu'il *prépare un coup*, fait maintenant tout son possible pour calmer ces inquiétudes. Et c'est pourquoi le ton des journaux gouvernementaux a baissé d'une note, puis de deux, pour être à l'heure actuelle presque optimiste. Mais ils avaient eux-mêmes propagé l'alarme à plaisir. Leur optimisme de commande est actuellement sans écho, la nervosité de la Bourse, baromètre que l'on ne saurait négliger, en est une preuve certaine; les valeurs sans exception sont tombées à des cours invraisemblablement bas; la rente hongroise 4% était cotée hier 79,95, cours qui n'a jamais été coté depuis la première émission.

D'Apchier le Maugin.

Nr. 14832. **FRANKREICH.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Kriegstreiberei der österreichischen Presse.

Vienne, le 15 juillet 1914.

Certains organes de la presse viennoise, discutant l'organisation militaire de la France et de la Russie, présentent ces deux pays comme hors d'état de dire leur mot dans les affaires européennes, ce qui assurerait à la monarchie dualiste, soutenue par l'Allemagne, d'appréciables facilités pour soumettre la Serbie au régime qu'il plairait de lui imposer. La *Militärische Rundschau* l'avoue sans ambage. „L'instant nous est encore favorable. Si nous ne nous décidons pas à la guerre, celle que nous devrons faire dans deux ou trois ans au plus tard s'engagera dans des circonstances beaucoup moins propices. Actuellement, c'est à nous qu'appartient l'initiative: la Russie n'est pas prête, les facteurs moraux et le bon droit sont pour nous, de même que la force. Puisqu'un jour nous devrons accepter la lutte, provoquons-la tout de suite. Notre prestige, notre situation de grande Puissance, notre honneur sont en question: plus encore, car vraisemblablement il s'agirait de notre existence, d'être ou ne pas être, ce qui réellement est aujourd'hui la grande affaire." || En renchérissant sur elle-même, la *Neue Freie Presse* de ce jour s'en prend au Comte Tisza de la modération de son second discours, où il a dit: „nos relations avec la Serbie auraient toutefois besoin d'être clarifiées". Ces mots provoquent son indignation. Pour elle, l'apaisement, la sécurité ne peuvent résulter que d'une *guerre au couteau* contre le panserbisme, et c'est au nom de l'humanité qu'elle réclame l'extermination de la maudite race serbe.

Dumaine.

Nr. 14833. **FRANKREICH.** Derselbe an denselben. Übersendet einen Konsularbericht über die bevorstehende Note Österreich-Ungarns an Serbien. Vorbereitung auf einen europäischen Konflikt.

Vienne, 19 juillet 1914.

Le Chancelier du Consulat qui m'a remis son rapport semestriel résumant les faits divers d'ordre économique qui ont fait l'objet de ses études depuis le début de l'année, y a joint une partie d'information politique provenant d'une source sérieuse. || Je l'ai prié de rédiger brièvement les renseignements qu'il a recueillis sur la remise prochaine de la Note autri-

chienne à la Serbie, que les journaux annoncent depuis quelques jours avec insistance. || Vous trouverez ci-joint le texte de cette note d'information, intéressante en raison de sa précision.

Dumaine.

Der Bericht lautet:

Note.

(Extrait d'un rapport consulaire sur la situation économique et politique en Autriche.)

Vienne, le 20 juillet 1914.

Il resulte de renseignements fournis par une personnalité particulièrement au courant des nouvelles officielles que le Gouvernement français aurait tort de s'en rapporter aux semeurs d'optimisme: on exigera beaucoup de la Serbie, on lui imposera la dissolution de plusieurs sociétés de propagande, on la sommera de réprimer le nationalisme, de surveiller la frontière en collaboration avec des commissaires autrichiens, de faire la police des écoles au point de vue de l'esprit antiautrichien, et il est bien difficile qu'un Gouvernement accepte de se faire ainsi le sergent de ville d'un Gouvernement étranger. On compte avec les échappatoires par lesquelles la Serbie voudra sans doute esquiver une réponse claire et directe; c'est pourquoi on lui fixera peut-être un délai bref pour déclarer si elle accepte oui ou non. La teneur de la Note et son allure impérative garantissent presque sûrement que Belgrade refusera. Alors, on opérera militairement. || Il y a ici, et pareillement à Berlin, un clan qui accepte l'idée du conflit à dimensions généralisées, en d'autres termes, la conflagration. L'idée directrice est probablement qu'il faudrait marcher avant que la Russie ait terminé ses grands perfectionnements de l'armée et des voies ferrées, et avant que la France ait mis au point son organisation militaire. Mais ici, il n'y a pas accord dans les hautes sphères: du côté du comte Berchtold et des diplomates, on voudrait tout au plus une opération localisée contre la Serbie. Mais tout doit être envisagé comme possible. On signale un fait singulier: généralement l'agence télégraphique officielle, dans ses résumés et revues de presse étrangère, ne tient compte que des journaux officieux et des organes les plus importants; elle omet toute citation, toute mention des autres. C'est une règle et une tradition. Or, depuis une dizaine de jours, l'agence officielle fournit quotidiennement à la presse d'Autriche-Hongrie une revue complète de toute la presse serbe, en donnant une large place aux journaux les plus ignorés, les plus petits et insignifiants, qui par cela même ont un langage plus libre, plus hardi, plus agressif et souvent in-

jurieux. Ce travail de l'Agence officielle a visiblement pour but d'exciter le sentiment public et de créer une opinion favorable à la guerre. Le fait est significatif.

Nr. 14834. **FRANKREICH.** Der Botschafter in Berlin an den Minister des Auswärtigen. Jagow behauptet, die Forderungen Österreichs an Serbien nicht zu kennen.

Berlin, le 21 juillet 1914.

Il me revient que le représentant de la Serbie à Berlin aurait fait hier une démarche à la Wilhelmstraße pour dire que son Gouvernement était prêt à accueillir la requête de l'Autriche motivée par l'attentat de Serajevo, pourvu qu'elle ne demandât que des concours judiciaires en vue de la répression et de la prévention des attentats politiques, mais il aurait été chargé de prévenir le Gouvernement allemand qu'il serait dangereux de chercher par cette enquête à porter atteinte au prestige de la Serbie. || Confidentiellement, je puis dire également à Votre Excellence que le Chargé d'affaires de Russie, à l'audience diplomatique d'aujourd'hui, a parlé de cette question à M. de Jagow. Il lui a dit qu'il supposait que le Gouvernement allemand connaissait actuellement très bien la Note préparée par l'Autriche et était par suite à même de donner l'assurance que les difficultés austro-serbes seraient localisées. Le Secrétaire d'État a protesté qu'il ignorait absolument le contenu de cette Note et s'est exprimé de même avec moi. Je n'ai pu que m'étonner d'une déclaration aussi peu conforme à ce que les circonstances conduisent à penser. || Il m'a été assuré d'ailleurs que, dès maintenant, les avis préliminaires de mobilisation qui doivent mettre l'Allemagne dans une sorte de „garde à vous" pendant les époques de tension, ont été adressés ici aux classes qui doivent les recevoir en pareil cas. C'est là une mesure à laquelle les Allemands, étant donné leurs habitudes, peuvent recourir sans s'exposer à des indiscrétions et sans émouvoir la population. Elle ne revêt pas un caractère sensationnel, et n'est pas forcément suivie de mobilisation effective ainsi que nous l'avons déjà vu, mais elle n'en est pas moins significative.

Jules Cambon.

Nr. 14835. **FRANKREICH.** Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in London, Petersburg, Wien, Rom. — Bedenkliche Nachrichten aus Berlin.

Paris, le 21 juillet 1914.

J'attire spécialement votre attention sur des informations que je reçois de Berlin: l'Ambassadeur de France signale l'extrême faiblesse de la Bourse

de Berlin d'hier, et l'attribue aux inquiétudes que la question serbe commence à provoquer. || M. Jules Cambon a des raisons très sérieuses de croire que lorsque l'Autriche fera à Belgrade la démarche qu'elle juge nécessaire à la suite de l'attentat de Serajevo, l'Allemagne l'appuiera de son autorité, sans chercher à jouer un rôle de médiation.

Bienvenu-Martin.

Nr. 14836. **FRANKREICH.** Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in London, Petersburg, Wien, Rom. — Will friedlich auf Österreich einwirken.

Paris, le 22 juillet 1914.

M. Jules Cambon ayant interrogé M. de Jagow sur la teneur de la Note autrichienne à Belgrade, ce dernier lui a répondu qu'il n'en connaissait nullement le libellé; notre Ambassadeur en a marqué toute sa surprise. Il constate que la baisse de la Bourse de Berlin continue et que des nouvelles pessimistes circulent. || M. Barrère a également entretenu de la même question le Marquis de San Giuliano, qui s'en montre inquiet et assure qu'il agit à Vienne pour qu'il ne soit demandé à la Serbie que des choses réalisables, par exemple la dissolution du Club bosniaque et non une enquête judiciaire sur les causes de l'attentat de Serajevo. || Dans les circonstances présentes, la supposition la plus favorable qu'on puisse faire est que le Cabinet de Vienne, se sentant débordé par sa presse et par le parti militaire, cherche à obtenir le maximum de la Serbie par une intimidation préalable, directe et indirecte, et s'appuie sur l'Allemagne à cet effet. || J'ai prié l'Ambassadeur de France à Vienne d'user de toute son influence sur le Comte Berchtold pour lui représenter, dans une conversation amicale, combien la modération du Gouvernement autrichien serait appréciée en Europe, et quelle répercussion risquerait d'avoir une pression brutale sur la Serbie.

Bienvenu-Martin.

Nr. 14837. **FRANKREICH.** Der Botschafter in Wien an den Minister des Auswärtigen. Versöhnliche Haltung Rußlands und Serbiens; Paschitsch rechnet auf die Slaven Österreich-Ungarns; Kriegstreiberei des deutschen Botschafters.

Vienne, le 22 juillet 1914.

On ne sait rien encore des décisions que le Comte Berchtold, prolongeant son séjour à Jschl, tente d'obtenir de l'Empereur. On attribuait au Gou-

vernement l'intention d'agir avec la plus grande rigueur envers la Serbie, d'en finir avec elle, „de la traiter comme une autre Pologne“. Huit corps d'armée seraient prêts à entrer en campagne, mais M. Tisza, très inquiet de l'agitation en Croatie, serait intervenu activement dans un sens modérateur. || En tous cas, on croit que la démarche à Belgrade aura lieu cette semaine. Les demandes du Gouvernement austro-hongrois relativement à la répression de l'attentat et à certaines garanties de surveillance et de police paraissent acceptables pour la dignité des Serbes; M. Jovanovich croit qu'elles seront accueillies. M. Pachitch désire un arrangement pacifique, mais se déclare prêt à toute résistance. Il a confiance dans la force de l'armée serbe; il compte, en outre, sur l'union de tous les Slaves de la Monarchie pour paralyser l'effort dirigé contre son pays. || A moins d'un aveuglement absolu, on devrait reconnaître ici qu'un coup de force a les plus grandes chances d'être funeste, aussi bien aux troupes austro-hongroises qu'à la cohésion déjà si compromise des nationalités gouvernées par l'Empereur. || L'Ambassadeur d'Allemagne, M. de Tchirsky, se montre partisan des résolutions violentes, tout en laissant volontiers entendre que la Chancellerie impériale ne serait pas entièrement d'accord avec lui sur ce point. L'Ambassadeur de Russie, parti hier pour la campagne, en raison des déclarations rassurantes qui lui ont été faites au Ministère des Affaires étrangères, m'a confié que son Gouvernement n'aura pas d'objection contre des démarches visant la punition des coupables et la dissolution des associations notoirement révolutionnaires, mais ne pouvait admettre des exigences humiliantes pour le sentiment national serbe.

Dumaine.

Nr. 14838. **FRANKREICH.** Der Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit Grey. Deutschland bemüht sich, Österreich zu mäßigen. Der serbische Gesandte erwartet Krieg.

Londres, le 22 juillet 1914.

Votre Excellence a bien voulu me faire part des impressions recueillies par notre Ambassadeur à Berlin, relativement aux conséquences de la démarche que le Gouvernement austro-hongrois se propose de faire à Belgrade. || Ces impressions m'ont été confirmées par une conversation que j'ai eue hier avec le Principal Secrétaire d'État pour les Affaires étrangères. Sir E. Grey m'a dit avoir reçu la visite de l'Ambassadeur d'Allemagne, qui lui a déclaré qu'à Berlin on s'attendait à une démarche du Gouverne-

ment austro-hongrois auprès du Gouvernement serbe. Le Prince Lichnowski a assuré que le Gouvernement allemand s'employait à retenir et à modérer le Cabinet de Vienne, mais que jusqu'à présent il n'y réussissait pas et qu'il n'était pas sans inquiétude sur les suites d'une telle démarche. Sir E. Grey a répondu au Prince Lichnowski qu'il voulait croire qu'avant d'intervenir à Belgrade, le Gouvernement austro-hongrois se serait bien renseigné sur les circonstances du complot dont l'archiduc héritier et la duchesse de Hohenberg ont été victimes, se serait assuré que le Gouvernement serbe en avait eu connaissance et n'avait pas fait tout ce qui dépendait de lui pour en prévenir les effets. Car s'il ne pouvait pas être prouvé que la responsabilité du Gouvernement serbe fût impliquée dans une certaine mesure, l'intervention du Gouvernement austro-hongrois ne se justifierait pas et soulèverait contre lui l'opinion européenne. || La communication du Prince Lichnowski avait laissé Sir E. Grey sous une impression d'inquiétude qu'il ne m'a pas dissimulée. La même impression m'a été donnée par l'Ambassadeur d'Italie qui redoute, lui aussi, l'éventualité d'une nouvelle tension des rapports austro-serbes. || Ce matin, j'ai reçu la visite du Ministre de Serbie, qui partage également les appréhensions de Sir E. Grey. Il craint que l'Autriche ne mette le Gouvernement serbe en présence d'une demande que la dignité de celui-ci et surtout la susceptibilité de l'opinion publique ne lui permettent pas d'accueillir sans protestation. Comme je lui objectais le calme qui paraît régner à Vienne et dont témoignent tous les Ambassadeurs accrédités dans cette capitale, il m'a répondu que ce calme officiel n'était qu'apparent et recouvrait les dispositions les plus foncièrement hostiles contre la Serbie. Or, a-t-il ajouté, si ces dispositions viennent à se manifester par une démarche dépourvue de la mesure désirable, il y aura lieu de tenir compte de l'opinion publique serbe, surexcitée par les mauvais procédés dont l'Autriche a abreuvé ce pays et rendue moins patiente par le souvenir encore tout frais de deux guerres victorieuses. Malgré les sacrifices dont la Serbie a payé ses récentes victoires, elle peut mettre encore sur pied 400 000 hommes et l'opinion publique, qui le sait, n'est pas disposée à tolérer une humiliation. || Sir E. Grey dans un entretien avec l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie l'a prié de recommander à son Gouvernement de ne pas s'écarter de la prudence et de la modération nécessaires pour éviter de nouvelles complications, de ne demander à la Serbie que des mesures auxquelles celle-ci puisse raisonnablement se prêter et de ne pas se laisser entraîner au delà.

Paul Cambon.

Nr. 14838. FRANKREICH. Der Minister des Auswärtigen an die Botschafter in London, Berlin, Petersburg, Rom. — Mitteilung der Nachrichten aus Nr 20.

Paris, le 23 juillet 1914.

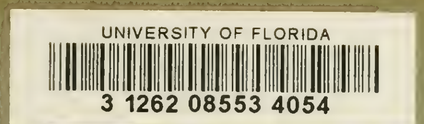
Les premières intentions du Gouvernement austro-hongrois avaient été, selon les informations recueillies par l'Ambassadeur de France à Vienne, d'agir avec la plus grande rigueur contre la Serbie, en tenant huit corps d'armée prêts à entrer en campagne. || Ses dispositions actuelles seraient plus conciliantes: en réponse à une question que lui posait M. Dumaine, à qui j'avais prescrit d'appeler l'attention du Gouvernement autrichien sur les inquiétudes éveillées en Europe, le baron Macchio a affirmé à notre Ambassadeur que le ton et les demandes qui seront formulées dans la note autrichienne permettent de compter sur un dénouement pacifique. Je ne sais quelle foi il faut accorder à ces assurances, en raison des habitudes de la Chancellerie impériale. || Dans tous les cas, la note autrichienne sera remise dans un très bref délai. Le Ministre de Serbie estime que M. Pachitch acceptera, par désir d'un arrangement, les demandes relatives à la répression de l'attentat et à des garanties de surveillance et de police, mais qu'il résistera à ce qui attenterait à la souveraineté et à la dignité de son pays. || Dans les cercles diplomatiques de Vienne, l'Ambassadeur d'Allemagne préconise des résolutions violentes, tout en convenant que peut-être la Chancellerie impériale n'est pas entièrement d'accord avec lui sur ce point; l'Ambassadeur de Russie, se fiant aux assurances qui lui ont été données, s'est absenté de Vienne et a confié, avant son départ, à M. Dumaine, que son Gouvernement n'élèvera pas d'objections contre la punition des coupables et la dissolution des associations révolutionnaires, mais qu'il ne pourrait tolérer des exigences humiliantes pour le sentiment national de la Serbie.

Nr. 14839. FRANKREICH. Der Gesandte in München an den Minister des Auswärtigen. Auffassung in Bayern.

Munich, le 23 juillet 1914.

La presse bavaroise paraît croire qu'une solution pacifique de l'incident austro-serbe est non seulement possible, mais même vraisemblable; dans les sphères officielles, au contraire, on affecte, depuis quelque temps, avec plus ou moins de sincérité, un réel pessimisme. || Le Président du Conseil notamment m'a dit aujourd'hui que la note autrichienne, *dont il avait connaissance*, était, à son avis, rédigée dans des termes acceptables pour la Serbie, mais que la situation actuelle ne lui en paraissait pas moins très sérieuse.

Allizé.


UNIVERSITY OF FLORIDA
3 1262 08553 4054

